



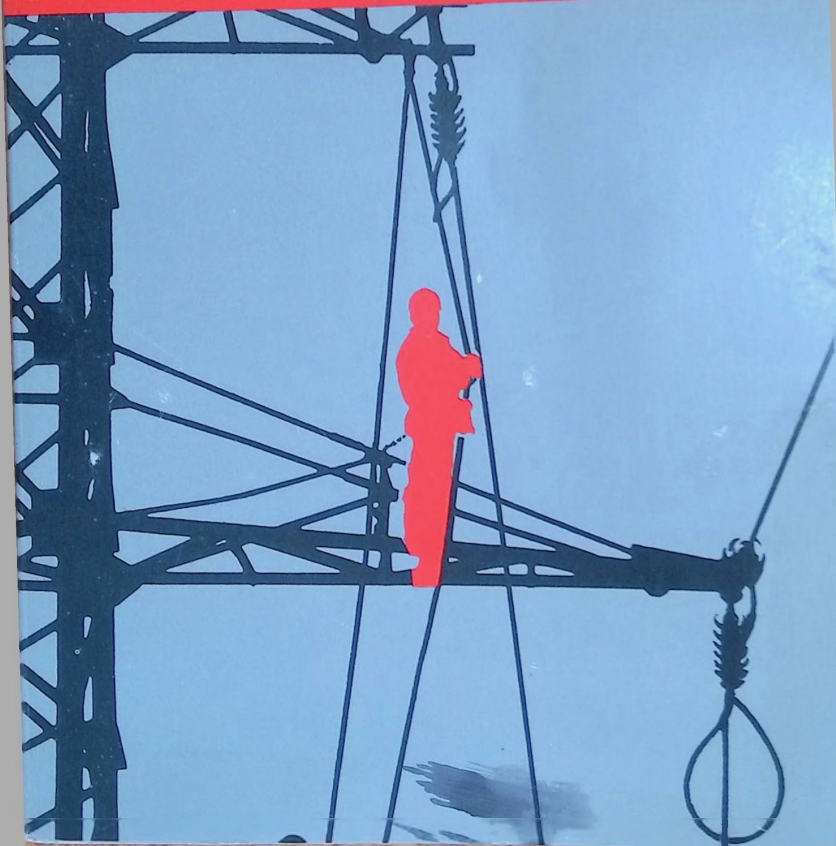
Charles Bettelheim Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen

Zur Theorie der Übergangsgesellschaft

Politik 12

DM 7.50

Wagenbach



Charles Bettelheim

Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen

Zur Theorie der
Übergangsgesellschaft

Politik 12
Verlag Klaus Wagenbach

Berlin

Titel der Originalausgabe:
Calcul économique et formes de propriété
Aus dem Französischen
von Horst Arenz und Roland Knaus

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Erster Teil

Ökonomischer Kalkül und monetärer Kalkül 12

I. Problemstellung 12

1. Ein Text von Engels 12
2. Der Engelssche Text und die sozialistische Planungspraxis 14
 - a) Die monetären Kalküle 14
 - b) Die Überschneidung von zwei Arten des »ökonomischen Kalküls« 16
3. Die Bedeutung einiger Formulierungen von Engels 17
 - a) Die »Nutzeffekte« der verschiedenen Gebrauchsgegenstände 17
Bemerkungen zur Messung der »Nutzeffekte« 18
Einige »Hemmnisse« in der Entwicklung des ökonomischen Kalküls 21
Die objektiven Gründe 22
Die subjektiven Gründe 28
 - b) Die »Einfachheit« der Kalküle 28
4. Gesamtüberblick über die Hemmnisse beim gesellschaftlich-ökonomischen Kalkül 31

II. Das »Vorhandensein« der Warenkategorien 32

1. Die Wertform und die Produktionsbedingungen 33
 - a) Die Verschleierung des spezifischen Gegenstandes der Wirtschaftswissenschaft 35
 - b) Die Verschleierung der Besonderheit der Warenwirtschaft und die Verschleierung des Inhalts der Wertform 38
 - c) Die Doppelexistenz der Waren 43
2. Die Gesellschaftsformation im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus und die Existenz der Wertform 45
 - a) Historischer Rückblick auf die Antworten, die auf die Frage nach dem Vorhandensein von Warenkategorien in den Gesellschaftsformationen im Übergang zum Sozialismus gegeben wurden 46
 - b) Die Warenkategorien, so wie sie im staatlichen Sektor in Erscheinung treten, und das System der Produktivkräfte 56
 - c) Produktionsverhältnisse und Produktionsprozeß 57
 - d) Das Privateigentum als Produktionsverhältnis 63

Verlangen Sie bitte den kostenlosen Verlagsalmanach: »Zwiebel«

11.-14. Tausend 1974

© dieser Ausgabe 1970 Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 31,
Jenaer Straße 6

© der Originalausgabe Librairie François Maspero 1970

Druck Poeschel & Schulz-Schomburgk, Eschwege

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3 8031 1012 2

- I. Das Staatseigentum in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus 67
 1. Das »Unternehmen« und die Gestalt der doppelten Trennung 73
 2. Die zwei Aspekte der Trennung und ihr Verhältnis zueinander 78
 3. Einige Auswirkungen der in Bezug auf die Existenz der Unternehmen und des Staates artikulierten Warenverhältnisse 80
 - a) Die Existenz eines kapitalistischen Weltsystems 86
 - b) Die Existenz des Staates und des Staatsapparates 86
 4. Staatseigentum und Plan 94
- II. Produktionseinheit und »Unternehmen« 97
 1. Die Bezeichnung »Produktionseinheit« 98
 2. Ökonomische Einheiten, Unternehmen und die Existenz der Wertform 103
 3. Das Funktionieren der »Unternehmen« unter den Bedingungen des Übergangs und die Merkmale der Pläne 108
- III. Planung und Vorherrschaft des Staatseigentums 117
 1. Die Verhältnisse zwischen Politik und ökonomischer Ebene in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus 119
 2. Die »Verdunkelungseffekte«, die mit inadäquaten Interventionsformen zusammenhängen: ein Beispiel dieser Effekte 123
 3. Die grundlegenden ökonomischen Gesetze der Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus 126
 4. Ergänzende Bemerkungen zu den Begriffen Innehaltung, Besitz und Eigentum 129
 5. Zu den ökonomischen Gesetzen der Übergangsperiode 134
 6. Wertgesetz, ökonomischer Kalkül und monetärer Kalkül 137
- IV. Die Strukturen der Produktionsprozesse, das Geld und der Plan 140

Anhang

Charles Bettelheim, Zweiter Brief:
Zum Widerspruch zwischen Plan und Markt 147

Anmerkungen und Literaturhinweis 159

Bibliographie 167

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die Fortsetzung früherer, zum Teil noch andauernder Untersuchungen. Deshalb wird man keine systematische Darstellung bereits gewonnener Erkenntnisse vorfinden, die alle in Form einer Demonstration dargelegt werden können, sondern eine Darstellung sich entwickelnder Untersuchungen. Das führt unvermeidlich zu »Rückgriffen« und zur »Wiederaufnahme« offenbar schon abgehandelter Fragen. In dieser Hinsicht müssen die folgenden Analysen als teilweise provisorisch angesehen werden.

Das Ziel dieser Veröffentlichung ist ein doppeltes: einmal sollen eine Reihe von Begriffen* dargelegt und präzisiert werden, um eine Diskussion in Gang zu setzen, die es der aufgenommenen Untersuchung ermöglichen soll, schneller voranzuschreiten; zum anderen sollen einige der Schlußfolgerungen aufgezeigt werden, die aus der Anwendung dieser Begriffe gezogen werden können.

Dieser zweite Ansatz, die Anwendung der Begriffe in einer konkreten Analyse, ist auf den folgenden Seiten nur in Umrissen geleistet. Seit ihrer Niederschrift ist die konkrete Analyse der sowjetischen Gesellschaftsformation weiter vorangeschritten. In Anbetracht der Probleme, die die sowjetische Wirklichkeit heute aufwirft, ist diese Aufgabe in der Tat dringlich geworden. Jene Probleme können ihrerseits solange nicht richtig abgehandelt werden, wie der Sinn des Ausdrucks »kollektives Eigentum der Produktionsmittel« nicht geklärt ist. Die hier entwickelten Begriffe gestatten es in der Tat, der Frage, »ob die Sowjetunion sozialistisch ist«, einen genauen Sinn zu geben und eine Antwort auf sie zu entwickeln.

Auf diese Frage werde ich demnächst in einem Buch zu antworten versuchen, das mit Hilfe der hier vorgelegten Begriffe eine konkrete Analyse darstellen wird. Obwohl durchaus »eigenständig«, stellen die folgenden Seiten eine Vorbereitung und Ergänzung dieser künftigen Veröffentlichung dar.¹ Die vorliegenden Untersuchungen haben es auf eine grundlegende Sache abgesehen: die zur Analyse der Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus notwendigen Begriffe zu schaffen oder zu präzisieren.

* Le concept, la notion und le terme wurden übersetzt mit: Begriff, Bezeichnung und Ausdruck. Zur Orientierung über die genauen Abgrenzungen vgl. z.B. das Buch des Althusser-Schülers Alain Badiou »Le concept de modèle«, Maspero, Paris 1969, S. 13. Danach wird le concept als der wissenschaftliche Begriff und la notion als der ideologische Begriff definiert.

und zwar hauptsächlich mit dem Ziel, die Bedeutung des monetären und des ökonomischen Kalküls (calcul = Kalkül, Berechnung) zu bestimmen, sowie die Bedingungen, unter denen der ökonomische Kalkül entwickelt werden kann. Um beim augenblicklichen Stand der Problematik diesem Ziel näher zu kommen, war es, wie im folgenden ersichtlich wird, unvermeidbar, die Frage in einem relativ weitgesteckten Feld anzugehen. Tatsächlich war es notwendig, über einen ganzen Komplex von Praktiken des »Kalküls« und der »Planung« Rechenschaft zu geben, zumal die dafür zur Verfügung stehenden Begriffe bei ihrem gegenwärtigen Stand der Entwicklung nicht erlauben würde, ihre Bedeutung richtig zu begreifen.

Die Reihenfolge, in der die verschiedenen Fragen behandelt werden, verrät, daß das anfangs verfolgte Ziel viel begrenzter war als das, was schließlich anvisiert werden mußte. Zu Beginn handelte es sich, in Fortführung eines bereits in einem früheren Buch² verfolgten Ansatzes, lediglich darum, die Reichweite einer Reihe von ökonomischen Praktiken der »sozialistischen Länder« und deren Übereinstimmung mit den verfolgten Zielen zu prüfen, insbesondere die Praktiken des »ökonomischen Kalküls«, wie sie von den Planungsorganismen (organismes de planification) oder Unternehmen betrieben wird. Wie man weiß, benutzen diese Kalküle »monetäre Größen« ebenso wie »physische Größen«; sie implizieren also die »Benutzung« von Geld- und Warenkategorien. Die Verwendung »monetärer Größen« hat uns gezwungen, die Frage nach der Bedeutung von »Kalkülen« aufzuwerfen, die ausgehend von diesen Größen durchgeführt werden; das um so mehr, als ihre Ergebnisse weitgehend im voraus im vorhandenen Preissystem eingefügt sind, wo doch dieses System selbst ein höchst heterogenes historisches Produkt von Warenverhältnissen sowie von politischen und administrativen Entscheidungen ist.

Jedoch stellte sich schnell heraus, daß dieser Ausgangspunkt nur für die gestellten Fragen gelten konnte, wohingegen die Antworten auf diese Fragen einen weiten Umweg erforderlich machten.

Für den Versuch, auf die anfänglichen Fragen befriedigend zu antworten, erschien es notwendig, noch viele zusätzliche Fragen zu stellen, die die Gesamtheit der politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse der analysierten Gesellschaftsformationen betreffen. So kam es, daß die Forschungsaufgabe sich viel weiter ausdehnte, als ursprünglich ins Auge gefaßt war.

Im Verlauf der so begonnenen Arbeit mußten natürlich die anfangs »verfügbaren« und als »Rohmaterial« dienenden Begriffe teilweise geändert werden. Die meisten dieser Be-

griffe mußten differentiell behandelt (traitement différentiel) werden, da sie im Prozeß der Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation geschaffen worden waren; hier jedoch ging es darum, sie in die Analyse der Übergangsgesellschaften zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzuführen.

Der so eingeleitete Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen. Er hat uns gezwungen, eine Reihe eng zusammenhängender »Themen« zu untersuchen, besonders solche, die den Begriffen Eigentum, Besitz, Innhaltung*, Produktionseinheit, Unternehmen, Regulierung (régulation), Wertform, monetärer Kalkül und ökonomischer Kalkül, Planung, Verwaltung (gestion), sowie einigen anderen Begriffen entsprechen.

Dieser Prozeß, so hat es den Anschein, erlaubte, einige der genannten Begriffe zu entwickeln und sie daher von den entsprechenden ideologischen und deskriptiven Bezeichnungen zu unterscheiden. Soweit jedoch dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, erlauben die erhaltenen Ergebnisse nicht, die Übergangsgesellschaften als komplexe Strukturen zu analysieren, in denen »alle Beziehungen gleichzeitig existieren und einander stützen« (nach dem Marx'schen Ausdruck in *Das Elend der Philosophie*).³

Erst wenn die geschaffenen Begriffe sich in ihrer Verbindung untereinander und in ihrer Anwendung in konkreten Analysen bewährt haben, können sie in strenger Darstellungsordnung vorgelegt werden. Erst dann kann die Abhandlung der Demonstration (le discours de la démonstration) nichts anderes sein »als die Entwicklung der Gliederung«, der hierarchisierten Verbindung der Begriffe im System selbst.⁴

Wie ich schon sagte, kann beim augenblicklichen Stand dieser Untersuchung eine solche Abhandlung noch nicht vorgelegt werden.

Die Aufgabe, die sich aus dem Forschungsprozeß selbst ergab, ist deshalb außerordentlich komplex. Das liegt gewiß zum Teil am Umfang der gestellten Probleme, aber, wie wir sahen, auch am Stand der Problematik und an der Natur der Untersuchungsobjekte: den Gesellschaftsformationen im Übergang; das liegt aber viel eher noch an den Praktiken, die sich in diesen Gesellschaftsformationen entwickelt haben, und an den ideologischen Kommentaren, die diese Praktiken verdoppeln.

Der Stand der Problematik ist vor allem bestimmt durch den Abstand, der die von Marx und Engels formulierten theoretischen Sätze über die sozialistische Produktionsweise von der Wirklichkeit der »sozialistischen Länder« trennt. Es ist offen-

* Die drei Begriffe propriété, possession und détention werden vom Autor auf S. 129 ff. näher definiert.

* Gliederung: im Original in deutsch

sichtlich dieser »Abstand«, der zum Teil zu der vorliegenden Problemstellung gezwungen hat. Das Ausmaß dieses Abstandes zwang dazu, eine ganze Reihe von Fragen aufzuwerfen. Diese Fragen und die Antworten, die sie fordern, lassen erkennen, daß der »Abstand«, von dem wir ausgegangen sind, im allgemeinen an ein doppeltes Mißverständnis geknüpft ist: man hat theoretische Aussagen, die auf entwickelte sozialistische Gesellschaftsformationen abzielen, genommen als seien es Sätze, die Gesellschaftsformationen im Übergang zum Objekt haben; wechselseitig hierzu hat man jede Übergangsgesellschaft, selbst wenn sie den sozialistischen Weg verlassen hatte, als eine sozialistische Gesellschaftsformation betrachtet.

Bei der Analyse solcher *Gesellschaftsformationen* kann man die theoretischen Aussagen, die die entwickelte sozialistische Gesellschaft betreffen, nicht unmittelbar anwenden; man muß zumindest die Elemente einer *Theorie des Übergangs* zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausarbeiten.⁵

Gegenstand dieser Theorie ist die differentielle Ausarbeitung (*élaboration différentielle*) der Begriffe, die es ermöglichen, Wirken und Verbindung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren, wie sie für den sozialistischen Übergang einer *konkreten Gesellschaftsformation* charakteristisch sind, in der dieser aus einem Klassenkampfprozeß resultierende Übergang stattfindet.

Ein solcher Übergang impliziert das — tatsächliche oder mögliche — Vorhandensein mehrerer Produktionsweisen oder mehrerer Systeme von Produktionsverhältnissen, von denen eines die anderen dominiert, je nach den Modalitäten, die sich im Lauf der Zeit ändern (und die die spezifischen Phasen jedes *konkreten Übergangs* bestimmen).

Aus dem Gesagten geht hervor, daß über die durch mögliche »Mißverständnisse« verursachten Probleme hinaus, die Untersuchung unseres Gegenstandes auf viel realere Schwierigkeiten stößt, eben weil eine *ausgearbeitete* Theorie der Übergangsgesellschaften zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch aussteht.

Sicher, es existieren zahlreiche Elemente solcher Theorien, sei es in schon theoretischer Form oder in praktischem Zustand. Diese Elemente wurden insbesondere anlässlich der Analysen geschaffen, die die Politik (*l'action politique*) in den Übergangsgesellschaften erforderte, also angesichts konkreter (ökonomischer, politischer und ideologischer) Probleme, die die Übergangsperiode zwangsläufig mit sich brachte und die nach einer Lösung verlangten. Auf diese Weise wurden alte Begriffe entwickelt und neue geschaffen, jedoch ohne daß es bisher möglich war, sie alle in ein strenges theoretisches System einzuordnen. Das führte unvermeidlich zu einer Vielzahl von Schwierigkeiten,

gleichermaßen auf theoretischer wie auf praktischer Ebene. Heute ist eine Anstrengung, die darauf abzielt, den Gültigkeitsbereich der verfügbaren Begriffe zu umreißen und sie noch strenger zu formulieren, unerlässlich geworden. Eine solche Anstrengung ist um so notwendiger geworden, als eine Reihe von Praktiken, die sich als Praktiken von »ökonomischem Kalkül« und »Planung« ausgeben, wenigstens teilweise die verschiedensten Praktiken mit einschließen. Weil sich darüber hinaus diese Praktiken in ideologische Kommentare verdoppeln, die darauf abgestellt sind, jene als etwas anderes hinzustellen, als sie tatsächlich sind, befinden wir uns in einer Lage, in der wir mangels theoretischer Anstrengungen weder die Wirklichkeit erkennen noch sie verändern können.

Wie man sehen wird, verdeutlichen die folgenden Analysen, indem sie eine Demarkationslinie zwischen monetärem Kalkül einerseits und ökonomisch-gesellschaftlichem Kalkül andererseits ziehen helfen, die Notwendigkeit und Möglichkeit einer »Dezentralisierung« des ökonomischen Kalküls, die sich radikal von der Pseudodezentralisierung, wie sie heute in den Ländern Osteuropas üblich ist, unterscheidet. Diese Pseudodezentralisierung ist in der Tat nichts anderes als die Restauration der »Marktmechanismen« mit der Konsequenz der Preisgabe der sozialistischen Planung. Zudem wird man sehen, daß der Inhalt dieser Restauration zum Teil durch einen extremen Staatszentrismus verdeckt worden ist. Der wiederum, herrührend von einem aufgeblähten Staatsapparat, verhindert letztlich die gesellschaftliche Beherrschung der Produktion und trägt bei zu einer Stärkung der Rolle von Geld- und Warenbeziehungen.

Im folgenden Text wird keine *Analyse der Probleme in ihrem Gesamtzusammenhang* entwickelt, wie sie den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus eigen sind. Es wird nur die *Analyse einiger dieser Probleme* entwickelt, nämlich solcher, die in der Hauptsache die *ökonomische Ebene* dieser Gesellschaftsformationen betreffen. Daher werden außerökonomische Probleme zwar angedeutet, aber nicht systematisch untersucht.

Insgesamt haben sich die Fragen, die sich aus der Existenz zweier Formen des »ökonomischen Kalküls« ergaben, als genau die erwiesen, die die besondere *Komplexität* der Gesellschaftsinformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus aufzuzeigen ermöglichten, daher die Vielfalt der »Richtungen«, die die folgende Untersuchung einschlagen mußte. Daher kann diese nur eine »Einleitung« zur spezifischen Analyse der Probleme des ökonomischen Kalküls sein. Diese Probleme werden Gegenstand eines späteren Textes sein.

Paris, Juli 1969

I. Problemstellung

Das Problem, das zu analysieren wir uns vornehmen, ist das des »ökonomischen Kalküls« in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Dieses Problem erweist sich eng verknüpft zugleich mit dem der »Planung« und mit dem der Bedingungen der Produktenzirkulation. Ausgangspunkt unserer Analysen sind eine Reihe von theoretischen Sätzen über den ökonomischen Kalkül und den Plan in einer sozialistischen Gesellschaft; diese Sätze werden wir mit den tatsächlichen Praktiken in den Übergangsgesellschaften vergleichen.

1. Ein Text von Engels

Wir werden von einem wohlbekannten Text aus dem *Anti-Dühring* ausgehen. In diesem Text behandelt Engels das Problem der Bedingungen für die Ausarbeitung des »Produktionsplans« einer sozialistischen Gesellschaft.

Über diese Gesellschaft, die »sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet«, schreibt Engels:

»Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Verteilung schließen allen Warenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waren ... und damit auch ihre Verwandlung in Werte.«¹

Von diesem eben zitierten Satz ausgehend, beschreibt Engels seine Konzeption vom ökonomischen Kalkül in einer solchen Gesellschaft:

»Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in 100 Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stek-

ken ... Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die 100 m² Tuch meinetwegen 1 000 Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien 1 000 Arbeitsstunden wert. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, untereinander abgewogen und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab, ohne Dazwischenkunft des vielberühmten »Werts«.²

Anmerkung:

Man wird bemerken, daß Engels in diesem Text von der tatsächlich verausgabten Arbeitszeit spricht und nicht von der gesellschaftlich notwendigen (auf diesen Punkt werden wir zurückkommen müssen). Man wird auch bemerken, daß Marx außerdem unterstrichen hat, daß die Rolle, die dem Kalkül in Arbeitszeit (oder Arbeitsmenge) zukommt, einem bestimmten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte entspricht (zu diesem Punkt siehe die Analysen, die Marx den Auswirkungen der Maschinerie widmet, besonders in den Grundrissen (Karl Marx, *Grundrisse der Politischen Ökonomie*, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 590—600).

Dieser Text kann Ausgangspunkt eines Komplexes von Überlegungen sein, die alle zu entwickeln ich im Augenblick nicht vorhabe. Ich werde denn auch nur bei den Punkten verweilen, die von nun an unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen müssen und die zwei Arten von Problemen entsprechen:

1. Probleme, die sich aus dem Vergleich des Engellschen Textes mit der Praxis sozialistischer Planung ergeben (ebenso könnte man zahlreiche andere Texte von Marx und Engels heranziehen).

2. Probleme, die durch die Untersuchung einiger der oben benutzten Formulierungen aufgeworfen werden.

2. Der Engelssche Text und die sozialistische Planungspraxis

Nach den oben zitierten Sätzen dürfen die Wert- und Preiskategorien in den für die sozialistische Planung notwendigen Kalkülen *keine Rolle spielen*. Diese Kalküle müssen auf dem Vergleich der »Nutzeffekte« der Gebrauchsgegenstände untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsmengen beruhen.

Bekanntlich ist diese Vorausschau von Engels noch in keiner der gegenwärtigen »sozialistischen Wirtschaften« verwirklicht. In keiner dieser Gesellschaftsformationen werden die »ökonomischen Kalküle« unmittelbar in »Arbeitszeit« durchgeführt, sondern anscheinend immer, zumindest weitgehend, mit Hilfe der Warenkategorien, obwohl die Wirtschaftspläne, z. B. bei der Formulierung von »gesellschaftlichen Prioritäten« oder »politischen Prioritäten«, andere Gesichtspunkte in der Veranschlagung der in Geld ausgedrückten »Kosten« berücksichtigen als jene, die in die »monetären Kalküle« eingehen.

a) Die monetären Kalküle

Solche »Kosten« ergeben sich in keiner Weise aus »Messungen« (in dem Sinn, wie man von Meßvorgängen in den »Naturwissenschaften« sprechen kann). Es sind einfache *Rechengrößen*, deren »Dimensionen« sich über ein »Preissystem« »spontan ergeben«; dieses System erscheint bald als »durch den Markt erzeugt«, bald als Ergebnis »administrativer« oder »reglementierender Entscheidungen«, aber das ändert nichts am einmal *gegebenen* Charakter der Preise; dieser Charakter ändert sich auch nicht durch die Verwendung von »erwarteten«, d. h. zukünftigen, oder »geplanten Preisen«, da in keinem Augenblick Messungen eine Rolle spielen, sondern nur mehr oder weniger komplexe tatsächliche oder fiktive, auf die Gegenwart oder auf die Zukunft gerichtete *Rechenoperationen*. Daher sind die unter solchen Bedingungen durchgeführten »ökonomischen Kalküle« nichts anderes als *monetäre oder Rechenkalküle*. Sie werden deshalb zwecks Einfachheit der Darstellung und wegen der Funktion, die diese Kalküle erfüllen, bei Gelegenheit mit dem Ausdruck »monetärer ökonomischer Kalkül« bezeichnet; dieser Ausdruck darf jedoch nicht über die ins Auge gefaßte Wirklichkeit hinwegtäuschen. Das eben Gesagte impliziert, daß notwendigerweise ein radikaler Einschnitt besteht zwischen einem *monetären Kalkül* gleich welcher Art und einem *ökonomischen Kalkül*. Der öko-

nomische Kalkül bezieht sich entweder auf die *Messung* mehr oder weniger nützlicher Verausgabung von Arbeit oder auf den gesellschaftlichen Nutzen verschiedener Produktionen oder Tätigkeiten.

Der Kalkül in Geld hingegen verweist auf eine Recheneinheit, d. h. *faktisch* auf eine Einheit, die tatsächlich in *Tauschvorgängen* interveniert und auf diese Weise vom Vorhandensein der Warenkategorien und der Wertform zeugt.

Anmerkung:

Man kann sich zweifellos das Vorhandensein einer »Recheneinheit« vorstellen, die nicht bei Austauschvorgängen auftreten würde, aber dann gibt es nur das eine oder das andere: entweder handelt es sich wirklich um eine Recheneinheit, die dieselbe Rolle spielt wie das Geld, ohne auf gesellschaftliche Verhältnisse zu verweisen, wobei die gesellschaftliche Funktion einer solchen »Rechnungsführung« nur sehr begrenzt sein könnte; oder aber diese Recheneinheit ist in Wirklichkeit eine Maßeinheit und das Wesen dieser wie die entsprechenden Verfahrensweisen müßten theoretisch definiert werden (sonst mißt man überhaupt nichts), um einen Bezug auf »gesellschaftliche Äquivalente« zu gewinnen. Eine solche »Einheit« wäre kein Geld mehr und die in ihr ausgedrückten »Größen« keine Preise mehr. Ob die Einschätzung des jeweiligen gesellschaftlichen Nutzens soweit formalisiert werden kann, daß eine wirkliche »Maßeinheit« definiert werden könnte, auf diese Frage steht die Antwort noch aus.

Das Vorhandensein der *Wertform* in Gesellschaftsformationen, die für »sozialistisch« gelten — und der sich daraus ergebende »Widerspruch« zu gewissen Lehrsätzen von Marx und Engels (wie der oben zitierte) —, hat Probleme aufgeworfen, die man oft durch den Verweis auf die Kategorie des »Überlebens« zu regeln versucht hat. Man sagt tatsächlich zuweilen, daß in den heutigen Übergangsgesellschaften ein »Überleben« der Warenkategorien vorläge. Das erklärt selbstverständlich gar nichts: man erklärt nicht ein Phänomen, indem man ihm einen Namen gibt, und man erklärt die *Gegenwart* nicht mit einem simplen Verweis auf die *Vergangenheit*.

Das Problem muß daher in sich untersucht werden. Es ist für uns von sehr großer Bedeutung, denn die gleichzeitige Berücksichtigung von »gesellschaftlichen und politischen Prioritäten«, von »gesellschaftlichen Zielen« etc. und von »in Geld durchgeführten Kalkülen« bedeutet, daß die gegenwärtige ökonomische Praxis die *Überschneidung von zwei Arten des ökonomischen Kalküls* kennt: einen »monetären Kalkül« und einen »nicht-monetären Kalkül«, wobei der erste im allgemei-

nen den zweiten verdeckt und offenbar dazu neigt, sich den zweiten einzuverleiben und ihn eine »untergeordnete« Rolle spielen zu lassen.

b) *Die Überschneidung von zwei Arten des
»ökonomischen Kalküls«*

Der oben eingeführte, hier angewandte Ausdruck Überschneidung bezeichnet folgendes:

Einerseits führt man in der konkreten Praxis der »sozialistischen Länder« eine Anzahl von Kalkülen durch, die die effektiven (oder eventuellen) *monetären Ausgaben und Einnahmen* berücksichtigen. Die Gesamtheit dieser Kalküle wurde weiter oben mit »monetärem Kalkül« bezeichnet. Die *finanzielle* Bedeutung solcher Berechnungen ist einigermaßen klar: die ökonomische Bedeutung ist es viel weniger, besonders deshalb, weil die »Schlüsse«, die man aus solchen Berechnungen ziehen zu können glaubt, unter der strengen Abhängigkeit vom Preissystem stehen. Nun hat aber dieses Preissystem immer eine *Vielzahl von Funktionen* zu erfüllen (einschließlich der Funktionen der Wiederverteilung der Einkünfte unter die Produktionseinheiten oder der Ankurbelung bzw. Drosselung des Gebrauchs dieses oder jenes Produktes etc.), so daß die Bedeutung der mittels derartiger Preise durchgeführten Kalküle (besonders wenn es darum geht, einen über mehrere Jahre laufenden Plan aufzustellen) äußerst zweifelhaft bleibt (da man mit anderen Preisen zu anderen »Schlüssen« gekommen wäre).³

In der Praxis der »sozialistischen Länder« führt man andererseits »nicht-monetäre Kalküle« durch, d. h. einen Komplex von noch sehr dürftig formalisierten Rechenoperationen, die darauf abzielen, die Erfordernisse der erweiterten Reproduktion, der gesellschaftlichen und politischen »Prioritäten« sowie in der letzten Analyse die Erfordernisse des gesellschaftlichen Nutzens und der gesellschaftlichen Kosten der verschiedenen Produktionen oder Tätigkeiten zu berücksichtigen.

Theoretisch gesehen scheint folgendes zu gelten: eine wirkliche gesellschaftliche Meisterung des Entwicklungsprozesses der Produktivkräfte und des Umformungsprozesses der Produktionsverhältnisse schließt ein, daß der zweite Kalkültyp, der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül, allein eine Rolle spielen darf (wie es der oben zitierte Engelssche Satz nahelegt), oder daß er zumindest eine dominierende Rolle spielen muß. Tatsächlich scheint in der heutigen ökonomischen Praxis meistens das Gegenteil der Fall zu sein; der »monetäre Kalkül« spielt die dominierende Rolle und der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül nur eine untergeordnete und behelfsmäßige

Rolle (in Form von »Korrekturen an den Schlußfolgerungen«, die aus dem monetären Kalkül gezogen werden).

Im weiteren Verlauf unserer Analysen werden wir uns nach der Daseinsberechtigung dieser Dualität der »ökonomischen Kalküle« und des zumindest augenscheinlichen Übergewichts der »monetären Kalküle« zu fragen haben, aber zunächst müssen wir noch auf einige der von Engels formulierten Thesen zurückkommen.

3. *Die Bedeutung einiger Formulierungen von Engels*

Der oben zitierte Text von Engels enthält verschiedene Formulierungen, die unsere Aufmerksamkeit stärker beanspruchen sollen.

a) *Die »Nutzeffekte« der verschiedenen
Gebrauchsgegenstände*

Zu allererst gilt es, den Engelsschen Satz zu beachten, in dem von der Notwendigkeit die Rede ist, die »Nutzeffekte« der verschiedenen Gebrauchsgegenstände zu vergleichen und sie zu den zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsmengen ins Verhältnis zu setzen, um den Inhalt des Plans zu determinieren. Diese Formulierung wirft Probleme von entscheidender Tragweite für den ökonomischen Kalkül auf.

Es wird sich später noch die Gelegenheit ergeben, auf diese Probleme zurückzukommen, insbesondere, um den Inhalt des Begriffes der »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« (oder »Arbeitsmenge«) als eines für den ökonomischen Kalkül grundlegenden Begriffes zu präzisieren; im Moment will ich mich auf einige Bemerkungen zu den verschiedenen Punkten beschränken.

Interpretiert man den anfangs zitierten Satz von Engels im, wie ich glaube, notwendigen strengen Sinn, so wird man daraus schließen, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Menschen sich die Mittel verschaffen müssen, um die gesellschaftlichen Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände miteinander zu vergleichen und um sie zu den zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsmengen ins Verhältnis zu setzen: das ergibt sich als eine *Notwendigkeit* für die Aufstellung eines Plans.

In der Tat können auf der Ebene der physischen Eigenschaf-

ten der verschiedenen Gegenstände deren »Nutzeffekte« nicht verglichen und noch weniger »untereinander abgewogen« und zu Arbeitsmengen ins Verhältnis gesetzt werden.

In dem Raum ihrer physischen Eigenschaften sind die verschiedenen Gebrauchsgegenstände im allgemeinen radikal voneinander verschieden. So konnte Marx im *Kapital* von den ersten Seiten an zeigen, daß man nicht beanspruchen kann, in diesem »Raum« die Nutzeffekte der verschiedenen Gegenstände messen oder unmittelbar vergleichen zu wollen.

Wenn Engels von einem solchen Vergleich spricht, hat er folglich nicht die »physischen Eigenschaften« der verschiedenen Gegenstände im Auge, sondern ihre gesellschaftlichen Nutzeffekte.

Diese also müssen miteinander verglichen werden. Ein derartiger Vergleich erfordert die Konstruktion eines theoretischen »Raums«, der es ermöglicht, die Messung der gesellschaftlichen Nutzeffekte der Gegenstände sowie die Messung der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge durchzuführen.

Bemerkungen zur Messung der »Nutzeffekte«:

Damit stellt sich ein Problem ein, das noch nicht vollständig gelöst ist. Seine theoretische Natur ist jedoch der vieler anderer Probleme analog, für die die Weiterentwicklung der Wissenschaften eine Lösung gebracht hat: es handelt sich darum, Begriffe zu schaffen, mit deren Hilfe man die gesellschaftlichen Nutzeffekte der verschiedenen Produktionen messen kann.

Jede Messung macht ja die Schaffung des Begriffs von dem erforderlich, was gemessen werden soll. Ein solcher Begriff, der notwendigerweise der Messung selber vorausgehen hat, kann nur von einem Begriffssystem (système de concepts) ausgehend geschaffen werden, d. h. von einer Theorie, die ihm seinen Sinn gibt. Die Messung kann folglich kein isolierter Vorgang sein, sie ist ein Moment im Entstehungsprozeß von wissenschaftlichen Begriffen und durchläuft infolgedessen die experimentell-wissenschaftliche Erprobung, deren spezifische Form sie ist (was natürlich nicht heißen soll, daß das wissenschaftliche Experiment nur »Meßbares« liefern könne).

Wenn es die Illusion geben kann, daß der Kalkül die Messung ersetzen könne, dann deshalb, weil in der Regel (z. B. in der Physik) das Experiment nicht »unmittelbar« ein »Maß« liefert: es liefert »Indizien« oder »materielle Indikatoren«, deren Variationen die Berechnung der Größen ermöglichen, die man mißt; aber dieser Kalkül (der oberhalb oder unterhalb des Experiments liegt [qui se place en amont ou en aval de l'expérimentation]) ist nur möglich, weil das begriffliche System, innerhalb dessen der Kalkül operiert, errichtet worden

ist.⁴ (Es wird natürlich »neu aufgestellt« oder »umgearbeitet« werden müssen, wenn die quantitativen Ergebnisse, zu denen die von den beobachteten Variationen ausgehenden Kalküle führen, dem widersprechen, was die Theorie nahelegt.)

Dieser kurze Rückblick ist unerläßlich wegen der Verwirrung, die um die Bezeichnung des »ökonomischen Kalküls« immer dann herrscht, wenn dieser Ausdruck benutzt wird, um einen monetären Kalkül zu bezeichnen, d. h. einen »Kalkül«, der sich nicht auf zu messende, sondern auf »gegebene«⁵ Größen erstreckt. Er verdeutlicht, daß das Maß immer aus einem Abstraktionsprozeß hervorgeht, der insgesamt und von Anfang an die »Eigenschaften« eliminiert. Daraus folgt — und nur so muß das noch nicht gelöste Problem angegangen werden —, daß qualitativ verschiedene »Nutzeffekte« vergleich- und meßbar werden durch Abstraktion von ihrer qualitativen Verschiedenheit.⁶

Diese Abstraktion kann selbstverständlich nur dann zu tatsächlichen »Maßen« führen, wenn die »Nutzeffekte« theoretisch meßbare Gegenstände sind, d. h. wenn die Unterschiede, die sie vorweisen, nicht rein qualitativ sind, sondern die Merkmale einer quantitativen Abstraktion besitzen. Wenn die »Nutzeffekte« tatsächlich solche Merkmale besitzen, dann deshalb, weil sie sich in eine gesellschaftlich organisierte Produktion und Konsumtion einfügen: hier liegt ihr gemeinsames Merkmal, von dem ausgehend der Begriff ihres Maßes erstellt werden kann.

Der Weg zu seiner Erstellung führt über die Einbeziehung der Substituierbarkeit der Arbeiten und ihrer Produkte. Das verhält sich deshalb so, weil die Möglichkeit sowie die quantitativen Merkmale dieser Substituierbarkeit (also auch ihre Grenzen) gesellschaftlich determiniert sind durch das effektive Eingefügtsein dieser Arbeiten und ihrer Produkte in einen wirklichen gesellschaftlichen Raum, in dem sie bald äquivalente, bald komplementäre Funktionen erfüllen.

Wie die Form des Wertes hinweist auf eine bestimmte Art von Substituierbarkeit (vermittelt durch den Austausch, durch determinierte Produktionsverhältnisse also), so weist die Form des Plans auf eine andere Art von Substituierbarkeit hin; sie ersetzt die Wertform und bringt sie zum Verschwinden, wenn die objektiven Bedingungen vorhanden sind, damit diese Art der Substituierbarkeit Gegenstand nicht nur einer »Schätzung« oder »Markierung« (»repérage«) sein kann (was gegenwärtig der Fall ist)⁷, sondern Gegenstand einer wirklichen Messung; zweifellos setzt das die volle Entfaltung neuer Produktionsverhältnisse und, in deren Rahmen, einen zusätzlichen Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktivkräfte voraus.

Anmerkung:

Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (der vollendeten Form der Warenverhältnisse) nimmt die gesellschaftliche Arbeit die Form einer privaten Arbeit an; diese bestätigt ihren gesellschaftlichen Charakter nur über den Austausch, daß sich die zur Herstellung der verschiedenen Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in der Wertform manifestiert und zugleich verschleiert (und diese Arbeitszeit ist es, die den theoretischen Raum bildet, auf den die Preisanalyse bezogen ist). Eben weil die gesellschaftliche Arbeit hier nur in der begrifflichen Abstraktion faßbar ist, kann sie »abstrakte Arbeit« genannt werden (die naive Betrachtung entdeckt nur »private«, »isolierte« und »getrennte« Arbeiten).

Sind die sozialistischen Produktionsverhältnisse einmal voll entfaltet, bringen sie den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Arbeit zum Verschwinden und schaffen die objektiven Bedingungen dafür, daß sich die gesellschaftliche Arbeit in einer anderen Form als der Wertform manifestiert; indessen muß diese Form wie jede andere analysiert werden, damit die Verhältnisse zutage treten, die sie verschleiert, damit die adäquaten Begriffe erstellt werden können für die Messung der gesellschaftlichen Arbeit, die nie unmittelbar im Raum der physischen Arbeit gegeben ist (deren Dauer in »Uhrzeit« gemessen wird), eben weil es sich hier um den Raum der gesellschaftlichen Arbeit handelt — und weil die für eine Produktion »gesellschaftlich notwendige« Arbeitszeit nur in Ausnahmefällen mit der tatsächlich dafür verausgabten Arbeitszeit übereinstimmt.

An dieser Stelle muß folgendes Problem bedacht werden: wenn in der kapitalistischen Produktionsweise das gesellschaftlich notwendige Arbeitsquantum das »Maß« des Werts ist, also die gesellschaftlich notwendige Arbeit der *theoretische Raum* ist, auf den die Preisanalyse bezogen ist, dann bedeutet dies, daß die »gesellschaftliche Notwendigkeit«, die enthalten ist im Begriff der »gesellschaftlich notwendigen Arbeit«, die der Aneignung der Mehrarbeit ist. Denn die ist das eigentliche Ziel der kapitalistischen Produktionsweise, während die Befriedigung der »Bedürfnisse« oder der »Nachfrage« lediglich ein Mittel ist. Folglich drückt sich in der kapitalistischen Produktionsweise der »gesellschaftliche Nutzen« oder der »gesellschaftliche Nutzeffekt« der verschiedenen Arbeiten nur in ihrer Fähigkeit aus, Mehrwert zu schaffen oder zu seiner Schaffung oder Vergrößerung beizutragen (daher die »Rationalität« des Profstkriteriums für die kapitalistische Produktionsweise).⁸

Wenn die kapitalistische Produktionsweise der sozialistischen Platz macht, oder selbst wenn in einer Übergangsgesellschaft die sozialistischen Produktionsverhältnisse über die kapitalistischen *vorherrschen*, ist der Zweck der Produktion nicht mehr die Aneignung des Mehrwerts als vielmehr die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse; von dem Moment an ist der *theoretische Raum*, auf den man sich bezogen sieht, nicht mehr der des Wertes oder der Preise, sondern der Raum der »Nutzeffekte« der Arbeiten, also der des *gesellschaftlichen Nutzens*. Der Begriff der »gesellschaftlich notwendigen Arbeit« erhält hier einen radikal anderen Sinn als den, den er bei der kapitalistischen Produktionsweise hat; hier ist sein Maß nicht mehr der produzierte Mehrwert (oder das Verhältnis der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit), sondern der von den verschiedenen Arbeiten produzierte »gesellschaftliche Nutzen«, der wiederum selbst je nach den *Proportionen* und je nach den gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen variiert, in denen diese Arbeiten verrichtet worden sind. Das besagt: es »bleibt« das System von Begriffen und Verfahrensweisen explizit zu erklären, die es ermöglichen sollen, den »gesellschaftlichen Nutzen« der verschiedenen Arbeiten und Produkte (unter konkreten, festgelegten Bedingungen geliefert) zu messen, um auf der Grundlage dieser Messungen die Verteilung der Arbeiten (d. h. der gesellschaftlichen Arbeit) unter die verschiedenen Produktionsbereiche vorzunehmen.⁹

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beginnen verschiedene Versuche sich abzuzeichnen, die in die oben angedeutete Richtung weisen, allerdings mehr oder weniger blind, denn man ist gerade erst dabei, die Natur des Problems, um dessen Lösung man sich bemüht, soweit faßbar zu machen, daß es klar formuliert werden kann; daher die Langsamkeit, mit der man bei der Lösung des Problems des »gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls« vorankommt.

Einige »Hemmnisse« in der Entwicklung des ökonomischen Kalküls

Die Langsamkeit, mit der man bei der Lösung des Problems des gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls vorankommt, erklärt sich aus einer Reihe objektiver und subjektiver Gründe.

Die objektiven Gründe

Die objektiven Gründe sind zweierlei Art:

Die einen hängen mit der relativ schwachen Entwicklung der Produktivkräfte in den heutigen Übergangsgesellschaften zusammen. Dieser niedrige Entwicklungsstand hat zur Folge, daß in ihnen die Warenformen der Ökonomie fortbestehen (wir kommen weiter unten auf dieses Problem zurück).

Die anderen hängen mit der Natur der Produktionsverhältnisse selbst zusammen, wie sie in den Übergangsgesellschaften fortbestehen, denn einige dieser Verhältnisse verdoppeln sich notwendigerweise in Warenverhältnissen (worauf wir ebenfalls zurückkommen werden).

Die Existenz von Warenverhältnissen ist somit doppelt determiniert; nun hat aber, wie man weiß, der Markt die Eigenschaft, spontan und nach Gesetzmäßigkeiten, die für ihn spezifisch sind, die Produkte der verschiedenen Tätigkeiten zueinander in Beziehung zu bringen. Der Markt verursacht auf diese Weise das Auftreten »monetärer Größen«, die sich scheinbar einem »ökonomischen Kalkül« zur Verfügung stellen, der in Wirklichkeit aber nichts weiter ist, als ein monetärer Kalkül.

Das Vorhandensein dieser »Größen« und die Möglichkeit, sie mehr oder weniger »auszurichten« (in Form von »geplanten Preisen«, die bestimmte gesellschaftliche und politische Einschätzungen in einem gewissen, wenn auch geringen Maße berücksichtigen), stellt ein Hemmnis dar für die Entwicklung einer Theorie der Messung zu vergleichender »Nutzeffekte« ebenso wie für die Entwicklung eines wirklichen gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls.

Die objektive Möglichkeit, dank der Verwendung von »Marktpreisen« oder von Preisen, die davon abgeleitet sind, auf spontan vorhandene »Größen« zurückzugreifen, hat zur Folge gehabt, daß trotz aller Widersprüche, die die Verwendung solcher Preise hervorruft, die Notwendigkeit eines gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls, in seinem eigentlichen Sinn, kaum verspürt worden ist.

In äußerst zweideutiger und widersprüchlicher Gestalt kam diese Notwendigkeit vor einigen Jahren in der Sowjetunion zum Vorschein; z.B. in den von W. S. Nemschinow und W. W. Nowoschilow unternommenen Versuchen eines »ökonomischen Kalküls«.¹⁰

Die Versuche dieser Ökonomen sind zweideutig, denn sie legen nicht den Unterschied fest zwischen »ökonomischem« und »monetärem« Kalkül. Sie sind widersprüchlich, denn sie versuchen, die beiden »Kalkülarten« miteinander zu kombinieren. Trotzdem stellen sie einen Ausgangspunkt für jede Über-

legung zu diesem Thema dar, sofern man der Tatsache Rechnung trägt, daß diese Versuche von ideologischen, nicht wissenschaftlichen Vorstellungen angesteckt sind, und darüber hinaus von der Entwicklung der Warenverhältnisse in der Sowjetunion und anderen »sozialistischen« Ländern erstickt worden sind. Diese Entwicklung hat der Illusion neuen Auftrieb gegeben, daß die Marktpreise einem wirklichen ökonomischen Kalkül als Grundlage dienen könnten.

Anmerkung:

Es handelt sich in der Tat um eine Illusion, denn ökonomischen Kalkül gibt es nur, wenn es eine Vorherrschaft ökonomischer Größen durch den Kalkül, d. h. theoretische Kenntnis dieser Größen gibt, nun ist ein Kalkül, der in Preisen durchgeführt wird, blind für das, worauf er beruht; deshalb behandelt er Rechengrößen, als seien sie unmittelbar ökonomische Größen. Auf diese Weise führt man, nach einer bereits getroffenen Unterscheidung, unter dem Namen des »ökonomischen Kalküls« bloße monetäre und finanzielle Kalküle durch. Auf diese Art kann man sicherlich die monetären Kosten eines gewissen Produkts oder eines gewissen Produktenskomplexes berechnen; man kann auch berechnen, wie (mit Hilfe gewisser Hypothesen) diese monetären Kosten auf ein Minimum zu beschränkt sind; man kann gleichermaßen Berechnungen durchführen, die darauf abzielen, den von einer Investition gegebener Höhe zu erwartenden monetären Profit zu maximieren (unter diesen oder jenen Bedingungen, zu denen die gehören, die mit dem Preissystem und folglich auch den Löhnen verbunden sind). Solche Berechnungen sind sehr wichtig (ja wesentlich) für die Agenten des Kapitals, denn sie betreffen die Verwertung der investierten Fonds; sie liefern aber keine Erkenntnis über die Erfordernisse der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse und über die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen der Arbeiter. Es bedurfte des naiven Scharfsinns von Nationalökonomern und Ökonometrikern, um sich einzubilden, monetäre Kalküle könnten zu anderen »Schlüssen« führen als zu solchen, die sich auf die Kapitalverwertung beziehen, vor allem um den illusorischen Anspruch zu erheben, aus ihnen die Mittel zur Bestimmung eines »ökonomischen Optimums« gewinnen zu können. Diese Bezeichnung kann im übrigen nur einen äußerst unbestimmten Inhalt haben, solange widersprüchliche wirtschaftliche Interessen vorhanden sind: bestenfalls kann sie das System produktiver Kombinationen bezeichnen, das innerhalb einer gegebenen Struktur der Preise, Löhne und Techniken ermöglichen würde, den globalen Mehrwert zu maximieren, den das Kapital aus der Ausbeutung der Arbeitskräfte ziehen kann.

Das hier erwähnte Problem umfaßt in Wirklichkeit zahlreiche Implikationen. Auf praktischer Ebene bedeutet es, daß in den Übergangsgesellschaften, so wie sie bis jetzt funktioniert haben, *historisch gegebene Marktpreise* existierten. Mit Hilfe dieser, zwar fortlaufend nach den verschiedenen Erfordernissen geänderten, jedoch nicht als zusammenhängendes und spezifisches System »gedachten« und ausgearbeiteten Preise wurden bisher und werden immer noch in großem Maße diese »ökonomischen Berechnungen« durchgeführt, die — wir haben es bereits gesagt — in Wirklichkeit nur *monetäre Berechnungen* sind.

Anmerkung:

Ein sehr wichtiges Problem ist offenbar das folgende: welches sind die objektiven Gesetze, die die effektiven Preise und damit auch die Preisverhältnisse in den Übergangsgesellschaften bestimmen? Bei dem jetzigen Stand der Theorie ist es kaum möglich, auf diese Frage eine Antwort zu geben, und zwar im wesentlichen aus zwei Gründen:

a) *In diesen Gesellschaftsformationen hängen die effektiven Preisverhältnisse nicht unmittelbar von der ökonomischen Ebene allein ab, sie sind wenigstens zum Teil unmittelbar durch die politische Ebene und, allgemeiner gesagt, durch die Politik, d. h. durch den Klassenkampf bestimmt.*

Im Konkurrenzkapitalismus dagegen wird das Preisniveau unmittelbar durch die ökonomische Ebene determiniert, was besagt, daß die anderen Ebenen, die ideologische und die politische, im allgemeinen nur mittelbar und versteckt unter der Erscheinungsform »objektiver ökonomischer Gesetze« wirken, die um so leichter als »unumgänglich« »gedacht« werden können, als die gesellschaftlichen und politischen Zwänge, die sie, über die ökonomische Ebene vermittelt, ausüben, nicht als solche hervortreten.

Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus greift die politische Ebene viel direkter und sichtbarer in die effektiven Preisverhältnisse ein, indes sind diese wenigstens dem Anschein nach noch im wesentlichen durch die ökonomische Ebene determiniert.

Folglich, während es also scheint, daß man in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen das Preissystem als grundlegend durch »ökonomische Gesetze« determiniert »denken« kann, ist dies in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht mehr möglich. Hier hängen die objektiven Gesetze, die die Preise determinieren, sichtbar sowohl von der ökonomischen als auch von der politischen Ebene ab, und die Intervention dieser Ebene zeigt sich besonders in der Festsetzung »ökonomischer Ziele«,

die im allgemeinen von einer »Preispolitik« begleitet sein müssen.

b) *Aus dem Gesagten geht hervor, daß in den Übergangsgesellschaften, in denen ein mehr oder weniger großer Teil der Preise entweder geplant oder zumindest administrativ »festgesetzt« wird, die Preise von »Entscheidungen« der Planungsbehörden abzuhängen scheinen, da diese die historisch gebundenen Preise modifizieren. Indessen, wenn diese Entscheidungen gleichermaßen mit den Erfordernissen der Reproduktion wie mit den Planzielen (auf allen Ebenen, also auch auf der Ebene der strategischen Klassenziele) vereinbar sein sollen, können sie auf die Dauer nicht »willkürlich« sein. Die auf solchen Entscheidungen lastenden »Zwänge« bringen also objektive Gesetze zum Ausdruck, die gleichzeitig die der ökonomischen und unmittelbar die der politischen Ebene sind. Die Preise sind folglich auch durch objektive gesellschaftliche Gesetze determiniert. Die Tatsache, daß diese Gesetze die Preise mittels »Entscheidungen« bestimmen, darf genauso wenig über ihren objektiven Charakter hinwegtauschen wie die Tatsache, daß in der kapitalistischen Wirtschaft dem Anschein nach nie objektive Gesetze die Preise festsetzen, sondern die »Verkäufer« und die »Käufer«.¹¹*

Da jedoch im letzteren Fall der Druck der objektiven Gesetze unmittelbar auf der ökonomischen Ebene für den Käufer oder Verkäufer spürbar wird, resultiert die Bezeichnung von »Preisen, die durch den Markt« oder »durch die Konkurrenz determiniert sind«, aus der geläufigen »ökonomischen Praxis«. Diese Bezeichnung ist offensichtlich illusorisch, denn der Markt determiniert nichts, er ist lediglich der fiktive Ort, wo sich die Erfordernisse des Wertgesetzes und folglich auch die der erweiterten Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen durchsetzen, also der fiktive Ort, wo gegebenenfalls die Praktiken der Wirtschaftsagenten, sofern sie mit den Erfordernissen der erweiterten Reproduktion nicht übereinstimmen, mit Sanktionen belegt werden.

In den Übergangsökonomien ist die Illusion des »preisbestimmenden« Marktes teilweise verschwunden, insoweit die Warenverhältnisse nicht vorherrschend sind; damit ist auch die Erscheinung der »Sanktionen« verschwunden, die der »Markt« den ökonomischen Agenten aufzuerlegen scheint, deren Praktiken nicht vereinbar sind mit den Erfordernissen der erweiterten Reproduktion und den Planzielen. In diesem Fall führt die Nichtbeachtung, wenn sie sich in Form »schlechtgeplanter Preise« darstellt, zu Auswirkungen (auf Grund der Natur der Produktionsverhältnisse, also der Formen gesellschaftlichen kollektiven oder staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln), die schwer übersehbar sind und unter Umständen mit

Verzögerungen »spürbar« werden. — Der diffuse Charakter dieser Auswirkungen, hervorgerufen durch die im Widerspruch zu den Planzielen (d. h. im Widerspruch zu den politischen Zielen selbst) festgelegten Preise, bedeutet insbesondere, daß diese Auswirkungen sich nicht unbedingt auf der Ebene der Produktionseinheiten oder auch nur in einigen von ihnen bemerkbar machen; sie können sich bemerkbar machen und tun es im allgemeinen auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzem, z. B. in Form einer Verschärfung der Klassengegensätze oder in Form von Gleichgewichtsstörungen bei der Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige oder als Verlangsamung des Fortschritts der Produktivkräfte, etc.

Diese empirische Praxis ist möglich gewesen, weil die Warenkategorien tatsächlich fortbestanden und einen genügend starken Druck ausübten, um ein System von Preisen aufzuzwingen, das *relativ* eng sowohl mit den objektiven Erfordernissen der erweiterten Reproduktion, so wie sie sich durch den Warenaustausch manifestieren, *als auch* mit einem Komplex von »Zielen« in »Einklang« war, die, wenigstens zum Teil, ebenfalls von diesen Tauschvorgängen abhängen. Aus ebendiesem Grund konnte es den Anschein haben, daß der monetäre Kalkül nicht in Widerspruch trat zu den Ansätzen von ökonomischem Kalkül, die eine Rolle spielen konnten.

Weil der Markt und die Warenkategorien weiterfunktionierten, hat sich das Gefühl für die Notwendigkeit, den *theoretischen Rahmen* für einen *markunabhängigen Kalkül* zu erstellen, der gleichzeitig gesellschaftliche Erfordernisse und den gesellschaftlichen Nutzen zum Ausdruck bringt, bisher noch kaum bemerkbar gemacht. Sicherlich wird mit der wachsenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte¹² diese Notwendigkeit immer stärker sichtbar werden, denn die objektiven Bedingungen für das Funktionieren der Warenkategorien verkümmern in Bereichen der Wirtschaft¹³, so daß die Bezugspunkte, die das Funktionieren des Marktes (auch das kontrollierte) lieferte, ebenfalls verschwinden und die Marktpreise, selbst wenn sie mehr oder weniger modifiziert sind, nicht mehr »brauchbar« sind, z. B. weil die *Schlüsse*, zu denen man durch Kalküle unter Zugrundelegung dieser Preise gelangt, im *Widerspruch* zu den Erfordernissen der Gesamtentwicklung der Gesellschaftsformation stehen.

Die eben erwähnten Widersprüche können dermaßen »sichtbar« sein, daß man sich, ohne irgendeine Theorie zu benötigen, zwangsläufig weigern muß, die Kalküle in Marktpreisen oder aus dem Markt abgeleiteten Preisen in Betracht zu ziehen, weil es offenkundig ist, daß sie nicht die geringste praktische Bedeutung haben.

Daher hat die Tatsache, daß die Produkte bestimmter Tätigkeiten *gesamtgesellschaftliche* Wirkungen haben (z. B. die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Ausbildung, der wissenschaftlichen Forschung, des Gesundheitswesens und, darüber hinaus, mehr und mehr die verschiedener Produktionszweige, deren Entwicklung die allgemeinen Produktions- und Konsumtionsbedingungen tiefgreifend verändert, wie Transportwesen, Elektrizität, Elektronik etc.), zur Folge, daß der »Preis«, mit dem die Produkte dieser Tätigkeiten auf einem Markt verkauft werden können (selbst wenn einige von ihnen tatsächlich verkauft werden), seiner Bedeutung sichtbar beraubt ist.

Dieser »Bedeutungsschwund« der Preise, zu denen bestimmte Produkte auf einem Markt verkauft werden können oder könnten, *betrifft die kapitalistische Produktion selbst*, was heißen soll, daß von einem gewissen Grad der Vergesellschaftung der Produktivkräfte an der »Preismechanismus« für einen Teilbereich der kapitalistischen Produktion nicht mehr funktionieren kann, daher die Entwicklung »unrentabler Produktionen«, der Subventionspolitik etc. und der Rückgriff auf *monetäre Kalküle, die andere Preise zur Wirkung bringen als die Marktpreise*.

Jedoch ist im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise das Preissystem mit einer solchen ideologischen Macht ausgestattet und vor allem erfüllt es bei der Verteilung des Mehrwerts und im Klassenkampf (in dem den Lohnforderungen die »Rentabilitätsanforderungen« entgegenstehen) solche Funktionen, daß die »Marktpreise« als die »normalen« Preise erscheinen und es notwendig wird zu untersuchen, was sie »sein sollen«, wenn sie nicht spontan »gegeben« sind.

In den Übergangsgesellschaften ist der Bedeutungsschwund der Marktpreise, der mit der Vergesellschaftung der Produktivkräfte einhergeht, offenbar ebenso beträchtlich, wie in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen; deshalb erscheint bei einem bestimmten Vergesellschaftungsgrad dieser Kräfte die Fortführung monetärer Kalküle nicht nur mit ideologischen Gründen zusammenzuhängen, sondern auch mit den Auswirkungen von Klassenverhältnissen; ihre Fortführung geht einher mit einer Vertiefung der Widersprüche, die dem monetären Kalkül inhärent sind.

Solange diese Widersprüche relativ schwach sind, können sie mit empirischen Mitteln überwunden werden, anders läuft es jedoch, wenn diese Widersprüche sich vertiefen. Man muß dann entweder zu neuen theoretischen und praktischen Schritten übergehen oder auf bestimmte *politische Ziele* und die *zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Planverhältnisse* verzichten; wohlgemerkt, ein solcher Verzicht drängt sich nicht mechanisch auf, er ist überdeterminiert (surdéterminée) durch die

Auswirkungen des Klassenkampfes, d. h. durch die Anstrengungen jener gesellschaftlichen Klassen, die Interesse an der Weiterentwicklung der Warenverhältnisse haben, um eben diese aufzuzwingen.

Die subjektiven Gründe

Wie es scheint, kommen zu den objektiven (und augenblicklich dominierenden) Gründen für die Langsamkeit der im Bereich des gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls erzielten Fortschritte subjektive oder vielmehr ideologische Gründe hinzu, die wenigstens zwei wesentliche Aspekte darbieten:

1. Der erste Aspekt ist der, daß die Marxsche Werttheorie auf der radikalen Kritik an jeder Erklärung des *Tauschwertes* durch den »Gebrauchswert« aufbaut. Nun haben viele marxistische Ökonomen geglaubt, aus dieser Kritik den Schluß ziehen zu können, daß der *ökonomische Kalkül* von dem Gebrauchswert »abstrahieren« könne oder müsse, was genau deshalb unhaltbar ist, weil der *ökonomische Kalkül* sich in einem *anderen Raum entwickelt als in dem des Wertes oder der Preise*.

2. Der zweite Aspekt dieser »ideologischen Schwierigkeiten« ist gleicher Natur: Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mußten die marxistischen Ökonomen die Theorien über den Grenznutzen einer systematischen und, wegen der ideologischen Prämissen dieser Theorien, wissenschaftlich unentbehrlichen Kritik unterziehen. Diese Kritik zielte auf den Gebrauch, den die Verfechter der subjektiven Werttheorien von der »Grenzberechnung« (*calcul à la marge*) machten. Auch hier ergab sich ein doppeltes Abgleiten (*double glissement*): einerseits wollte man an bestimmten Formen des *gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls* eine Kritik anbringen, die auf der Ebene der *Werttheorie* begründet war; andererseits hat man die gegen den »Marginalismus« vorgebrachte Kritik auf jede »Grenz«berechnung »verallgemeinert«. Dieses letztere »Abgleiten« kann nur in eine Sackgasse führen, denn die »Grenz«berechnung ist nichts anderes als der *Differentialkalkül* (*calcul différentiel*), auf den man unmöglich verzichten kann. Marx selbst hat übrigens in der Theorie über die Grundrente bestimmte Bedingungen angegeben, unter denen dieser Kalkül vorgenommen werden muß.

b) Die »Einfachheit« der Kalküle

Im zu Anfang des Buchs zitierten Text insistiert Engels darauf, daß sich die Probleme der Aufstellung des Plans »sehr einfach« ohne Dazwischenkunft des »Werts« regeln werden. Diese Formulierung darf nicht täuschen. Es stimmt, daß die

Eliminierung der Wertform — die Produktionsverhältnisse als Verhältnisse zwischen Dingen erscheinen läßt — erlaubt, die Probleme viel direkter zu regeln, als es über die Warenkategorien möglich ist; aber diese geringe Schwierigkeit und daher größere »Einfachheit« bedeutet nicht, daß die für die Ausarbeitung eines Plans notwendigen Operationen »leicht« zu bewerkstelligen wären.

Ohne die folgenden Entwicklungen vorwegnehmen zu wollen, ist es doch nützlich, daran zu erinnern, daß die Vergesellschaftung der Produktivkräfte, die schon für die kapitalistische Wirtschaft charakteristisch ist, zur Folge hat, daß fast jedes Produkt das *Resultat der Arbeit der Gesamtgesellschaft* ist und nicht nur der Arbeit desjenigen (Arbeiters oder Arbeiterkollektivs), der es materiell »hergestellt« hat, d. h. der »Hände«, aus denen das Produkt »hervorgegangen« ist. In der Tat bearbeitet der »letzte Arbeiter« Gegenstände, die selbst schon von vielen anderen Arbeitern umgeformt worden sind. Diese Arbeit impliziert folglich das Zusammenwirken einer erheblichen Anzahl anderer Arbeiten (für die Lieferung der Arbeitsgegenstände, der Arbeitsmittel und der Hilfsmittel), die in einer hochkomplizierten gesellschaftlichen Organisation kombiniert werden¹⁴. Darüberhinaus ist es in den modernen Großunternehmen, wie z. B. in der chemischen Großindustrie, im allgemeinen nicht möglich, die für eine besondere Produktion benötigte Arbeitszeit *isoliert* zu ermitteln. Die Mehrzahl der Produktionen sind das Werk von Arbeitskollektiven, die *gleichzeitig* eine Vielzahl verschiedener Produkte herstellen, so daß die Arbeitszeitrechnung für die Herstellung *jedes* dieser Produkte nicht »direkt gemessen« werden kann, da sie vielmehr einer *Analyse* und einer Reihe *komplexer* Operationen bedarf.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Mehrzahl der Produkte das Ergebnis äußerst verschiedenartiger Tätigkeiten: Rohstoffindustrie, Energiewirtschaft, chemische Industrie, Transportwesen, Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenbau etc. Deshalb ist das Problem der »Zuordnung« des *Arbeitsquantums* zu einem bestimmten Produkt (*l'imputation à un produit déterminé*) oder einer bestimmten Kategorie von Produkten, zu deren Herstellung dieses Arbeitsquantum aufgewendet wurde, verbunden mit einer großen Anzahl anderer Produkte, weit davon entfernt, lösbar zu sein.

In einer »Marktwirtschaft« braucht dieses Problem übrigens nicht gelöst zu werden. Dort hat jedes Produkt einen Preis, und, obwohl dieser (in letzter Instanz und über eine Reihe von Schwankungen und Umwandlungen) durch die zu seiner Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt ist, braucht niemand diese Zeit zu *berechnen*. Die »Regulierung«

des Preises durch die Arbeitszeit ist das Ergebnis eines komplexen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Sie setzt sich in einem intensiven Kampf gegen die Marktschwankungen durch. Die einzige Sache, die jeden Kapitalisten beschäftigt, ist das Verhältnis zwischen seinem Kostpreis (der Gesamtsumme der *monetären Ausgaben*)¹⁵ und seinem Verkaufspreis. Nur die theoretische Analyse macht verständlich, daß es die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist, die letztlich die Preise regelt. Aber wenn die theoretische Analyse es auch erlaubt, den Begriff der »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« zu formulieren, so erlaubt dieser *theoretische* Begriff selbst noch nicht, diese Zeit *empirisch zu messen*.

Wenn das zur Herstellung jeder Kategorie von Produkten gesellschaftlich notwendige Arbeitsquantum einzeln genommen nicht unmittelbar »festgestellt« werden kann, so liegt das vor allem daran, daß die Ermittlung dieses Quantums nicht nur spezielle »Rechentechniken« erfordert, (besonders durch die Anwendung von Analysen, die auf Tabellen intersektorieller Beziehungen beruhen); es liegt schließlich und vor allem daran, daß diese Ermittlung die genaue Ausarbeitung des Begriffs »gesellschaftlich notwendiges Arbeitsquantum« in der kapitalistischen Gesellschaft und in den Gesellschaftsformationen im Übergang zum Sozialismus erforderlich macht.

Während sich dieser Begriff von der »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« tatsächlich in der kapitalistischen Produktionsweise auf die Bedingungen der Extraktion von Mehrwert und seiner Verteilung auf die einzelnen Anteile des gesellschaftlichen Kapitals bezieht, verweist er unter den Bedingungen der Vorherrschaft sozialistischer Produktionsverhältnisse auf wesentlich anderes: auf die »gesellschaftlichen Nutzeffekte« der verschiedenen Arbeiten; nun aber werden diese »gesellschaftlichen Nutzeffekte« nicht mehr wie in der kapitalistischen Produktionsweise von den Erfordernissen der erweiterten Reproduktion des Kapitals bestimmt, sondern von den Erfordernissen einer wachsenden gesellschaftlichen Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen ihrer Produktion und Konsumtion. Nur also, wenn man von einer Umformung des Begriffs des »gesellschaftlich notwendigen Arbeitsquantums« ausgeht, wird man Messungsverfahren für diese Größen definieren können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dieses Problem noch weit von einer Lösung entfernt. Es ist vielleicht nützlich, noch einmal zu unterstreichen, daß die Lösung dieses Problems die Verwirklichung *objektiver Bedingungen* voraussetzt, nämlich eine wirkliche Vorherrschaft sozialistischer Produktionsverhältnisse über die Verhältnisse der Warenproduktion, und das heißt, einen ausreichenden Transformationsgrad der Übergangsgesellschaften.

Die Tatsache, daß das Problem der Messung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit noch nicht auf strenge Weise gelöst ist, hindert die Planwirtschaft nicht daran, tatsächlich zu funktionieren, denn genau gesagt setzt dieses Funktionieren einen weitgehenden Rückgriff auf »Kalküle« voraus, die mit Hilfe von Warenkategorien durchgeführt werden, d. h. auf einen monetären Kalkül (den ich auch »indirekten ökonomischen Kalkül« genannt habe). In Anbetracht dessen darf nicht vergessen werden, daß ein *derartiger »Kalkül« kein wirklich ökonomischer Kalkül ist und daher nur indirekte und begrenzte Anhaltspunkte* über den gesellschaftlichen Nutzen dieser oder jener Tätigkeit und Produktion oder dieser oder jener Investition liefert; vergißt man das, so kann das zu schweren »Irrtümern« führen¹⁶. An anderer Stelle wird man sehen, was sich aus diesem Stand der Dinge für die ökonomische Planung ergibt.

4. Gesamtüberblick über die Hemmnisse beim gesellschaftlich-ökonomischen Kalkül

Die vorangehenden Bemerkungen lassen erkennen, daß in der Übergangsperiode — oder zumindest in einer ihrer ersten Phasen — zwei Arten von Hemmnissen bei der Entwicklung eines gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls, so wie er von Engels vorgesehen war, auftreten.

Die erste und grundlegendste Art von Hemmnissen hängt mit der noch relativ schwachen Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der ihnen entsprechenden Produktivkräfte zusammen und daher auch mit der Ungleichheit dieser Kräfte sowie mit der Existenz eines kapitalistischen Weltmarktes¹⁷. Diese Situation hat zur Folge, was als »Überleben« der Wertform bezeichnet wurde. Es handelt sich also nicht um ein »Überleben«, sondern um ein *Vorhandensein*, um das Vorhandensein bestimmter Produktionsverhältnisse, die wir später analysieren werden. Die zweite Art von Hemmnissen spielt eine untergeordnete Rolle; sie ist mit der unzureichenden *inhaltlichen* Ausarbeitung des ökonomischen Kalküls verknüpft.

Gewiß, die *Grundsätze* dieses Kalküls und der Platz, den er in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einnehmen soll, sind uns gegeben (besonders im oben kommentierten Text), aber — wie wir eben gesehen haben — der *genaue Inhalt* dieses Kalküls bleibt zum Teil noch zu definieren.

Zu der Zeit, als Engels den zitierten Text schrieb, konnte es ihm nicht darum gehen, über die Formulierung von Prinzipien

hinauszugehen, denn er hat sich, und das mit Recht, immer geweigert, die »Fleischtopfe der Zukunft zu kochen«.

Von den beiden Kategorien von Hemmnissen, die der Entwicklung eines gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls entgegenstehen, ist die zweite, wie wir schon feststellten, der ersten streng untergeordnet; sie ist, auf der Ebene der Erkenntnis, die Folge der ersten. Das bedeutet offensichtlich nicht, daß nur das vollständige Verschwinden der objektiven Hemmnisse der vollen Entwicklung des gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls gestatten wird, den Inhalt dieses Kalküls zu präzisieren. In der Tat gestattet die Entwicklung der Übergangsgesellschaften und sogar ihre »Rückschläge«, das Problem des ökonomischen Kalküls heute mit größerer Genauigkeit als früher zu stellen, und folglich, mit der Definition seiner Problematik einen Anfang zu machen.

Wenn es sich so verhält, dann läßt sich von jetzt an, wie schon verschiedentlich bemerkt, in der Praxis eine innige Vermischung zweier Arten von Kalkülen, eines monetären und eines nicht-monetären Kalküls, beobachten. Der letztere befindet sich erst in seinen Anfängen, aber diese reichen schon dazu aus, daß die theoretische Analyse sich seiner bemächtigen kann, um seinen Inhalt und seine spezifischen Formen zu präzisieren.

Beim Versuch, diese Analyse (die hier nur umrissen ist) richtig durchzuführen, müssen wir die beiden Arten von Kalkülen, wie sie in den heutigen Übergangsgesellschaften auftreten, genauer prüfen. Wir werden sehen, welche Beziehungen zwischen ihnen bestehen und durch welche Unterschiede sie voneinander getrennt sind; aber die erste Frage, die wir prüfen müssen, ist die Frage nach den Produktionsverhältnissen, deren Bestehen durch das Vorhandensein der Warenkategorien angezeigt wird.

II. Das »Vorhandensein« der Warenkategorien

Das »Vorhandensein« von Warenkategorien in den heutigen Übergangsgesellschaften wirft grundsätzliche theoretische Probleme auf.¹⁸

Man kann denn auch dieses »Vorhandensein« weder mit voluntaristischen Begriffen noch mit Begriffen der falschen Vorausschau erklären.

Die erste »Erklärung« würde in der Interpretation bestehen, daß man kraft einer »Regierungsentscheidung« fortfährt, den verschiedenen Produkten einen Wert »zuzuordnen«.

Die zweite »Erklärung« würde in der Behauptung bestehen, daß Marx und Engels sich in ihrer Vorausschau »geirrt« hätten, als sie das Verschwinden der Wertform in den sozialistischen Gesellschaften »vorhergesehen« haben.

Die erste »Erklärung« ist keine, denn die Wertform existiert, wie wir gesehen haben, objektiv: sie tritt auf, wenn die Bedingungen für ihr Erscheinen gegeben sind. Diese objektive Existenz behauptet sich unabhängig von jeder »Regierungsentscheidung«, ja sogar gegen solche Entscheidungen.

Von »falscher Vorausschau« zu reden, bedeutet andererseits, am Problem vorbeizureden, denn weder Marx noch Engels haben sich hier der »Vorausschau« gewidmet: zum einen haben sie die gesellschaftlichen Bedingungen für das Auftreten der Wertform analysiert, zum anderen haben sie die sozialistische Gesellschaft als Gesellschaftsformation charakterisiert, in der sich präzise bestimmte Produktionsverhältnisse bilden, und zwar solcher Art, daß die Bedingungen für das Auftreten der Wertform dort nicht gegeben sind. Wenn Wertform und Preise in den heutigen Übergangsgesellschaften noch vorhanden sind, dann eben deshalb, weil sie noch keine voll entfalteten sozialistischen Formationen sind.

Man muß also über subjektivistische Erklärungen (mit Begriffen wie »Willen« und »Irrtum«) hinausgehen. Hierfür muß man zunächst daran erinnern, welches die gesellschaftlichen Bedingungen sind, die das Auftreten und die Entwicklung der Wertform bestimmen. Indem wir auf diese Weise vorgehen, können wir die Bedingungen für das Auftreten dieser Form in den heutigen Übergangsgesellschaften aufdecken und gleichzeitig deutlich erkennen, in welcher Hinsicht und warum ein Teil der für diese Formationen charakteristischen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht die einer entfalteten sozialistischen Gesellschaft sind. Ausgehend von der Charakterisierung der der Übergangsperiode eigentümlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und der Erfordernisse für den Übergang zum Sozialismus (Erfordernisse, die die Analyse der historischen Erfahrung einer bisher fünfzig Jahre andauernden Übergangsperiode immer besser erkennen läßt), kann man die Funktion bestimmen, die die Planung, der ökonomische und der monetäre Kalkül in den Übergangsgesellschaften erfüllen.

1. Die Wertform und die Produktionsbedingungen

Wenn das Vorhandensein der Wertform und ihrer verwandelten Formen in den heutigen »sozialistischen Wirtschaften« nur in den Augen einer gewissen Ideologie ein »Überleben« ist, dann

deshalb, weil sich unter diesen Formen determinierte *gesellschaftliche Verhältnisse* darstellen; diese Formen können also nur »auftreten«, wenn diese gesellschaftlichen Verhältnisse existieren.

Das führt auf die grundlegenden Analysen von Marx und Engels zurück, in denen klar gezeigt wird, daß nur unter *bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen* Produkte sich in Waren verwandeln, d. h. in »sinnlich-übersinnliche Dinge«, in Dinge, die gleichzeitig mit »physischen« Eigenschaften und mit einer meßbaren »ökonomischen« Eigenschaft ausgestattet sind, nämlich der Fähigkeit, in determinierten Proportionen gegen andere Produkte austauschbar zu sein.

Eben diese »Eigenschaft« (die den Dingen »anhaftet«, sofern sie »Waren« sind) nennt man ihren »Wert«. »Wert« der Dinge und Austausch sind so unlösbar miteinander verbunden, daß der Wert als »allgemeine Eigenschaft der Dinge« nicht fortbestehen kann, wenn die Warenproduktion durch eine Produktion ersetzt worden ist, die nicht dem Austausch dient, sondern der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Diese grundlegende Beziehung zwischen Wert und Warenproduktion erklärt Engels in einem Brief an Kautsky vom 20. September 1884.

In diesem Brief fügt Engels, nachdem er Rodbertus, der das Kapital für »ewig« hält, kritisiert hat, hinzu: »Ähnlich machst Du es mit dem Wert. Der jetzige Wert ist [wenn es nach Dir ginge, Anm. von C. B.] der der Warenproduktion, aber mit der Abschaffung der Warenproduktion »ändert« sich auch der Wert, d. h. der Wert *an sich* bleibt, wechselt nur die Form. In der Tat aber ist der ökonomische Wert eine der Warenproduktion angehörige Kategorie und *verschwindet* mit ihr (s. *Dühring* S. 252 bis 262, MEW 20, S. 280—291), wie er vor ihr nicht bestand. Das Verhältnis von Arbeit zu Produkt drückt sich vor der Warenproduktion und nach ihr nicht mehr in der Form von Wert aus.«¹⁹

Die von Engels gebrauchte Formulierung verweist auf die Analysen des *Kapital*. In der Tat wird von Marx in den folgenden Sätzen, die eine Analyse der Wertform ankündigen, eben dieses Problem angesprochen: »Wir kennen jetzt die *Substanz* des Werts. Es ist die *Arbeit*. Wir kennen sein *Größenmaß*. Es ist die *Arbeitszeit*. Seine *Form*, die den Wert zum *Tauschwert* stempelt, bleibt zu analysieren.«²⁰

Diese Sätze machen deutlich, was die Marxsche Analyse von der klassischen politischen Ökonomie in diesem Punkt radikal unterscheidet. Diese hatte Wert und Wertgröße analysiert und zumindest im wesentlichen entdeckt, was sich in der Wertform zugleich darstellt und verbirgt (d. h. die Arbeit und die Arbeitszeit), aber sie hatte eine grundsätzliche Frage übersehen: warum erscheinen Arbeitszeit und das Verhältnis zwischen den Ar-

beitszeiten der Produzenten nicht als solche? Warum stellen sie sich in der *Form* des Werts dar?

Diese Fragen sind in mehrfacher Hinsicht entscheidend, vor allem wegen der der Wertform eigentümlichen Verschleierrfunktion. Sie verschleiert tatsächlich den spezifischen Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft und, eben daher, auch den spezifischen Charakter der Warenwirtschaft.

a) Die Verschleierung des spezifischen Gegenstandes der Wirtschaftswissenschaft

Die Wertform verschleiert den spezifischen Charakter der Wirtschaftswissenschaft (*science économique*). Wenn diese Form vorhanden ist, scheint dieses Vorhandensein auszureichen, um das Feld der politischen Ökonomie »zu bezeichnen«, so daß in deren Feld alles fallen würde, was mit einem Wert »ausgestattet« ist.

Anmerkung:

Als Bucharin den von Lenin aufgedeckten Irrtum beging zu erklären, daß der Sozialismus das »Ende der politischen Ökonomie« bedeute, überwand er nicht diese unmittelbare, der Warenproduktion eigentümliche Darstellung. Ein solcher Satz führt tatsächlich dazu, die Wertform und ihre Entwicklungen mit dem Gegenstand der politischen Ökonomie zu identifizieren; also entweder zu »vergessen«, daß die marxistische Wissenschaft der ökonomischen Ebene die Analyse der Auswirkungen der doppelten Artikulierung (*de la double articulation*)^{*} Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse zum Gegenstand hat, oder aber zu glauben, daß es eine Produktionsform geben könnte ohne Produktionsverhältnisse, nur mit Produktivkräften, nur mit Arbeitsprozessen also, die es »technisch zu organisieren« gelte. Die Produktion kann aber, sofern sie gesellschaftlicher Prozeß ist, nie auf die determinierten Produktivkräfte allein »reduziert« werden, sie impliziert immer determinierte Produktionsverhältnisse, eben den Typ komplexer Struktur, der genau der Gegenstand der marxistischen ökonomischen Analyse ist.

Das Feld der politischen Ökonomie und die Phänomene, die es »ausfüllen«, wären also unmittelbar gegeben und unmittelbar zu beobachten. Die politische Ökonomie wäre folglich eine Wissenschaft, die ohne den Begriff ihres Gegenstandes auskäme. Sie könnte sogar bei Nichtvorhandensein dieses Begriffes als Wissenschaft »begründet« sein, denn das wäre eine den »Gegen-

* Zur Orientierung über die Verwendung des Ausdrucks *articulation* vgl. z.B. E. Balibar »Sur les concepts fondamentaux du matérialisme historique« in »Lire le Capital«, Bd. II, S. 105 (neue Ausgabe)

ständen« ihres Feldes eigentümliche »Eigenschaft«, die ausreichen würde, um dieses Feld »wiederzuerkennen«. Darüber hinaus hätten diese »Gegenstände« die *Eigenschaft*, alle homogen, vergleichbar und *direkt »meßbar«* zu sein.

So läßt das Vorhandensein der Wertform für den, der sich über ihre Existenz nicht weiter Rechenschaft ablegt, die Notwendigkeit gewissermaßen »verschwinden«, den Begriff der politischen Ökonomie zu bilden. Dies ist die besondere Problematik, die Marx beschreibt, wenn er über die Klassiker sagt: »Der Grund ist . . ., daß die Analyse der Wertgröße ihre Aufmerksamkeit ganz absorbiert.«²¹

Diese Beobachtung ist für uns außerordentlich wichtig, denn der *Verschleierungseffekt* hinsichtlich der ökonomischen Verhältnisse (Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsverhältnisse), den die Existenz der Wertform hervorruft, sofern man sich nicht eine Problematik zu eigen macht, die diese Existenz entschieden *in Frage* stellt, bleibt ebenso lange bestehen wie diese Form selbst. Das erklärt ebenfalls, warum sich eine große Zahl von Ökonomen der »sozialistischen Länder« mehr mit dem Problem der »Wertmessung« beschäftigt haben als mit den Problemen, die sich durch die Existenz dieser Form selbst in den heutigen Übergangsgesellschaften stellen.

Anmerkung:

Man weiß, daß Marx die Bestimmung des Wertes durch die abstrakte Arbeit aufgedeckt hat, d. h. durch die Arbeit, sofern sie die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, die Produktionsverhältnisse reproduziert. Das Verschwinden der Warenverhältnisse kann offenbar nicht gleichzeitig die Funktion der Reproduktion der Produktionsverhältnisse, die die abstrakte Arbeit erfüllt, zum Verschwinden bringen; jedoch verändert das Verschwinden der Warenverhältnisse notwendigerweise die Erscheinungsform dieser Arbeit; diese ist nun nicht mehr die Wertform, und der Effekt der Verschleierung der Produktionsverhältnisse, der von dieser anderen Form erzeugt wird, ist ebenfalls ein anderer.

Die empiristisch-positivistische Definition des »Gegenstandes« der politischen Ökonomie, eines »Gegenstandes«, der auf einen homogenen Raum reduziert ist, in dem alles »meßbar« ist²², zwingt diejenigen, die solch eine politische Ökonomie theoretisch begründen wollen, sich auf »eine bestimmte Welt außerhalb ihres eigenen Plans zu beziehen, die die *theoretische* Rolle sichert, ihn in seiner Existenz zu stützen und ihn zu begründen.«²³

Diese »Außenwelt«, in der die nicht-marxistischen Ökonomen den — »gegebenen« — Gegenstand ihrer Disziplin zu »begrün-

den« versuchen, ist natürlich (für die, welche die »Evidenz« des »Gegebenen« und damit die Gestalt des »autonomen Subjekts« akzeptieren, unter der sich die Agenten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses darstellen) die »Welt der Bedürfnisse«, die subjektiv von den Menschen verspürt werden. Daher ist der »Mensch« der klassischen und neoklassischen Ökonomie der »den Bedürfnissen ausgelieferte« Mensch; hinter dem Empirismus von der Gegebenheit des Werts baut sich eine naive ideologische Anthropologie auf, von der sich bei Hegel eine erste Formulierung findet.²⁴

Bei diesem Denkanatz, der die Bezeichnung *homo oeconomicus* geprägt hat, findet sich das *Gegebene* der politischen Ökonomie, so wie es tatsächlich begriffen wird, das, was diese politische Ökonomie wie gesagt als Gegebenes begreift, *hinter einer Ideologie verschleiert*, in deren Namen man erklärt, daß bestimmte Phänomene »ökonomisch« sind, sofern sie unmittelbare oder vermittelte Auswirkungen der Bedürfnisse der menschlichen Subjekte sind.

Da der Mensch der ökonomischen Anthropologie »ewig« ist, denkt man sich seine Bedürfnisse universell. Deshalb statet man die »ökonomischen Gesetze« mit der namlichen Universalität aus. Diese »Universalität« wird auch einigen Bezeichnungen zugrunde liegen, die auf der Ebene einer gewissen ökonomischen Praxis eingeführt werden, wie z. B. die Bezeichnung des »Optimismus«.

Wir werden Gelegenheit haben zu sehen, daß eine Reihe von Ökonomen der »sozialistischen Länder«, deren Aufmerksamkeit auch vom »Wert als Quantität« absorbiert worden ist, die Wertform als etwas Gegebenes akzeptiert haben, das keine Fragen aufwirft: eine faktische Anerkennung, von der es nur ein Schritt ist zur Anerkennung »universeller ökonomischer Gesetze«, auch wenn man das nicht offen ausspricht.

Das sind einige der ideologischen Auswirkungen der Verschleierungsfunktion der Wertform, die dann entstehen, wenn diese Form nicht einer *kritischen Analyse* unterzogen wird. Um nicht »Opfer« dieser Verschleierung zu werden, genügt es in der Tat nicht, wie Ricardo zu sagen, daß »die Substanz (der Tauschwerte) . . . Arbeit ist«²⁵; man muß sich vor allem fragen, *welcher* Charakter von Arbeit es ist, der sich unter dieser Form »darstellt«, und *warum* er sich so »darstellt«.²⁶

Stellt man diese Fragen, so findet man, daß es nur eine in gewisse *gesellschaftliche Verhältnisse* eingefügte Arbeit ist, die die Wertform annimmt. Stellt man also den Wert als *Form* in Frage, so ist man gezwungen, den Begriff des »gesellschaftlichen Verhältnisses« und ganz besonders den des »Produktionsverhältnisses« zu erarbeiten. Damit ist der theoretische Prozeß in Angriff genommen, der ermöglicht, den Raum der Ökonomik

selbst zu begründen, der den Begriff von den verschiedenen *Produktionsweisen* zu fassen und einen strukturierten und komplexen Raum an die Stelle des homogenen Raums der nicht-marxistischen politischen Ökonomie zu setzen erlaubt.

b) *Die Verschleierung der Besonderheit der Warenwirtschaft und die Verschleierung des Inhalts der Wertform*

Ein zweiter Aspekt der Verschleierungsfunktion der Wertform besteht genau darin, daß sie das »darstellt«, was sie ist, indem sie es verschleiert, und zwar in einem Widerspruch verschleiert. Wenn man daher sagt, daß 20 Ellen Leinwand = 1 Rock ist, so bleibt nicht nur der beiden Ausdrücken gemeinsame *Inhalt* (nämlich, daß sie das Produkt einer bestimmten gesellschaftlichen Arbeit und eines bestimmten Quantum dieser Arbeit sind) verborgen (und somit verschleiert), sondern auch der Tauschwert der Leinwand ist in dieser Relation »nirgends« (also »abwesend«), denn dieser Tauschwert selbst wird *durch sein Gegenteil* »dargestellt«, nämlich durch einen Gebrauchswert (den Rock).

Die Wertform ist also der Ausdruck einer »Identität von Gegensätzen«. Wie Marx mit großer Genauigkeit gezeigt hat, wurzelt dieser widersprüchliche Charakter der Wertform und der Warenproduktion überhaupt im doppelt widersprüchlichen Charakter der der Warenwirtschaft eigentümlichen Arbeit, d. h. in der widersprüchlichen Identität der »Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muß«. ²⁷ Diese Art Identität von Gegensätzen, die der Warenproduktion innewohnt, findet sich voll entwickelt in der kapitalistischen Produktionsweise, der vollendeten Form der Warenproduktion. ²⁸

Die spezifische Form, unter der sich der Doppelcharakter der Arbeit in der Warenproduktion darstellt, ist das Ergebnis der *spezifischen Komplexität der Beziehungen*, in die die Arbeit selbst und ihre Produkte einbezogen sind. Diese Form ist also die Folge einer *besonderen komplexen Struktur*, in der die verschiedenen Strukturelemente gleichzeitig auf mehrere Arten miteinander verbunden sind (daher die spezifische Tiefe des gesellschaftlichen Raumes). Einige dieser Verbindungen verschleiern andere, die so eine gewisse »Autonomie« zu besitzen scheinen sowie »Eigenschaften«, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen; daher der paradoxe Charakter einer Wirklichkeit, die nur eine Erscheinung ²⁹ ist (nach dem Marxschen Ausdruck eine »phantasmagorische«). ³⁰ Wirklichkeit). Eine solche Wirklichkeit muß deshalb der *Analyse* unterzogen

werden, damit die *wirkliche Bewegung*, die in den Dingen selbst nicht wahrgenommen werden kann, aufgedeckt oder, besser noch, rekonstruiert werden kann. Was diese Bewegung ist, muß also von der Wissenschaft »hervorgebracht« werden; sie allein kann diese Bewegung »sehen«, während der »Schein« weiterhin sich der unmittelbaren Darstellung aufzwingt in Gestalt des »Fetischismus« der Ware.

Indem wir genauer prüfen, worin der Doppelcharakter der Arbeit und die Komplexität der Struktur besteht, die dieser Charakter enthüllt, wird es uns möglich sein, besser zu erkennen, was die Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Identität der Gegensätze ist, die die Wertform verschleiert. Das soll uns ein Verständnis dafür ermöglichen, *warum* diese Form in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch vorhanden ist und *welche Funktion* sie hier erfüllen kann.

Man erinnere sich zuerst daran, daß die *Warenform* der Produktion (die Warenverhältnisse) nicht mit der kapitalistischen Produktionsweise identisch ist, denn diese Form bedingt nicht notwendigerweise die der kapitalistischen Produktionsweise spezifischen *Klassenverhältnisse*; sie impliziert lediglich die Existenz »privater«, unabhängiger Produzenten, zwischen denen der Warenaustausch stattfindet. So existiert die Warenform der Produktion innerhalb der feudalistischen Produktionsweise — sie ist hier die der »kleinen unabhängigen Produzenten« (»einfache Warenproduktion«) — und sie kann, wie wir sehen werden, auch in der Übergangsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus existieren. Die kapitalistische Produktionsweise ist ihrerseits charakterisiert durch die Existenz des *Lohnverhältnisses*, sofern es die Arbeitskräfte den Erfordernissen des *Wertwachstums* unterwirft. Die kapitalistische Produktionsweise setzt voraus, daß die Arbeiter von ihren Produktionsmitteln getrennt sind und diese nur unter dem *Kommando des Kapitals* (des Werts, der für sein Eigenwachstum arbeitet) in Bewegung setzen können. Das Lohnverhältnis selbst und die Reproduktion dieses Verhältnisses implizieren die Umwandlung der Arbeitskraft in Ware und daher das Eindringen der Warenverhältnisse in den Arbeits- und Produktionsprozeß selbst. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse »vereinigen« die Träger der Arbeitskraft (die Arbeiterklasse) mit den »Eigentümern« der Produktionsmittel (der Kapitalistenklasse); es sind dies von Natur Ausbeutungsverhältnisse (und nur in Hinblick auf die Ausbeutung sind sie miteinander verknüpft), die die unmittelbaren Produzenten dem Kapital unterwerfen, das immer als *gesellschaftliches Kapital* fungiert, und die »einzelnen« Kapitalisten sind immer nur dessen *Agenten* oder, wie Marx sagt, dessen *Funktionäre*.

Der Doppelcharakter der Arbeit, wie er der Warenform der Produktion eigen ist, liegt genau darin, daß die Arbeit scheinbar ausschließlich als *private* Arbeit (die »konkrete« Arbeit eines »unabhängigen Subjekts«) verausgabt wird, während sie doch auch *gesellschaftliche* Arbeit ist (die »abstrakte« Arbeit, durch die sich die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen reproduzieren), so daß die Produkte als Waren Ergebnis einer gesellschaftlichen Arbeit sind, die sich als *Privatarbeit* »darstellt«.

Anmerkung:

Die doppelte Überdeckung (*le double recouvrement*) »private« Arbeit/»konkrete« Arbeit und »gesellschaftliche« Arbeit/»abstrakte« Arbeit könnte die Vermutung nahelegen, daß das Verschwinden des Widerspruchs »private« Arbeit/»gesellschaftliche« Arbeit auch zum Verschwinden des Widerspruchs »konkrete« Arbeit/»abstrakte« Arbeit führe. Das ist eine Art, sich das Verschwinden aller Produktionsverhältnisse vorzustellen und, in der Folge, das Verschwinden der Warenverhältnisse zu identifizieren mit dem Ende der politischen Ökonomie.

Wie schon bemerkt wurde (s. Anmerkung S. 35), ist vielmehr richtig, daß das Verschwinden des Widerspruchs »private« Arbeit/»gesellschaftliche« Arbeit eine Umwandlung der Äußerungsform (*transformation de la forme de manifestation*) des Widerspruchs »konkrete« Arbeit/»abstrakte« Arbeit und damit die Einführung eines anderen Darstellungsraumes als den des Marktes nach sich ziehen muß. Beim heutigen Stand der ökonomischen Praxis und Theorie scheint man sagen zu können, daß dieser andere Darstellungsraum der des »Plans« ist; in diesem »Raum« stellt sich der gesellschaftliche Produktionsprozeß in Gestalt der »Organisation der Produktivkräfte« dar, was eine spezifische Form der Verschleierung der Produktionsverhältnisse bewirkt. Obwohl dieser Punkt hier nicht weiter entwickelt werden kann, muß noch eine Bemerkung hinzugefügt werden: man muß offenbar unterscheiden zwischen dem »Plan« als Darstellungsraum, in den sich die ökonomischen Verhältnisse einfügen, und dem »Plan« als Gesamtheit von konkreten Zielen und Verpflichtungen, die sich aus einer tatsächlichen ökonomischen und politischen Praxis ergeben.

Man wird bemerken, daß die Warenform die Beziehung zwischen den beiden Arten von Arbeit *verschleiert*, indem sie sie *umkehrt*, denn in der Warenform stellt sich die »private« Arbeit als gesellschaftliche Arbeit dar. Einer solchen Umkehrung unterliegt auch der »Wert« der Arbeitskraft, die als »Wert der Arbeit« auftritt. Wie Marx sagt: »... diese Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt...«³¹

Das gesellschaftliche Verhältnis, das den Doppelcharakter der Arbeit als gleichzeitig gesellschaftliche und private Arbeit umfaßt, ist die Beziehung »unabhängiger« Produzenten, die voneinander abhängen, aber nicht als »Subjekte«, sondern als *Agenten* eines *gesellschaftlichen Produktionsprozesses*, dessen materielle Grundlage durch *Arbeitsprozesse* gegeben ist, die auf bestimmten Produktionsmitteln beruhen und die die *Produkte* liefern, die als »*Stütze*« der *wechselseitigen Verbindung der Arbeitsprozesse* dienen (*qui servent de »supports« à l'interconnexion des procès de travail*).

Die spezifische Komplexität der Struktur, von der wir oben gesprochen haben, bedeutet, daß die Beziehungen zwischen Produzenten sich in Beziehungen zwischen *Eigentümern* von Produkten »verdoppeln«. Die zweiten Beziehungen verschleiern die ersten, denn diejenigen, die im Austausch erscheinen, erscheinen darin nicht als *Produzenten*, sondern als *Eigentümer* von Produkten (diese Gegenüberstellung erhält in der kapitalistischen Produktionsweise offenkundig ihren vollen Sinn, wo die beiden Kategorien *getrennt* sind und eine umgekehrte Rolle spielen: die kapitalistischen *Eigentümer* der Produkte erscheinen in Gestalt von »Produzenten«, die sie gar nicht sind). Für die am Austausch beteiligten Eigentümer sind ihre Produkte Nicht-Gebrauchswerte, Tauschwerte, so daß die *konkrete* Arbeit, die diese Gebrauchswerte geliefert hat, gleichzeitig *abstrakte* Arbeit sein muß, d. h. Arbeit, die Waren herstellt.

So kommt es, daß in der Warenproduktion die Beziehungen, die die Tauschpartner miteinander vereinen, Sachen mit »unabhängigen« Produzenten verbindet, die sowohl von Waren als auch von Eigentümern abhängen, die wiederum nur in dem Maße am Austausch beteiligt sind, als sie aufhören, Eigentümer der in den Austausch eintretenden Gegenstände zu sein. Es ist diese Struktur von Beziehungen, die erklärlich macht, daß:

»... die Warenform und das Wertverhältnis der Arbeitsprodukte ... mit ihrer physischen Natur und den daraus entspringenden dinglichen Beziehungen absolut nichts zu schaffen (hat). Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.«³²

Eben diese komplexe Struktur erklärt die Eigentümlichkeit der Identität der Gegensätze, die der Ausdruck der Wertform herstellt, indem ein (abwesender) Tauschwert durch einen Gebrauchswert »dargestellt« wird. Diese »Darstellungs«form, die auch eine Umkehrungsform ist, ist die Eigenschaft einer Struktur, in der *gesellschaftliche* Arbeit *private* Arbeit ist. In der *Tat* taucht auf Grund der Komplexität der Struktur *ein und dasselbe Element* in *zwei Beziehungen* gleichzeitig auf, von denen die eine die andere verschleiert und außerdem umgekehrte Eigen-

schaften haben kann als die Beziehung, die sie verschleiert, was offensichtlich nicht verhindert, daß beide Beziehungen real sind.

Anmerkung:

Wenn das, was in der Anmerkung auf S. 40 gesagt wurde, richtig ist, so folgt daraus, daß auch die sozialistische Produktionsweise spezifische Formen der Verschleierung der wirklichen Verhältnisse kennen muß, wobei der »Plan« der »Ort« dieser Verschleierungsform ist. Wenn das so ist, dann erfordert die spezifische Komplexität der Verhältnisse, die der Plan ausdrückt und gleichzeitig verschleiert, ebenfalls eine theoretische Analyse. Das Fehlen oder die Unzulänglichkeit einer solchen Analyse kann die Quelle eines »Planfetischismus« sein.

Diese Betrachtung bringt den ideologischen Charakter zum Vorschein, den die Gegenüberstellung »Plan/Markt« annehmen kann. Wird der Plan in den Formen der unmittelbaren Darstellung »gedacht«, erscheint er tatsächlich als etwas, das dasselbe wie der Markt und gleichzeitig sein Gegenteil ist. Diese Art von Identität der Gegensätze zeigt ein ideologisches Paar an, also eine gleichzeitig illusorische und reale Gegenüberstellung. Innerhalb dieses ideologischen Paares erscheint der Plan, als ob er »in anderer Form« dieselben Funktionen« erfüllt wie der Markt.

Dieses ideologische Paar unterstützt die Thesen von Pareto und Barone³³ über die Identität der Auswirkungen einer »perfekten Planung« und einer »perfekten Konkurrenz«. Diese Thesen findet man in veränderter Form bei bestimmten Ökonomen der »sozialistischen Länder« wieder. Wir werden an anderer Stelle auf die Funktion des ideologischen Paares »Plan/Markt« zurückkommen, aber wir müssen jetzt schon darauf hinweisen, daß es auf einen spezifischen Unterschied abzielt und zwar einen anderen, als den es zu zeigen vorgibt: Worum es hier geht, ist nicht — und kann es nicht sein — ein Unterschied in den Formen, sondern ein Unterschied in den Funktionen; und dieser wird durch dieses ideologische Paar, das in den politischen Kämpfen der Übergangsperiode definitiv eine wichtige Rolle spielt, verschleiert. Es ist übrigens dieselbe Verschleierung, die durch einen ideologischen Gebrauch des Paares »monetärer Kalkül/direkter ökonomischer Kalkül« wirkt; bei dieser Gelegenheit wäre die Bedeutung der Verwendung des Dualitätstheorems³⁴ besonders durch sowjetische und ungarische Ökonomen zu analysieren (die so den Weg gegangen sind, den gewisse westliche Ökonomen gewiesen haben).³⁵

Was auf den vorangegangenen Seiten entwickelt wurde, hat uns offenbar nicht von den beiden eng zusammenhängenden Problemen entfernt, die zu untersuchen wir uns hauptsächlich vor-

genommen haben: die Probleme um die Existenz von Warenkategorien in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus sowie die Probleme um die gesellschaftlichen Verhältnisse, die von den Warenkategorien verschleiert werden — im Gegenteil, wir können jetzt, ausgehend von den obigen Anmerkungen, auch einige Beobachtungen über die *Doppelexistenz* der Waren formulieren.

c) Die Doppelexistenz der Waren

Die Waren sind zugleich »gesellschaftlich nützliche« und »mit einem Wert ausgestattete« Gegenstände.

In den Warenformen der Produktion ist der *Hauptaspekt* der Produkte der, daß sie einen Wert haben; daher erscheint der Reichtum nach dem Marx'schen Ausdruck als eine »ungeheure Warensammlung«³⁶. Das Kriterium des »gesellschaftlichen Nutzens« dieser Gegenstände ist hier nur von Interesse, weil es ihnen erlaubt, Waren zu sein, und das heißt, eben »mit einem Wert ausgestattete« Gegenstände.

Im Gegensatz zu den Warenformen der Produktion sind in der sozialistischen Produktionsweise³⁷ die Produkte nicht mehr das Ergebnis »privater« Arbeiten (in keinem Sinn dieses Wortes), also sind sie auch nicht mehr für den *Austausch* bestimmt.³⁸ Sie sind folglich nicht mehr »Träger« des Widerspruchs der zugleich »privaten« und »gesellschaftlichen« Arbeit. Sie sind Ergebnis einer *vergesellschafteten Arbeit*. Hier besteht der gesellschaftliche Reichtum nicht mehr aus einer »ungeheuren Warensammlung«, sondern aus gesellschaftlich nützlichen Gegenständen, also Gegenständen, die »gesellschaftliche Bedürfnisse« zu befriedigen vermögen.

In der Analyse der voll entfalteten sozialistischen Gesellschaft (in der nicht nur sozialistische Produktionsverhältnisse vorherrschen, sondern die sozialistische Produktionsweise) muß die zentrale Stellung, die die Wertanalyse bei der Warengesellschaft einnahm, nunmehr eingenommen werden von der Analyse dessen, was Marx den »wirklichen Reichtum« genannt hat, nämlich der Gebrauchswerte und der »gesellschaftlichen Nutzeffekte«.

Anmerkung:

Es ist vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß — im Gegensatz zum Reichtum der Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht — Marx mit dem Ausdruck »wirklicher Reichtum« die Gebrauchswerte bezeichnet; z. B. in der Kritik des Gothaer Programms: »Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Natur-

kraft ist ...» (MEW 19, S. 15). Diese Marxsche Bemerkung kommt dem folgenden Text aus den Grundrissen sehr nahe:

»In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder — deren powerfull effectiveness — selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion ... Der wirkliche Reichtum manifestiert sich vielmehr — und dies enthüllt die große Industrie — im ungeheuren Mißverhältnis zwischen der angewandten Arbeitszeit und ihrem Produkt ...» (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz-Verlag, Berlin 1953, S. 592).

Einige Seiten weiter fügt Marx folgende Betrachtung hinzu, die direkt das Problem betrifft, von dem wir ausgegangen sind: »... der wirkliche Reichtum ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums.« (op. cit. S. 596)

Eine solche Analyse stellt neue Aufgaben, Aufgaben, die die Analyse der Warenproduktion nicht stellt, daher erfordert sie die Verwendung von Begriffen, deren Sachdienlichkeit bestritten werden mußte, solange es sich darum handelte, die Warenproduktion zu analysieren.

Man wird besonders bemerken, daß die Beziehung zwischen den gesellschaftlich nützlichen Gegenständen und den »gesellschaftlichen Bedürfnissen«, die sie befriedigen sollen, eine Analyse dieses letzteren Begriffs erfordert. Diese Analyse muß um so strenger sein, als der Begriff des »Bedürfnisses« zweideutig ist, solange seine gesellschaftliche Natur nicht genau bestimmt ist. Deshalb führt die Anwendung des Begriffs von »menschlichen Bedürfnissen« zu einer ideologischen Anthropologie, die die spezifischen Unterschiede zwischen den Produktionsweisen zum Verschwinden bringt und vorgibt, »universelle ökonomische Gesetze« zu begründen, die überhaupt nicht vorhanden sind.

In den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist die Existenz der Wertform — und damit ihr entsprechende Produktionsverhältnisse, auf die wir im folgenden Kapitel zurückkommen werden — immer das Zeichen eines besonderen Typs von Komplexität der Struktur der Ökonomik und einer besonderen Art der Verschleierung und Umkehrung. Darüber hinaus aber zieht das »gesellschaftliche

Eigentum«³⁹ an Produktionsmitteln und die Planung, die jetzt die »Bühne« ist, auf der sich die Einheit der Arbeitsprozesse darstellt, das Auftreten einer neuen Form »gesellschaftlicher« Arbeit nach sich. Diese impliziert, daß der gesellschaftliche Produktionsprozeß zum Hauptziel nicht das Anwachsen des Werts haben kann, sondern das Wachsen der Gebrauchswerte. Daher beschränkt sich in diesen Gesellschaftsformationen, in denen gleichwohl die Wertform fortbesteht, der gesellschaftliche Reichtum nicht länger auf eine »Warensammlung«; er bedeutet auch und vor allem Verfügung über Gebrauchswerte. Die doppelte Form des »Reichtums« in den Übergangswirtschaften ist so unmittelbar verknüpft mit der doppelten Form des »ökonomischen Kalküls«: das ware ökonomischer Kalkül im engen Sinn und monetärer Kalkül. Hier gelangen wir zum Problem der Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Existenz der Wertform in den Übergangsgesellschaften determinieren.

2. Die Gesellschaftsformation im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus und die Existenz der Wertform

Aus dem, was wir oben entwickelt haben, müssen wir zwei Schlußfolgerungen ziehen, die uns zwingen, eine Frage von grundlegender theoretischer und praktischer Bedeutung zu stellen.

Die beiden Schlußfolgerungen sind:

1. Wenn die Wertform in den heutigen Übergangsgesellschaften weiterbesteht, so deshalb, weil bestimmte gesellschaftliche Beziehungen fortbestehen, die weiterhin objektiv die »phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen« annehmen.

2. Die Existenz dieser »phantasmagorischen Form« »stellt« nicht nur weiterhin Beziehungen zwischen Menschen als Beziehungen zwischen Dingen »dar«, sondern mit ihr geht außerdem die Gestalt der Umkehrung einher. Solange diese nicht analysiert worden ist, stellt sie ein Hindernis für das Erfassen der wirklichen Bewegung der Beziehungen zwischen den Dingen dar. Wenn diese nicht erfaßt wird, ist folglich das Einwirken (l'action) der politischen Ebene auf die ökonomische Ebene nur sehr unzulänglich möglich sowohl wegen der ungenügenden Kenntnisse (Unzulänglichkeit der ökonomischen Messung und des ökonomischen Kalküls), wie auch wegen der Unzulänglichkeit der Ausführungsinstrumente (adäquate Organisationsformen, Bestimmung der Preise etc.).

Die Frage ist offenbar folgende: welches sind diese »determinierten gesellschaftlichen Beziehungen«, deren Existenz erklärt, daß

die Wertform offenbar die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln »überlebt« hat.

Die prinzipielle Antwort auf diese Frage wird in dem vorher zitierten Text von Marx gegeben:

»Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.«⁴⁰

Diese prinzipielle Antwort muß natürlich konkretisiert werden durch die Spezifizierung der *Existenzform* der »voneinander unabhängig betriebenen Privatarbeiten«.

Die Frage ist von entscheidender Bedeutung, sowohl für das theoretische Verständnis des sehr spezifischen Typus der Übergangsgesellschaften, mit dem wir es zu tun haben — also der spezifischen Charakteristika dieser Gesellschaftsformationen —, wie auch für das Verständnis der Rolle der Wertform und der Merkmale, die der »ökonomische Kalkül« in diesen Gesellschaftsformationen aufweist.

Wir müssen also entsprechend lange bei dieser Frage bleiben, wobei wir uns zuallererst einige Antworten ins Gedächtnis zurufen, die auf sie gegeben worden sind.

- a) *Historischer Rückblick auf die Antworten, die auf die Frage nach dem Vorhandensein von Warenkategorien in den Gesellschaftsformationen im Übergang zum Sozialismus gegeben wurden*

Wenn wir diese Frage anhand einiger theoretischer Antworten, die man hierauf zu geben versucht hat, prüfen, dann sehen wir, daß der gemeinsame Kern der meisten der bisher gelieferten theoretischen Antworten folgender ist: die Wertform bleibt bestehen, weil in diesen Gesellschaftsformationen *mehrere Formen von Eigentum* an den Produktionsmitteln bestehen: Staatseigentum, kollektives Eigentum der Genossenschaften und in manchen Fällen »Privat«eigentum. Ausgehend von dieser Feststellung erklärt man das Vorhandensein der Wertform mit dem Umstand, daß *Austauschprozesse zwischen unterschiedlichen Eigentümern*, also wirkliche Kauf- und Verkaufsakte, stattfinden. Oder aber man sagt, daß die Wertform weiterbesteht, weil sich, durch Käufe und Verkäufe vermittelt, der gesellschaftliche Charakter der Arbeiten offenbart, die in den einzelnen, verschiedenen *Eigentümern* gehörenden Produktionseinheiten geleistet werden. Das ist im wesentlichen die Antwort, die Preobaschenski bereits 1927 in seinem Werk *Die neue Ökonomie*⁴¹ gegeben hat, eine Antwort, die auch schon in einem früheren Werk desselben Autors, *Von der NEP zum Sozialismus*⁴² erscheint.

Es ist die gleiche Antwort, die Stalin 25 Jahre später auf diese Frage erteilen wird, unter Verhältnissen, die durch die Kollektivierung und das Verschwinden des Privatkapitalismus (denn dieser existierte noch zur Zeit der NEP) grundlegend verändert waren.

In *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR* schreibt Stalin in der Tat:

»Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann.«

»Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen.« ... »Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf, sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. Darum sind Warenproduktion und Warenverkehr bei uns gegenwärtig eine eben solche Notwendigkeit, wie sie es beispielsweise vor dreißig Jahren waren, als Lenin die Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung des Warenverkehrs verkündete.«

Und Stalin schreibt weiter: »Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer »Geldwirtschaft« als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden.«⁴³

Man sieht, bis auf eine Formulierung (diejenige, die auf einen »subjektiven« Grund hinweist: die Annehmbarkeit oder Nicht-Annehmbarkeit anderer ökonomischer Verbindungen durch die Kolchosen) ist die Antwort die, daß die Existenz der Warenkategorien sich ergibt aus der Existenz von zwei Formen des Eigentums.

Die gleiche Antwort findet man im *Lehrbuch der politischen Ökonomie* der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, und eben diese Antwort wird auch heute noch in den »sozialistischen Ländern« allgemein anerkannt.

Diese Antwort ist natürlich nicht falsch, aber sie ist *unzureichend*.

Sie ist richtig insofern, als sie das verdeutlicht, was eine der »rechtlichen Grundlagen« der Existenz der Warenkategorien in den Übergangsgesellschaften gewesen ist (und in einigen Fällen weiterhin ist).

Die Existenz jedoch eines genossenschaftlichen oder Kolchosensektors neben dem staatlichen Sektor als eine der Grundlagen

für die Existenz der Wertform in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus darf nicht die Existenz eines *ökonomischen Fundaments* verbergen, und dieses Fundament ist die Hauptsache, in ihm liegt theoretisch und historisch die größte Bedeutung, seine Existenz charakterisiert die gesamte Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Kenntnis dieses Fundaments ist von entscheidender praktischer Bedeutung in dem Maße, wie es *Widersprüche* hervortreten läßt, die eine adäquate *Behandlung* erfordern.

Bevor wir dieses ökonomische Fundament der Existenz der Warenkategorien analysieren, müssen wir noch kurz darlegen, aus welchem Grunde man sich nicht mit der juristischen Erklärung zufrieden geben kann, d. h. mit einer Erklärung, die sich ausschließlich auf die Existenz von verschiedenen *Formen des Eigentums* an den Produktionsmitteln bezieht.

Dieser Grund ist folgender: Die Existenz von verschiedenen Formen des Eigentums an Produktionsmitteln erklärt zwar wohl die Beibehaltung von Warenbeziehungen zwischen den »verschiedenen Eigentümern«: zwischen dem Staat und den Kolchose, zwischen dem Staat und den Konsumenten, zwischen den Konsumenten und den Kolchose sowie zwischen den Kolchose untereinander; aber diese Existenz erklärt nicht das Beibehalten von Warenkategorien und also von Käufen und Verkäufen *innerhalb des staatlichen Sektors selbst*.

Warum sind in der Tat innerhalb des Staatssektors die *Warenformen und -beziehungen* nicht verschwunden? Warum haben die Produktionsmittel dort *Preise* und werden also bezahlt mit *Geld*, das die Rolle eines *allgemeinen Äquivalents* spielt? Warum werden die Produkte innerhalb des staatlichen Sektors *gekauft und verkauft* und nicht gratis unter die Unternehmen *verteilt*, deren Eigentümer der Staat ist? Warum muß folglich der Staat seine eigenen Unternehmen mit Geld- und Finanzmitteln ausstatten, damit sie die Produktionsmittel kaufen können, die sie benötigen?

Die Existenz anderer Sektoren und anderer Formen des Eigentums genügt offensichtlich nicht, diesen Sachverhalt zu erklären.

Anmerkung:

Der verbale Kunstgriff, zu erklären, wie einige sowjetische Ökonomen es tun, daß die Zahlungen zwischen den Unternehmen nicht in Geld geleistet werden, da sie mit Banküberweisungen vorgenommen werden, schafft weder das Vorhandensein von Zahlungen aus der Welt, noch die Tatsache, daß diese in der gleichen Währung (z. B. Rubel) geleistet werden, die auch anderswo zirkuliert; nur die Existenzform dieses Geldes ist anders.⁴⁴

Bevor wir versuchen, eine Antwort auf die vorhergehenden Fragen zu formulieren, ist es von Nutzen, daran zu erinnern, daß diese Fragen nicht immer denjenigen entgangen sind, die die Ansicht vertreten haben, daß die Existenz der Wertform in den heutigen sozialistischen Wirtschaften gänzlich zu erklären ist aus der Existenz verschiedener Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln. Sie haben also versucht, eine Antwort darauf zu geben, aber die anfänglich von ihnen aufgeworfene Problematik hat verhindert, daß diese Fragen zufriedenstellend beantwortet wurden.

Dies ist beispielsweise der Fall bei der von Stalin in dem vorher zitierten Text gegebenen Antwort.

In diesem Text legt Stalin als Prinzip dar, daß innerhalb des staatlichen Sektors die Produktionsmittel keine Waren sind, denn, so sagt er:

»... sie werden nur vom Staat auf seine Betriebe verteilt. Zweitens verliert der Besitzer der Produktionsmittel, der Staat, bei ihrer Übergabe an diesen oder jenen Betrieb in keiner Weise das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, sondern behält es im Gegenteil voll und ganz. Drittens werden die Direktoren der Betriebe, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur nicht ihre Eigentümer, sondern werden im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates zur Ausnutzung der Produktionsmittel entsprechend den vom Staat festgelegten Plänen bestätigt.«

Anmerkung:

Man wird bemerken, daß die Beschreibung des Prozesses der erweiterten Reproduktion und der Akkumulation sowie die Beschreibung von Funktionen, die die verschiedenen Produktionseinheiten in diesem Prozeß ausüben, so wie sie oben gebracht wird, gänzlich in juristischen Termini (von »Eigentumsrecht«, von »Bevollmächtigten«, etc.) abgefaßt ist, was eine Art Identifizierung des juristisch-politischen Überbaus mit der ökonomischen Basis impliziert.

Daher auch die Schlußfolgerung: »Wie man sieht, können die Produktionsmittel in unserer Gesellschaftsordnung keineswegs in die Kategorie Waren eingereiht werden.«⁴⁵ Aber nachdem er dies gesagt hat, stellt sich Stalin folgende Frage, auf die er die Antworten gibt, die wir gleich untersuchen werden:

»Warum aber spricht man dann vom Wert der Produktionsmittel, von ihren Selbstkosten, von ihrem Preis und ähnlichem? Aus zwei Gründen:

Erstens ist das erforderlich für die Kalkulation*, für Verrechnungen, um feststellen zu können, ob die Betriebe mit Gewinn oder Verlust arbeiten, um die Betriebe prüfen und kontrollie-

* »calculs« in der französischen Ausgabe

ren zu können. Das ist jedoch nur die formale Seite der Sache. Zweitens ist das erforderlich, um im Interesse des Außenhandels den Verkauf von Produktionsmitteln an ausländische Staaten zu tätigen. Hier, auf dem Gebiet des Außenhandels, aber nur auf diesem Gebiet, sind unsere Produktionsmittel tatsächlich Waren und werden tatsächlich verkauft.⁴⁶

Wir wollen nun diese beiden Antworten untersuchen.

Die erste ist offenbar unzureichend. Stalin erkennt das übrigens, wenn er erklärt, daß er dabei nur »die formale Seite der Sache« anschneide. In der Tat, diese Antwort bezieht sich auf die Notwendigkeiten der »Kalkulation«, auf die »Verrechnungen«, auf die Einschätzung der Rentabilität der Unternehmen etc. Aber gerade dies wirft mehr Fragen auf, als es löst. Das Problem liegt gerade darin zu wissen, warum es notwendig ist, Rechnungen in Werten durchzuführen, und warum man innerhalb des Staatssektors nicht die Berechnungen durchführt, von denen Engels sprach, d. h. Berechnungen in Arbeitszeit und Nutzeffekten der verschiedenen Gebrauchswerte. Die gegebene Antwort zeigt also nur in anderer Form das Problem auf, das es zu lösen gilt.

Man wird bemerken, daß diese erste Antwort den gleichen Inhalt hat wie die Antwort, die Preobaschenski bereits auf diese Frage gegeben hatte; denn er schreibt in der Tat, daß bei den Beziehungen zwischen den staatlichen Trusts »die Kategorie des Preises ... einen rein formalen Charakter annimmt«.⁴⁷

Die Frage bleibt also die gleiche: warum ist es notwendig, eine Kategorie zu verwenden, die einen »rein formalen Charakter« haben soll, anstatt anders vorzugehen?

Oder weiter noch: warum verwendet die »Rechnungsführung« in den Übergangsgesellschaften und innerhalb des Staatssektors keine gesellschaftlichen Einschätzungen, wohl aber reale Preise, also Preise, die wirklich gezahlt werden und die zu einer Geldzirkulation führen?

Anmerkung:

Wenn eine gesellschaftliche Rechnungsführung selbst in einer voll entfalteten sozialistischen Wirtschaft (in der die Produkte keine Waren sind und folglich keine Preise haben) beibehalten werden muß, was anzunehmen man allen Grund hat, so erfordert diese Rechnungsführung gesellschaftliche Einschätzungen. Diese Einschätzungen hätten die Ergebnisse der »Messungen« und der »ökonomischen Kalküle« auszudrücken. Die Existenz eines Systems von gesellschaftlichen Einschätzungen, deren Wesen noch zu definieren wäre, ist etwas völlig anderes als die Existenz eines Systems tatsächlich gezahlter Preise, das selbst wieder ein System von monetären Kosten reproduziert, die insbesondere die Löhne als ein »Element« dieser »Kosten« in Erscheinung treten lassen.

Bevor wir versuchen, diese Fragen zu beantworten, wollen wir die zweite oben gegebene Erklärung für die Existenz der Wertform im staatlichen Sektor untersuchen.

Diese zweite Erklärung bezieht sich auf das Problem der Exporte. So wie sie hier gegeben wurde, ist diese Erklärung ebenfalls nicht direkt befriedigend, insoweit sie nicht zu verstehen erlaubt, warum die Produktionsmittel, die nicht für den Export bestimmt sind, die »äußere Erscheinung von Waren beibehalten«. Andererseits bezeichnet diese Erklärung indirekt eine sehr wichtige Tatsache, nämlich, daß in den heutigen Übergangsgesellschaften die Struktur der nationalen Produktion, also die innere Teilung der gesellschaftlichen Arbeit, und die Bedingungen der Reproduktion mit dem Weltpreissystem verbunden sind und deshalb nur teilweise unabhängig von der Herrschaft des Wertgesetzes sind, so wie es auf dem Weltmarkt funktioniert. Diese Situation impliziert spezifische Formen der Verbindung zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen auf Weltebene und den sich entwickelnden (oder absterbenden) sozialistischen Produktionsverhältnissen in diesen Gesellschaftsformationen.⁴⁸

Bevor wir weitergehen, ist es notwendig, sich einige weitere Schlußfolgerungen anzusehen, die Preobaschenski und Stalin aus ihren Antworten gezogen haben, soweit sie sich auf die oben gestellten Fragen beziehen.

Diese Schlußfolgerungen besagen nicht nur, daß es sich bei den Produktionsmitteln, die zwischen den staatlichen Unternehmen zirkulieren, nicht um Waren handele, sondern auch, daß wir es ganz generell innerhalb des staatlichen Sektors mit »falschen Warenkategorien« zu tun hätten, in dem Sinn, daß diese einen neuen »Inhalt« hätten. Es ist auch hier wieder nützlich zu sehen, auf welche Weise Stalin diese Schlüsse aus den vorausgehenden Behauptungen zieht.

»Geht man an die Angelegenheit von einem formalen Standpunkt heran, vom Standpunkt der Vorgänge, die sich an der Oberfläche der Erscheinungen abspielen, so kann man zu der falschen Schlußfolgerung gelangen, die Kategorien des Kapitalismus behielten in unserer Wirtschaft ihre Geltung. Geht man jedoch an die Angelegenheit mit einer marxistischen Analyse heran, die scharf zwischen dem Inhalt eines ökonomischen Prozesses und seiner Form, zwischen den in der Tiefe vor sich gehenden Entwicklungsprozessen und den Oberflächenerscheinungen unterscheidet, so gelangt man zu der einzig richtigen Schlußfolgerung, daß sich von den alten Kategorien des Kapitalismus bei uns in der Hauptsache nur die Form, das äußere Antlitz, erhalten hat, während sich das Wesen der Kategorien bei uns entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft grundlegend verändert hat.«⁴⁹

Was haben wir von all diesen Sätzen zu halten?

Wir werden im weiteren sehen, daß die Art, in der hier das Verhältnis Inhalt/Form problematisiert ist, nicht befriedigend ist und warum sie das nicht ist. Aber lassen wir zunächst die Folgerungen dieser Problemstellung sich abwickeln, das wird uns erlauben, die Fragen besser einzukreisen.

Wir sagen also, daß nach dieser Problematisierung der *Inhalt* der Waren»form« sich geändert hat allein durch die Tatsache, daß die Produktionsmittel *Eigentum* des Staates (und zwar des proletarischen Staates) sind, denn durch eben dieses Faktum sind neue *Produktionsverhältnisse* entstanden.

Leider löst der Hinweis auf diese Veränderung des »Inhalts« das Problem des »Überlebens« der Wertform nicht. Die Frage ist in Wirklichkeit, *warum* die zwischen den staatlichen Unternehmen zirkulierenden Produktionsmittel, *obwohl sie Staats-eigentum sind, gerade die »Form« von Waren haben.*

Das aufgeworfene Problem bleibt also bestehen: was ist der spezifische »Inhalt« der Wert»form« und in vollem Umfang der Waren»form«, der sich innerhalb des Staatssektors *manifestiert*, d. h. *welches sind die gesellschaftlichen Beziehungen, die von diesen Formen verschleiert werden?* Warum hat die Veränderung in den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht ein Verschwinden der alten Form bewirkt, d. h. warum treten die Produkte weiterhin, trotz dieser Veränderung, als Waren in Erscheinung, die einen »Wert« haben?

Das eigentliche Problem ist tatsächlich dies: warum treten weiterhin Gesellschaftsverhältnisse sozialistischen Typs, *unabhängig vom Willen der Menschen*, in einer »phantasmagorischen Form« auf, d. h. als Verhältnisse zwischen Dingen?

Mit anderen Worten, warum existiert der *Warenfetischismus* weiterhin selbst innerhalb des staatlichen Sektors? Es muß der *Widerspruch* erklärt werden zwischen der Wirklichkeit* und den Behauptungen hinsichtlich des »formalen« Charakters der Warenbeziehungen innerhalb des staatlichen Sektors.

Eine Erklärung hierzu ist um so wichtiger, als es gerade für die Entwicklung der sozialistischen Ökonomie sehr gefährlich ist, *auf die Vorstellung zu vertrauen, daß auf Grund der Existenz des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Wertform und die Warenform nur noch eine »formale« Existenz hätten*, daß es sich hier um so etwas wie »Formen zweiten Grades« handle.

Wenn dies so wäre, könnte man in der Tat denken, daß nichts gegen eine Entwicklung von Formen einzuwenden wäre, die einen völlig neuen Inhalt haben.

Das ist übrigens genau die Art von Schlußfolgerung, zu der die Anhänger der »vollen Anwendung« der Warenformen in

* Wirklichkeit: im Original deutsch

den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus gelangen. Das ist besonders der Fall bei dem sowjetischen Ökonomen Liberman, der behaupten zu können meint, mit Hinweis auf den »radikal neuen Inhalt der Warenformen in der sozialistischen Ökonomie«, daß die Entfaltung dieser Formen keine Gefahr für die weitere sozialistische Entwicklung der sowjetischen Ökonomie mit sich bringt.

An diesem Punkt angelangt, stellt sich uns das Problem, das wir zu lösen haben, folgendermaßen dar: wenn innerhalb des staatlichen Sektors Warenkategorien existieren, welches sind dann die *spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Formen verschleiern, aber auch enthüllen?*

Man wird diese Frage nur dann zufriedenstellend beantwortet haben, wenn diese Antwort *auch* erklärt, *warum* diese spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht als solche erscheinen, sondern *tatsächlich »phantasmagorische Formen«* annehmen.

Die Analysen von Marx liefern uns das, was nötig ist, um eine solche Erklärung geben zu können. Sie lehren uns, wie wir gesehen haben, daß die Auswirkung der *Verschleierung* der gesellschaftlichen Verhältnisse die Auswirkung eines gewissen Typs von Komplexität der Struktur ist, einer Komplexität, die charakterisiert ist durch die *Überlagerung von verschiedenen Beziehungen zwischen den gleichen Elementen dieser Struktur*. Auf diese Komplexität weist der Begriff der »Form« hin. Daher ist es nicht möglich, eine zufriedenstellende Antwort zu geben, wenn man — wie in den oben zitierten Texten — »Form« und »Inhalt« auf eine undialektische Weise gegenüberstellt.

Diese Art der ideologischen Gegenüberstellung unterstellt, daß die »Formen« gewissermaßen »Behälter« seien, in denen man verschiedene »Inhalte« »unterbringen« könnte. Der marxistische Begriff der »Form« kann jedoch nicht so behandelt werden. In der Marxschen Analyse ist die *Form* ein Verhältnis, die *Wertform* ist also ein *Warenverhältnis*.

Dieses Verhältnis wird, so wie es sich in einer Gesamtheit von gesellschaftlichen Verhältnissen »darstellt«, »Form« genannt, weil es ein *anderes Verhältnis* zugleich *verschleiert und manifestiert*.

So ist die Wertform ein *Verhältnis zwischen Produkten* (das sich also darstellt in der Modalität der Quantität), und sie ist *auch ein Verhältnis zwischen Arbeiten* (also zwischen den Agenten dieser Arbeiten), aber nicht zwischen irgendwelchen Arbeiten: zwischen Arbeiten, die zwar *unabhängig* voneinander ausgeführt werden, die jedoch als »Momente« eines gesellschaftlichen Produktionsprozesses voneinander *abhängig* sind.

Die Existenz der Wertform verweist auf das Vorhandensein dieses *Doppelverhältnisses*. Darum sind die vorhergehenden Darlegungen keine wirkliche Antwort auf die gestellten Fragen.

Gleichzeitig aber zeigen sie den Weg, der es ermöglicht, zu einer befriedigenden Antwort zu gelangen, nämlich einer Veränderung in den Produktionsverhältnissen, einer Veränderung, die mit der Existenz eines *proletarischen Staates* zusammenhängt. Diese Veränderung tritt ein, wenn der Staat die Produktionsmittel als *gesellschaftliche Produktionsmittel behandelt*, d. h. wenn er über die Vermittlung der Produktionseinheiten (als der Orte, an denen diese Mittel unmittelbar beherrscht und in Bewegung gesetzt werden) als *Eigentümer* dieser Mittel handelt. Diese Tätigkeit des proletarischen Staates (die die Form des *Plans* und der daraus resultierenden *Planverhältnisse* annimmt) verändert teilweise — wenn sie adäquat ist —, nicht ohne eine gewisse »Unabhängigkeit« der in den verschiedenen Produktionseinheiten ausgeführten Arbeiten voneinander weiterbestehen zu lassen, die *Modalitäten der gegenseitigen Abhängigkeit* (*interdépendance*) der verschiedenen, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß konstituierenden Arbeiten.

Mit anderen Worten, was in den vorhergehenden Ausführungen mit dem Ausdruck »Veränderung des Inhalts« bezeichnet wird, meint eine Veränderung in den Modalitäten, in denen die Interdependenz der Arbeiten erscheint. Diese Veränderung wird ermöglicht durch die Umformung der juristischen Eigentumsverhältnisse, aber sie beschränkt sich nicht darauf. Sie impliziert eine determinierte Tätigkeit (*action*), d. h. eine gesellschaftliche Praxis, dank derer der Staat und die politischen, ökonomischen und administrativen Institutionen, die von ihm abhängen, die Aktivitäten der verschiedenen Produktionseinheiten tatsächlich und *a priori* koordinieren. Je weiter sich diese Koordination ausdehnt und vertieft, desto mehr verändert sich die Natur der Beziehungen zwischen den Produktionseinheiten und auch die Natur der Produktionseinheiten selbst, desto mehr schränkt sich der Wirkungsbereich der Warenverhältnisse (d. h. der Wertform) ein; und desto mehr werden neue Arten des ökonomischen Kalküls unabdingbar.

Der Grad der tatsächlichen Koordination (also der Grad der Angemessenheit, der sich im Wirken des Wirtschaftsplans zeigt) hängt selbstverständlich prinzipiell weder von der »Planungstechnik« noch von detaillierten und ausgerüsteten »administrativen Aktionen«, noch von einem proklamierten »Willen« ab. Er hängt ab von objektiven politischen Bedingungen (von der tatsächlichen Teilnahme der Massen an der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne) und von wissenschaftlichen Bedingungen (der Plan koordiniert nur dann wirksam die Aktivitäten der verschiedenen Produktionseinheiten, wenn er auf einer wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit beruht und wenn er den Anforderungen der wissenschaftlichen Erprobung genügt). Die zweiten Bedingungen

können übrigens nur realisiert werden, insoweit die ersten realisiert sind; die Kenntnis der ökonomischen Wirklichkeit und die wissenschaftliche Erprobung auf gesellschaftlicher Ebene (was sich radikal von einer Manipulation von Rechengrößen unterscheidet, worauf zahlreiche »Pläne« hinauslaufen) bildet sich nur heraus unter Teilnahme der Massen.

Die Verwirklichung dieser Bedingungen entspricht genau der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse, der Herrschaft der Produzenten über die Produktionsmittel und über die Ergebnisse der Produktion. Diese Herrschaft ist selbst nur innerhalb der Grenzen möglich, die durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte gesetzt werden.

Anmerkung:

Die »Grenzen«, die der Stand der Entwicklung der Produktivkräfte der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse setzt, betreffen die Modalitäten der Koordination zwischen den Produktionsprozessen. Diese Modalitäten sind notwendigerweise unterschiedlich, je nach dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und der Natur dieser Entwicklung. Tatsächlich kann, je nach dem vorliegenden Fall, die Koordination der Produktionsprozesse entweder die Form eines zentralisierten Plans annehmen oder die einer Überlagerung von untereinander koordinierten Plänen. Es ist diese zweite Form, der in zunehmendem Maße die Planung der Volksrepublik China entspricht; sie zielt darauf ab, eine gesellschaftlich zu meisternde Artikulation der Produktionsprozesse zu gewährleisten. Es scheint wohl — zumindest beim augenblicklichen Stand der Produktivkräfte — diese zweite Form zu sein, die es den Produzenten am ehesten erlaubt, die Produktionsmittel und die Ergebnisse der Produktion zu beherrschen. Was die Natur der Entwicklung der Produktivkräfte betrifft, so wird diese selbst von den herrschenden Produktionsverhältnissen bestimmt. Wir werden an anderer Stelle hierauf zurückkommen müssen.

In dem Maße, in dem die oben aufgezeigten Bedingungen nicht verwirklicht sind, setzen sich die für die Warenproduktion spezifischen Modalitäten der gegenseitigen Abhängigkeit durch sowie die Gesamtheit der Formen, in denen sich die entsprechenden Beziehungen darstellen.

Das ist kurz angedeutet der Weg, den einzuschlagen notwendig erscheint, will man die Existenz der Wertform und das »Funktionieren« der Preise und des Geldes in den heutigen Übergangsgesellschaften verstehen. Die gegebenen Hinweise erfordern natürlich eine Reihe von Präzisierungen; sie sollen z. T. auf den folgenden Seiten vorgenommen werden. Ausgangspunkt der Präzisierungen ist die Verlagerung unserer Problematik, zu der wir übergegangen sind.

Diese Verlagerung zwingt in der Tat dazu, die Existenz der *Warenbeziehungen* (d. h. der Warenformen) durch die Existenz eines *bestimmten Systems von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen* zu erklären. Man muß also versuchen, die besonderen Kennzeichen der einen wie der anderen während der Übergangsperiode näher zu bestimmen.

Da die Produktionsverhältnisse nur auf bestimmte Produktivkräfte wirken, werden wir mit der Untersuchung der Produktivkräfte beginnen; was im folgenden dazu gesagt wird, muß jedoch immer interpretiert werden unter Berücksichtigung, daß es ein System von Produktivkräften nur gibt, soweit es artikuliert ist in Bezug auf ein System von Produktionsverhältnissen (*articulé à un système de rapports de production*), *von dem es dominiert wird* und von dem es seine *Form* erhält.

b) *Die Warenkategorien, so wie sie im staatlichen Sektor in Erscheinung treten, und das System der Produktivkräfte*

Wir gehen hier von der bereits zitierten Marxschen Formulierung aus: »Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.«⁵⁰

Wenn man über diese Formulierung nachdenkt, bemerkt man, daß sie die Vorstellung ausdrückt, die Verwandlung von Produkten in Waren habe ihren Ursprung nicht direkt in der Tatsache, daß die Produkte Arbeiten zu verdanken sind, die von »Privateigentümern« verrichtet worden sind (oder von Arbeitern, unter der Leitung von Privateigentümern, die ihnen zuvor ihre Arbeitskraft abgekauft haben), sondern in der Tatsache, daß die Produkte, sehr genau gesehen, »Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten« sind.

Der vorhergehende Satz weist also auf eine gewisse Artikulationsweise der Arbeiten, auf eine gewisse Struktur des Produktionsprozesses hin. Diese Artikulationsweise wird sehr genau beschrieben als die voneinander »unabhängig« betriebener Arbeiten. Der Ausdruck »unabhängig« bezeichnet natürlich nicht einen einfachen »Mangel«: das Fehlen eines »gesellschaftlichen Willens«, der diese Arbeiten abhängig »gemacht« hätte, indem er sie als solche »begreifen« würde; worauf der Text abzielt, ist der gleichzeitige Hinweis auf das Fehlen einer *objektiven Abhängigkeit* zwischen den Arbeiten (was bedeutet, daß diese innerhalb bestimmter Schranken unabhängig ausgeführt werden können) und auf die Existenz von Beziehungen zwischen Produzenten und den Produktionseinheiten, die so beschaffen sind, daß sie Beziehungen organisierter Kooperation auf gesellschaftlicher Basis ausschließen.

Wie bekannt, sind die Warenformen der Produktion dadurch gekennzeichnet, daß die »Unabhängigkeit« der Arbeiten, d. h. der Arbeitsprozesse, die wechselseitige Abhängigkeit der Arbeiter verschleiert; eben diese wechselseitige Abhängigkeit der Arbeiter begrenzt die relative Unabhängigkeit der Produktionsprozesse. Diese Schranken werden den »unabhängigen« Produzenten durch das »Wertgesetz« aufgezwungen. Es stellt brutal und im nachhinein die wechselseitige Abhängigkeit der Arbeiten und Tätigkeiten her. Sein Wirken wird mit dem Ausdruck »Regulatorrolle« (*»rôle régulateur«*) des Wertgesetzes bezeichnet.

Wenn die *Vergesellschaftung der Arbeitsprozesse und die Umformung der Produktionsverhältnisse* ein vorheriges Abstimmen der Tätigkeiten untereinander ermöglichen, ohne daß die (nun begrenztere) objektive Unabhängigkeit der Arbeiten völlig verschwände, verliert das Wertgesetz seine Regulatorfunktion in dem Maße, wie es den Produzenten gelingt, ihre Tätigkeiten im voraus vornehmlich über einen Wirtschaftsplan zu koordinieren.

Der letzte Satz impliziert, daß das »Wertgesetz« seine Funktion nur innerhalb einer bestimmten Struktur der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse ausübt. Das »Wertgesetz« ist also eine *Form des Gesetzes der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit*; es impliziert die Herrschaft determinierter Produktionsverhältnisse über bestimmte Produktivkräfte (d. h. über Produktivkräfte, die durch eine determinierte Struktur der Arbeitsprozesse gekennzeichnet sind).

Hier nun muß untersucht werden, worin die Herrschaft der Produktionsverhältnisse über die Produktivkräfte besteht.

c) *Produktionsverhältnisse und Produktionsprozeß*⁵¹

Wir werden zuerst einige allgemeine Thesen zu dem angegebenen Thema entwickeln, bevor wir sie auf die Übergangsgesellschaften »anwenden«. Einige der in den folgenden Ausführungen vorgebrachten Formulierungen müssen als vorläufig betrachtet werden, als Formulierungen, die gegebenenfalls berichtigt werden müssen.

Der Inhalt des Terminus »Produktionsverhältnis« muß zuerst präzisiert werden. Man bezeichnet mit diesem Ausdruck ein *System von Stellungen* (*système de places*), die den *Produktionsagenten hinsichtlich der wesentlichen Produktionsmittel zugewiesen werden*; dieses System bestimmt die *Stellung* der unmittelbaren Produzenten und unter Umständen die der Nicht-Produzenten; diese *Stellungen* sind selbst nichts anderes als die Orte, wo bestimmte *Funktionen* (Prozesse der Aneignung der

Natur, Koordination dieser Prozesse, Verteilung ihrer Resultate etc.) ausgeübt werden.

Das Wirken der Produktionsverhältnisse manifestiert sich insbesondere in ihren *Auswirkungen* auf die *Träger* der verschiedenen *Funktionen*: es kann diese Träger zu *Klassen* konstituieren. Das Wirken der Produktionsverhältnisse auf die *Arbeitsprozesse* gibt diesen die Form eines *Produktionsprozesses*.

Der Produktionsprozeß gewährleistet nicht nur die Produktion-Reproduktion von *Produkten*, sondern auch die des *Systems der Stellungen*, die den *Produktionsagenten* zugewiesen sind. Der *Produktionsprozeß* ist also auch *Reproduktion von Produktionsverhältnissen*.

Diese Reproduktion impliziert eine bestimmte *Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit* (in doppelter Form: Aufteilung in notwendige Arbeit und Mehrarbeit; Verteilung zwischen den Sektoren der gesellschaftlichen Tätigkeiten) sowie eine bestimmte Verteilung der Produkte, also deren Zirkulation; diese bildet einen *Distributionsprozeß*. Weil dieser letztere die Folge der Produktionsverhältnisse ist, kann Marx sagen, daß die *Verteilungsverhältnisse* nur die »Kehrseite« der *Produktionsverhältnisse* sind.⁵² *Zirkulation* und *Distribution* sind also *Momente des Produktions- und Reproduktionsprozesses*.

Jeder *Typus von Produktionsverhältnissen* definiert sich durch *Besitz-Eigentum-Verhältnisse*. Der genaue Inhalt dieser Begriffe ändert sich entsprechend der Verbindung, die beide miteinander eingehen.

Allgemein gesehen wird der *Besitz* (possession) durch die *Fähigkeit* begründet, die *Produktionsmittel in Gang zu setzen*. Je nach der Struktur des *Arbeitsprozesses* kann diese Fähigkeit individuell oder kollektiv sein, der Besitz sich teilen oder nicht teilen in eine partielle Innehaltung (détention). Was das *Eigentum* (propriété) (als ökonomisches Verhältnis) betrifft, so wird es durch die Macht begründet, die Objekte, auf die sich das Eigentum erstreckt, insbesondere die Produktionsmittel, für gegebene *Verwendungszwecke zu bestimmen* (d'affecter à des utilisations données) und über die *Produkte zu verfügen*, die mit Hilfe dieser Produktionsmittel erzielt werden. Diese Macht kann sich zu einer Macht der *Koordination* oder *Leitung* der Arbeitsprozesse entwickeln und zu einer Macht, die erhaltenen Produkte für gegebene *Verwendungszwecke zu bestimmen*.

Die *Macht*, die das Eigentum darstellt, kann nur wirksam sein, wenn sie sich in Bezug auf einen Besitz artikuliert, entweder indem die Agenten des Eigentums gleichzeitig Agenten des Besitzes sind, oder indem die Agenten des Besitzes den Agenten des Eigentums untergeordnet sind.

Das Eigentum in seiner Eigenschaft als *Macht* impliziert die

Existenz von ideologischen Verhältnissen, darüber hinaus findet, wenn Eigentum und Besitz oder Besitz und Innehaltung nicht zusammenfallen, eine Teilung der Gesellschaft in Klassen statt, was ökonomische Herrschaft/Unterordnung-Verhältnisse impliziert, die sich in politische Herrschaft/Unterordnung-Verhältnisse verdoppeln müssen, die in Bezug auf eine Staatsmacht artikuliert sind, also auf *politische Verhältnisse*. Ideologische Verhältnisse und Staatsmacht sichern die Reproduktion des Eigentums (ideologisch ausgedrückt seine »Respektierung«), indem sie *Normen* setzen, die die Reproduktion der Eigentumsverhältnisse garantieren.

Eigentum und Besitz werden über eine Reihe von Funktionen ausgeübt (Koordination, Leitung, Kontrolle der Arbeitsprozesse, Bestimmung der Produktionsmittel, gegebene Verwendungszwecke); diese Funktionen können von den Eigentümern selbst ausgeübt werden (den »Trägern« der Eigentumsverhältnisse) oder durch ihre »Repräsentanten« (ihre »Agenten«). Die gesellschaftliche Verteilung dieser Funktionen und der polaren Ausführungsfunktionen macht die *gesellschaftliche Teilung der Arbeit* aus. Diese ist also ein *Effekt der Produktionsverhältnisse*. Das gleiche gilt für die Teilung der grundlegenden Aufgaben des Arbeitsprozesses, für die *technische Arbeitsteilung*. Diese ist immer der gesellschaftlichen Arbeitsteilung *untergeordnet*, was bedeutet, daß die Modalitäten der Verteilung dieser Arbeiten immer gesellschaftlich determiniert sind.

Diese gesellschaftliche Determination betrifft ebenso die Modalitäten der beruflichen Spezialisierung und Qualifizierung wie die konkrete Verteilung der Aufgaben innerhalb der »Produktionseinheiten« (oder »Zentren der Aneignung der Natur«) sowie die Abgrenzung und die Existenzformen dieser »Produktionseinheiten« selbst. Das System der *Produktionseinheiten* und ihr Zusammenhang (bzw. *Teilung der gesellschaftlichen Produktion*) ist also auch ein Effekt des Wirkens der *Produktionsverhältnisse auf die Arbeitsprozesse*.

Anmerkung I

Das feudale Landgut, der Handwerksbetrieb, die Manufaktur, das kapitalistische Unternehmen etc. stellen spezifische Existenzformen der »Produktionseinheiten« dar. Diese Formen sind nicht direkt bestimmt durch die Natur der Produktivkräfte. Sie sind das Resultat der Auswirkung der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte. Ebenso resultieren die Dimensionen dieser »Produktionseinheiten«, ihre interne Organisation, die Modalitäten ihrer Beziehungen untereinander aus dem Wirken der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte.

Eine der Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist, durch die Akkumulation und Konzentration des

Kapitals (was auch eine Konzentration des Finanzkapitals bedeutet) eine Zweiteilung (*dédoublement*) der Ebene zu bewirken, auf der sich die Fähigkeit manifestiert, die vorhandenen Produktionsmittel in Gang zu setzen (in der »Verwaltung«* [*gestion*] der kapitalistischen Fabriken), und die Macht, über die Zuweisung neuer Produktionsmittel für diese oder jene Verwendung zu bestimmen (z. B. die Investitionen einer Aktiengesellschaft oder Finanzgruppe in einer bestimmten Fabrik, die Macht, neue Produktionseinheiten zu schaffen oder bestehende aufzulösen, sie zu fusionieren etc.). Diese Macht (die z. B. ein Aufsichtsrat innehält) ist selbst unterschieden vom dem rechtlichen Eigentum der Aktionäre, obwohl sie, zumindest innerhalb gewisser Grenzen, von diesem rechtlichen Eigentum abhängt.

Die Reproduktion der technischen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung erfordert nicht nur die Reproduktion der materiellen Bedingungen der Arbeit, sondern auch die der Träger der Funktionen und Aufgaben, also die Vorbereitung spezialisierter Agenten und die Auswahl dieser Agenten entsprechend den Erfordernissen der Reproduktion der gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion.

Die (ideologischen) gesellschaftlichen Institutionen, die diese Funktionen der Reproduktion übernehmen (Familie, Schule, Universität etc.), übernehmen auf diese Weise gleichzeitig die Reproduktion der Bedingungen der technischen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, wobei auch hier die gesellschaftliche Arbeitsteilung über die technische vorherrscht. Die Tatsache, daß bestimmte ideologische Institutionen spezifische gesellschaftliche Bedingungen reproduzieren, erklärt, daß in den Übergangsgesellschaften die Tätigkeit solcher Institutionen — wenn sie nicht eine radikale Umwandlung durchgemacht haben — in Widerspruch geraten kann zu der begonnenen Umwandlung der Produktionsverhältnisse.

Anmerkung II

Einige zusätzliche Anmerkungen sind hier erforderlich:

1. Auf der Ebene der Analyse ist es notwendig, zu unterscheiden zwischen den Produktionsverhältnissen, d. h. dem System der den Agenten der Produktion zugewiesenen Stellungen hinsichtlich der wesentlichen Produktionsmittel (ein System, das eine grundlegende Struktur darstellt, und den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Diese sind die »Auswirkungen« jener grundlegenden Struktur. Diese Auswirkungen betreffen gleichzeitig die Agenten selbst (die Aufteilung in Klassen, die

* La gestion wird mit Verwaltung übersetzt in Anlehnung an die Marx'sche Verwendung des Begriffs der Verwaltungsarbeit (s. Kapital Bd. III, MEW 25, S. 401).

gesellschaftliche sowie die technische Teilung der Arbeit) wie auch die Formen des Arbeitsprozesses, in den die Agenten eintreten, und die Modalitäten der Artikulation dieser Prozesse (also die Existenzformen der Produktionseinheiten, ihre interne »Organisation«, ihre Beziehungen untereinander und, folglich, die Teilung der gesellschaftlichen Produktion).

2. Die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse werden von den verschiedenen Kategorien der Agenten »gelebt« unter der Modalität der Darstellung ihrer eigenen »Rolle« und der anderer Kategorien von Agenten; diese Darstellung verdoppelt, in Gestalt ideologischer Verhältnisse, die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse; wenn diese ideologischen Verhältnisse in Übereinstimmung (»en correspondance«) stehen mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, gewährleisten sie die Identifizierung der verschiedenen Kategorien von Agenten mit ihrer »Rolle«, und sie garantieren auf ihrer eigenen Ebene die Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Diese Reproduktion hängt daher ab von den herrschenden ideologischen Verhältnissen (von denjenigen, die die Ideologie der herrschenden Klasse bilden und die die herrschenden Produktionsverhältnisse »festigen«).

Eigentum als »Macht« über die Produktionsmittel ist also auch ein ideologisches Verhältnis; dieses Eigentum »funktioniert« so lange als »Macht«, so lange es als solches »anerkannt« ist, d. h. so lange als es nicht in einem Prozeß des ideologischen Klassenkampfes infrage gestellt wird.

Dieser letztere Prozeß ist verwurzelt in den objektiven Widersprüchen zwischen den Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen, aber er hat seine eigene Dynamik. Einer der Faktoren dieser Dynamik ist die »Verschiebung« (»décalage«) zwischen den »Rollen«, für die die ideologischen Institutionen die Agenten ausbilden, und den »Funktionen«, die sie tatsächlich übernehmen können. Diese Verschiebung ist gebunden an die spezifischen Formen des Rhythmus, unter denen sich die Reproduktion der verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse vollzieht.

Die »Übereinstimmung« der ideologischen Verhältnisse und der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bezeichnet die Fähigkeit der ersten, auf ihrer eigenen Ebene zur Reproduktion der zweiten beizutragen. Diese Fähigkeit impliziert, daß die ideologischen Verhältnisse die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse »darstellen«, indem sie sie verschleiern, dies gilt zumindest für die auf Klassenteilung beruhenden Gesellschaftsformationen. Die »Verschiebung« zwischen »Rollen« und »Funktionen« bewirkt ein Nicht-Übereinstimmen der beiden Kategorien gesellschaftlicher Verhältnisse (der ideologischen und der der Produktion).

3. In den Klassengesellschaften reicht die Herrschaft der herrschenden Ideologie nicht aus, um die Macht der herrschenden Klasse zu sichern; die Produktionsverhältnisse müssen also auch durch politische Verhältnisse verdoppelt werden, die sich konkretisieren in der Einrichtung von Institutionen und Repressionsmitteln; alle zusammen bilden den Staatsapparat, der objektiv im Dienst der herrschenden Klasse steht. Die politischen Verhältnisse sind ihrerseits verdoppelt durch ideologische Verhältnisse, die (solange sie vorherrschen) die politische Macht festigen, indem sie ihr das Aussehen der natürlichen »Notwendigkeit«, der »Legitimität« oder der »Volkssouveränität« verleihen.

4. Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, der ideologischen und der politischen Verhältnisse stellt eine komplexe Struktur dar, deren Elemente wechselseitig »Ursachen« und »Wirkungen« sind, oder strenger gesagt, nach einem bereits zitierten Ausdruck von Marx »einander stützen«. Diese »Stützung«, die die verschiedenen Verhältnisse einander geben, ermöglicht eine Einsicht darin, wie die Existenz einiger dieser Elemente, die in konkreten Praktiken und Verhältnissen verwurzelt sind (Organisationen der »Produktionseinheiten«, Formen der politischen Macht, ideologische Institutionen), dahin tendiert, die Gesamtheit der Struktur zu reproduzieren. Ist der Zusammenhang einiger Arten von Gesellschaftsverhältnissen (ihr Grad der Entsprechung) derart, daß sie die Gesamtheit der anderen Gesellschaftsverhältnisse beherrschen und daß ihre eigene erweiterte Reproduktion das Absterben oder die Auflösung der anderen Gesellschaftsverhältnisse nach sich zieht, spricht man davon, daß es eine vorherrschende Produktionsweise gibt. Wenn dies nicht der Fall ist, befindet man sich dagegen in einer Übergangsperiode, besonders wenn ein revolutionärer Bruch der Vorherrschaft bestimmter Gesellschaftsverhältnisse stattfand, ohne daß dieser eine solche Schwächung der Reproduktionsbedingungen der für eine andere Produktionsweise charakteristischen Gesellschaftsverhältnisse nach sich gezogen hat, daß ihr Absterben gewährleistet ist. Gerade die Kennzeichen einer solchen Periode machen ein spezifisches Eingreifen der politischen Macht erforderlich, damit die neuen Gesellschaftsverhältnisse immer stärker vorherrschen.

Wenn das Eigentum in seiner Eigenschaft als Produktionsverhältnis durch eine determinierte Macht begründet ist (also auch ein ideologisches Verhältnis impliziert), so artikuliert sich die Ausübung dieser Macht in einer Klassengesellschaft notwendigerweise in Bezug auf den Staat und das Recht. Dann ist das Eigentum auch ein rechtliches Verhältnis.

Gerade weil das »Eigentum« die Einheit einer Vielzahl von

Verhältnissen ist, kann es spezifische »Verschiebungen« unter diesen geben; so können effektive Machtfunktionen von anderen Agenten ausgeübt werden als jenen, die rechtlich damit »betraut« sind; im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beispielsweise können die »Vertreter« der (rechtlichen) Eigentümer im Hinblick auf diese eine solche Autonomie erlangen, daß den letzteren jede reale »Macht« nach und nach entzogen wird. Solche »Verschiebungen«, die die Voraussetzungen für die Reproduktion der Produktionsverhältnisse umwälzen, sind immer eine Folge des Klassenkampfes; ihre Entwicklung kann entweder begünstigt oder gebremst werden durch die Struktur der Produktionsprozesse; die Entwicklung solcher Verschiebungen kann ihrerseits die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verändern und auf die technische Arbeitsteilung einwirken.

Anmerkung:

Die Vielzahl der Verhältnisse, die das Eigentum ausmacht, darf natürlich nicht verwechselt werden mit der Vielzahl der konkreten Machtbefugnisse, die eine besondere Form des Eigentums mit sich bringt. Wie man weiß, entsprechen diese Machtbefugnisse den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten der Gegenstände, über die sich das Eigentum erstreckt, und folglich den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten der mit Hilfe dieser Gegenstände erzielten »Produkte«. Diese Vielzahl der Machtbefugnisse kann selbst wieder aufgeteilt sein unter verschiedene Kategorien von »Trägern« und »Agenten«.

Ausgehend von den obigen Formulierungen werden wir das Privateigentum als Produktionsverhältnis mehr im einzelnen analysieren. Diese Analysen werden als Ausgangspunkt für die »Anwendung« der vorhergehenden Formulierungen auf die Übergangsgesellschaften dienen.

d) Das Privateigentum als Produktionsverhältnis

Das Privateigentum im Sinne eines Produktionsverhältnisses (oder ökonomischen Verhältnisses) entspricht der Macht einer Kategorie von Agenten, bestimmte Produktionsmittel für eine gegebene Verwendung zu bestimmen und über die dank dieser Verwendung erhaltenen Produkte zu verfügen. Nimmt die Macht der Eigentümer über die Produktionsmittel die Gestalt der Trennung zwischen einer Vielfalt von »individuellen Eigentümern« an verschiedenen Produktionsmitteln an, wird das Eigentum »individuell« genannt; nimmt diese Macht die Gestalt der Einheit einer Vielzahl von Eigentümern an (die von den Nicht-Eigentümern getrennt sind), wird das Eigentum »kollektiv« genannt; erstreckt sich diese Einheit über die gesamte

Klasse der Eigentümer in einer Gesellschaftsformation, wird das Eigentum »gesellschaftlich« genannt.

Anmerkung:

In den vorhergehenden Wendungen bezeichnen die Termini »individuell«, »kollektiv« und »gesellschaftlich« die Form, in der das Eigentum »sich darstellt«, d. h. die Natur der Beziehungen zwischen Eigentümern; diese Bezeichnungen meinen nicht den Inhalt des Eigentums (das grundlegende Verhältnis, das das Eigentum ausmacht), das privat bleibt, solange es das Eigentum in den Händen einer besonderen Klasse ist (derjenigen, die darüber verfügt, wie die Produktionsmittel und die mit ihrer Hilfe erzielten Produkte verwandt werden). Wenn das Eigentum aufhört, das einer besonderen Klasse zu sein, um das Eigentum der Gesamtheit der Produzenten zu werden, findet eine gesellschaftliche Aneignung statt. In der Übergangsperiode liegt gesellschaftliches oder kollektives Eigentum vor, wenn die Produzenten über den Staat oder eine kollektive Institution Eigentümer der Produktionsmittel sind.

Ist der individuelle Privateigentümer fähig, seine Produktionsmittel selbst in Gang zu setzen, und tut er es, so hat man es mit einer Verbindung von individuellem Besitz und individuellem Eigentum zu tun, also mit einer *Fusion von Eigentum und Besitz in der Gestalt des individuellen*, nicht-kapitalistischen Eigentums. Wenn dieses Eigentum zusätzlich ein rechtliches Eigentum ist, so entspricht es der *juristischen Form des Privateigentums*.

Das individuelle, nicht-kapitalistische Eigentum setzt nicht nur eine gewisse Macht (ein bestimmtes Produktionsverhältnis) voraus, sondern auch eine solche *Struktur der Arbeitsprozesse*, daß jeder Eigentümer tatsächlich seine Produktionsmittel selbst in Gang setzen kann. Dieses Eigentum impliziert infolgedessen eine *Aufspaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses* in Zentren der Aneignung der Natur, die verschiedenen individuellen Eigentümern gehören. Eine solche Struktur (die der *einfachen Warenproduktion*) bringt eine Verwandlung der Produkte in Waren mit sich, also eine *Zirkulation* in Form des Warenaustauschs.

Wenn die Produktionsmittel (die »Privateigentümern« gehören) zu einem Prozeß des Eigenwachstums des Wertes verwendet werden, indem sie von Lohnarbeitern in Gang gesetzt werden, was die Existenz einer Klasse »freier Arbeiter« (d. h. eines Proletariats) voraussetzt, nimmt das Privateigentum die Form des *kapitalistischen Eigentums* an; die Privateigentümer sind dann *Kapitalisten*, Träger des Ausbeutungsverhältnisses Kapital/Lohnarbeit. Eine solche Struktur (durch die die kapi-

talistische Produktionsweise gekennzeichnet ist) impliziert die Umformung der Arbeitskraft in eine Ware; ihre Reproduktion impliziert die Entwicklung von kollektiven Arbeitsprozessen, die auf der Verwendung von *gesellschaftlichen Produktionsmitteln* beruhen. Solche Produktionsmittel können nur von einem Gesamtarbeiter in Bewegung gesetzt werden. Hinsichtlich dieses Gesamtarbeiters intervenieren die Kapitalisten — oder ihre Vertreter — als *Leiter der Arbeitsprozesse*. Die Kapitalisten (oder ihre Vertreter) besitzen so die Fähigkeit, die Produktionsmittel in Gang zu setzen; das kapitalistische Eigentum impliziert also den *Nicht-Besitz der Arbeiter*.

Die Erfordernisse der Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion sind solcher Art, daß, sobald sich diese auf gesellschaftlicher Stufenleiter durchgesetzt hat, jedes *individuelle Kapital* nur als Teil des *gesellschaftlichen Kapitals* funktioniert; darum kann der einzelne Kapitalist selbst nur als *Agent des gesellschaftlichen Kapitals* »fungieren«.

Marx hat die Serie von *Widersprüchen aufgedeckt*, die durch das *Privateigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln* erzeugt werden, sowie die Hindernisse, die das Privateigentum der Entfaltung der Produktivkräfte entgegenstellt. Diese Hindernisse beruhen im wesentlichen auf dem Privateigentum als *juristischem Verhältnis*. Auf dieser Ebene wird ein Teil der Hindernisse (vor allem diejenigen, die sich aus der Größe jedes einzelnen »individuellen Kapitals« und der für das Ingangsetzen der großen gesellschaftlichen Produktionsmittel benötigten Kapitalien ergeben) beseitigt durch die verschiedenen juristischen Formen des »gesellschaftlichen kapitalistischen Eigentums«, wie Aktiengesellschaften oder das Eigentum des kapitalistischen Staates. Diese *juristischen Formen* von »gesellschaftlichem Eigentum« (selbst das des Staates) lassen jedoch den *privaten Charakter des kapitalistischen Eigentums* weiterbestehen (welches dann, im Gegensatz zum »individuellen« kapitalistischen Eigentum, ein »gesellschaftliches« kapitalistisches Eigentum ist).

Dieser Privatcharakter rührt eben daher, daß dieses Eigentum das einer *Klasse* ist, die von der Ausbeutung einer anderen Klasse lebt und diese des *Eigentums* und des *Besitzes* an den Produktionsmitteln *beraubt*.

Man kann hinzufügen, daß die Entwicklung der »gesellschaftlichen« Rechtsformen des kapitalistischen Eigentums die Trennung der *Agenten* des Eigentums und der des Besitzes mit sich bringt, denn die Fähigkeit, die Produktionsmittel in Gang zu setzen, befindet sich auf der Ebene der einzelnen Unternehmen, die demselben Kapitalisten gehören können. Wenn dies so ist, sind auch die Leiter dieser Unternehmen (die selbst bezahlt

werden) »Funktionäre« des Kapitals; die *Zirkulation der Produkte* zwischen den verschiedenen Unternehmen ist (auch wenn sie einem einzigen Kapitalisten, einer Gruppe von Kapitalisten oder dem Staat gehören) eine *Warenzirkulation*; folglich nehmen die Produkte nicht nur die Wertform an (was der Fall innerhalb jeder einzelnen kapitalistischen Produktionseinheit als einer »Einheit der Kapitalverwertung« ist), sondern sie zeigen konkret ihren *Tauschwert*.

Die obigen Ausführungen müßten natürlich noch weiter entwickelt werden: einerseits im Hinblick auf eine genauere Darlegung des Begriffs des »Unternehmens« (was weiter unten versucht wird) und andererseits, um den Inhalt der Begriffe »Eigentum«, »Besitz« und »Innehaltung« zu präzisieren. Diese Begriffe bezeichnen spezifische Objekte, die Varianten mit sich bringen je nach der Art, in der diese Verhältnisse miteinander verbunden sind. Man könnte so die verschiedenen Formen der *Verschiebung* zwischen Besitz und Eigentum im ökonomischen und im juristischen Sinne aufzeigen und die *Widersprüche*, die sich aus diesen Verschiebungen ergeben können, wie auch ihre *Auswirkungen* sowohl auf die *Klassenverhältnisse* (den Klassenkampf) wie auf die Entfaltung der Produktivkräfte. Aber das ist nicht die Aufgabe des vorliegenden Textes. Die obigen Ausführungen sollen in der Hauptsache der Analyse der Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus dienen. Unser Ziel ist es also nur, aufzuzeigen, wie bestimmte Begriffe bei der Analyse der Arbeitsprozesse, der Produktionsverhältnisse und der juristischen Verhältnisse verwendet werden können. Was auf den vorhergehenden Seiten gesagt wurde, wird also jetzt auf die Übergangsgesellschaften »angewandt« werden; das ist der Gegenstand des zweiten Teils dieser Arbeit.

Zweiter Teil

Staatseigentum, Unternehmen und Planung

I. Das Staatseigentum in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus

Der Bruch mit der Herrschaft (domination) der kapitalistischen Produktionsweise oder mit der Vorherrschaft (dominance) kapitalistischer Produktionsverhältnisse oder anderer dem Privateigentum an Produktionsmitteln entsprechenden Verhältnissen (so wie er in den heutigen Übergangsgesellschaften bis jetzt, historisch gesehen, sich abgespielt hat) geschieht zunächst auf der *politischen Ebene*. Er betrifft den Klassencharakter der Staatsmacht, d. h. die Natur der Klasse, die an der Macht ist. Er ist identisch mit dem Übergang der Macht in die Hände des Proletariats. Dieser Übergang ist selbst das Ergebnis einer Umformung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, einer Umformung als Folge von ökonomischen, ideologischen und politischen Kämpfen, die die Herrschaft *einiger der* vorher dominierenden ökonomischen, ideologischen und politischen *Verhältnisse* zerschlagen haben. Damit beginnt die Periode des Übergangs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die traditionellerweise als »Periode der Diktatur des Proletariats« bezeichnet wird.

Was die Periode des Übergangs generell kennzeichnet, ist eine bestimmte Form der »Nicht-Übereinstimmung« der verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse, und zwar auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaftsformationen, insbesondere auf der ökonomischen Ebene, die nun auf den folgenden Seiten hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) unsere Aufmerksamkeit beanspruchen wird.

Auf der ökonomischen Ebene ist eine der Umformungen, die die Periode des Übergangs eröffnen, die *Nationalisierung* (nationalisation) der wichtigsten Unternehmen und damit der wichtigsten Produktionsmittel, die auf diese Weise *Staatseigentum* werden. Diese Umformung betrifft natürlich, wie Lenin hervorgehoben hat, die *juristische Form* des Eigentums. Sie ist nicht identisch mit der »Errichtung« einer »gesellschaftlichen« *Fähigkeit* und *Macht*, die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen und über die Produkte zu verfügen. Sie ist also weit davon entfernt, eine »Vergesellschaftung« zu sein.

Anmerkung:

Der radikale Unterschied zwischen (juristischer) Nationalisierung und Vergesellschaftung wird besonders in der Sowjetunion deutlich am Beispiel des bäuerlichen Grund und Bodens. Man weiß, daß das Land 1917 nationalisiert worden ist; jedoch wurde bis zur Kollektivierung der größte Teil weiterhin wie zuvor genutzt (selbstverständlich von anderen »Nutzern«). Während der NEP wurde (faktisch) weiterhin Ackerland »gekauft« und »verkauft«, und es begann sich wieder in den Händen der reichen Bauern zu konzentrieren. Sogar nach der Kollektivierung hat die Nationalisierung selbst dem Staat nur sehr wenig Macht über die Nutzung des Ackerlandes gegeben; die Macht, die er erhielt, bekam er durch die tatsächliche Umformung der Produktionsverhältnisse.

Überdies fügt sich die Form der »Nationalisierung« und des »Staatseigentums«, wie Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* aufgezeigt hat, noch in den Rahmen dessen, was er das »bürgerliche Recht« nennt, das während der gesamten Übergangsphase vorhanden ist. Dieses »Vorhandensein« ist wiederum kein isoliertes »Vermächtnis«, sondern »entspricht« einem Teil der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse, die noch nicht aufgehoben sind, und es kann deshalb nur mit diesen Verhältnissen selbst verschwinden. Es sind eben *einige jener Verhältnisse*, die sich auch in der Existenz der *Warenkategorien*, der *Wertform* und des *monetären Kalküls* manifestieren.

Hieraus ausgehend, können wir folgenden Satz aufstellen: die Existenz der Wertform in den heutigen Übergangsgesellschaften hat ihre Grundlage in einer bestimmten Struktur des Feldes Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte; aus dieser Struktur resultiert, daß verschiedene Produktionsprozesse nur *getrennt* innerhalb verschiedener Produktionseinheiten gemeistert werden können.

Die Produktionseinheiten, die »Gruppierungen« oder »Verinigungen« von Produktionseinheiten, die diese getrennten Prozesse meistern, d. h. die fähig sind, determinierte Prozesse der Aneignung der Natur (reale Aneignung) tatsächlich zu kontrollieren, sind eben dadurch *Besitzer der Produktionsmittel*, die sie in Bewegung setzen.

In der Mehrzahl der »sozialistischen Länder« liegt der Besitz der Produktionsmittel in den Händen von »Unternehmen« (was übrigens ein bes. in der Sowjetunion häufig angewandter Gattungsbegriff ist). Ist dieser Besitz durch entsprechende juristische Verhältnisse abgesichert, dann figuriert das Unternehmen als »juristische Person«: es verfügt über feste und laufende Fonds, kauft und verkauft Produkte, macht Anleihen beim

Banksystem, deponiert dort Geldfonds etc. Dieser Besitz geht also so weit, daß er die juristischen Züge des Eigentums annimmt. *Solange jedoch der Staat als Eigentümer tatsächlich Macht über die Unternehmen ausübt*, existieren deren Rechtshandlungen insofern als solche, als die Unternehmen nur im Besitz der Produktionsmittel, der Produkte und der Geldfonds sind, über die sie verfügen, so daß ihre Rechtshandlungen im Namen des Staates als des Eigentümers durchgeführt werden. Wird z. B. ein Produkt verkauft, geht die Summe, die das Unternehmen beim Verkauf als Gegenleistung erhält, in den Besitz des Unternehmens über und wird damit *Eigentum* des Staates. Es taucht hier folgendes Problem auf: *Wer (d. h. welche Kategorie von Agenten) ist jenseits der Gestalt der »juristischen Personen« tatsächlich im Besitz der Produktionsmittel*, der fixen Fonds und der Zirkulationsfonds, wer kann tatsächlich darüber verfügen? Im Fall der Sowjetunion und des Staatssektors, den wir hier als Beispiel nehmen werden, sind diese Agenten nicht die Arbeiter, sondern die Leiter der Unternehmen, deren Direktoren also, die vom Staat, von den Regierungsbehörden eingesetzt werden.

Es sind also die *Leiter der Unternehmen*, die — *in den vom Staatseigentum als Produktionsverhältnis auferlegten Schranken* — *tatsächlich über die Produktionsmittel verfügen*, sowie über die Produkte, die dank des Einsatzes der Produktionsmittel durch die Arbeiter erzielt werden. Das heißt konkret, die *Vielzahl dieser Verfügungsgewalten*, jede »verwurzelt« in einem bestimmten Unternehmen, ist eine der objektiven Grundlagen für den *Warenaustausch* zwischen Produktionseinheiten.

Die Existenz des dem Besitz an Produktionsmitteln »übergeordneten« Staatseigentums setzt also dem Besitz der Unternehmen Grenzen. Aufgrund dieser Begrenzung verwandeln sich der Besitz und die juristisch anerkannten und ihn verstärkenden »Rechte« nicht einfach in Eigentum — unter der Voraussetzung, daß das Staatseigentum eine ökonomische Realität und nicht eine bloße juristische Fiktion ist. Das ist der Fall: wenn einerseits das Staatseigentum den Regierungsbehörden tatsächlich erlaubt, alles oder einen Teil des Besitzes der Unternehmen wieder »an sich zu nehmen«; wenn andererseits der Staat effektiv über die Verwendung der Produktionsmittel und der Produkte seitens der Unternehmen *gebietet*.

Eine derartige Beherrschung kann mehr oder weniger ins Detail gehen, je nach der *Politik*, die in diesem Bereich von den Regierungsbehörden verfolgt wird (also letztlich der Auswirkungen der in einem Feld stattfindenden Klassenkämpfe, dessen Struktur bestimmt ist durch eine gegebene Verbindung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen). Diese Politik kommt insbesondere durch den mehr oder weniger

hohen Grad von Autonomie zum Ausdruck, der den Unternehmen gewährt wird.

In Wirklichkeit sind also die »Beschränkungen« der Autonomie der Unternehmen Ausdruck der Verfügungsgewalt des Staates über die Produkte und seiner Macht über die Verwendung der Produktionsmittel. Was daher negativ als »Beschränkungen« für die Unternehmen erscheint, ist positiv die Wirkung von spezifischen Produktionsverhältnissen, von Eigentumsverhältnissen (im ökonomischen Sinn), die sozialistische Verhältnisse in dem Maße sein können, wie sie wahrhaftig die Herrschaft der Arbeiter über die Bedingungen der Produktion und der Reproduktion, also über die Mittel und die Ergebnisse ihrer Arbeit, gewährleisten.

Anmerkung:

Der aufgestellte Satz impliziert:

a) daß die Ausübung der Verfügungs- und Bestimmungsgewalt über die Produktionsmittel und Produkte von Seiten des Staates nur in dem Maße eine Auswirkung sozialistischer Produktionsverhältnisse darstellt, wie diese Machtbefugnisse tatsächlich (d. h. wirklich und nicht nur formal und folglich illusorisch) die Herrschaft der Arbeiter über die Bedingungen der Produktion und der Reproduktion gewährleisten;

b) daß die staatlichen Machtbefugnisse nur eine der möglichen Existenzformen einer solchen Herrschaft und sicher nicht die am weitesten entwickelte Form sind, da das Staatseigentum, selbst das eines Arbeiterstaats, noch einer Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln entspricht, also ein Verhältnis, das von Marx als auf dem »bürgerlichen Recht« beruhend charakterisiert worden ist.

Man kann sich vorstellen, daß das Eigentum der Volkskommunen eine weiter fortgeschrittene Existenzform sozialistischer Produktionsverhältnisse begründet als das bloße Staatseigentum, nämlich wenn es Bestandteil der ökonomischen und politischen Verhältnisse ist, die aus ihm einen organischen Teil einer Gesellschaftsformation machen, welche gleichfalls durch die Macht der Arbeiter beherrscht ist.

Was die Volkskommune radikal von einer Genossenschaft unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie nicht nur eine »ökonomische Einheit« darstellt, sondern auch eine politische Einheit, innerhalb derer die sozialen und politischen Erfordernisse den Vorrang vor ökonomischen Erfordernissen haben. Und so konnte denn auch das staatliche Unternehmen in der Sowjetunion aufgrund des Vorrangs der politischen Erfordernisse im Vergleich zur Kolchose (die ein kollektivwirtschaftliches Unternehmen ist) als eine »höhere Form des sozialistischen Eigentums« charakterisiert werden.

Wenn das, was hier über die Volkskommunen gesagt wurde, richtig ist, und wenn die Praxis des ökonomisch-gesellschaftlichen Kalküls in den chinesischen Volkskommunen dem Wesen dieser Produktions»einheiten« entspricht, insofern sie eben nicht nur Produktionseinheiten sind, dann muß die konkrete Analyse ein lehrreiches Anschauungsmaterial für die Entwicklungsbedingungen eines solchen ökonomisch-gesellschaftlichen Kalküls sein.

Wechselseitig dazu erscheint die Existenz des »Unternehmens« (im strengen Sinn des Ausdrucks, auf den wir noch zurückkommen werden) negativ als »Beschränkung« der Verfügungs- und Zuweisungsgewalten des Staats und darüber hinaus der Arbeiter, positiv als Auswirkung von spezifischen, und zwar kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Daher stammt der kapitalistische Charakter der »Selbstverwaltung« der Unternehmen. Das »selbstverwaltete« Unternehmen fügt sich in kapitalistische Produktionsverhältnisse ein, die es reproduziert. Wo eine sozialistische Planung fehlt, wird das Unternehmen (ob selbstverwaltet oder nicht) von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen beherrscht; es kann nur auf die Verwertung seines Kapitals hinarbeiten. Womit nicht gesagt sein soll, daß Formen der Arbeiterselbstverwaltung in einer bestimmten, konkreten Situation nicht vorübergehend vorteilhaft für die Arbeiter sein können. Das, was eben angedeutet wurde und später weiterentwickelt werden soll, kann in den folgenden Bestimmungen dargelegt werden:

Das »Unternehmen« (im genauen Wortsinn) ist ein kapitalistischer Apparat, einer der Orte, wo die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse sich artikulieren und in dessen Rahmen sich diese Verhältnisse reproduzieren. Wir werden noch sehen, daß sich das auch dann so verhält, wenn diese Verhältnisse dominiert werden von Verhältnissen anderer Natur, die von der politischen Ebene ausgehend intervenieren. Nur eine »Revolutionierung« der »Produktionseinheiten« von der Form des »Unternehmens« kann der Existenz dieses kapitalistischen Apparats ein Ende bereiten und ihn durch einen neuen Apparat ersetzen – einen Ort der Artikulation und Reproduktion sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse. Eine solche »Revolutionierung« kann natürlich nicht durch ein »Dekret« verordnet werden, sie kann nur Ergebnis eines komplexen Kampfes sein, in dessen Verlauf die spezifischen Züge eines neuen Typs von Produktionseinheit in Erscheinung treten können. Sie müssen objektiven Erfordernissen entsprechen und diese können nur über eine Praxis zutage gefördert werden, man kann sie sich nicht einfach »vorstellen«, denn wenn man auf die bloße »Vorstellung« zurückgriffe, hätte man die besten Chancen, nicht mehr als Organi-

sationsformen »wiederzuentdecken«, die den alten gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen.

Anmerkung:

Wenn gesagt wurde, die spezifischen, aus der »Revolutionierung« der Unternehmen resultierenden Züge der Produktionseinheiten (die diese zu sozialistischen machen) müssen den objektiven Erfordernissen entsprechen, so heißt das zugleich, anzuerkennen, daß sich diese »Revolutionierung« unausweichlich unter verschiedenen Bedingungen vollziehen muß, je nach der örtlichen Struktur des Feldes Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte, in dem der Prozeß der »Revolutionierung« vor sich geht. So hat z. B. in China die »Revolutionierung« der Genossenschaften und der darauf folgende Übergang zu den Volkskommunen unter Bedingungen stattgefunden, die völlig verschieden waren von der »Revolutionierung« der einzelnen Staatsunternehmen, die während der Kulturrevolution eingeleitet wurde.

Der kapitalistische Charakter des »Unternehmens« (das, vor allem in der Industrie, die konkrete »Produktionseinheit« ist, an der in den Übergangsgesellschaften das Staatseigentum in der Regel seine Funktion ausübt) besteht darin, daß seine Struktur die Gestalt einer *doppelten Trennung* annimmt: *die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln* (deren Gegenstück der Besitz der Produktionsmittel durch die Unternehmen ist, d. h. faktisch durch ihre Leiter) und *die Trennung der einzelnen Unternehmen untereinander*. Diese doppelte Trennung macht die zentrale Gestalt (la figure centrale) der kapitalistischen Produktionsweise aus, sie bildet das Gerüst für sämtliche Widersprüche dieser Produktionsweise, insofern als diese Widersprüche dem »privaten« Charakter des Eigentums bzw. des Besitzes den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte gegenüberstellen. Der Staatskapitalismus und die Verstaatlichung bilden nur formale Mittel, um diese Widersprüche teilweise zu »überwinden«, d. h. in Wirklichkeit, um deren *Auswirkungen räumlich zu verschieben*.

Staatskapitalismus und Verstaatlichung bewirken, als Mittel angewandt, selbst wenn sie ein Arbeiterstaat anwendet, noch nichts anderes, als die Auswirkungen der aus dem »privaten« Charakter des Besitzes an gesellschaftlichen Produktionsmitteln resultierenden Widersprüche zu verschieben. Wenn die Veränderung des Klassencharakters der politischen Herrschaft *den Weg eröffnet* zur Beseitigung dieser Widersprüche, dann eben weil diese Veränderung *den Weg zur Eliminierung des »Unternehmens« eröffnet*, indem sie zunächst seine Autonomie »beschränkt« und späterhin seine »Revolutionierung« ermöglicht.

1. Das »Unternehmen« und die Gestalt der doppelten Trennung

Die Gestalt der doppelten Trennung, die die Struktur des »Unternehmens« annimmt, betrifft die Gesamtheit der Verhältnisse, die diesem Apparat eigentümlich sind. *In erster Linie*, und das ist der grundlegende Aspekt, stellt die Gestalt der doppelten Trennung eine Auswirkung der *Produktionsverhältnisse selbst* dar, also der Bedingungen, unter denen die *Verbindung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln* unter Vorherrschaft der Produktionsverhältnisse sich vollzieht. Innerhalb der Unternehmen geht diese Verbindung nach dem »Ankauf« der zur Durchführung der jeweiligen Arbeitsprozesse notwendigen Arbeitskräfte und unter der Führung der Unternehmensleiter vor sich. Auf diese Weise intervenieren die Arbeitskräfte und die Produktionsmittel im Produktionsprozeß in der Wertform, und der Arbeitsprozeß verdoppelt sich in einen Prozeß der »Verwertung« der Produktionsmittel. Dieser Verwertungsprozeß ist ein Prozeß der Produktion und Reproduktion der Wertform durch die abstrakte Arbeit.

Die Gestalt der doppelten Trennung, die das Funktionieren der Unternehmen charakterisiert, ist natürlich mit dem »Grad der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit« verknüpft. Dieser darf jedoch nicht als das einfache Äquivalent des »Entwicklungsstandes der Produktivkräfte« gedacht werden. Es handelt sich eben nicht nur um den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, sondern auch um die *charakteristischen Eigenschaften der Produktivkräfte*. Diese charakteristischen Eigenschaften sind ihrerseits determiniert durch die *Natur der Produktionsverhältnisse, unter denen sich die Produktivkräfte historisch entwickelt haben*. So sind die Maschinerie und das Industrieunternehmen »Produkte« der *kapitalistischen* Entwicklung der Produktivkräfte, d. h. der Entwicklung dieser Kräfte unter der Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die charakteristischen Eigenschaften der Produktivkräfte, die die Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus »erben«, müssen ihrerseits grundlegend umgeformt werden. Auf der ökonomischen Ebene ist die Übergangsperiode zum Sozialismus dadurch gekennzeichnet, daß in ihrem Verlauf die sozialistischen Produktionsverhältnisse den Charakter der Produktivkräfte *umformen*.

Anmerkung:

Die obigen Sätze implizieren, daß die Produktionsverhältnisse eine dominierende Wirkung auf die charakteristischen Eigenschaften der Arbeitsmittel ausüben (und damit über die Bedingungen der Artikulation der Arbeitsprozesse). Die Geschichte

zeigt in der Tat, daß Veränderungen in den materiellen Bedingungen der Produktion (Veränderungen in den Produktivkräften) sich als Folge von Veränderungen durchsetzen, die in den gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion (in den Produktionsverhältnissen) eingetreten sind.

Deshalb sind der Holzpflug, das Pferdegeschirr und der Steigbügel Produkte der feudalen Produktionsverhältnisse, d. h. der Leibeigenschaft und der entsprechenden militärischen Kampfweise. Ebenso hat sich die Maschinerie innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entwickelt.

Die Produktivkräfte, die sich innerhalb gegebener Produktionsverhältnisse entwickeln, »produzieren« nicht neue Produktionsverhältnisse; wenn sie die Verhältnisse »sprengen«, innerhalb derer sie sich entwickelt haben, geschieht das durch ökonomische und schließlich gesellschaftliche Widersprüche, die zur Auflösung der alten Verhältnisse führen und die Agenten hervorbringen, die die Träger neuer Verhältnisse, also neuer Klassenverhältnisse sein können.

Wenn neue Produktionsverhältnisse aufkommen, beginnen sie auf historisch gegebene Produktivkräfte einzuwirken. Genau dieses Einwirken formt die Produktivkräfte um und zwingt ihnen eine determinierte Struktur auf. Die Produktivkräfte, die auf diese Weise transformiert worden sind, sind die spezifischen Produktivkräfte einer neuen Produktionsweise (ganz genau gesagt derjenigen, die aus der Verbindung Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte resultiert, die sich innerhalb dieser Produktionsverhältnisse entwickelt haben). So haben die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Gestalt angenommen, bevor die Maschinerie aufkam; diese hat sich unter der Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entwickelt, um die »spezifisch kapitalistische Produktionsweise« zu verkörpern. Auf dieselbe Weise wirken sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse zunächst auf die historisch gegebenen Produktivkräfte aus: durch eine spezifische Umformung (transformation) dieser Kräfte kann die spezifisch sozialistische Produktionsweise entstehen.

Daraus ergeben sich zahlreiche Konsequenzen; hier ist nicht der Ort, sie zu entwickeln. Dafür müssen jedoch zwei Punkte hervorgehoben werden:

a) Was wir eben gesagt haben, bedeutet, daß die Entwicklung der Übergangsgesellschaften zum Sozialismus nicht allein auf einer »Reproduktion« der materiellen Produktionsbedingungen, die den kapitalistischen Gesellschaftsformationen eigen sind, beruhen kann (obwohl diese Bedingungen eine »materiale Ausgangsbasis« darstellen).

b) Es heißt, der wirklichen Bewegung der Geschichte den Rücken kehren, wenn man die Entwicklung der Produktivkräfte

mit der Umformung der Produktionsverhältnisse in einer gewissen Weise »mechanisch« verbindet, indem man die Entwicklung der Produktivkräfte linear »denkt« (was eine oberflächliche Interpretation gewisser polemischer Formulierungen von Marx rechtfertigen könnte), und indem man sich vorstellt, diese »Entwicklung« sei es, die eine Umformung der Produktionsverhältnisse »produziere«. Eine derartige Konzeption kann sich sogar negativ auf den Entwicklungsgang der Übergangsgesellschaften auswirken.

Die beiden letzten Beobachtungen führen zu folgender Fragestellung: sind nicht einige der charakteristischen Eigenschaften der Techniken, die unter der Vorherrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse entwickelt wurden, gerade das Produkt dieser Verhältnisse? Ist zum Beispiel das Anwachsen der technischen Zusammensetzung des Kapitals, das Wachstum des Umfangs der Produktionseinheiten, das anscheinend für die Reduzierung der Kosten »notwendig« ist (was in der heutigen Wirtschaftsideologie als »Stufen-Wirtschaft« [*économie d'échelle*] bezeichnet wird), sind beide Phänomene, die alles andere sind als eine Art »Naturgesetz der Technik«, nicht einfach gesellschaftliche Gesetze, eine Auswirkung der Vorherrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse über die Produktivkräfte, ganz konkret eine Auswirkung der kapitalistischen Konzentrations- und Zentralisationsgesetze? Es gibt viele Gründe zu glauben, daß das so ist.

Eine positive Antwort auf diese Frage bringt beträchtliche theoretische und praktische Konsequenzen mit sich. Sie impliziert unter anderem, daß der einfache Import der Techniken aus den am höchsten industrialisierten kapitalistischen Ländern (in denen die Konzentration und Zentralisation des Kapitals am weitesten vorangetrieben sind) zur Entwicklung der Produktivkräfte der Importländer nur unter der Voraussetzung beitragen kann, daß in diesen Ländern die gleichen Merkmale der Konzentration und Zentralisation reproduziert werden, als zum Preis einer massiven Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten (einer ursprünglichen Akkumulation auf gigantischer Stufenleiter).

Für die Länder, in denen eine sozialistische Revolution erfolgreich durchgeführt worden ist, hat eine positive Antwort auf diese Frage natürlich entscheidende Bedeutung. Sie impliziert besonders, daß die Tatsache des Imports oder der »Reproduktion« der Techniken (selbst wenn man sie perfektioniert) aus den am höchsten industrialisierten kapitalistischen Ländern ein Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte sein kann, die jene charakteristischen Eigenschaften in sich tragen, die die neuen Produktionsverhältnisse erfordern und diesen erlauben, tatsächlich eine neue historische Etappe durch eine Revolutionie-

rung der Produktivkräfte einzuleiten. Es scheint, daß das, was auf der Ebene der »Politik auf dem Gebiet der Technik« (*politique technique*) die sowjetische Industrialisierung von der chinesischen Industrialisierung unterscheidet (die sich vollzieht unter der Parole: Selbständigkeit und Unabhängigkeit, Vertrauen in die eigene Kraft), eben die Erkenntnis der Notwendigkeit ist, die kapitalistische Technik nicht als Modell zu nehmen, gleichzeitig jedoch das Maximum dessen aus ihr herauszuziehen, was dem Aufbau des Sozialismus nutzt. Das äußert sich in einer ungeheuren Ökonomie in den Akkumulationserfordernissen. Dank dieser Tatsache kann die Industrialisierung Chinas sich vollziehen, ohne daß irgendwelcher Druck auf den Lebensstandard der bäuerlichen Massen ausgeübt wird; dieser ist ganz im Gegenteil stark gestiegen und steigt kontinuierlich weiter. Im Gegensatz dazu hat die in der Sowjetunion verfolgte technische Linie (die durch einen Komplex von ideologischen und politischen Bedingungen bestimmt war) zur Realisierung einer schwerfälligen (*lourde*) »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« geführt, deren ökonomische und politische Konsequenzen so beträchtlich waren, daß schließlich der sozialistische Charakter der Akkumulation in Gefahr war. Diese Anmerkungen bedeuten keinesfalls, daß das System der Produktivkräfte in China schon das Produkt sozialistischer Produktionsverhältnisse sei; sie bedeuten nur, daß eine Umformung der Produktivkräfte sich unter der Vorherrschaft der neuen Produktionsverhältnisse zu vollziehen beginnt. Nur ein genaues und konkretes Studium kann die spezifischen Merkmale dieser Umformung ans Licht bringen.

Auf der Ebene der Arbeitsverhältnisse manifestiert sich die charakteristische Trennung des »Unternehmens« als der kapitalistischen Existenzform der Produktionseinheit in der Tatsache, daß die Arbeiter zu regelmäßigen Fristen aus dem Unternehmen entlassen werden können und sich eine andere Anstellung suchen müssen. Die Tatsache, daß es in den »sozialistischen Ländern« in Bezug auf Entlassungen relativ strikte Regelungen gibt, und daß außerdem die »Situation auf dem Arbeitsmarkt« im allgemeinen dergestalt ist, daß es nicht sehr schwierig ist, eine neue Anstellung zu finden, ändert nichts an dem Lohncharakter der Beziehungen der Arbeiter zu jedem »Unternehmen«. Deshalb garantiert das Funktionieren des Unternehmens die Reproduktion der Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln.

Auf der ideologischen und politischen Ebene garantiert die Existenzform der Produktionseinheit als »Unternehmen« die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln: zuerst durch spezifische ideologische Verhältnisse: »Autorität« der Direk-

tion, hierarchische innere Organisation des Unternehmens, gesellschaftliche Teilung der Arbeit, die auf der einen Seite leitende und »intellektuelle« Arbeit verbindet und auf der anderen Seite ausführende und manuelle Arbeit. Selbstverständlich werden diese ideologischen Verhältnisse auch von den ideologischen Institutionen reproduziert, die die Arbeiter auf das Leben in den »Unternehmen« vorbereiten: der Inhalt und selbst die Modalitäten der verschiedenen »Ordnungen« der Ausbildung (*ordres* d'enseignement) (solange es sich um solche kapitalistischen Ursprungs handelt) reproduzieren diese ideologischen Verhältnisse und unterwerfen so ihrerseits die technische Teilung der Arbeit der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit. Schließlich ist die Reproduktion der Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln ebenso durch die politischen Verhältnisse innerhalb des Unternehmens gewährleistet: durch die juristische Autorität der Direktion, die zu Repressionsmaßnahmen greifen kann, die Kontrolle »von oben nach unten« und damit verbundene Sanktionen, die auf entsprechende Weise angewandt werden.

Diese verschiedenen Verhältnisse werden teilweise umgeformt durch die Existenz eines Arbeiterstaates, durch die Tätigkeit einer führenden Arbeiterpartei und erst recht durch die Rolle, die die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften innerhalb der Unternehmen spielen. Diese Rolle kann jedoch nur eine partielle sein, denn eine wirkliche Umformung erfordert unter anderem die Ersetzung der alten ideologischen und politischen Verhältnisse durch entsprechende neue Verhältnisse, d. h. eine ideologische »Revolutionierung« der Arbeiter, die bewirkt, daß diese selbst sich als die echten Meister der Produktion offenbaren. Solange dies nicht der Fall ist, liegt der Besitz der Produktionsmittel faktisch in den Händen der Leiter der Unternehmen. Im Prinzip wird diese Innehaltung von Vertretern der Arbeiter kontrolliert. Aber die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können sich so entwickeln, daß die »Vertreter« der Arbeiter, des Staats und der Partei dahin gelangen, sich eher mit den Leitern der Unternehmen als mit den Arbeitern zu identifizieren; daher die entscheidende Bedeutung einer ideologischen Revolution. Sie ist ein »Moment« der »Revolutionierung« der Unternehmen, ihrer Umformung in eine andere »Organisationsform«, was eine andere Verteilung der Führungs- und Kontrollfunktionen zur Folge hat. Nur eine solche Umformung (in Verbindung mit weiteren Umformungen, die nicht nur das »Unternehmen« betreffen) kann eine der Etappen ausmachen, die zu neuen Formen der Vergesellschaftung der Arbeit und damit zur Eliminierung der Wertform aus dem Produktionsprozeß selbst führt.

An zweiter Stelle betrifft die Gestalt der Trennung, wie schon

gesagt, die Beziehungen der Unternehmen untereinander. Auch hier stellt die Intervention der Wertform und des Warenaustauschs das Zeichen dieser Trennung dar und das Mittel, sie zu »überwinden«, wobei man sie reproduziert: Man weiß, daß diese Trennung das Funktionieren der Unternehmen als gleichzeitig voneinander »unabhängiger« und »abhängiger« Produktionseinheiten impliziert.

2. Die zwei Aspekte der Trennung und ihr Verhältnis zueinander

Dem Anschein nach beruhen die beiden Aspekte der Trennung, durch die die Existenz der »Unternehmen« gekennzeichnet ist, auf verschiedenen Bestimmungen, daher die Illusion, daß das Geld in den Beziehungen zu ihren Arbeitern (Papiergeld) und das Geld in den Verhältnissen zwischen den Unternehmen untereinander (Verrechnungs- oder »Buchgeld« [monnaie scripturale]) nicht ein und dieselbe Funktion erfüllt. Diese Illusion hat in der Sowjetunion sogar zu Anstrengungen geführt, die darauf abzielen, diese »beiden Gelder« institutionell zu »trennen«.²

Eine solche »institutionelle Trennung« kann nur illusorisch sein, denn die »zwei Gelder« sind nur eines: sie sind nichts weiter als zwei Existenzformen ein und desselben Geldes, was die Tatsache zeigt, daß sich fortgesetzt das »eine in das andere umwandeln« muß.

In Wirklichkeit ist es die Existenz der Unternehmen selbst, und die ihr inhärente Gestalt der doppelten Trennung, die die Existenz des Geldes und dessen Funktion in zwei komplementären Formen zum Gegenstück hat. Das Geld, das jedes Unternehmen entweder durch Lohnzahlungen oder zum Ankauf von Produktionsmitteln in Umlauf gebracht hat, muß von ihm durch den Verkauf der Produkte »zurückgewonnen« werden. Darin liegt eine Notwendigkeit, die gebunden ist an das, was man in der Sowjetunion die »Kontrolle durch den Rubel« genannt hat.

Gleichwohl, mit der illusorischen Form einer »unabhängigen Determinierung« der Geldintervention »in« den Unternehmen (Lohnzahlungen) und »zwischen« den Unternehmen (Kauf und Verkauf von Produkten) wird etwas Reales beschrieben, nämlich, daß der Prozeß der Eliminierung dieser beiden Existenzformen des Geldes jeweils ein anderer ist (obwohl die eine nur mit der anderen zusammen abgeschafft werden kann).

Die Eliminierung des Geldes in den Beziehungen der Arbeiter zu den Produktionseinheiten erfordert eine ideologische Revo-

lutionierung sowie eine Umformung und einen hohen Stand der Produktivkräfte. Die Eliminierung des Geldes in den Beziehungen der Produktionseinheiten untereinander erfordert eine Herrschaft des Plans über die Produktionseinheiten. Um gleichzeitig die Marktverhältnisse zum Verschwinden zu bringen, muß diese Herrschaft des Plans die Form der gesellschaftlichen Herrschaft der Arbeiter über die Produktionsmittel haben, und das wäre: die Form der gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsmittel und Produkte durch die Arbeiter selbst, d. h. folglich: die Form nicht nur der Einheit der Arbeit auf der Ebene einer Gesellschaftsformation, sondern die Form der Vergesellschaftung der Arbeit.

Leistet der Plan das nicht, dann bedeutet sein Eingreifen nur, daß die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln zum Teil verschoben wird. In diesem Fall ermöglicht das Eingreifen des Plans nicht das Verschwinden der Marktverhältnisse; der Plan tut dann nichts weiter, als sich diesen Verhältnissen zu überlagern, eine für den Staatskapitalismus charakteristische Interventionsform. Dieser kann übrigens ebenso gut in einem kapitalistischen Staat wie in einem Arbeiterstaat »funktionieren«; je nachdem, d. h. je nach dem Klassencharakter des Staats sind die Auswirkungen des Plans zum Teil unterschiedlich, aber in beiden Fällen, von dem Augenblick an, wo sowohl eine Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln wie auch eine Trennung der Unternehmen untereinander vorliegt, bedeutet der Plan nichts anderes als die Einwirkung auf Verhältnisse, die zum Teil Warenverhältnisse sind und die ihm einen spezifischen »Widerstand« entgegensetzen.

Anmerkung:

Dieser »Widerstand« und die daraus resultierenden Widersprüche können auf zwei Arten »abgeschafft« werden: entweder indem man den »Plan« zum Mittel der »Verdoppelung« der Marktverhältnisse macht (dieses Mittel trägt dann auf seiner eigenen Ebene zur Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bei, die der Existenz des Geldes, des Arbeitslohns und der »Unternehmen« innewohnen) oder indem man die gesellschaftlichen Verhältnisse umformt und dadurch auch den Charakter der Produktivkräfte, die die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gewährleisten. Im ersten Fall ist der »Plan« nur die ideologische Verdoppelung des »Marktes«; im zweiten Fall ist er ein Mittel zur Umformung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zur gesellschaftlichen Herrschaft über die Reproduktionsbedingungen. Dieses Mittel kann der Plan freilich nur innerhalb der Schranken sein, die die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Verhältnisse der Klassenkräfte setzen. Jeder Versuch, den Eingriff über diese Schran-

ken (die man nur durch eine konkrete Analyse und eine reale gesellschaftliche Praxis erkennen kann) hinauszutreiben, ist notwendigerweise zum Scheitern verurteilt: die Warenverhältnisse »schafft man nicht ab«, man »ersetzt« sie nicht durch einen Plan, sondern hebt sie auf durch eine adäquate politische Aktion, in der der Plan nur ein Mittel ist — und sicher nicht ein Hauptmittel.

Das Funktionieren der in Bezug auf die Form des Unternehmens artikulierten Warenverhältnisse bringt eine Reihe sehr bedeutender Auswirkungen mit sich, denen wir uns nun zuwenden.

3. Einige Auswirkungen der in Bezug auf die Existenz der Unternehmen und des Staates artikulierten Warenverhältnisse

Eine erste Auswirkung besteht darin, daß der Produktionsprozeß weiterhin die Form eines Verwertungsprozesses hat, da die Arbeitskraft in diesen Prozeß als Wert eintritt, mit der Fähigkeit, einen größeren Wert zu schaffen, als sie selbst darstellt. Das Unternehmen ist somit der Ort der Reproduktion von kapitalistischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Das Bestehen dieser Verhältnisse muß natürlich radikal vom Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise unterschieden werden, denn diese besteht (wie jede Produktionsweise) nur, wenn gleichzeitig eine Gesamtheit entsprechender gesellschaftlicher Verhältnisse besteht. Wenn das nicht der Fall ist, wenn gesellschaftliche Produktionsverhältnisse, die für eine gegebene Produktionsweise kennzeichnend sind, nichts weiter tun, als sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu verbinden, die zu einer anderen Produktionsweise gehören, hat man es nicht mit einer Produktionsweise, sondern mit einer Übergangsform zu tun.

Wenn in dem untersuchten Fall die kapitalistischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, die sich auf der Ebene des Unternehmens reproduzieren, sich mit sozialistischen Produktionsverhältnissen verbinden (die durch geplante Verhältnisse spezifischen Charakters konstituiert worden sind), ist das Bestehen kapitalistischer gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse nicht identisch mit dem Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise; sie stellen lediglich »Elemente« des sozio-ökonomischen Systems des Kapitalismus dar, die in einer Gesellschaftsformation im Übergang noch bestehen. Wenn diese Elemente von den sozialistischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen beherrscht werden, kann man davon sprechen, daß die ökonomische Basis des Sozialismus existiert.

Anmerkung:

Eben durch das Vorhandensein solcher kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse und damit der Träger dieser Verhältnisse ist der Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus gekennzeichnet. Die Aufhebung dieser Elemente fällt mit dem Ende der Übergangsphase zusammen.

Die hier formulierten Thesen haben ihren Ausgangspunkt in den Analysen von Marx, die das Vorhandensein »bürgerlicher Verhältnisse« im Verlauf der Periode betreffen, die er die erste Phase des Kommunismus nennt³, sowie in den Bemerkungen Lenins zur Übergangsperiode.⁴ Diese Thesen beinhalten jedoch neue theoretische Weiterentwicklungen.

Neu daran ist nicht so sehr die Verwendung des Begriffs der »kapitalistischen Produktionsverhältnisse« — um das Wesen der Lohnverhältnisse in den Staatsunternehmen zu charakterisieren (denn diese Verwendung gründet sich direkt auf die Analysen von Marx in Bezug auf den Begriff des »variablen Kapitals«) — als vielmehr die Verwendung des Ausdrucks »Staatskapitalismus«. Es handelt sich hierbei um eine Erweiterung des Begriffs »Staatskapitalismus«.

Diese Erweiterung erscheint gerechtfertigt:

1. durch die Existenz eines in Bezug auf das Staatseigentum artikulierten Systems kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den heutigen Übergangsgesellschaften;⁵
2. durch die Fähigkeit dieses Systems, sich zu reproduzieren;
3. durch seine Fähigkeit, über die anderen Produktionsverhältnisse zu dominieren, wenn es selbst nicht einer Politik der Zurückdrängung und der Umformung unterworfen wird.

Die Verwendung des Begriffs des »Staatskapitalismus« in diesem Fall gestattet den Begriff des »kapitalistischen Weges« zu präzisieren und zu verstehen, daß dieser Weg jederzeit von einer Übergangsgesellschaft eingeschlagen werden kann. Das geschieht in dem Augenblicke, wo die Politik der Zurückdrängung und der Umformung des Staatskapitalismus verlassen wird, da dieser die Fähigkeit besitzt, sich zu reproduzieren und über die anderen Produktionsverhältnisse zu dominieren.

Innerhalb des Begriffsfeldes, das auf diese Weise abgesteckt wurde, bezieht sich der Begriff des »sozialistischen Unternehmens« (ein Begriff, der widersprüchlich ist wie das Objekt, das er bezeichnet) auf das »Unternehmen«, insofern es Eigentum eines Arbeiterstaates ist. Der Begriff des »Unternehmens« charakterisiert die Form der Beziehungen, die sich zwischen Produzenten und Produktionsmitteln innerhalb einer speziellen Form der Produktionseinheit bilden. Der Begriff des »Staatskapitalismus« bezeichnet das in Bezug auf das Staatseigentum artikuliert System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Das System der Staatsunternehmen stellt eine Existenzform des »Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats« dar (nach einer Formulierung, die Lenin verwandte, um eine Modalität des Staatskapitalismus zu bezeichnen, die dem Staat weniger streng untergeordnet ist⁶ als das System der Staatsunternehmen).

Soweit der Arbeiterstaat dieses System beherrscht, »drängt er es zurück«; dennoch bleibt es der ökonomischen Basis des Sozialismus als Unterlage (sous-jacent); obwohl nur Unterlage, manifestieren sich seine Auswirkungen auf verschiedene Art und Weise, besonders durch die Warenbedingungen der Reproduktion der verschiedenen Bestandteile des gesellschaftlichen Kapitals und durch die Träger der diesem System entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. auf der Ebene des Klassenkampfes. Wenn als Konsequenzen dieses Kampfes die Vorherrschaft des Arbeiterstaates gefährdet oder geschwächt wird, kann der Staatskapitalismus zur vorherrschenden ökonomischen Form werden. Man wird feststellen, daß nur diese Form vollständig dem Begriff des Staatskapitalismus entspricht, da sie auf dem Staatseigentum beruht. Es handelt sich dabei um eine besondere ökonomische Formation, die Kennzeichen des imperialistischen Stadiums ist und nicht eines »neuen« Stadiums, das »jenseits« des imperialistischen Stadiums läge.

Um ihre Auswirkungen zu verstehen, muß diese Form natürlich einer spezifischen Analyse unterzogen werden. Die Elemente der Analyse, über die man jetzt schon verfügt, machen offenbar, daß es sich dabei um eine Form handelt, die durch große Unbeständigkeit gekennzeichnet ist. Diese ist mit einer Tendenz zum Verfall (décomposition) des Staatseigentums verbunden (es scheint, daß man unter diesem Aspekt die wesentlichsten Züge der »ökonomischen Reformen« analysieren kann, die in verschiedenen Ländern Osteuropas durchgeführt werden).⁷

Ausgehend von den vorhergehenden Bemerkungen zeigt sich, daß die Entwicklung einer Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus hin nicht durch die »Entwicklung des Marktes« erklärt werden kann. Diese Entwicklung ist nur eine Auswirkung der Entwicklung zum Kapitalismus, sie ist selbst determiniert von einer Umwälzung (renversement) des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Jedoch drückt sich eine solche Umwälzung nicht notwendigerweise in einer »Entwicklung des Marktes« aus, sie kann im Gegenteil, zumindest vorübergehend, ein »Erstarken« des Staatskapitalismus hervorrufen (dieser Punkt kann natürlich hier nicht entwickelt werden; in einem anderen Zusammenhang wird er wieder aufgenommen).

Die Vorherrschaft der sozialistischen über die kapitalistischen Verhältnisse schließt die Ausbeutung der Arbeiter aus (der von

den Arbeitern in den Unternehmen geschaffene Mehrwert wird Eigentum des Arbeiterstaates, der ihn sich aneignet und neu verteilt, gemäß den Erfordernissen des Aufbaus des Sozialismus). Aber die Existenz kapitalistischer Verhältnisse schließt nichtsdestoweniger die Möglichkeit der Wiedererrichtung des Kapitalismus nicht aus, d. h. die Möglichkeit zu einer Wiedererrichtung der Ausbeutung der Arbeiter durch diejenigen, die die Verwendung der Produktionsmittel kontrollieren. Diese Ausbeutung kann ebenso gut das Werk derjenigen sein, die als »Besitzer« von Produktionsmitteln (die Leiter der Unternehmen) intervenieren, wie derjenigen, die als deren »Kontrollenre« im Namen des Staatseigentums angesehen werden. Die »Konflikte«, die eine dieser Kategorien von Agenten anderen gegenüberstellen können, sind immer nur sekundäre Konflikte, sobald diejenigen, die im Namen des »Staatseigentums« intervenieren, nicht mehr die Vertreter der unmittelbaren Produzenten sind, sondern eine Kategorie von Agenten, die die Produzenten ausbeuten, d. h. sobald sie eine herrschende Klasse darstellen.

Anmerkung:

An dem oben Gesagten ist besonders der eine Punkt hervorzuheben, daß nämlich gerade das Lohnverhältnis, das in eine Warenproduktion interveniert (also in eine auf Wert und Wertzuwachs abgestellte Produktion), ein kapitalistisches gesellschaftliches Produktionsverhältnis ausmacht. Die Existenz von Warenbeziehungen allein reicht nicht zur Kennzeichnung kapitalistischer Verhältnisse aus, denn wie wir wissen, können die Warenbeziehungen verschiedene Funktionen erfüllen. Erst innerhalb der Produktionssphäre werden sie zu Produktionsverhältnissen. Wenn sie dort auftreten, bewirken sie, daß die Wertform in den Produktionsprozeß selbst eindringt; dieser Prozeß wird dann ein Verwertungsprozeß.

Eine zweite Auswirkung des Funktionierens der Warenbeziehungen, der gerade in Bezug auf unsere Analyse grundlegende Bedeutung zukommt, ist in den Hindernissen selbst zu sehen, die dieses Funktionieren der Entwicklung des gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls entgegenstellt. Diese Hindernisse⁸ treten in zwei Formen auf⁹:

Einmal als ideologische Auswirkung der Warenverhältnisse oder genauer als Darstellungsraum, in dem diese Verhältnisse sich notwendigerweise darstellen. Die Existenz dieses Darstellungsraumes entwickelt ihrerseits eine Reihe von Auswirkungen, die von Marx mit Begriffen wie »Warenfetischismus«, »Illusionen« etc. bezeichnet worden sind, die dem monetären Kalkül Konsistenz verleihen und dadurch in gewisser Weise den Weg für einen wirklichen ökonomischen Kalkül versperren.

Anmerkung:

Gerade in diesen Darstellungen ist auch ein Komplex von »Normen« verwurzelt, die mit der Warenideologie zusammenhängen: Normen der formalen Gleichheit, der Gegenseitigkeit etc. Hier ist der Nährboden für die »bürgerliche« Rechtsideologie und das »bürgerliche Recht«.

Die zweite Form, in der die Hindernisse bei der Entwicklung des gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls auftreten, die an das Funktionieren der Warenbeziehungen gebunden sind, diese zweite Form ist, wenn man so sagen kann, »negativ«. Sie ist in einem *nicht vorhandenen Wissen* begründet, einem Nichtvorhandensein, das dem Funktionieren jedes Marktes notwendig inhärent ist, insofern der Markt die verschiedenen Produktionseinheiten nur äußerlich in Beziehung setzt.

In der Tat lassen die Warenverhältnisse die Produktionseinheiten nur über ihre Produkte vermittelt in Verbindung treten, nicht über ihre Arbeitsvorgänge. Diese Arbeitsvorgänge werden in jeder dieser Einheiten ausgeführt und werden folglich nicht unmittelbar einander gegenübergestellt. Es ist gerade dieser Charakter der Warenproduktion, der einen wirklichen ökonomischen Kalkül, eine direkte Messung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit innerhalb der Warenproduktion unmöglich macht. Es ist gerade dieser Charakter, der den Tauschpartnern den monetären Kalkül aufzwingt und einen ökonomischen Kalkül nur möglich macht für Agenten, die ohne in Warenverhältnisse einbezogen zu sein, in Bedingungen versetzt sind, die ihnen erlauben, in die verschiedenen Produktionseinheiten wirklich »einzudringen« und zu einer wirklichen Kenntnis der dort ablaufenden Prozesse zu gelangen. Das bedingt eine »Revolutionierung« dieser Produktionseinheiten in ihrer Eigenschaft als »Unternehmen«.

Fassen wir zusammen: auf der wirtschaftlichen Ebene ist die Existenz von Warenbeziehungen und kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen in den Übergangsgesellschaften mit der Existenz der »Unternehmen« verbunden. Diese »Produktionseinheiten« entsprechen der Struktur der Produktivkräfte und einem Komplex von gesellschaftlichen Verhältnissen, die vom Kapitalismus geerbt wurden. Sie tendieren dahin, diese Verhältnisse zu reproduzieren. Diese können nur durch einen Kampfprozeß ökonomischen, ideologischen und politischen Charakters radikal umgeformt werden. Diese Umformung kann nur das historische Ergebnis solcher siegreich durchgeführten Kämpfe sein.

Anmerkung:

Was eben gesagt worden ist, läßt noch einmal den illusorischen (unter bestimmten Bedingungen möglicherweise reaktionären)

Charakter von »Selbstverwaltungs«formeln erkennen. Bestenfalls können diese es einigen unmittelbaren Produzenten ermöglichen, über ein juristisches Gruppeneigentum an gewissen Produktionsmitteln zu verfügen (solchen, die den »Unternehmen« gehören, in denen sie arbeiten). Aber diese Formeln führen einzig dazu, die Arbeiter in ebenso viele Gruppen zu spalten, wie es selbstverwaltete Unternehmen gibt. Diese werden selbst weiterhin durch den Markt miteinander verbunden. Unter diesen Umständen können die Arbeiter nicht wirklich die Verwendung ihrer Produktionsmittel bestimmen, noch die ihrer Produkte, da deren Verwendung selbst von den Warenbeziehungen beherrscht wird. Außerdem sind die Probleme, die die Unternehmensführung (la gestion) durch die Vermittlung der Warenbeziehungen stellt, von den Problemen der Produktion getrennt, aber sie üben einen entscheidenden Einfluß auf das Funktionieren der Unternehmen und auf die (finanziellen) »Resultate« aus, die durch diese erzielt werden. Infolgedessen sind diejenigen, die von den unmittelbaren Produzenten mit diesen Problemen »beauftragt« werden, diejenigen, die die Unternehmen tatsächlich leiten, also gleichzeitig die Arbeitsprozesse und die Reproduktionsbedingungen des Kapitals kontrollieren. Das trifft auch dann zu, wenn diese Leiter von den unmittelbaren Produzenten »ernannt« werden. Deshalb finden sich alle Merkmale der gesellschaftlichen und technischen Arbeitsteilung, die dem Kapitalismus eigen sind, in den »selbstverwalteten« Unternehmen reproduziert. Nur in einer Periode des Rückgangs kann die Selbstverwaltung provisorisch und unter der Bedingung, daß sie keine ideologische Täuschung ausmacht, den Arbeitern kurzfristig dazu dienen, die direkte Beschlagnahme (la main-mise directe) der Produktionsmittel durch eine Staatsbourgeoisie zu verhindern. Dagegen kann die Selbstverwaltung in einer Periode anwachsender gesellschaftlicher Kämpfe eine Art »wirtschaftliche Falle« sein, die die Arbeiter in den Schranken des Unternehmens gefangenhält, ihren Horizont beschränkt und die im Hinblick auf eine wirkliche Herrschaft der Arbeiter über die Produktionsmittel gegebene Notwendigkeit einer Vergesellschaftung der Arbeit verbirgt, die sich radikal von der unterscheidet, die durch die Vermittlung der Warenbeziehungen zustande kommt.

Wenn wir das Hauptgewicht auf den vorigen Seiten auf die Rolle des Unternehmens als der Grundinstitution (institution matrice) der Reproduktion kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse gelegt haben, so dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß es in den heutigen Übergangsgesellschaften auch andere Bedingungen gibt, die die Reproduktion dieser Beziehungen sichern.

a) Die Existenz eines kapitalistischen Weltsystems

Eine der Bedingungen, deren Untersuchung an dieser Stelle zu weit ausgeführt werden müßte, um behandelt werden zu können, ist die Existenz eines *kapitalistischen Weltmarktes und kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse, die auf Weltebene vorherrschen*. Darauf ist schon hingewiesen worden¹⁰; das bringt insbesondere mit sich, daß ein Teil der Produktionsmittel in den Produktionsprozeß als *Waren* eindringt, deren Wert nicht unmittelbar bestimmt ist, da er nur sehr indirekt durch den *Preis* bestimmt werden kann. Die Existenz des kapitalistischen Weltmarktes zwingt andererseits dazu, einen Teil der Produktionseinheiten in Hinblick auf den kapitalistischen Weltmarkt arbeiten zu lassen. Gewiß, die relative Isolierung der Produktionseinheiten, die die *Errichtung des Außenhandelsmonopols* erlaubt, führt durchaus dazu, die Wirkungen des kapitalistischen Weltmarktes zu beschränken, aber *beschränken* heißt nicht *ausschließen*, sondern nur, daß der Aktionsmodus des Weltmarktes *verschoben* wird. Daher kann der Druck des Weltmarktes unter bestimmten inneren Bedingungen des Landes dazu führen, daß er nach und nach einen wachsenden Teil der Produktion beherrscht.

Im übrigen kommt hinzu, daß die Existenz eines kapitalistischen Weltsystems nicht nur eine Quelle eines »direkt ökonomischen«, sondern auch eines ideologischen und politischen Drucks ist. Dieser Druck wird z. B. auf die Konsumtionsweisen und die Organisationsformen der »Unternehmen« ausgeübt. Er tendiert dazu, das Unternehmen und die kapitalistischen Verhältnisse zu konsolidieren, weil das Unternehmen als *kapitalistische Institution* unter kapitalistischen Bedingungen notwendigerweise »besser« als Ort der Verwertung funktioniert als unter den Bedingungen des Übergangs, wo es einer anderen Form von Produktionseinheit Platz machen muß.

b) Die Existenz des Staates und des Staatsapparates

Analysiert man das Funktionieren der heutigen Übergangsgesellschaften und die Bedingungen, unter denen sich der ökonomische Kalkül dort entwickeln kann, dann darf das Problem des Staatsapparates nicht unter dem Vorwand beiseite gelassen werden, es handele sich dabei nicht um ein »wirtschaftliches Problem«. In Wirklichkeit trägt die bloße Existenz von bestimmten *politischen Formen* von sich aus dazu bei, eine *Trennung* zwischen den unmittelbaren Produzenten und ihren Produk-

tionsmitteln aufzuzwingen, folglich Warenverhältnisse aufzuzwingen, auch innerhalb der Produktionssphäre selbst.

Die Fragen, die sich stellen, sind zu umfangreich, als daß wir mit mehr als ein paar kurzen Sätzen darauf eingehen könnten, wobei wir von den theoretischen Ausführungen, die Marx und Lenin zu diesen Fragen gemacht haben, ausgehen.

Wir erinnern daran, daß das, was Marx die »moderne Staatsmacht« nennt, d. h. die Macht des zentralistischen Staates, in seinen Augen nichts anderes ist als die »Bourgeoisie Regierungsform«¹¹. Der zentralistische Staat ist eine parasitäre Form¹², die die Arbeitermacht nicht benutzen kann. Die Arbeitermacht muß sie zerbrechen und durch eine andere politische Form ersetzen. Deshalb unterstreicht Marx, daß die Arbeiterklasse, indem sie »sich der Staatsgewalt bemächtigt(e)«, »nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen (kann)«, daß sie diesen Apparat zerbrechen und zerschlagen muß, um ihn durch einen anderen Apparat zu ersetzen, der keine *Staatsmacht* im eigentlichen Sinne *mehr ist*.¹⁴

Es ist bekannt, daß Marx in der *Kommunalverfassung*, wie sie in der Pariser Kommune entstanden ist, diese *neue politische Form* gesehen hat.

Anmerkung:

Eben weil die Kommunalverfassung die Verfassung einer nicht-zentralistischen politischen Macht ist (obwohl sie eine freiwillige Zentralisation und Einheit beibehält, d.h. einen demokratischen Zentralismus), konnte Marx, was den Staat betrifft, in ihr nach dem Ausdruck von Lenin, die »Übergangsform seines Verschwindens« sehen, oder wie Lenin sagt, den »Übergang vom Staat zum Nichtstaat«.¹⁵ Aus diesem Grunde spricht man auch in zahlreichen marxistischen Texten eher von der »Arbeitermacht« als vom »Arbeiterstaat«, oder der Ausdruck »Staat« ist in Anführungszeichen gesetzt, wenn er die politische Form der Arbeiterklasse bezeichnet. Jedoch hat es sich eingebürgert, auch diese politische Form mit dem Ausdruck »Staat« zu benennen, indem man betont, daß es sich um einen »besonderen Staatstypus« handle. So hat sich z. B. Lenin 1917 in seiner Schrift Über die Doppelherrschaft¹⁶ ausgedrückt. Er charakterisiert diesen Typ des sowjetischen »Staates« als eine »Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten und nicht auf ein von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes Gesetz«.¹⁷ Für Marx ist diese neue politische Form, die nicht erfunden, sondern von der Geschichte »entwickelt« worden ist, eine not-

* Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, MEW 17, S. 558

wendige Form für das, was er die »ökonomische Befreiung der Arbeit«¹⁸ nennt; sie erlaubt es, »die Armee und das Beamten-tum«¹⁹ abzuschaffen, sie schafft die Bedingungen, die es den Arbeitern ermöglichen, »die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan zu regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung zu nehmen«.²⁰

Jedoch hat die Geschichte, die die Kommunalverfassung hervorgebracht hat, auch andere politische Formen der Herrschaft der Arbeiterklasse hervorgebracht (aus Gründen, die hier nicht analysiert werden können), stärker zentralisierte Formen so wie jene, die in Rußland in den Jahren 1917-20 entstanden ist.²¹ Diese politische Form, die von den historischen Bedingungen aufgezwungen wurde, ist von Lenin als »Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen«²² bezeichnet worden. Die Existenz einer solchen politischen Form spielt, ebenso wie die Existenz des Unternehmens, eine Hauptrolle bei der Reproduktion von kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen.

Anmerkung:

In einer am 30. 12. 1920 gehaltenen Rede²³ charakterisiert Lenin den damaligen sowjetischen Staat mit Ausdrücken, wie sie oben wiedergegeben sind. Er erinnert daran, daß diese Charakterisierung im Programm der KPR(B) beibehalten worden ist, und er unterstreicht ihre Bedeutung um zu zeigen, daß für die Arbeiterklasse gewerkschaftliche Organisationen notwendig sind, die es ihr ermöglichen, sich gegen einen Staat zu wehren, der »nicht ganz ein Arbeiterstaat« ist.²⁴ Diese Rede Lenins wendet sich gegen die Thesen Trotzki's, der nicht anerkannte, daß die Arbeitergewerkschaften die Arbeiter gegen einen »Arbeiterstaat« zu verteidigen haben könnten.

Diese politische Form ist dazu bestimmt, umgeformt zu werden. Sie kann entweder »revolutioniert« werden, um einer Form Platz zu machen, die weniger zentralistisch, aber demokratischer und der Produktion näher ist, oder aber ihre zentralistischen Züge verstärken sich, sie wird mehr und mehr von den Arbeitern getrennt und »regiert« zunehmend über sie; es entsteht ein Apparat, dessen Mitglieder einen »Körper« mit internen Regeln der Rekrutierung bilden und dessen Basis nur gegenüber der Spitze »verantwortlich« ist, von der ihr »Los« und vor allem ihr »Vorwärtkommen« abhängt.

Mit anderen Worten, diese Form kann die Rolle eines Grundelements für »bürgerliche« Gesellschaftsverhältnisse spielen. Sie kann zum Ort werden, an dem Repressionsmittel gegen die Arbeiter aufgebaut werden, zum Ort, an dem sich die Macht ballt, die Produktionsmittel anzuwenden und über die Produkte zu verfügen, und zu einem Ort, an dem gesellschaftliche Elemente

zusammenströmen, die Träger nicht-proletarischer ideologischer Verhältnisse sind, Elemente, die für die Aufgaben der Unterdrückung am besten »angepaßt« sind, ebenso für die Aufgaben der Verwaltung und der Planung ohne Kontrolle der unmittelbaren Produzenten.

Die historische Entwicklung des Staatsapparates in der Sowjetunion ist diese Richtung gegangen. Sie hat einen besonderen Typ des Staatsapparates hervorgebracht, dessen Merkmale sich in den Staatsapparaten der osteuropäischen Länder wiederfinden. Eben weil dieser Typ von Apparat die Arbeiter ebenfalls von den Produktionsmitteln trennt, führt er notwendigerweise eine bestimmte Form der »Planung« und des ökonomischen Kalküls ein und verleiht dem »gesellschaftlichen« Eigentum einen besonderen Charakter. Genau aus diesem Grund kann man die Auswirkungen dieses Eigentums nicht analysieren, ohne den konkreten Merkmalen der staatlichen Institution, die seine Stütze ist, Rechnung zu tragen.²⁵

In der Tat ist in der Übergangsperiode der Staat (oder eine politische Form, die in dieser Hinsicht dieselben Funktionen erfüllt) die Stütze des »gesellschaftlichen« Eigentums. Das bedeutet, daß dieses Eigentum kein gesellschaftliches ist, da es vom Staat »im Namen der Gesellschaft« wahrgenommen wird. Daher sind die unmittelbaren Arbeiter selbst auf der Ebene des Eigentums von ihren Produktionsmitteln getrennt: sie sind nur durch die Vermittlung des Staates »Eigentümer« derselben.

Die wirkliche Tragweite des Staatseigentums hängt von den tatsächlichen Beziehungen ab, die zwischen der Masse der Arbeiter und dem Staatsapparat existieren. Wird dieser Apparat wirklich und konkret von den Arbeitern beherrscht (anstatt über diese gestellt zu sein und sie zu beherrschen), so ist das Staatseigentum die juristische Form des gesellschaftlichen Eigentums der Arbeiter; herrschen dagegen die Arbeiter nicht über den Staatsapparat, wird dieser von einem Verwalter- und Beamtenkörper beherrscht, der sich der Rolle und Leitung durch die arbeitenden Massen entzieht, so ist es dieser Verwalter- und Funktionärskörper, der zum tatsächlichen Eigentümer (im Sinne eines Produktionsverhältnisses) der Produktionsmittel wird. Dieser Körper bildet dann eine gesellschaftliche Klasse (eine Staatsbourgeoisie) aufgrund des Verhältnisses, das zwischen ihm und den Produktionsmitteln einerseits und den Arbeitern andererseits besteht. Diese Situation schließt natürlich nicht notwendig mit ein, daß diese Klasse persönlich die Gesamtheit des Mehrprodukts konsumiert, sondern daß sie darüber nach Normen verfügt, die Klassennormen sind; und darin eingeschlossen ist der Zwang, den Markt und die »Rentabilitätskriterien« eine vorherrschende Rolle spielen zu lassen.

Anmerkung I

Der Ausdruck »Staatsbourgeoisie«, der gebraucht wird, um diese Gesellschaftsschicht zu bezeichnen, rechtfertigt sich durch die Trennungsformen zwischen unmittelbaren Produzenten und Produktionsmitteln, auf denen ihre Macht beruht. Er rechtfertigt sich auch durch die Funktionen, die diese Klasse ausübt, von denen die Hauptfunktion die der Akkumulation ist, die sie ausübt als Agent des gesellschaftlichen Kapitals. Deshalb ist die Frage nach der »persönlichen Konsumtion« dieser Klasse relativ sekundär, wie auch der »Zugangsmodus« zu den Funktionen, d. h. der »Eintrittsmodus« in die Klasse.

Anmerkung II

Was nun die Herrschaft und Kontrolle, sei es der unmittelbaren Produzenten oder der Funktionäre und Verwalter, über den Staatsapparat betrifft, so gibt es selbstverständlich nicht nur zwei extreme Situationen, sondern auch Zwischenstufen. Bewegungen in der einen oder anderen Richtung sind also möglich. Diese Bewegungen machen auf dieser Ebene einen der Hauptinhalte der Übergangsphase aus.

Wenn die Bewegung in Richtung auf die Herrschaft des Verwalter- und Funktionärskörpers über den Staatsapparat einen Punkt erreicht hat (aufgrund der Entwicklung des Verhältnisses der politischen Kräfte, die sowohl innerhalb der Staatsapparate und der Partei als auch außerhalb dieser Apparate bestehen), wo eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung nur noch von einer Massenrebellion zu erwarten ist, und wo diese nicht auf die Unterstützung eines Teils der Staatsleitung und der führenden Partei rechnen kann, dann kann man sagen, daß die Herrschaft der Staatsbourgeoisie gänzlich errichtet worden ist, daß also die Übergangsphase mit der Wiedererrichtung des Kapitalismus endete.

Wenn dagegen die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse tiefgehende Umwandlungen im Sinne einer wirklichen gesellschaftlichen Herrschaft der Arbeiter über die Produktionsmittel und die politischen Institutionen durchlaufen hat, verschwindet das Staatseigentum selbst, um einer gesellschaftlichen Aneignung Platz zu machen. Es handelt sich dabei natürlich nur um eine Perspektive, deren Verwirklichung eine radikale Umwandlung der Weltlage voraussetzt.

Anmerkung III

Wenn oben von einer »Wiedererrichtung des Kapitalismus« und nicht von der Errichtung einer völlig neuen Klassenherrschaft die Rede ist, dann deshalb, weil — wie man gesehen hat — die so wiedererstandene Klassenherrschaft an die Herrschaft von kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen gebunden ist, die noch

existieren, aber in der früheren Periode des Übergangs nur einen untergeordneten Platz einnehmen, solange die Staatsbourgeoisie nicht den politischen Apparat beherrscht. Die grundlegende Tendenz der Herrschaft der Staatsbourgeoisie ist, den Warenbeziehungen und dem monetären Kalkül eine weite Ausdehnung zu sichern. Folglich tendiert das Staatseigentum mehr und mehr dazu, ein bloßes Rechtsverhältnis zu sein, das sich nicht in Bezug auf effektive ökonomische Verhältnisse (auf Planverhältnisse, die eine vorherrschende Rolle spielen) artikuliert. Diese Punkte können hier nicht entwickelt werden, sie können es nur in Verbindung mit einer konkreten Analyse der Entwicklung, die in den letzten zehn Jahren in der Sowjetunion stattgefunden hat.

Das Staatseigentum ist also nichts anderes als ein einfaches Rechtsverhältnis, insoweit es gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht, die die Warenbeziehungen beherrschen. Es ist eine Vorherrschaft von Planverhältnissen, d. h. geplanten Verpflichtungen, die die Substanz eines wirklichen Wirtschaftsplans bilden (im Gegensatz zu dem, was »vorausweisende« »Pläne«, »Indikativpläne« etc. [»plans« »prévisionnels«, »indicatifs« etc.] sein können). Ein solcher Plan ist die Form der Einheit der Arbeit, insoweit er den Produzenten erlaubt, die Produktion gemeinsam zu leiten, und nicht eine bloße Begleitung, Verdoppelung oder Verstärkung der Warenbeziehungen ist; nur dann ist er das Instrument völlig neuer Verhältnisse, die erste Existenzform sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse.

Das führt uns dazu, eine letzte Gruppe von Anmerkungen zu formulieren, die die Beziehungen des Staates und seiner Planungsorgane zu den Produktionseinheiten betreffen. Diese Anmerkungen sollen zeigen, welche Auswirkungen das Funktionieren der »Unternehmen« als Existenzform der Produktionseinheiten auf diese Beziehungen hat.

Anmerkung IV

Eine erste Wirkung besteht bekanntlich darin, einen Teil dieser Beziehungen die Wertform aufzuzwingen. Diese Form greift in die »Berechnungen« der Planungsorgane selbst, in die Modalitäten der Festsetzung des Plansolls für die Unternehmen ein (Verpflichtungen, die z. T. monetär festgesetzt werden), ebenso wie bei der Zentralisierung des Produktes der Mehrarbeit durch den Staat, denn diese Zentralisierung findet ebenfalls in Geld statt, d. h. in Gestalt von »Einzahlungen«, die von den Unternehmen geleistet werden und für das Staatsbudget bestimmt sind. (Die Wertform, das Geld, die politische Form des Staates und die ökonomische Form des Unternehmens stellen so Elemente dar, die sich gegenseitig stützen.)

Eine zweite Wirkung betrifft die Modalitäten der Kontrolle

des Staates über die Aktivität der Unternehmen. Die Organisationsform des Unternehmens selbst, seine innere Struktur, die gesellschaftlichen Beziehungen, die es charakterisieren, neigen dazu, eine konkrete Kontrolle seiner Tätigkeit zu verhindern. Gleichzeitig erlaubt die Existenz der Wertform und der Warenverhältnisse (Folge des Funktionierens der »Unternehmen«) eine abstrakte und äußerliche Kontrolle: die monetäre Kontrolle, eine Kontrolle, die auf der Grundlage der Bilanz eines jeden Unternehmens und der Prüfung ihrer finanziellen Ergebnisse durchgeführt wird. Je mehr die Warenverhältnisse sich entwickeln, desto mehr sind die Staatsorgane veranlaßt, nur die finanziellen Ergebnisse zu »kontrollieren« und ausschließlich für diese sich zu »interessieren« (die in »Budgeteinnahmen« zum Ausdruck kommen).

Im Grenzfall kann die Entwicklung der Warenverhältnisse dazu führen, daß die »Planungs«organe den Unternehmen die »Freiheit« lassen (ob formal oder wirklich, ist unwichtig), das Wesentliche ihrer »Pläne« selbst auszuarbeiten, wobei von ihnen verlangt wird, daß diese Pläne eine Maximierung ihrer Gewinne und gewisser Zahlungen an das Budget erlauben, unter der Bedingung einer genügenden »Kohärenz« dieser »Unternehmenspläne«. Die Rolle der »Planungsorgane« besteht dann darin, diese Kohärenz zu kontrollieren und zu prüfen, ob die »Maximierungskriterien« respektiert werden. In einem solchen Fall erfährt die »Kontrolle durch das Geld« eine maximale Entwicklung, und der Plan ist nichts weiter als ein »Begleiter« der Warenbeziehungen. Genau diese Richtung wurde in der Sowjetunion seit den Reformen vom September 1965 eingeschlagen. Eine dritte Wirkung, die eng mit den beiden vorhergehenden zusammenhängt und daher schon angedeutet worden ist, besteht darin, daß selbst auf der Ebene der Planungsorgane den »monetären Kalkülen« ein weites Feld geöffnet wird und so darauf hingesteuert wird, die Entfaltung des ökonomischen Kalküls zu ersticken. Natürlich handelt es sich dabei nicht um eine »direkte« Wirkung: das »Ersticken« einer Form des Kalküls durch die andere ist nur ein Bild, denn dieses »Ersticken« ist immer das Ergebnis einer Politik, d. h. eines ökonomischen, ideologischen oder direkt politischen Klassenkampfes.

Anmerkung V

Es ist wichtig, hier noch einmal daran zu erinnern, daß es nicht nur absolut keine Äquivalenz zwischen ökonomischem Kalkül und »monetärem Kalkül« gibt (was leicht zu beweisen ist)²⁰, sondern daß der »monetäre Kalkül« immer ein Pseudokalkül ist. Er bezieht sich auf Größen, die nicht das Ergebnis einer Messung sind, seine »Resultate« sind bereits vollständig bestimmt, nicht nur durch die Dimensionen von bereits gegebenen

Größen (was sich von selbst versteht und die Eigenart jeder Rechnung ist), sondern auch durch die Gesetze, die diese Dimensionen bestimmen. Daher zieht dieser Kalkül nur »automatisch« die Konsequenzen aus einer vorgegebenen Situation des Marktes. Das soll natürlich nicht heißen, daß dieser Kalkül keine Funktion hat. Er dient dazu, die Wirkung der Marktgesetze zu beschleunigen, er unterscheidet sich also nicht von diesen, er ist deren Ergänzung oder — wenn man so will — deren Verlängerung.

Wie es scheint, läßt sich als allgemeine Regel formulieren, daß die monetäre Form der Beziehungen des Staates zu den Produktionszentren sich um so stärker entwickelt, als diese Beziehungen die Leiter der Unternehmen betreffen, insoweit diese über die unmittelbaren Arbeiter herrschen, während die nichtmonetäre Form dieser Beziehungen die konkrete Analyse der Arbeitsprozesse innerhalb der Produktionseinheiten (wenn sie mehr sein will als ein Trugbild oder ein frommer Wunsch), die Entwicklung direkter Beziehungen zu den Arbeitern, die direkte Teilnahme an der Ausarbeitung der Pläne erfordert, d. h. eine Revolutionierung der »Unternehmen«.

Die Tendenz zur Herrschaft von Geldverhältnissen und das Fehlen einer direkten Teilnahme der unmittelbaren Arbeiter an der Ausarbeitung des Plans sind zwei sich wechselseitig bedingende Folgen der Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln; sie implizieren beide nicht die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse, sondern die kapitalistischer Verhältnisse, zuerst in der Modalität des Staatskapitalismus.

4. Staatseigentum und Plan

Gemäß dem vorher Gesagten kann die Form des Plans entsprechen:

a) Einer Verdoppelung und einer »Begleitung« der Warenverhältnisse

In diesem Fall sind die Warenverhältnisse dominierend. Die Arbeiter sind dann völlig von ihren Produktionsmitteln getrennt. Das impliziert, daß sie auf der Ebene des Staates selbst von der Macht ausgeschlossen worden sind, daß also der Kapitalismus im formalen juristischen Rahmen des »Staatseigentums« funktioniert. Solange dieser Rahmen besteht, hat man es mit einem Staatskapitalismus zu tun, der von einer Staatsbourgeoisie beherrscht wird; gewiß, diese Situation verbietet es zwar

nicht, einen »Indikativplan« auszuarbeiten, sie macht jedoch das Zustandekommen einer wirklichen Planung unmöglich.

Anmerkung:

Folgende Anmerkung und Präzisierung ist hier sinnvoll. In der vorhergehenden Formulierung ist eine Unterscheidung zwischen der »Ausarbeitung eines Plans« (einer Praxis, die man auch ausüben kann, wenn die Warenbeziehungen vorherrschend sind) und der »Planung« eingeführt. Dieser letztere Begriff bezeichnet, wie man weiß, eine komplexe gesellschaftliche Praxis, durch die sich tatsächlich in dem Feld Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse Umformungen verwirklichen, die einem politischen Projekt entsprechen. Der Grad der Übereinstimmung der realen Umformungen mit den projektierten Umformungen bildet einen der Hinweise auf den Wirksamkeitsgrad der Planung. Es handelt sich natürlich nur um einen Hinweis. Diese »Wirksamkeit« kann tatsächlich nur Gegenstand indirekter Einschätzungen sein, wobei insbesondere von den »Prozentsätzen der Planerfüllung« ausgegangen wird. Für sich allein gesehen geben diese Prozentsätze im übrigen keine Auskunft über den wirklichen Umfang der Umformungen, die erreicht werden konnten.

b) Der Vorherrschaft sozialistischer Verhältnisse über die Warenverhältnisse

Diese kann nur wirklich stattfinden, wenn die Trennung zwischen Arbeitern und ihren Produktionsmitteln wenigstens teilweise aufgehoben ist. Das setzt voraus, daß die Arbeiter eine dominierende politische und ökonomische Position innehaben, wenigstens durch die Vermittlung einer Avantgarde, die die Leitung des Staatsapparates und die Kontrolle über die Produktionseinheiten gewährleistet. In diesem Fall gewährleistet der Plan die Einheit der gesellschaftlichen Arbeit. Jedoch bedeutet die Existenz von Warenbeziehungen auf der Ebene der Unternehmen untereinander ebenso wie in deren Beziehungen zu den Staatsorganen, daß diese Einheit noch nicht die vergesellschafteter Arbeit ist. Das »Staatseigentum« und das »bürgerliche Recht« bilden dann den Rahmen für einen »Staatskapitalismus« unter der Herrschaft der Arbeiterklasse. Gesellschaftliche kapitalistische Produktionsverhältnisse existieren noch, aber sie nehmen einen untergeordneten Platz ein, sie verbinden sich mit geplanten ökonomischen Verhältnissen, von denen sie beherrscht werden. Diese spezifische Verbindung, die dem Übergang eigentümlich ist, wird gewöhnlich als Gegenstück einer sozialistischen »ökonomischen Basis« bezeichnet.

Anmerkung:

Das eben Gesagte macht drei Bemerkungen notwendig:

1. Der Begriff der »Avantgarde« bezeichnet faktisch die führende Arbeiterpartei, aber nur insofern sie eine Arbeiterpartei durch ihre soziale Basis ist, durch ihre Verbindung mit den unmittelbaren Produzenten und durch ihre Ideologie.

2. Wenn eine solche Avantgarde nicht existiert, insbesondere wenn die führende »Arbeiter«partei nicht oder nicht mehr die Merkmale besitzt, die sie zu einer Avantgarde der Arbeiterklasse machen, existieren die politischen und ideologischen Voraussetzungen, die die Vorherrschaft von Planverhältnissen über die Warenverhältnisse erlauben, nicht. Ist das der Fall, so kann es wohl formal ein »Dokument« geben, das man »Plan« nennt, aber das verschleiert nur das Fehlen einer wirklichen Planung. In Wirklichkeit kann unter diesen Umständen ein solches »Dokument« nicht auf einer inneren und vertieften Kenntnis der Produktionseinheiten und der in ihnen sich abwickelnden Produktionsprozesse beruhen. Aber ohne diese Kenntnis kann überhaupt keine Planung zur Anwendung kommen. Was dann existiert, ist eine instabile Verbindung von Warenbeziehungen und Verwaltungsverordnungen (denen die Unternehmensleiter mehr oder weniger Folge leisten). Die jüngsten konkreten Erfahrungen der Sowjetunion und anderer »sozialistischer Länder« bestätigen, daß es sich eben so verhält. Auf die Dauer kann diese Situation nur dazu führen, daß ein solches Trugbild von Planung ganz aufgegeben wird und die Warenverhältnisse sich voll entwickeln.

3. Die dritte Anmerkung bezieht sich auf den Ausdruck Vorherrschaft der sozialistischen Verhältnisse über die Warenverhältnisse. Der in diesem Ausdruck figurierende Begriff der »Vorherrschaft« bedeutet, daß die Reproduktion der Warenverhältnisse nicht die grundlegenden Merkmale der Reproduktion und der Umformung des Systems Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte bestimmt. Anders gesagt: wenn dies der Fall ist, bestimmen die Warenverhältnisse weder den Umfang der Akkumulation, noch deren Verteilung unter die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, noch die wichtigsten gesellschaftlichen und materiellen (z. B. »technischen«) Produktionsbedingungen. Diese Beziehungen erfüllen also nur begrenzte Funktionen auf der Ebene der laufenden Verwaltung der Produktionseinheiten, und sie erfüllen diese Funktionen unter der Herrschaft der Planverhältnisse. In diesem Sinne also werden sie beherrscht.

Diese Präzisierungen hinsichtlich des Begriffs der Vorherrschaft sind unerlässlich gerade jetzt, da in den Ländern Osteuropas in einem ganz bestimmten Sinn Bezeichnungen wie »gelenkter Markt« oder »kontrollierter sozialistischer Markt« gebraucht werden.²¹

Obwohl sie »gleichbedeutend« zu sein scheinen mit dem Begriff der »Vorherrschaft sozialistischer Verhältnisse über die Waren-

verhältnisse», zielen diese Bezeichnungen auf eine ganz andere Wirklichkeit. Tatsächlich bezeichnen sie eine politische und ökonomische Praxis, aufgrund derer der »Markt« (d. h. die Warenverhältnisse) eine vorherrschende Rolle spielt, während die Rolle der Verwaltungsinstanzen des Staates darin besteht, voranzusehen, welche Umformungen die Warenverhältnisse erzwingen, um in der Lage zu sein, sich so gut wie möglich diesen Umformungen anzupassen. Nicht der »Markt wird gelenkt«, sondern man versucht, die konkreten Bedingungen seines Eingreifens zu »kontrollieren« z. B. handelt es sich in den Vorschlägen Ota Siks darum, sich von den »Welpreisen« (also von kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen) leiten zu lassen, um die Zweige, in denen man investiert, und die zu verwendenden Techniken zu bestimmen.

c) Dem Vorhandensein ausschließlich sozialistischer Verhältnisse

In diesem Fall sichert der ökonomische Plan die Einheit der vergesellschafteten Arbeit. Dies ist eine Situation, deren Verwirklichung heute noch weit entfernt erscheint. Sie setzt nicht nur tiefgehende gesellschaftliche Umformungen in den sozialistischen Ländern voraus, sondern auch, daß die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise als Weltsystem nicht mehr besteht.

Dies sind einige der Analysen, die für ein besseres Verständnis dessen, was als »Überleben« von Warenkategorien bezeichnet worden ist, sowie für die Aufdeckung der Bedingungen der tatsächlichen (und nicht nur fiktiven) Eliminierung der Warenverhältnisse notwendig erscheinen. Die gleichen Bedingungen erfordert eine wirkliche Entwicklung des »ökonomischen Kaliküls«.

II. Produktionseinheit und »Unternehmen«

Die vorhergehenden Analysen haben deutlich gemacht, welche Rolle in den heutigen Übergangsgesellschaften den »Unternehmen« (d. h. dem Komplex der gesellschaftlichen Verhältnisse, die dieser Existenzform der Produktionseinheiten entsprechen) noch zukommt bei der Reproduktion der Warenverhältnisse und speziell bei der Reproduktion kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Ausdruck »Unternehmen« wurde also benutzt, um eine Form der Produktionseinheit zu bezeichnen, die cha-

rakteristisch ist für die kapitalistische Produktionsweise und deren radikale Transformation zur tatsächlichen Beseitigung der Warenverhältnisse notwendig ist.

Die obigen Formulierungen schließen natürlich mit ein, daß die »Produktionseinheit« andere Existenzformen haben kann als die des »Unternehmens«. Einige, diesen Punkt betreffende Hinweise sind schon gegeben worden, aber es handelt sich nur um Hinweise, der Begriff der »Produktionseinheit« bleibt zu präzisieren; ebenso müssen die Existenzformen der Produktionseinheiten näher bestimmt werden.

Es kann hier nicht darum gehen, auf alle Aspekte des Problems einzugehen; es ist jedoch notwendig, sich einen Augenblick hierbei aufzuhalten und vor allem den Begriff der »Produktionseinheit« zu klären.

Anmerkung:

In den Formulierungen früherer Arbeiten (insbesondere in meinem Buch *La Transition vers l'économie socialiste*) habe ich die Ausdrücke »technisches Subjekt« und »ökonomisches Subjekt« verwandt. Wegen der ideologischen Vorbelastung der Bezeichnung »Subjekt« und der von dieser Bezeichnung provozierten Illusion über die »Autonomie« des Subjekts habe ich mich entschlossen, diese Ausdrücke in der vorliegenden Arbeit zu ersetzen durch die Termini »Produktionseinheit« und »ökonomische Einheit«.

1. Die Bezeichnung »Produktionseinheit«

Die Arbeitsteilung impliziert, daß die Gesamtheit der Arbeitsprozesse, von denen die gesellschaftliche Reproduktion abhängt, unter eine bestimmte Anzahl von Arbeitern aufgeteilt wird. Wenn die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiter an Arbeitsprozessen teilnehmen, so beschaffen sind, daß einige dieser Prozesse einen Komplex bilden, der Arbeiter und Arbeitsmittel regelmäßig zusammenfaßt, so daß diese Prozesse untereinander direkt verbunden sind, während sie von den anderen getrennt sind, so sagen wir, daß die Arbeitsmittel, die den miteinander direkt verbundenen Arbeitsprozessen als »Stütze« dienen, ebenso wie die Arbeiter, die diese Arbeitsmittel in Bewegung setzen, eine »Produktionseinheit« bilden. Die »materielle Basis« der Produktionseinheiten wird also gebildet von einem Komplex von Arbeitsmitteln, die der Reproduktion bestimmter Arbeitsprozesse dienen. Folglich existiert eine Produktionseinheit genauso lange, wie ein Komplex von Arbeitsprozessen mit Hilfe eines Komplexes von Arbeitsmit-

teln reproduziert wird: die Existenz einer »Produktionseinheit« in der Kontinuität der Zeit ist also nichts anderes als die Existenz von einander folgenden Zyklen identischer Arbeitsprozesse mit Hilfe derselben Arbeitsmittel. Ohne zu lange bei dieser Frage stehenbleiben zu wollen, läßt sich folgendes feststellen:

a) Die einzelnen Arbeiter, die an den aufeinander folgenden Zyklen der Arbeitsprozesse teilnehmen, können wechseln, die »Produktionseinheit« jedoch bleibt bestehen. Die Produktionseinheit ist also von der »Individualität« der Arbeiter, die innerhalb dieser Einheit Arbeitsmitteln gegenüberstehen und sie in Bewegung setzen, *unterschieden*. Diese »einzelnen Arbeiter« bilden im übrigen ihrerseits einen »Gesamtarbeiter«, dessen Existenz unabhängig von der Existenz der ihn konstituierenden Arbeiter ist.

b) Im Verlauf der aufeinander folgenden Zyklen können bestimmte Arbeitsprozesse und Arbeitsmittel verschwinden und durch andere ersetzt werden: die »Produktionseinheit« bleibt nichtsdestoweniger bestehen, solange es *keinen Bruch in den Zyklen der Reproduktion* der Arbeitsprozesse gibt; diese Prozesse fügen sich dann weiterhin in der gleichen Weise in die Teilung der gesellschaftlichen Produktion ein, die, indem sie sich reproduziert, selbst fortwährend Umformungen erfährt.

Aus dem Vorhergehenden folgt, daß sich *über die Reproduktion der Arbeitsprozesse die Produktionseinheit selbst reproduziert* findet. Das bedeutet, daß diese Arbeitsprozesse *nicht nur* Arbeitsprozesse, sondern *gleichzeitig Produktionsprozesse* sind, da sie die *Reproduktion der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer eigenen Durchführung gewährleisten*. Sie reproduzieren also die *gesellschaftlichen Verhältnisse*, in denen sie eingeschlossen sind und deren Folge und Voraussetzung zugleich sie darstellen. Die Einheit der Arbeitsprozesse und des Produktionsprozesses bildet die *Produktionseinheit*; wo diese Einheit der beiden Prozesse nicht gegeben ist, kann man es mit einer »Arbeitseinheit«, nicht aber mit einer Produktionseinheit zu tun haben.

Anmerkung:

Im obenstehenden Text bezeichnet der Ausdruck »Arbeitsprozeß« einen »Prozeß zwischen Mensch und Natur«.

Abstrakt betrachtet scheint dieser Prozeß ein Prozeß der »Aneignung der Natur von seiten des Individuums«^{27a} zu sein, er findet jedoch immer »innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform« statt; seine »einfachen Momente« sind: 1. die persönliche Tätigkeit des Menschen (oder die produktive zweckbestimmte — zweckmäßige Tätigkeit) oder die Arbeit selbst; 2. ein Gegenstand, auf den die Arbeit wirkt; 3. ein Mittel, durch das die Arbeit wirkt.²⁸*

* zweckmäßig: zitiert in deutsch

Historisch betrachtet ist also jeder Arbeitsprozeß immer ein gesellschaftlicher Prozeß, da die Menschen immer innerhalb einer gegebenen Gesellschaft produzieren. Dieser Prozeß ist charakterisiert durch die spezifischen Verhältnisse, die die gesellschaftliche Natur des Prozesses den Beziehungen aufzwingt, die die in ihm intervenierenden Momente vereinen.

Die Struktur des Prozesses der gesellschaftlichen Arbeit hat zur Folge, daß dieser gleichzeitig ein Produktionsprozeß ist und seine eigene »Zweckmäßigkeit« besitzt.

Aus diesem Grunde wurde oben unterschieden zwischen »Arbeitsprozeß« und »Produktionsprozeß«. Der letztere Ausdruck beschreibt einen zweifachen Prozeß: den Arbeitsprozeß (der Gebrauchswerte »produziert«) und den Produktionsprozeß, der der Prozeß der Reproduktion der gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit selbst ist.

Der Produktionsprozeß ist also nicht bloß ein Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit, sondern auch Prozeß der Reproduktion seiner Agenten und ihrer jeweiligen Stellungen, also Prozeß der Reproduktion der Produktionsverhältnisse; gesellschaftlich betrachtet ist diese Reproduktion selbst die einzige Produktion (genau das meint Marx, wenn er sagt, daß in der kapitalistischen Produktionsweise die Produktion die Kapitalisten und die Lohnarbeiter »produziert«).^{28a}

Der Prozeß der gesellschaftlichen Produktion umfaßt nicht nur einen unmittelbaren Produktionsprozeß (dessen »Basis« die Arbeitsprozesse sind), sondern noch andere, für die Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen notwendige Prozesse, nämlich Zirkulations- und Distributionsprozesse, also auch Distributionsverhältnisse, die die Kehrseite der Produktionsverhältnisse sind.^{28b}

Jede Produktionseinheit ist ein Zentrum der Aneignung der Natur. In einem solchen Zentrum sind verschiedene Arbeitsprozesse eng zueinander artikuliert; deshalb besitzt jede Produktionseinheit effektiv die Fähigkeit, ihre Produktionsmittel zu benutzen, die sie auf diese Weise besitzt.

In den Übergangsgesellschaften standen die Produktionsmittel, über die jede Produktionseinheit des Staatssektors verfügt, entweder schon zu ihrer Verfügung zum Zeitpunkt ihrer Verstaatlichung oder sie wurden ihr vom Staat zugewiesen (praktisch von einem staatlichen Verwaltungsorgan) oder aber sie wurden von ihr gekauft. Eine Produktionseinheit besteht nur (d. h. auch: kann nur dann funktionieren), wenn sie die *tatsächliche Verfügung* über ihre Produktionsmittel besitzt und demnach die *internen Bedingungen* ihrer Benutzung bestimmen kann.

Die Produkte, die innerhalb jeder Produktionseinheit »zirkulieren«, brauchen nicht gekauft oder verkauft zu werden, denn

die verschiedenen Arbeitsprozesse sind praktisch nicht unabhängig voneinander, sondern »befehlen« einander auf strenge oder relativ strenge Weise. Das bedeutet, daß der »Übergang« der »Produkte« von einem Arbeitsprozeß zum anderen, dessen Rohmaterial sie werden (die »Zirkulation« dieser Produkte also), unter Bedingungen stattfindet, die streng determiniert sind durch die Natur der von der Produktionseinheit (d. h. von ihrer »leitenden Instanz«) »kontrollierten« Arbeitsprozesse.

Die Kontrolle, die von der Produktionseinheit, also von ihrer »leitenden Instanz«, ausgeübt wird über ihre Arbeitsmittel, über ihre Arbeitsgegenstände und ihre Produkte, soweit diese innerhalb der Produktionseinheit zirkulieren, ist die Folge objektiver Erfordernisse der Arbeitsprozesse selbst, so wie diese in *determinierten gesellschaftlichen Bedingungen* ablaufen.

Die technische Arbeitsteilung und die Teilung der gesellschaftlichen Produktion erfordern, daß die *verschiedenen Produktionseinheiten miteinander in Beziehung treten*. Diese Beziehungen stellen eine *spezifische Weise der Artikulation der verschiedenen Arbeitsprozesse* dar, die miteinander nicht so strikt verbunden sind wie diejenigen, die innerhalb einer einzigen Produktionseinheit ablaufen. Die Vervielfachung der Beziehungen unter Produktionseinheiten ist die Folge der Vergesellschaftung der Produktivkräfte. Die *Formen der Verbindung* zwischen Produktionseinheiten können außerordentlich verschieden sein. Es kann sich insbesondere um stabile (»organische«) Verbindungen handeln, deren *Reproduktion* die Bildung von »komplexen Produktionseinheiten« gewährleistet; diese »Komplexität« und die Formen der Verbindung, die sie impliziert, kann übrigens mehr oder weniger groß sein.²⁹

Daß gewisse Produktionseinheiten »komplexe Produktionseinheiten« bilden können, liegt also in der Natur der Arbeitsprozesse selbst begründet, die von verschiedenen Produktionseinheiten ausgeführt werden, ebenso wie in der Regelmäßigkeit der Verbindungen unter ihnen, sowie in der, aus dieser Regelmäßigkeit resultierenden Fähigkeit, mit einer gewissen Genauigkeit die Bewegungen der Produkte vorauszusehen, die zwischen den einzelnen Produktionseinheiten vor sich gehen (eine Fähigkeit, die von *technischen, gesellschaftlichen und politischen Bestimmungen* abhängt).³⁰ Wenn diese Fähigkeit der Vorausbestimmung vorhanden ist, können die Bewegungen der Produkte zwischen den *elementaren Produktionseinheiten* (oder »technischen Einheiten« oder auch »Produktionszellen«), die zusammen eine determinierte komplexe Produktionseinheit bilden, *gesellschaftlich im voraus geregelt werden*, sei es durch den *Plan*, sei es von einer *gemeinsamen Führungsinstanz* der Gesamtheit der elementaren oder »technischen« Einheiten, die eine komplexe Einheit bilden, oder sei es durch *eine der elementaren*

Produktionseinheiten, die andere elementare Produktionseinheiten beherrscht. Eine solche dominierende Produktionseinheit wird dann zu einem *entscheidenden Kettenglied* in der gesellschaftlichen Planung, die in die Bewegung zwischen den von dieser Produktionseinheit kontrollierten Zellen nicht einzugreifen braucht.³¹

In anderen Fällen können diese Bewegungen der Produkte zwischen Produktionseinheiten nicht *a priori* genau geregelt werden, weil die gesellschaftlichen Bedingungen nicht gegeben sind, um genügend präzise Voraussagen über die Erfordernisse der Reproduktion der verschiedenen Produktionseinheiten machen zu können, und ebenso wenig die gesellschaftlichen Bedingungen für die Fähigkeit, diesen Erfordernissen anders als mit Hilfe von direkten Beziehungen zwischen Produktionseinheiten zu genügen.

Anmerkung: ‘

Diese Situation ist es, die ich im dritten Kapitel des oben zitierten Werkes mit den Worten beschrieb: »... es zeigt sich, daß bei dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte selbst der am weitesten fortgeschrittenen sozialistischen Gesellschaft der Prozeß der Aneignung noch kein einheitlicher, vollkommen von der Gesellschaft beherrschter Prozeß ist, sondern noch ein vielförmiger, zersplitterter, in eine bestimmte Zahl von Tätigkeitszentren geteilter Prozeß ist, geteilt in eine bestimmte Zahl elementarer Aneignungsprozesse, die auf gesellschaftlicher Ebene zu koordinieren erst begonnen werden kann (mittels der sozialistischen Planung). Damit wird die Notwendigkeit des Austausches zwischen diesen Tätigkeitszentren verständlich, der wirkliche gesellschaftliche und ökonomische Inhalt der verschiedenen Formen sozialistischen Eigentums, die Rolle des Geldes im sozialistischen Sektor etc.«³²

Der Leser wird den Wechsel von der in dem zitierten Text enthaltenen Problematik zu der Problematik der vorliegenden Analyse bemerkt haben. Diese verweist nicht bloß auf den »Entwicklungsstand der Produktivkräfte«, sondern auf die gesellschaftlichen Bedingungen einer hinreichend präzisen Vorausbestimmung der Erfordernisse der Reproduktion der verschiedenen Produktionseinheiten, sowie auf die Fähigkeit, diesen Erfordernissen anders als mit Hilfe von direkten Beziehungen zwischen Produktionseinheiten zu genügen. Nun aber sind gesellschaftliche Bedingungen nicht bloß vom »Entwicklungsstand der Produktivkräfte« abhängig, sondern von den Auswirkungen der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und den übrigen gesellschaftlichen Verhältnissen (politischen und ideologischen). Dieser Wechsel in der Problematik ist notwendig geworden durch die auf den vorangegangenen Seiten dieses Tex-

tes vorgelegten Analysen. Er ändert jedoch nichts an der Beschreibung, die von den Auswirkungen der heutigen Formen der Teilung der gesellschaftlichen Produktion gegeben werden kann.

Wenn die Struktur der Produktionsprozesse, die im Innern der verschiedenen Produktionseinheiten ablaufen, und die gesellschaftlichen Bedingungen der erweiterten Reproduktion dieser Prozesse so gestaltet sind, daß diese Prozesse nicht von einer außerhalb der betreffenden Produktionseinheiten stehenden gesellschaftlichen Macht geregelt und *a priori* artikuliert werden können, dann wird es notwendig — im gleichen Maße, wie dies zutrifft —, untereinander mehr oder minder veränderliche Beziehungen zu knüpfen. Eine solche Macht ist nicht notwendigerweise einer gesellschaftlichen Macht vorbehalten, die außerhalb der Produktionseinheiten steht und grundlegend deren Tätigkeiten reglementiert.

2. Ökonomische Einheiten, Unternehmen und die Existenz der Wertform

Wenn das Wirken der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Struktur der Produktivkräfte es dahin bringen, daß gewisse Produktionseinheiten über die Macht verfügen, untereinander mehr oder minder veränderliche Beziehungen zu knüpfen (ihre Produktion zu dieser oder jener anderen Einheit zu leiten oder sich Produktionsmittel bei dieser oder jener anderen Einheit zu beschaffen), besitzen sie nicht nur die Fähigkeit, ihre Produktionsmittel zu benutzen, sondern genießen auch eine gewisse Verfügungsgewalt über die Produkte, sie nehmen also direkten Anteil gleichzeitig am unmittelbaren Produktionsprozeß und an den anderen Prozessen, die zusammen den Prozeß der gesellschaftlichen Produktion begründen, nämlich den Prozessen der Zirkulation und Distribution (s. oben, Anmerkung Seite 99). Unter diesen Bedingungen bilden diese Produktionseinheiten »ökonomische Produktionseinheiten«.

Die ökonomischen Produktionseinheiten besitzen nicht nur die Fähigkeit, ihre Produktionsmittel zu benutzen (der »Besitz« an diesen Mitteln), sondern sie haben auch die Verfügungsgewalt über ihre Produkte und, in bestimmten Schranken, die von den gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion vorgeschrieben sind, auch über ihre Produktionsmittel. Wenn diese Verfügungsgewalt ausschließlich ist, entspricht sie einem Eigentum (einem Eigentumsverhältnis); wenn sie einer herrschenden Ge-

walt untergeordnet und von ihr eingeschränkt ist, entspricht sie einer besonderen Form des Besitzes.

Anmerkung I

Die hier unternommene Begriffsbestimmung läßt wie einige andere zuvor erkennen, daß die konkrete Anwendung der Begriffe »Eigentum« und »Besitz« mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es ist klar, daß diese Schwierigkeiten damit zusammenhängen, daß diese Begriffe in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht hinreichend »entwickelt« sind, d. h. differenziert sind.

Es wäre, so scheint es, nötig, zwecks Überwindung dieser Schwierigkeiten zwischen Typen von Eigentum und Typen von Besitz zu unterscheiden und diese Typen einerseits zu dem Grad der Vergesellschaftung der Produktivkräfte in Beziehung zu setzen (der es erlaubt, die mehr oder weniger umfassend vereinigten Produktionsprozesse zu meistern) und andererseits zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, und zwar vor allem zu den Produktionsverhältnissen (das bedeutet: zu der tatsächlichen gesellschaftlichen Meisterung der Produktions- und Zirkulationsprozesse durch ökonomische Einheiten oder durch bestimmte politische Autoritäten), sowie auch zu den juristischen Formen (d. h. zu den anerkannten und sanktionierten »Rechten«).

Innerhalb jedes Typs müßte man in einzelne Fähigkeits- oder Machtgrade unterscheiden, die gebunden sind an den Stand der Produktivkräfte, der eine mehr oder weniger große »technische Meisterung« determiniert (so ist z. B. die technische Meisterung in der Landwirtschaft noch relativ schwach, was genaue Vorausbestimmungen der Produktionen und des Bedarfs an Arbeitskraft, an Düngemitteln, Transportmitteln etc. erschwert); Gradunterschiede, die gebunden sind auch an Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung der gesellschaftlichen Meisterung: die Kontrolle, die über bestimmte Kettenglieder, z. B. über bestimmte Wirtschaftseinheiten ausgeübt wird, ermöglicht gelegentlich eine wirksame Kontrolle über eine ganze Reihe anderer Einheiten, die dadurch faktisch einen Teil ihres »Eigentums« verlieren. Die verschiedenen Formen der Integration der Wirtschaftseinheiten stellen derartige graduelle Abweichungen dar. In der tatsächlichen ökonomischen Praxis sind die Varianten in den Typen von Eigentum und Besitz sowie ihre ungleichmäßige Entwicklung Quellen spezifischer Widersprüche, die die Entwicklung der Produktivkräfte blockieren oder verlangsamen können, die Wirksamkeit (l'efficace) bestimmter Produktionsverhältnisse einschränken, auf ihre erweiterte Reproduktion oder ihre Umformung wie eine Bremse wirken und sogar Rückschläge hervorrufen können. Alle diese Fragen sind noch zu entwickeln.

Anmerkung II

Die ökonomischen Einheiten, von denen in diesem Abschnitt die Rede ist, sind ökonomische Einheiten der Produktion (also auch der produktiven Konsumtion). Es gibt natürlich auch ökonomische Konsumtionseinheiten (die Familie oder die »Konsumkollektive« z. B.). Die Probleme, die sich aus dem Funktionieren dieser Einheiten ergeben, daraus, daß sie in den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion eingefügt sind, werden hier nicht untersucht. Folglich bedeutet der Ausdruck »ökonomische Einheiten« auf den folgenden Seiten immer Produktionseinheiten.

Die ökonomischen Einheiten stellen untereinander doppelte Bindungen her, denn sie errichten diese einerseits als Produktionseinheiten, andererseits als Wirtschaftseinheiten.

Die Beziehungen, die die ökonomischen Einheiten mit anderen ökonomischen Einheiten verbinden, mit ökonomischen Agenten oder mit ökonomischen Organismen, die der politischen Macht unterstehen, betreffen gleichzeitig, aber unter verschiedenen Modalitäten, die »konkrete Arbeit« und die »abstrakte Arbeit«, die in jeder dieser Einheiten verausgabt wird; sie betreffen also die beiden Aspekte derselben Arbeit, die gleichzeitig die materiellen Bedingungen und die gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion reproduziert.

Anmerkung:

Der Ausdruck »ökonomische Organismen, die der politischen Macht unterstehen«, (*organismes économiques relevant du pouvoir politique*) bleibt eine deskriptive Bezeichnung. Was die Übergangsgesellschaft betrifft, so bedeutet diese Bezeichnung außerordentlich unterschiedliche Institutionen: Planungsorgane (*organes de planification*) der »materiellen Verteilung« bestimmter Produkte (z. B. in der Sowjetunion die Organismen der »technisch-materiellen Versorgung«), die staatlichen Sammelstellen, die Finanz- und Bankinstitutionen etc. Diese Organismen haben miteinander gemein, daß sie außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion liegen; unter den Bedingungen der Übergangsperiode sind ihre Beziehungen zu den ökonomischen Einheiten nicht unbedingt in die Äquivalentform gefaßt (sie können »unilaterale Transfers« durchführen); ihre Tätigkeit ist nicht hauptsächlich durch die Produktionsverhältnisse determiniert, denen sie unterstellt sein können, sondern durch die politischen Verhältnisse. Konkret sind sie »institutionelle Relais« für das Wirken der politischen Ebene. Der oder die theoretischen Begriffe, die dieser deskriptiven Bezeichnung entsprechen, müssen ausgearbeitet werden, was hier jedoch nicht geleistet werden konnte.

In der kapitalistischen Produktionsweise nimmt der doppelte Aspekt der Arbeit bekanntlich die Form der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals als »Stoff« wie als Wert an, wie Marx es in seiner Analyse der Reproduktionsschemata darlegt.³³

In den kapitalistischen Gesellschaftsformationen ist diese »doppelte Reproduktion« ganz in der Wertform gefaßt, und im vormonopolistischen Stadium vollzieht sie sich fast ganz in der Gestalt der Äquivalenz; so tauschen sich auf der Ebene jeder ökonomischen Einheit (die in diesem Fall ein »Unternehmen« ist) die Werte, die die ökonomische Einheit in der monetären Form »verlassen«, gegen Produkte und Arbeitskräfte von »äquivalenter Höhe« aus und am Ende eines jeden Produktionszyklus tauschen sich die Werte, die das Unternehmen in Form von Produkten »verlassen«, gegen eine »äquivalente« Geldmenge, die ihrerseits dazu dient, wieder neue Produkte und neue Arbeitskräfte in »äquivalenter« Höhe zu kaufen etc. Selbstverständlich umfassen alle diese »Äquivalenttauschakte« die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das gesellschaftliche Kapital. Diese Ausbeutung konkretisiert sich in den Profiten der Unternehmen, die die Tendenz haben, sich anteilmäßig entsprechend dem in jedem Unternehmen angelegten Kapital aufzuteilen, ungeachtet der Abweichungen von dieser Norm, die durch das Funktionieren des Marktes aufgezwungen werden.

Die Gestalt der Äquivalenz behält im Stadium des Monopolkapitalismus weiterhin die Oberhand, denn auf der Ebene der unmittelbaren Darstellung sind die Produkte nicht mehr und nicht weniger »wert« als ihre Preise. Die Gestalt der Wechselseitigkeit indessen, welche die Gestalt der Äquivalenz im vormonopolistischen Stadium verdoppelte, tendiert dahin, sich von der letzteren abzulösen: die sichtbarste Form dieser Ablösung stellen die Subventionen dar, die an gewisse Unternehmen geleistet werden. Eine andere Form dieser Ablösung besteht in den Transfers und Abschöpfungen der Unternehmenserträge, die von den staatlichen (oder korporativen) ökonomischen Organismen getätigt werden. Diese »Wertbewegungen« haben nicht die Gestalt der Wechselseitigkeit und haben daher auch die Tendenz, die Gestalt der Äquivalenz zu verlieren, obwohl der Darstellungsraum, der der kapitalistischen Produktionsweise eigen ist, dazu tendiert, diese Gestalt in neuer Form aufleben zu lassen: als »Wiedereinführung der Gleichheit« unter den Unternehmen oder gegebenenfalls unter den ökonomischen Agenten.

Worum es jenseits dieser Gestalten und Formen geht, ist die Reproduktion der Produktionsbedingungen: es geht darum, die Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion zu sichern, und dies unter der Herrschaft

der Produktionsverhältnisse und unter dem Wirken der Träger dieser Verhältnisse (d. h. des Klassenkampfes), die nicht die »bloße« Reproduktion aufzwingen, sondern gleichzeitig eine *Reproduktion und Transformation der ökonomischen und technischen Einheiten*, also determinierte Transformationen in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, in der Verteilung des Sozialprodukts und in der Struktur der Produktivkräfte (das bedeutet: in der Teilung der gesellschaftlichen Produktion).

In den Übergangsgesellschaften impliziert das Funktionieren der »Unternehmen« als Existenzform der *ökonomischen Einheiten* in einem anfänglichen Stadium die vorübergehende Beibehaltung, wenn auch in veränderter Form, von Modalitäten der Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion, welche denjenigen analog sind (jedoch nicht mit ihnen identisch sind, wie gleich zu sehen sein wird), die die kapitalistischen Gesellschaftsformationen charakterisieren.

Während dieses »Anfangs«stadiums fungieren die Produktionsmittel also, sogar wenn sie verstaatlicht sind, immer noch als »gesellschaftliches Kapital« und das *Wesentliche* in den Beziehungen der ökonomischen Einheiten untereinander und zu den Arbeitern ist immer noch in die Äquivalenzform gefaßt (darin liegt die »ökonomische Basis« der Beibehaltung des »bürgerlichen Rechts«, von dem Marx spricht), so daß diese ökonomischen Einheiten noch »Unternehmen« sind.

In diesem »Anfangs«stadium erlauben indessen die Herrschaft der Arbeiterklasse, also die Existenz eines Arbeiterstaates, und die von ihm durchgeführte Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, gewisse *gesellschaftliche Bedingungen der Reproduktion* gegenüber ihrem Zustand in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen tiefgreifend zu verändern; genau deshalb haben wir weiter oben von »analogen« Bedingungen und nicht von identischen Bedingungen gesprochen. Umfassendere Veränderungen in den Bedingungen der Reproduktion erfordern entweder, daß die ökonomischen Einheiten aufhören, Unternehmen zu sein, oder daß deren Funktionieren »revolutioniert« wird, was tiefgreifende Veränderungen in den ideologischen und politischen Verhältnissen voraussetzt.

Anmerkung:

Die obige Formulierung, in der von »ökonomischen Einheiten« die Rede war, die nicht Unternehmen sind, hat natürlich eine besondere Existenzform von ökonomischen Einheiten im Auge. Beim heutigen Stand der gesellschaftlichen Praxis scheint es in den Übergangsgesellschaften zwei Kategorien von ökonomischen Einheiten zu geben, die einer solchen Existenzform entsprechen,

das sind einerseits die Volkskommunen als ökonomische und politische Einheiten, und andererseits die (insbesondere industriellen) Produktionseinheiten, die innerhalb der Volkskommunen arbeiten. Eine Untersuchung der Bedingungen für das Funktionieren dieser Einheiten würde konkreter die Merkmale solcher Existenzformen der »ökonomischen Einheiten« zum Vorschein bringen.

Man wird bemerken, daß — wenn es weiter oben heißt, die ökonomischen Einheiten funktionierten im »Anfangs«stadium noch wie Unternehmen — diese Formulierung in Bezug auf die historische Erfahrung der Sowjetunion verstanden werden muß, wo es sich so verhalten hat. Es ist damit nicht bewiesen, daß es unbedingt so sein müsse, allerdings scheint es in den Gesellschaftsformationen, in denen die Form der Unternehmen die allgemeine Existenzform der ökonomischen Einheiten ist, kaum anders zu gehen.

3. Das Funktionieren der »Unternehmen« unter den Bedingungen des Übergangs und die Merkmale der Pläne

Die folgenden Darlegungen betreffen die ökonomischen Einheiten in ihrer Rolle als Unternehmen. Die Praxis der Übergangsgesellschaften ist, was diese Existenzform der ökonomischen Einheiten anbetrifft, ja so weitgehend entwickelt, daß sie theoretisch reflektiert werden kann. Die folgenden Betrachtungen sind übrigens auf weiten Strecken eine »Wiederaufnahme« dessen, was im Verlauf der vorhergehenden Seiten bereits gesagt wurde. Jedoch sind sie z. T. neu formuliert, um die spezifischen Bedingungen des Funktionierens der Unternehmen unter den Übergangsbedingungen besser zum Vorschein zu bringen. Wie wir gesehen haben, nehmen die ökonomischen Einheiten, wenn sie als »Unternehmen« funktionieren, an der gesellschaftlichen Produktion und an der Zirkulation mittels der Warenkategorien teil. Die Unternehmen unterhalten also untereinander *Warenbeziehungen*, deren Existenz gleichermaßen determiniert wird von der relativen »Unabhängigkeit« der darin sich abwickelnden Arbeitsprozesse wie von der Gesamtheit der noch vorherrschenden politischen und ideologischen Bedingungen. Die Existenz der ökonomischen Einheiten in Form von »Unternehmen« impliziert nicht nur die Existenz von Warenverhältnissen, sondern auch die Existenz des Geldes und der Preise; daher die Notwendigkeit für die Unternehmen, ihre Geldeinnahmen und -ausgaben auszugleichen, daher auch die Tatsache, daß Zuwendungen der Unternehmen an den gesellschaftlichen

Akkumulationsfonds (Einzahlungen an das Budget) generell die monetäre Form annehmen und daß umgekehrt der Beitrag des Budgets zur Akkumulation der Unternehmen (*»Budgetzuwendungen«*) ebenfalls die monetäre Form annehmen kann.

Jenseits dieser Reproduktion der Warenverhältnisse und der monetären Formen führt jedoch die Existenz eines Arbeiterstaates und des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln zu *mehr oder weniger tiefgreifenden Umformungen* der gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion (sobald dieses Eigentum einem wirklichen Produktionsverhältnis entspricht). Wie wir gesehen haben, ist die unmittelbare Form dieser Umformung die Errichtung *planwirtschaftlicher Verhältnisse* (*rappports économiques planifiés*), die die Warenverhältnisse dominieren und die selbst in der Form des »imperativen Wirtschaftsplans« gefaßt sind.

Diese planwirtschaftlichen Verhältnisse sind eine der spezifischen Formen, welche das Eingreifen der *politischen Ebene* in die *ökonomische Ebene* unter den Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus annimmt. Es handelt sich dabei also um eine für die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse spezifische Form. Diese Form ist dazu bestimmt, sich mit der Konsolidierung der Gesamtheit dieser gesellschaftlichen Verhältnisse zu entfalten, und sich zurückzubilden, wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die in den Übergangsgesellschaften vorhanden sind, sich zum Nachteil der sozialistischen Verhältnisse entfalten.

Das Gesagte soll nicht etwa bedeuten, man könne eine grob vereinfachende »Korrelation« herstellen zwischen dem detaillierten und minuziösen Charakter eines Wirtschaftsplans und dem Grad, in dem die sozialistischen Produktionsverhältnisse vorherrschen. Was zählt, ist nicht der »Plan« als Dokument, sondern die Gesamtheit der *realen gesellschaftlichen Verhältnisse*. Sie allein gewährleisten die tatsächliche Herrschaft der Planverhältnisse über die Reproduktion und die Transformation der Produktionsbedingungen. Diese Herrschaft manifestiert sich in den *tatsächlichen* Umformungen, die der Wirtschaftsplan den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Struktur der Produktivkräfte aufzwingt.

Der Ausdruck »aufzwingt« weist zugleich auf eine Übereinstimmung und eine Nichtübereinstimmung hin. Es besteht eine *Nichtübereinstimmung* zwischen den Planzielen und der Entwicklung, die die Warenverhältnisse determinieren würden, es besteht eine gewisse Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Veränderungen, die sich tatsächlich in dem System Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse vollziehen, und den Planzielen.

Der mehr oder weniger hohe Grad dieser »Übereinstimmung«

hängt entscheidend ab von den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der *Vorbereitung und Ausführung* des Plans (d. h. von der tatsächlichen Stellung der *unmittelbaren Produzenten* und ihrer Repräsentanten in diesen Prozessen). Nur in zweiter Linie hängt er von den »technischen Bedingungen« der Vorbereitung und Ausführung ab; diese Bedingungen sind in ihren Auswirkungen immer den politischen und den gesellschaftlichen Bedingungen untergeordnet. Wenn diese letzteren nicht dem entsprechen, was eine wirkliche Planung erfordert, kann der Plan die Umformung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Struktur der Produktivkräfte nicht dominieren. Der Plan dient dann als reines »Trugbild« (*»simulacre«*) von Planung. Im Schutz dieses Trugbildes vollzieht sich dann eine andere Herrschaft als die der unmittelbaren Produzenten.

Anmerkung:

Wenn hier der Ausdruck »Trugbild« verwandt wird, dann deshalb, um zu unterstreichen, daß unter den angegebenen Bedingungen der »Plan« nicht die ihm zugeschriebene Wirkung ausübt: die Wirkungen, die er hervorruft, sind nicht die, die ausdrücklich »gesucht« wurden, und die stimmen zudem nur ausnahmsweise mit den objektiven Interessen der herrschenden Klasse überein. In der Tat ist die Existenz des juristischen Staatseigentums, wenn die politische Herrschaft der Arbeiterklasse nicht besteht, eine Quelle von Illusionen, die sich insbesondere auf die einen »Fetisch« charakter annehmende Effektivität der Wirtschaftspläne erstrecken. Wie schon angedeutet, kann die tatsächliche Wirkungslosigkeit der von einer anderen als der Arbeiterklasse ausgearbeiteten und durchgeführten Wirtschaftspläne — wenn eine Umkehrung des Verhältnisses der gesellschaftlichen Kräfte nicht stattfindet — nur zu einer offenen Vorherrschaft der Warenverhältnisse führen, entweder also zum Zusammenbruch des Trugbildes von Planung, oder zu einer Umformung des »Plans« in eine einfache Verdoppelung und Verstärkung der Reproduktionsbedingungen der Warenbeziehungen und der Ausbeutungsverhältnisse.

Wenn die Planung kein reines »Trugbild« ist, wenn also eine gewisse »Übereinstimmung« zwischen den tatsächlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen und den »Planzielen« besteht (diese »Übereinstimmung« drückt sich nicht nur in »Prozentsätzen der Planerfüllung« aus, sondern auch in der Natur und im Rhythmus der Veränderungen), dann besteht eine *Vorherrschaft* der planwirtschaftlichen Verhältnisse und es findet eine erweiterte Reproduktion dieser Verhältnisse statt. Wie wir feststellen, manifestiert sich die *Vorherrschaft* der planwirtschaftlichen Verhältnisse in der Nichtübereinstimmung von

tatsächlicher ökonomischer Entwicklung und jener, die die Warenverhältnisse determinieren würden. Diese Vorherrschaft bestimmt also eine »Umwälzung« der Warenverhältnisse und ihrer Auswirkungen.

Diese Umwälzung manifestiert sich auf der Ebene jedes »Unternehmens« durch einen mehr oder weniger bedeutenden »Abstand« zwischen den Produktionsprozessen, die sich dort abwickeln, und den Prozessen, die sich unter der Vorherrschaft von Warenverhältnissen abgewickelt hätten. Dieser »Abstand« betrifft nicht nur die *Arbeitsprozesse* (das, was »materiell« produziert wird), sondern auch die *gesellschaftlichen Bedingungen* der Produktion (die Preise, die Löhne, die Versorgungsquellen, die »Adressaten« der Produktion).

Es entwickeln sich also *Widersprüche* zwischen den Bedingungen der Reproduktion der Warenverhältnisse und den Reproduktionsbedingungen der Planverhältnisse. Die Analyse dieser Widersprüche und ihrer Bewegung ist noch in vollem Umfang zu leisten. Wir können hier nur auf einige ihrer Äußerungen hinweisen.

Was die Unternehmen anbetrifft, die tatsächlich einem Wirtschaftsplan unterworfen sind, so manifestieren sich die Widersprüche, von denen die Rede ist, insbesondere darin, daß (im Gegensatz zu dem, was in den Unternehmen geschieht, die der alleinigen, unmittelbaren Herrschaft der Bedingungen der Warenproduktion unterworfen sind) die Prozesse, die dort ablaufen, nicht mehr beherrscht werden von der Tendenz zur *maximalen Verwertung* des Teils des gesellschaftlichen Kapitals, den die Unternehmen in Händen halten; mit einer beschreibenden Wendung: die Erwirtschaftung des Maximalprofits ist nicht mehr das Ziel. Hier ist der *Bruch* mit den Reproduktionsbedingungen des Kapitals unter unmittelbarer Vorherrschaft der Warenverhältnisse sichtbar.

Anmerkung:

Man könnte denken, es existierten »analoge« Phänomene innerhalb der Industrie- und Finanzgruppen, deren Wirken charakteristisch ist für den Monopolkapitalismus, und daß dies um so mehr der Fall sein müßte, wenn sich die Tendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelt. Auf den ersten Blick ist das richtig. Tatsächlich existieren unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus neben den Unternehmen, die nach dem Prinzip des Maximalprofits arbeiten, noch andere, die dazu verurteilt sind, mit Verlust oder niedrigeren Profitsätzen zu arbeiten, als sie erreichen könnten, wenn ihnen (von anderen Unternehmen oder durch staatliche Regelung) nicht gewisse Arbeitsbedingungen aufgezwungen wären. Diese Analogie, die hier nicht analysiert werden kann, deutet auf den wachsenden

Widerspruch zwischen dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte hin, und hier hört die Analogie auf, denn die Politik, der tatsächlich gewisse »Unternehmen« auf diese Weise unterworfen sind, ist selbst beherrscht von dem Profitstreben, was bedeutet, daß die »Verluste« oder die »verpaßten Gewinne«, die eben gewissen Fraktionen des gesellschaftlichen Kapitals auferlegt sind, darauf abzielen, die günstigsten Bedingungen für die Produktion von Mehrwert und seine Aneignung durch die mächtigsten Industrie- und Finanzgruppen zu garantieren. Es ist klar, daß dies hier nicht systematisch nachgewiesen werden kann, denn dieser Nachweis gehört zu einer Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsformationen, und das ist nicht unser Thema.³⁴

Nur als Hinweis ist es wohl einsichtig, daß eine der Fragen, die hier untersucht werden müßten, die nach der »Verschiebung der Schranken« des »Unternehmens« ist; es ist eben die Existenz der Industrie- und Finanzgruppen, die diese Frage aufwirft.

Dieser Bruch kann eine Reihe von Folgen nach sich ziehen, entweder auf der Ebene der Wirkungsweise der ökonomischen Einheiten oder auf der Ebene der Wirkungsweise der gesamten Ökonomie der Übergangsgesellschaften.

Auf der ersten Ebene können diese Folgen sich vor allem (da die Warenverhältnisse sich ja weiter reproduzieren) in der Notwendigkeit konkretisieren, gewisse ökonomische Einheiten zu »subventionieren«: diejenigen, die ihre Geldausgaben nicht mit entsprechenden Einnahmen decken, also da, wo die Warenbeziehungen nicht die Reproduktion der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer eigenen Produktion erlauben. In bestimmten Fällen kann der Bruch mit den Bedingungen der Reproduktion des Kapitals unter der Vorherrschaft der Warenverhältnisse noch »weiter« gehen und sich in Transfers konkretisieren, die in »Naturalform« durchgeführt werden. Die Grenzen, die der Ausdehnung solcher Operationen entgegenstehen, sind durch die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt. Entscheidend ist hier die Tatsache, daß man unter den in der ersten Phase des Übergangs vorherrschenden Bedingungen die Grundlage eines monetären Kalküls sowohl auf der Ebene der ökonomischen Einheiten wie auf der Ebene der gesamten Gesellschaftsformation nicht vollkommen beseitigen kann, denn ein wirklicher ökonomischer Kalkül ist noch nicht möglich; das Fehlen jeder Berechnungsmöglichkeit aber würde die erweiterte Reproduktion der Produktionsbedingungen schwer gefährden.

Anmerkung:

Die auf Kuba gemachten Versuche vor allem seit 1966/67, vom monetären Kalkül »zu abstrahieren«, während die Bedingungen eines wirklichen ökonomischen Kalküls nicht gegeben sind, waren begleitet von einem weitgehenden Auseinanderfallen (dislocation) der Reproduktionsbedingungen. Konkret zeigt sich das darin, daß eine Masse von Investitionen getätigt wird, die jedoch der Produktion nur in geringem Maße dienen und daher nicht reproduziert werden können (riesige Landstriche werden urbar gemacht, bepflanzt, aufgeforstet etc., die dadurch bewirkte Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion reicht jedoch nicht aus, um die Erhaltung derselben Landstriche, d. h. den hierzu notwendigen Ankauf von Traktoren, Ersatzteilen, Treibstoff etc. zu gewährleisten). Während diese Investitionen getätigt werden, können die alten Anlagen nicht gleichzeitig erneuert werden, was bedeutet, daß ihre Reproduktion ebenfalls nicht gewährleistet ist. Im betreffenden Fall wird diese Zersplitterung der Reproduktionsbedingungen teilweise verdeckt durch massive, auf Kredit durchgeführte Importe sowohl aus »sozialistischen Ländern« wie auch aus kapitalistischen Ländern Westeuropas, hauptsächlich aus England und Frankreich.

Auf der Ebene der Übergangsgesellschaften zieht der Bruch mit den Bedingungen der Reproduktion des Kapitals unter der Vorherrschaft der Warenverhältnisse neben anderen Auswirkungen die Umformung der Gesetze der Preisbildung nach sich. Letztere können nicht mehr einzig und allein den Erfordernissen der Reproduktion der Warenverhältnisse entsprechen, sie müssen auch den Erfordernissen der Reproduktion der planwirtschaftlichen Verhältnisse entsprechen. Das Gesetz hat weitgehende Implikationen, die hier nur angedeutet werden können. Insbesondere heißt das, daß das System der Planpreise in Beziehung gesetzt werden muß zu den Zielen des Wirtschaftsplans, das bedeutet — deskriptiv gesagt (was eine theoretische Erläuterung erfordert) —, daß sie gleichzeitig die gesellschaftlichen Kosten und den gesellschaftlichen Nutzen der verschiedenen Produktionen, die miteinander verglichen und nach politischen Kriterien veranschlagt werden, »widerspiegeln« und in »Geldgrößen« ausdrücken müssen; daraus ergibt sich der zutiefst widersprüchliche Charakter des Systems der Planpreise und die großen Schwierigkeiten bei seiner Ausarbeitung. Diese Schwierigkeiten sind noch nicht theoretisch überwunden, was bedeutet, daß die Systeme der Planpreise, die bestehen oder bestanden haben — und über die die ökonomischen Einheiten zueinander in Beziehung treten und mindestens teilweise die Reproduktion ihrer eigenen Produktionsbedingungen garantieren — einen vorwiegend empirischen Charakter haben.³⁵

Das sind einige der Probleme, die die Reproduktion der Produktionsbedingungen der ökonomischen Einheiten aufwirft, wenn die Warenverhältnisse, in die diese eingefügt sind, sich mit planwirtschaftlichen Verhältnissen verbinden, die über die erstgenannten vorherrschen.

Es ist wichtig, noch drei wesentliche Anmerkungen zu formulieren (die bestimmte, oben aufgestellte Thesen wieder aufnehmen und vervollständigen):

1. Die Vorherrschaft der planwirtschaftlichen Verhältnisse über die Warenverhältnisse ist natürlich nur die Auswirkung der Vorherrschaft der politischen Ebene der Gesellschaftsformation über ihre ökonomische Ebene, was heißen soll, daß die »planwirtschaftlichen Verhältnisse« dominierenden politischen Verhältnissen entsprechen, die sich selbst nur aufzwingen können als »Auswirkung« einer determinierten politischen Herrschaft. Diese politische Herrschaft kann — wie wir schon feststellten — nur die der unmittelbaren Produzenten sein; besteht diese nicht, dann dominieren die z. B. infolge des Staatseigentums bestehenden »planwirtschaftlichen Verhältnisse« nicht wirklich über die Warenverhältnisse; deshalb ist unter diesen Bedingungen der »Plan«, der die »offizielle Zusammenfassung« dieser Verhältnisse ist, nichts als das »Trugbild« einer Planung.

2. Das entscheidende Indiz für die Vorherrschaft der planwirtschaftlichen Verhältnisse über die Warenverhältnisse ist eine gewisse »Übereinstimmung« zwischen den Umformungen, die sich in dem Feld Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse vollziehen, und den »Planzielen«. Diese »Übereinstimmung« ist natürlich nur von Bedeutung, wenn der Wirtschaftsplan wirkliche Ziele beinhaltet und nicht »einfache« Voraussagen, die die tatsächliche Bewegung der Ökonomie mehr oder weniger »bestätigen« kann.

3. Die beiden vorigen Thesen beinhalten nicht, daß die Herrschaft der unmittelbaren Produzenten sich notwendigerweise und ausschließlich in der Existenz eines Komplexes von planwirtschaftlichen Verhältnissen erweist, deren »offizielle Zusammenfassung« ein Wirtschaftsplan ist. In der Tat kann die Vorherrschaft eines Systems von Planverhältnissen nur errichtet werden, wenn über die Herrschaft der unmittelbaren Produzenten hinaus bestimmte ökonomische, gesellschaftliche und politische Bedingungen vorhanden sind. Wenn also die tatsächliche Vorherrschaft der planwirtschaftlichen Verhältnisse über die Warenbeziehungen die politische Herrschaft der unmittelbaren Produzenten beinhaltet, trifft das Umgekehrte nicht unbedingt zu. Daher sind die realen ökonomischen Verhältnisse, die sich im Rahmen des juristischen Staatseigentums entwickeln, nicht immer die gleichen, weshalb das staatliche Eigentum nur dann ein tatsächliches ökonomisches Verhältnis darstellt, wenn es sich

vermittels geplanter ökonomischer Verpflichtungen manifestiert.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Planung und den geplanten Verpflichtungen das *Staatseigentum* entspricht — insofern es ein *ökonomisches* Verhältnis ist —, während der Meisterung der Produktionsmittel durch die jeweiligen ökonomischen Produktionseinheiten und ihren direkten (nicht unbedingt Waren-) Beziehungen untereinander der *Besitz* ihrer Produktionsmittel und Produkte durch diese Einheiten entspricht.

Von da aus läßt sich folgende These aufstellen: den Eigentums- und Besitzverhältnissen (deren *Verbindung einen Eigentumsmodus darstellt*) entspricht die Verbindung von zwei *ökonomischen Praktiken* (also zwei Modalitäten der »Produktionspraxis«): die der Planung und die der »Verwaltung« der Unternehmen. Der genaue Inhalt dieser Verhältnisse und dieser Praktiken ist natürlich niemals ein für allemal gegeben, denn er hängt von den ideologischen und politischen Verhältnissen ab, und in letzter Instanz vom Stand der Entwicklung der Produktivkräfte.

Die *Dualität* des staatlichen Eigentums und des Besitzes der ökonomischen Einheiten beinhaltet, daß die Entwicklung jedes der beiden Verhältnisse in *Widerspruch* treten kann zur Entwicklung des jeweilig anderen. Unter ganz bestimmten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen verläuft der Kampf zwischen dem sozialistischen Weg und dem kapitalistischen Weg, d. h. zwischen den beiden antagonistischen Klassen, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, über diesen Widerspruch.

Anmerkung:

Es ist notwendig, hier noch einmal auf eine schwerwiegende Zweideutigkeit hinzuweisen, mit der die Begriffe »Planung« und »Staatseigentum« belastet sein können (und mit der sie tatsächlich belastet sind).

Diese Zweideutigkeit ist eine »historische Auswirkung« der Planungspraxis in der Sowjetunion. Aus ganz konkreten politischen Gründen hat diese Praxis in diesem Land einen stark zentralistischen Charakter gehabt, so daß das Staatseigentum dort im wesentlichen das der Union der Sowjetrepubliken oder das der Republiken war. Jedoch ist eine solche Zentralisation (sie hängt mit dem zusammen, was Lenin in seiner Kritik an Trotzki die »bürokratischen Auswüchse« des sowjetischen Staates nannte)³⁶ nicht das, was für eine Planung allgemein charakteristisch ist, nämlich eine Planung, die real und a priori Arbeits- und Produktionsprozesse koordiniert und damit das Aktionsfeld der Warenverhältnisse einschränkt. Wie im ersten Teil des Buches dargelegt wurde, muß diese Koordination nicht unbedingt die Gestalt eines »zentralistischen Plans« annehmen;

sie kann auch die Gestalt einer »Überlagerung untereinander koordinierter Pläne« annehmen; die eine gesellschaftlich beherrschbare Artikulation der Produktionsprozesse gewährleistet. Dieser Gestalt entspricht eine Planung, in der das Staatseigentum, das sich in den Händen von regionalen oder »lokalen« politischen Einheiten (z. B. Volkskommunen) befindet, über den bloßen Besitz der ökonomischen Einheiten herrscht, ob diese nun mit den politischen Einheiten zusammenfallen oder ihnen untergeordnet sind. Diese Herrschaft verweist die Verwaltung der ökonomischen Einheiten und die Reproduktion der Warenverhältnisse an einen untergeordneten Platz.

Selbst wenn das Staatseigentum die dominierende Rolle spielt, kann diese *Vorherrschaft* mehr oder weniger *wirkungsvoll* sein; aus diesem Grund muß der Widerspruch »Staatseigentum/Besitz der ökonomischen Einheiten« ständig *gemeistert* werden. Wird dieser Widerspruch praktisch gemeistert, was nicht nur politische Bedingungen impliziert, sondern zugleich ideologische, also auch naturwissenschaftliche und technische Bedingungen, dann verstärkt sich das Staatseigentum, was mit einer wachsenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte einhergeht; die Gesellschaftsformation entwickelt sich dann auf den Sozialismus zu, d. h. in Richtung auf eine wirklich gesellschaftliche Leitung der Ökonomie.

Wenn demgegenüber dieser Widerspruch nicht angemessen gemeistert wird, dann hat das Staatseigentum die Tendenz zu verfallen, statt sich zu verstärken, die Tendenz, mehr und mehr formal zu werden, während der Besitz der ökonomischen Einheiten sich in tatsächliches, umfassendes und vollkommenes Eigentum umzuwandeln beginnt. In diesem Fall findet eine Entwicklung zum Sozialismus nicht statt. Dann wird *nicht eine wachsende gesellschaftliche Leitung der Ökonomie* offenbar, sondern ein *Anwachsen der Rolle des Wertgesetzes*.

Eine Entwicklung, die derart die Gesellschaftsformation vom Sozialismus entfernt, impliziert notwendig andere Veränderungen sowohl auf ökonomischer wie auf politischer Ebene, denn die angewachsene Rolle des Wertgesetzes führt auch zur Entwicklung seiner Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilung der Arbeit und auf die Distributionsverhältnisse; von daher resultiert die Verstärkung der Arbeitsteilung zwischen jenen, die die Tätigkeit der ökonomischen Einheiten leiten, und den unmittelbaren Produzenten.

Es ist natürlich nicht unser Ziel, die Modalitäten und Folgen einer derartigen Entwicklung zu untersuchen, sondern vielmehr die Bedingungen und Formen der *Vorherrschaft* des staatlichen Eigentums über den Besitz der ökonomischen Einheiten zu analysieren.

III. Planung und Vorherrschaft des Staatseigentums

Die Vorherrschaft (*prédominance*) des Staatseigentums über den Besitz der ökonomischen Einheiten wird im wesentlichen ausgeübt durch einen Wirtschaftsplan imperativen Charakters. Dieser ist daher das Hauptinstrument der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie.

Ein solcher Plan bestimmt den Entwicklungsrhythmus der verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten und damit die verschiedenen Produktionen und ihre Verwendung, insbesondere die Verteilung ihrer Produkte zwischen Akkumulation und unproduktiver Konsumtion. Ebenso ermöglicht er, die Umformung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte zu meistern. Innerhalb der Grenzen der bestehenden Produktivkräfte bestimmt ein derartiger Plan die Natur der in den technischen und ökonomischen Einheiten ausgeführten Arbeits- und Produktionsprozesse sowie einen Teil der Beziehungen zwischen diesen Einheiten.

Anmerkung:

*Wenn dies nicht der Fall ist, wenn die Arbeitsprozesse und Produktionsprozesse nicht grundlegend vom Plan bestimmt werden, dann verwandelt sich der Besitz, den die technischen und ökonomischen Einheiten über ihre Produktionsmittel ausüben, in Eigentum im Sinne eines tatsächlichen Produktionsverhältnisses. (Eine solche Entwicklung hat die jugoslawische Wirtschaft durchgemacht.) Eine derartige Umformung schließt nicht aus, daß eine Art indikativer Planung oder eine Art »Lenkung« (*guidage*) der Wirtschaft angewandt wird; diese spielen aber dann nur eine zweitrangige Rolle, denn in diesem Fall ist es das Wertgesetz, das die entscheidenden Regulierungsfunktionen ausübt. Wir werden auf diese Frage zurückkommen (s. auch S. 94).*

Wenn der Wirtschaftsplan imstande ist, wirksam einen Teil der Beziehungen zwischen den ökonomischen Produktionseinheiten zu bestimmen, dann — wie oben angedeutet — eben deshalb, weil diese nicht *ausschließlich* die Fähigkeit besitzen, wirtschaftliche Beziehungen untereinander herzustellen, und zwar infolge der *Dualität von Eigentum und Besitz*, die kennzeichnend ist für einen bestimmten »Stand« der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse.

Aus dieser Dualität entsteht die Möglichkeit und, unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Gesellschaftsformation zum

Sozialismus, die Notwendigkeit einer Intervention der Planungsinstanzen auch auf der Ebene der Beziehungen zwischen den ökonomischen Produktionseinheiten.

Die *Modalitäten einer solchen Intervention* können außerordentlich variabel sein. Sie sind gleichzeitig von der Struktur der ökonomischen Ebene und von der Natur der herrschenden ideologischen Verhältnisse bestimmt. Die *Verbindung* dieser Verhältnisse und die *Widersprüche*, die sich zwischen ihnen entwickeln, bestimmen eine Periodisierung des Übergangs, die nicht die Gestalt einer linearen Entwicklung hat.

Auf der ökonomischen Ebene entwickelt sich die Verfügungsgewalt, die das Staatseigentum darstellt, in dem Maße, wie sich eine regelmäßigere und besser vorausbestimmbare Artikulation der von den verschiedenen ökonomischen Einheiten kontrollierten Produktionsprozesse durchsetzt. Eine solche Entwicklung erlaubt es *gesellschaftlichen Institutionen*, die sich von den ökonomischen Einheiten unterscheiden (und die zuerst die Form »staatlicher Organismen« annehmen), Beziehungen zwischen diesen Einheiten herzustellen und deren Nutzen unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zu kontrollieren.

Auf diese Weise kann die *Planung konkret* auf der operativen Ebene *eingreifen*, und nicht bloß auf abstrakte und allgemeine Weise, und zwar vermittels der Handhabung »ökonomischer Hebel« (Preise, Geldinvestitionen etc.). Eine solche Intervention trägt unmittelbar zur fortschreitenden Eliminierung der Wertform und zur Reduzierung des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes bei.

Die gesellschaftlichen Institutionen, die auf diese Weise intervenieren können, stellen einen Teil der »Planungsorganismen« dar, und zwar denjenigen Teil, der auf der operativen Ebene eingreift. Solche Organismen können die *Schaltstationen* eines *zentralen Planungsorgans* sein.

Die verschiedenen Planungsorgane und -organismen können ihre Funktion nur dann sinnvoll erfüllen, wenn sie in der Lage sind, die grundlegenden Prozesse zu verstehen, die sich innerhalb der ökonomischen Einheiten vollziehen. Sie müssen in der Lage sein, mögliche Veränderungen, die an diesen Prozessen und an ihrer Kombinationsweise vorgenommen werden können, zu beurteilen und die von den verschiedenen Kombinationen zu erwartenden gesellschaftlichen Resultate abzuschätzen (wenn möglich in quantitativen Begriffen, d. h. sie zu berechnen). Diese Organismen spielen also die Rolle von »Zentren der Berechnung und der gesellschaftlichen Verteilung der Arbeiten und Produkte«.

Mit fortschreitender Vergesellschaftung der Produktivkräfte und zunehmender Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhält-

nisse kann die Fähigkeit, auf gesellschaftlich nützliche Weise Beziehungen zwischen den (technischen und wirtschaftlichen) Einheiten herzustellen, immer auf der Ebene der Planungsorgane konzentriert werden, die eng mit den verschiedenen Arbeitskollektiven verbunden sind, was einem tatsächlichen Fortschritt der gesellschaftlichen Aneignung entspricht.

1. Die Verhältnisse zwischen Politik und ökonomischer Ebene in den Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus

Die Gestalt der Dualität Eigentum/Besitz hat eine andere strukturelle Auswirkung (effet structural) von äußerster Wichtigkeit zur Folge, der wir uns nun zuwenden müssen: die Auswirkung der Herrschaft der Politik über die ökonomische Ebene.³⁷

Infolge dieser Herrschaft verliert die ökonomische Ebene die relative Autonomie, die sie in der kapitalistischen Produktionsweise, hauptsächlich im Stadium des Konkurrenzkapitalismus, besessen hat.

Anmerkung:

Selbstverständlich kennzeichnet die Herrschaft der Politik über die ökonomische Ebene auch die »späteren Etappen« der Entwicklung der Gesellschaftsformation auf dem Weg zu einer wirklichen gesellschaftlichen Aneignung; aber es ist und kann auch nicht Gegenstand unserer Analyse sein, die noch unbestimmten Formen, die diese Herrschaft annehmen kann, zu untersuchen. Unser Gegenstand ist durch die aktuellen Probleme des Übergangs gegeben. Hier läßt sich jedoch eine Bemerkung formulieren: es muß unterschieden werden zwischen der dominierenden Rolle, die die Politik auch in den »späteren Etappen« der Entwicklung der Gesellschaftsformation behält, und den Interventionen der politischen Ebene (des Staates und des Rechts), die die Tendenz haben müssen zu verschwinden. Das ist deshalb möglich, weil das Ideologische (l'idéologique) Ort einer entscheidenden politischen Praxis ist.

Innerhalb der spezifischen Struktur der Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus bildet eine der Äußerungen der Auswirkung der Herrschaft der politischen Ebene die Durchführung einer Politik der Umformung der Produktionsverhältnisse und der Entwicklung der Produktivkräfte. Die abgeschlossene Form dieser Politik der Umformung der Produktionsverhältnisse ist die ökonomische Planung.

Die Herrschaft der politischen Ebene über die ökonomische bedeutet selbstverständlich nicht, daß die ökonomische Ebene nicht die in letzter Instanz determinierende bleibt. Sie bedeutet, daß die Determination der ökonomischen Ebene vermittelt ist durch die politische Ebene. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Ebenen sind nicht direkt sichtbar. Das hat seinen Grund in dem spezifischen Typ von Komplexität, der für die Struktur der Gesellschaftsformationen in der Übergangsperiode kennzeichnend ist.

Wie in anderen Fällen auch, nur unter anderen Formen, produziert diese Komplexität Verschleierungs- und Umkehrungseffekte, so daß die Illusion entsteht, die sichtbare Bewegung der sinnlichen Erscheinung, die Wirklichkeit* stelle die wirkliche Bewegung dar, also den inneren Zusammenhang der Prozesse (la connexion interne des processus).

Auch hier kann dieser Zusammenhang nur durch die Analyse erfaßt werden. Daraus wird ersichtlich, daß, solange die sichtbare Bewegung nicht richtig analysiert worden ist, auch die innere wirkliche Bewegung³⁸ nicht wirklich erkannt worden ist. Wenn das so ist, dann ist nur in empirischer, partieller und deshalb immer unzureichender Weise eine Unterscheidung möglich zwischen der Rolle, die der politischen Ebene zukommt oder zukommen kann, und der Rolle, die der ökonomischen Ebene zukommt oder zukommen kann.

Es ist also, genauer gesagt, unmöglich mangels einer Analyse, die konkret auf die Gesamtheit der Gesellschaftsformation bezogen sein müßte (auf ihre ökonomische, politische und ideologische Ebene), sowie auf deren Beziehungen zu anderen Gesellschaftsformationen, die Rolle, die die verschiedenen Ebenen spielen können und müssen, klar zu erfassen. Das gilt insbesondere für die Bestimmung der Rollen, die jeweils der ökonomischen und der politischen Ebene zukommen müssen, damit sich die Gesellschaftsformation zum Sozialismus entwickelt.

So ist es also möglich, daß die spezifische Struktur der Beziehungen zwischen der politischen und der ökonomischen Ebene, wobei die Dualität Eigentum/Besitz einen wesentlichen Aspekt dieser Struktur darstellt, zwei Arten von Illusionen produziert: Einerseits die »ökonomistischen« und »juristischen« (»juridistes«) Illusionen, die den »gesellschaftlichen« Charakter des Staatseigentums als ein für allemal »gegeben« ansehen und ihn als ein immer wirksames Produktionsverhältnis betrachten. Entsprechend neigen sie dazu, die Rolle, die der politischen Ebene zukommt, einzuschränken unter dem Vorwand, deren Interferenz mit der ökonomischen Ebene sei »willkürlich«.

Andererseits die »subjektivistischen« und »voluntaristischen« Illusionen, die die Tendenz haben, die dominierende Rolle der

* Wirklichkeit, wirkliche Bewegung: im Original in deutsch

politischen Ebene mit einer Art in letzter Instanz *determinierenden* Rolle zu identifizieren. Voluntarismus und Subjektivismus sind charakteristisch für Wirtschaftspläne, die nicht auf der Basis einer strengen sozio-ökonomischen Analyse ausgearbeitet worden sind.

Anmerkung:

Die Unzulänglichkeiten der sozio-ökonomischen Analyse beruhen selbst auf Kräfteverhältnissen der Klassen, und zwar ebenso auf der ökonomischen Ebene (z. B. die Tatsache der spezifischen »Undurchsichtigkeit« von Unternehmen oder der »Verschleierungen«, für die bestimmte Produktionsagenten verantwortlich sind), wie auf der politischen und ideologischen Ebene. Das trifft besonders zu für die ideologischen Klassenstandpunkte der wirtschaftlichen und politischen Leiter.

Der Umfang, den die Entwicklung des Voluntarismus in den Gesellschaftsformationen der Übergangsperiode erreichen kann, hängt offenbar mit der dominierenden Rolle der politischen Ebene in diesen Gesellschaftsformationen zusammen.

Es kann dann von »Voluntarismus« gesprochen werden, wenn der Eingriff der politischen Ebene in die ökonomische Ebene über jene Grenzen hinausgetrieben wird, innerhalb derer ein solcher Eingriff *wirkungsvoll* sein kann, d. h. die *erwarteten Auswirkungen* haben kann. Diese Grenzen sind nicht ein für allemal gegeben. Sie sind abhängig von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sind sie überschritten worden, so wird die Intervention der politischen Ebene inadäquat, d. h. sie erzeugt teilweise andere als die beabsichtigten Wirkungen. Solche »Abweichungseffekte der politischen Aktionen« können sogar das Gegenteil des Beabsichtigten erreichen; Stagnation statt Produktionszunahme, Stagnation der Produktivität; die Beziehungen zwischen den Wirtschaftszweigen entwickeln sich dann entgegengesetzt zu den Erwartungen oder die Warenbeziehungen dehnen sich aus, statt »zurückzuweichen«, z. B. in Gestalt einer »Parallelwelt«, wie man es genannt hat, die eine Verdoppelung der »offiziellen« Welt darstellt.

Wie der Ökonomismus dazu tendiert, die politische Ebene auf die ökonomische Ebene »einzuebnen«, so tendiert der »Voluntarismus« dazu, die ökonomische Ebene auf die politische Ebene zu reduzieren, ihre Existenz, ihre Gesetze und ihre in letzter Instanz determinierende Rolle praktisch zu ignorieren.

Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Darstellungsweise sind der »Ökonomismus« und der »Voluntarismus« keine bloßen ideologischen »Strömungen«. Sicher sind sie auch das, aber in den Übergangsgesellschaften haben sie ihre *Wurzel* in spezifischen Formen der Fetischisierung der gesellschaftlichen Verhält-

nisse. Der Ökonomismus hat seine Wurzeln in Illusionen, die zusammenhängen mit der Existenz der Wertform. Der Voluntarismus hat seine Wurzeln im Doppelcharakter der Staatsmacht im Verlauf der Übergangsperiode, nämlich zugleich ökonomische und politische Macht zu sein, und in der dominierenden Rolle dieser Macht.

Der Doppelcharakter der Staatsmacht bringt die Tendenz zur Fetischisierung der Staatsmacht hervor (so wie man in anderen Gesellschaftsformationen eine Fetischisierung der Verwandtschaftsbeziehungen antrifft). Solange eine strenge Analyse der wirklichen Verhältnisse fehlt, können sich die Folgen einer solchen Fetischisierung in der Führung ebenso bemerkbar machen wie in den Massen. In einem solchen Fall entwickeln sich Darstellungen (des *représentations*), ideologische Verhältnisse, Ambitionen etc., die sich auf eine sozialistische Entwicklung der Gesellschaftsformation außerordentlich negativ auswirken können. Der Kampf gegen Ökonomismus und Voluntarismus erfordert deshalb die Analyse der wirklichen Verhältnisse, die Aufdeckung jener Grenzen, innerhalb derer die Intervention der politischen Ebene tatsächlich wirkungsvoll ist. Diese Grenzen können, da sie nie »gegeben« sind, nur durch das *wissenschaftliche Experiment* herausgefunden werden, durch eine *kritische Analyse* der vergangenen Aktionen, durch den Kampf gegen den Subjektivismus. Dieser Kampf verlangt, daß man »aus den Irrtümern der Vergangenheit lernt um zu vermeiden, daß sie sich wiederholen«, das bedeutet eine ständige Arbeit der Kritik und Selbstkritik.

Die möglichen Folgen des Voluntarismus liegen natürlich nicht nur auf der Ebene der »Festsetzung von Produktions-, Investitions- oder Konsumtionszielen«. Sie können auch darin liegen, daß »Organisationsformen«, d. h. explizite Beziehungen zwischen den Agenten der Produktionsprozesse eingesetzt werden, die nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. In diesem Fall sind die Organisationsformen mehr oder weniger unwirksam und das ökonomische System funktioniert teilweise dank der Existenz anderer Beziehungen, die von den ersteren mehr oder weniger verdeckt sind. Es handelt sich hier um eine der Existenzformen dessen, was man »parallele Wirtschaftswelt« genannt hat.

Infolge ihrer »unerwarteten« Auswirkungen sind die inadäquaten Interventionsformen der politischen Ebene imstande, auf spätere Interventionsformen zurückzuwirken. Wir müssen uns einen Augenblick bei dieser Frage aufhalten, insbesondere weil die so entstehenden *Verdunkelungseffekte* im Verlauf einer Periode den Möglichkeiten des ökonomischen und sogar des monetären Kalküls zunehmend Grenzen setzen können.

2. Die »Verdunkelungseffekte«, die mit inadäquaten Interventionsformen zusammenhängen: ein Beispiel dieser Effekte

Wenn man die Frage der »Verdunkelungseffekte« angeht, taucht ein Problem auf, das oft als das Problem der Planungs»instrumente« bezeichnet wurde, in Wirklichkeit aber das Problem der *Interventionsformen* darstellt, in denen die politische Ebene in die ökonomische Ebene eingreift.

Solange die Struktur der ökonomischen Ebene es erfordert, bildet eine dieser Interventionsformen das *System der Planpreise*. Eine unzureichende Analyse der Struktur der ökonomischen Ebene (insbesondere der Rolle, die die Wertform in einer bestimmten Etappe notwendigerweise spielt) kann leicht zu der Illusion führen, diese Interventionsform sei »nicht notwendig«. Die Folge davon kann entweder die *Aufgabe der Preisplanung* oder deren *willkürliche Festlegung* oder der *Rückgriff auf »Instrumente«* sein, die *weniger adäquat sein können als richtig festgesetzte Preise*, z. B. wenn administrative Maßnahmen zur Produktenverteilung eingeführt werden, obwohl andere Interventionsformen gesellschaftlich wirksamer wären.

Einer der *Nebeneffekte* inadäquater Interventionsformen, in denen die politische Ebene in die ökonomische Ebene eingreift, und der folglich relativen Wirkungslosigkeit einer solchen Intervention, ist die Tendenz zur *Aufblähung des Staatsapparates* bei dem vergeblichen Versuch, die Prozesse zu meistern, die man deshalb nicht meistern konnte, weil man nicht die adäquaten Mittel einsetzte.

Eine solche Entwicklung des Staatsapparates, der Zahl seiner Agenten, ihrer »Autorität« und die Ausdehnung ihrer repressiven Funktionen, machen ihrerseits die *Kenntnis der wirklichen ökonomischen Phänomene* immer schwieriger. Der Staatsapparat tritt zwischen die politische Leitung und die ökonomische und soziale Wirklichkeit. Er übt einen Druck auf diese Leitung aus und wird zu einem *Schirm* (il fait écran). Dieser »Schirm« verdeckt nicht nur die Realität, sondern hat auch die Tendenz, die Rolle eines »Spiegels« zu übernehmen, der der politischen Führung das Bild ihrer eigenen Wünsche zurückwirft, während die Agenten des Staatsapparates *ihre eigenen Interventionen* entwickeln. Diese sind zwar *auch* politische Interventionen, aber sie entsprechen einer *anderen Politik* als der der Leitung).

Anmerkung:

Überschreitet diese Bewegung eine bestimmte Schwelle, so kann ein faktischer Bruch der Einheit der politischen Macht vorliegen. Ein Teil der Macht kann in Wirklichkeit von Agenten

einer »kapitalistischen Politik« ausgeübt werden, die eine mehr oder weniger große Anzahl zentraler oder lokaler Organismen, Produktionseinheiten und ideologischer Institutionen lenken. Darin ist eine der gesellschaftlichen Grundlagen der Entwicklung einer »Parallelwelt« zu sehen, die nach und nach zur Herausbildung einer »zweiten Gewalt« führt.

Die durch inadäquate Interventionsformen hervorgerufenen »Verdunkelungseffekte« können auch die umgekehrten Konsequenzen entwickeln, besonders unter dem Einfluß des »Ökonomismus«. In diesem Fall neigt man dazu, wegen der Unwirksamkeit der Intervention der politischen Ebene von ihnen Abstand zu nehmen. Dies kann den Verfall des Staatseigentums bedeuten, da dieses ökonomisch allein durch die tatsächliche und wirksame Intervention der politischen Ebene in die Produktions- und Reproduktionsprozesse existiert. Fehlt eine solche Intervention, so stellt das Staatseigentum einen bloßen juristischen Überbau dar, mit dem die wirklichen Produktionsverhältnisse immer weniger übereinstimmen.

Die Existenz der Wertform, insbesondere ihre Gegenwart im Produktionsprozeß, und daher die Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse und ganz besonders des Lohnverhältnisses ermöglichen den »Rückzug« der Intervention der politischen Ebene und das *Wiedererstehen einer Marktwirtschaft*. Die Vorherrschaft von Warenverhältnissen führt dann notwendigerweise zur Vorherrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Auf der Ebene der ökonomischen Instanz hat die Möglichkeit der Rekonstruktion der kapitalistischen Produktionsweise — wie schon vorher betont wurde — ihre Wurzel in der (für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus spezifischen) Form der Nicht-Übereinstimmung von Verhältnissen wirklicher Aneignung und Eigentumsverhältnissen. In dieser Nicht-Übereinstimmung kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß die wirklichen Aneignungsverhältnisse nur teilweise umgeformt sind (denn ihre radikale Umformung ist verbunden mit einer radikalen Umformung der Arbeitsprozesse und ihrer Artikulation), während die Produktionsverhältnisse schon grundlegend »revolutioniert« worden sind.

Die Produktivkräfte spielen bekanntlich immer eine in letzter Instanz *determinierende* Rolle, während die Produktionsverhältnisse eine *dominierende* Rolle spielen: es ist die Natur dieser Verhältnisse (und wenn es eine Pluralität der Produktionsverhältnisse gibt, dann ist es die Natur der die anderen dominierenden Produktionsverhältnisse), die die Richtung des Übergangs bestimmt, in dem eine bestimmte Gesellschaftsformation sich befindet.

Das jedem Übergang Eigentümliche ist eben der »Vorsprung« bestimmter vorherrschender Produktionsverhältnisse vor den Produktivkräften. Solange die letztgenannten nicht selbst unter der Einwirkung der vorherrschenden Produktionsverhältnisse umgeformt worden sind, ist der Übergang nicht abgeschlossen. Die Vorherrschaft der Produktionsverhältnisse erfordert genaue (aber entsprechend den Typen und Stadien des Übergangs variable) Modalitäten der Intervention der ideologischen und politischen Ebene. So hat der Übergang der feudalen Produktionsweise zur kapitalistischen die Vielfalt der Interventionen (»Reformen« der religiösen Ideologie und entsprechender ideologischer Institutionen, Auftauchen neuer »Regeln der Moral«, politische Revolutionen) zum Vorschein gebracht, die das Auftauchen kapitalistischer Produktionsverhältnisse begleiten und ihre Vorherrschaft und Konsolidierung gewährleisten mußten.

Ebenso hängt im Verlauf des Übergangs zum Sozialismus die Vorherrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse und, dank dieser Vorherrschaft, die Umformung der wirklichen Aneignungsverhältnisse (im wesentlichen solche, die sich innerhalb der Wirtschaftseinheiten reproduzieren) von der Intervention der anderen Instanzen der Gesellschaftsformation in der ökonomischen Ebene ab. Was die Inhalte und Formen dieser Intervention der politischen und ideologischen Ebene betrifft, so hängen sie selbst vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und von den gesellschaftlichen und ideologischen Kräfteverhältnissen ab. Der Ausgang der sich auf diesen Ebenen entfaltenden Kämpfe determiniert daher fortlaufend die Entwicklung der *Gesellschaftsformationen im Übergang*, und zwar so lange, wie der Unterbau den kapitalistischen Verhältnissen noch ermöglicht, eine dominierende Rolle zu spielen.

Das Vorgegangene läßt erkennen, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ihren Anfangsformen nur die Einführung der ersten Elemente sozialistischer Produktionsverhältnisse ermöglicht, und daß der Kampf für eine immer tiefgreifendere sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen weitergehen muß.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus gekennzeichnet sind durch die besonders komplexe Struktur ihrer verschiedenen Ebenen, durch die spezifischen Formen der Einwirkung dieser Ebenen aufeinander und folglich durch eine besondere Instabilität. Die gleichen charakteristischen Momente sind es, die unter den Bedingungen der Übergangsperiode »voluntaristischen« sowie »ökonomistischen« Praktiken ein besonderes »Terrain« bieten; Praktiken, aus denen die Verdunkelungseffekte herrühren, von denen hier die Rede war.

3. Die grundlegenden ökonomischen Gesetze der Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus

Eine entscheidende Auswirkung der analysierten komplexen Struktur und ganz besonders der spezifischen Wirksamkeit der politischen Ebene, die sie kennzeichnet, besteht darin, daß die *Wertform sich hier manifestieren kann, ohne daß das Wertgesetz notwendigerweise als Regulator der Produktions- und Reproduktionsprozesse der kapitalistischen Verhältnisse in Erscheinung tritt*. Das ist deshalb so, weil diese *Regulierungstätigkeit* des Wertgesetzes die Auswirkung einer Struktur ist, die durch eine bestimmte — hier nicht gegebene — *Form der Einheit* von Privateigentum und privater Aneignung gekennzeichnet ist. Diese Form der Einheit ist kennzeichnend für die kapitalistische Produktionsweise, und ihr entspricht die *vollständige Trennung* der Produzenten von ihren Produktionsmitteln. Die Struktur der Ökonomie in der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist im Gegensatz dazu, wie wir festgestellt haben, gekennzeichnet durch eine bestimmte Form der Nichtübereinstimmung von Eigentumsverhältnissen und Aneignungsverhältnissen. Die *ersteren* sind Verhältnisse »gesellschaftlichen« Eigentums, die es den Arbeitern ermöglichen, durch die Intervention der politischen Ebene über die Produktionsmittel zu herrschen. Bei den *letzteren* handelt es sich noch um Verhältnisse »privater« realer Aneignung insofern, als sich die Aneignung innerhalb von Zentren der Aneignung der Natur vollzieht, die voneinander *getrennt* sind und nur in einem fortschreitenden Prozeß durch eine tiefgreifende *Umformung* der materiellen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen *vereinigt* werden können.

Anmerkung:

Das ist jener notwendige Umwandlungsprozeß, den Marx mit folgenden Worten beschrieben hat:

»Die Arbeiterklasse weiß, daß sie durch verschiedene Phasen des Klassenkampfes hindurch muß. Sie weiß, daß die Ersetzung der ökonomischen Bedingungen (Hervorhebung vom Autor) der Sklaverei der Arbeit durch die Bedingungen der freien und assoziierten Arbeit nur das progressive Werk der Zeit sein kann (jene ökonomische Umgestaltung), daß sie nicht nur eine Veränderung der Verteilung erfordern, sondern auch eine neue Organisation der Produktion, oder besser die Befreiung (Freisetzung) der gesellschaftlichen Formen der Produktion in der gegenwärtigen organisierten Arbeit (erzeugt durch die gegenwärtige Industrie) von den Fesseln der Sklaverei, von

ihrem gegenwärtigen Klassencharakter, und ihre harmonische nationale und internationale Koordinierung.«³⁹

Eine der Äußerungen der Nichtübereinstimmung von Eigentumsverhältnissen und Aneignungsverhältnissen ist, wie wir wissen, die Überlagerung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln⁴⁰ über den Besitz dieser Produktionsmittel durch die ökonomischen Einheiten, von denen sie eingesetzt werden, also die Dualität von Eigentum und Besitz. Aufgrund dieser Dualität können diejenigen gesellschaftlichen Institutionen, die »Träger« des Staatseigentums sind, die wichtigen Aufgaben der verschiedenen ökonomischen Einheiten und die Modalitäten ihrer Beziehungen bestimmen. Sie können dies um so besser, je weiter die notwendigen ideologischen und politischen Bedingungen verwirklicht sind — Bedingungen, die weiter oben angeführt wurden.

Anmerkung:

Die gesellschaftlichen Institutionen, die Träger des Staatseigentums sind, sind einerseits den ökonomischen Einheiten gegenüber »äußere« Institutionen (z. B. die Planungsorgane, die unter der Kontrolle der politischen Macht ihre Tätigkeit ausüben) und andererseits politökonomische Einheiten, die die Aktivitäten der Produktionseinheiten koordinieren, die ihnen untergeordnet sind. In dem Maße, wie die Tätigkeit dieser Produktionseinheiten auch ökonomische Einheiten (der Produktion und der Konsumtion) einbezieht, die nicht derselben politökonomischen Einheit angehören, ist es notwendig, daß eine diesen ökonomischen Einheiten »äußere« gesellschaftliche Institution interveniert, um eine Koordinierung zum Nutzen der Gesamtheit zu gewährleisten. Eine solche Institution ist notwendigerweise entweder eine politische oder eine ideologische Institution.

Wenn die Bedingungen zur Bestimmung der Aufgaben der ökonomischen Einheiten durch gesellschaftliche Institutionen gegeben sind, kann das Staatseigentum als Produktionsverhältnis intervenieren. Ist dieses Verhältnis vorherrschend, so beherrscht nicht mehr das Wertgesetz die Reproduktion und die Umformung der Produktionsbedingungen, sondern ein anderes Gesetz: das Gesetz der gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie. Dieses Gesetz stellt die für die Ökonomie der Übergangsperiode spezifische Weise dar, in der sich das Wirken der politischen Ebene auf die ökonomische Ebene unter den Bedingungen der Existenz der Wertform manifestiert. Es ist das spezifische Gesetz der Reproduktion und Transformation der Produktionsverhältnisse der Gesellschaftsformationen im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Dieses Gesetz ist selbst das Produkt der spezifischen Komplexität der Gesellschaftsformation in der Übergangsperiode. Aufgrund dieser spezifischen Komplexität entwickeln und verbinden sich zwei voneinander verschiedene strukturelle Effekte, also zwei strukturelle Gesetze: das Wertgesetz und das Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie. Das letztgenannte kann in der Tat so lange nicht ausschließlich wirken, bevor nicht die Existenzbedingungen der Warenverhältnisse verschwunden sind. Solange das nicht der Fall ist, d. h. solange das Wertgesetz noch über ein Wirkungsfeld verfügt, verbindet sich das Wirken dieses Gesetzes mit dem des Gesetzes der gesellschaftlichen Leitung. Der Effekt dieses Zusammenwirkens soll hier bezeichnet werden mit dem Ausdruck »Gesetz der gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie«.

Mit anderen Worten, in der Übergangsperiode, wo sich das Wertgesetz noch manifestiert, erscheint das Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie in der modifizierten Form des Gesetzes der gesellschaftlichen Regulierung.⁴¹ Dieses Gesetz stellt somit das Resultat des Konflikts und der Verbindung zweier antagonistischer Gesetze dar (des Wertgesetzes und des Gesetzes der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie).

Anmerkung:

Es wurden schon andere Formulierungen der ökonomischen Gesetze der Übergangsperiode vorgelegt, insbesondere von Preobaschenski und Stalin in den oben zitierten Werken. Wir ziehen die hier vorgeschlagene Formulierung deshalb vor, weil sie den Konflikt, der zwischen dem Wertgesetz und dem Gesetz der gesellschaftlichen Leitung besteht, und dem Effekt des Zusammenwirkens beider Gesetze zum Vorschein bringt. Es ist nicht überflüssig daran zu erinnern, denn es scheint allgemein in Vergessenheit geraten zu sein, daß Marx in seinem ersten Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich dieses Problem angeschnitten hat. Er tut das in Sätzen, die unmittelbar auf die oben zitierte Textstelle folgen: »Sie (die Arbeiterklasse) weiß, daß das gegenwärtige »spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums« nur im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses neuer Bedingungen durch »das spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit« ersetzt werden kann.«⁴²

Der »lange Entwicklungsprozeß neuer Bedingungen« ist jener, der im Verlauf der Übergangsperiode vorstatten geht. Während dieser Periode treffen zwei Typen von Gesetzen aufeinander und verbinden sich in ihren Auswirkungen miteinander, hauptsächlich in der Form des Gesetzes der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie einerseits und des Wertgesetzes andererseits.

Man beachte, daß Marx in der endgültigen Fassung des Textes von einem »gemeinsamen Plan« für die »Gesamtheit der Genossenschaften« spricht, nach dem diese die »nationale Produktion« regeln und damit »unter ihre eigene Leitung« nehmen.⁴³

Wenn die Wirkungsbedingungen des Wertgesetzes verkümmert sind, ist die Übergangsperiode abgeschlossen. Es herrscht dann allein das Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie, während die Dualität von Eigentum und Besitz verschwunden ist und sich ein Prozeß gesellschaftlicher Aneignung unter Leitung der unmittelbaren Produzenten durchsetzt.

Anmerkung:

Im obenstehenden Text wird der Ausdruck »Wertgesetz« im herkömmlichen (d. h. im engeren) Sinn verwandt. Damit ist also die spezifische Form bezeichnet, die das Gesetz der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in Abhängigkeit von den Erfordernissen der Reproduktion und Umformung der Produktionsverhältnisse innerhalb von Gesellschaftsformationen annimmt, in denen kapitalistische Produktionsverhältnisse existieren (Formationen, in denen die Wertform im Produktionsprozeß selbst gegenwärtig ist, woraus sich die Rolle ergibt, die die »Produktionspreise« spielen). Diese Präzisierung ist notwendig, da der Begriff des »Wertgesetzes« mitunter in einem weiteren Sinn benutzt wird, um das Gesetz der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zu bezeichnen.

Im Zusammenhang mit dem Vorhergegangenen muß daran erinnert werden, daß die Wertform »ein antediluvianisches Dasein führt«, wie Marx sagt. Sie ist in der Tat in »vorkapitalistischen« Gesellschaftsformationen vorhanden ebenso wie sie im Verlauf der Übergangsperiode vorhanden ist. Dennoch gilt, daß nur, wenn die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, das Wertgesetz (im engeren Sinne) herrscht und folglich die Reproduktion und Transformation der materiellen und sozialen Bedingungen der Produktion regelt.

In anderen als kapitalistischen Gesellschaftsformationen, in denen die Wertform existiert, ohne jedoch den Produktionsprozeß durchdringen zu haben, verbindet sich das »Gesetz der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit«, das der Produktionsweise, die diese Gesellschaftsformation beherrscht, eigentümlich ist, mit den Auswirkungen der Warenbeziehungen; von daher die weitverbreitete Illusion, daß auch in diesen Gesellschaftsformationen das »Wertgesetz« interveniere, allerdings auf »andere Weise« als in Verhältnissen, in denen die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, und daß es folglich »mehrere

Wertgesetze« geben könne, nämlich das der kapitalistischen Produktionsweise und das der »einfachen Warenproduktion«. Die Vorherrschaft des Gesetzes der gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie ist selbstverständlich nicht »spontan«. Diese Vorherrschaft erfordert durch ihre Natur selbst die Intervention der politischen Ebene, und diese Intervention ist nur dann wirksam, wenn der Widerspruch zwischen dem Wertgesetz und dem Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie in adäquater Weise behandelt wird.

Dieser Widerspruch selbst stellt die Entwicklung (also die verwandelte Form) des Widerspruchs zwischen der Aneignungsweise und der Eigentumsweise dar. Genauer, er ist das Produkt einer bestimmten Verbindung von Eigentum, Besitz und Innehaltung der Produktionsmittel und der Verfügung über die Produkte. Die Auswirkungen dieser Verbindung hängen nicht allein von der ökonomischen Instanz ab, sondern auch von den politischen und ideologischen Instanzen. Ebenso hängt die Umformung dieser Verbindung nicht allein von der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte ab, sondern auch von Umformungen auf der politischen und ideologischen Ebene.

4. Ergänzende Bemerkungen zu den Begriffen Innehaltung, Besitz und Eigentum

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, verschiedene Typen der Verfügungsgewalt und der Verfügungsfähigkeit über die Produkte und Produktionsmittel zu unterscheiden, und innerhalb jeden Typs Grade und Höhen der Verfügungsgewalt und -fähigkeit; wir haben auch gesagt, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt und im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist, unsere Untersuchung in dieser Richtung weiterzuführen. Die folgenden Formulierungen müssen daher als provisorisch und unvollständig angesehen werden, sie sollen nur dazu dienen, einer tiefgreifenderen Analyse den Weg zu weisen. Wir schlagen vor, den Ausdruck »Innehaltung« der Produktionsmittel zur Bezeichnung des Verhältnisses der unmittelbaren Produzenten zu bestimmten Produktionsmitteln zu benutzen, und zwar insoweit diese Produktionsmittel direkt in den Arbeitsprozeß eingreifen, in den diese unmittelbaren Produzenten einbezogen sind.

Mit »Besitz« bezeichnen wir das Verhältnis bestimmter Agenten der Produktion (dabei kann es sich um unmittelbare Produzenten handeln oder auch nicht) und folglich der ökonomi-

schen Einheiten, die sie kontrollieren, zu den Produktionsmitteln, die innerhalb derselben eingesetzt werden, und zwar insoweit diese Agenten die *Arbeitsprozesse*, in die diese Produktionsmittel eintreten, sowie die *materiellen Bedingungen ihrer Reproduktion beherrschen*. Besteht *Identität* zwischen den *Inhabern* (*détenteurs*) der Produktionsmittel und den Trägern des Besitzverhältnisses, dann liegt die *Einheit* von Innehaltung und Besitz in *Gestalt des Besitzes* vor.

Unter »Eigentum« verstehen wir das Verhältnis bestimmter *Agenten der Produktion* und somit der ökonomischen Einheiten oder gesellschaftlichen Institutionen, die sie kontrollieren, zu den Produktionsmitteln, die innerhalb der so kontrollierten Produktionseinheiten eingesetzt werden, insoweit diese Agenten die *Produktionsprozesse*, in die diese Produktionsmittel eintreten, sowie die *gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Reproduktion beherrschen*. Besteht *Identität* zwischen den Trägern des Eigentumsverhältnisses und der Besitzverhältnisse, so liegt die *Einheit* von Eigentum und Besitz in *Gestalt des Eigentums* vor. Sind die Agenten des Besitzes oder des Eigentums keine unmittelbaren Produzenten, so sind die letztgenannten den Eigentums- und Besitzverhältnissen in *Gestalt der Trennung unterworfen*.

Anmerkung:

*Diese verschiedenen Verhältnisse stellen sich als Verhältnisse zwischen den verschiedenen Kategorien von Agenten und den Produktionsmitteln dar. Das ist ihr unmittelbarer Aspekt, er ist ohne weiteres aufzeigbar. Wir wissen jedoch, daß dieser Aspekt einen anderen verschleiert, der seine tatsächliche Wirklichkeit ist: die Beziehung der Agenten untereinander. Wenn diese verschiedenen Beziehungen unmittelbar Beziehungen zwischen Agenten und materiellen Produktionselementen sind, dann sind sie unbedingt Beziehungen von Agenten untereinander, d. h. gesellschaftliche Produktionsverhältnisse. Das ist deshalb der Fall, weil es die gesellschaftlichen Bedingungen sind, die nicht nur die verschiedenen Kategorien von Agenten zu den Produktionselementen in determinierte Verhältnisse setzen, die für die einen Verhältnisse der Zugehörigkeit, für die anderen Verhältnisse des Ausschlusses sind, sondern sie auch wieder in dieselben Verhältnisse setzen (les *replacent dans les mêmes rapports*). Diese sind also nicht »gelegentlich« oder »zufällig«, sondern gesellschaftlich bestimmt und reproduziert. Diese gesellschaftliche Reproduktion läuft über die Distribution der Produkte. Das ermöglicht es, davon zu sprechen, daß die Distributionsverhältnisse nur die Kehrseite der Produktionsverhältnisse sind.*

Die »Beherrschung« der Arbeits- und Produktionsprozesse

durch die Besitzer und Eigentümer der Produktionsmittel bedeutet nicht zwangsläufig eine »*Meisterung*« dieser Prozesse. Die »Beherrschung« beinhaltet die Fähigkeit einer Klasse von Agenten, auf bestimmte Prozesse im Sinne einer Modifizierung ihrer Struktur und Artikulation einzuwirken. Die »Meisterung« beinhaltet, daß die Agenten, die auf diese Weise bestimmte Prozesse modifizieren, damit die angestrebten Resultate erzielen. Eine derartige »Meisterung« hat selbstverständlich verschiedene Grade, die Grade der »Wirksamkeit« der Tätigkeit der Agenten sind.

Die Meisterung der Prozesse (und damit auch ihrer Resultate) hängt ab von der Entwicklung sowohl des Standes der Produktivkräfte als auch der *Struktur des Feldes Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte*: Nur eine bestimmte Struktur dieses Feldes (die der Entwicklung und dem Stand der Produktivkräfte entspricht) erlaubt ein effizientes Einwirken auf den *gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß*. Je höher der Grad der Vergesellschaftung der Produktivkräfte ist, desto mehr hängt die Beherrschung der verschiedenen einzelnen Produktionsprozesse davon ab, wie die Gesamtheit der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse gemeistert wird. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Planung zielt auf die Meisterung des gesellschaftlichen *Reproduktions- und Transformationsprozesses* der materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion ab. Diese gesellschaftliche Meisterung ist nicht nur abhängig von den »ökonomischen Bedingungen« (die das Feld Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse betreffen); sie hängt ebenfalls von den politischen und ideologischen Bedingungen ab.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Innehaltung, Besitz und Eigentum bezeichnen Vollzieherfunktionen bestimmter Klassen von Agenten (oder von Institutionen, die von diesen kontrolliert werden), die im Hinblick auf Arbeits- und Produktionsprozesse erfüllt werden, folglich bezeichnen sie also das *Verhältnis dieser Klassen zu den Produktionsmitteln*, die in diese Prozesse eintreten, und zu den *unmittelbaren Produzenten*, die darin einbezogen sind; sie bezeichnen somit die Verhältnisse dieser Klassen untereinander auf der Ebene der Produktion und der Ebene der Reproduktionsbedingungen.

Die *Einheit* der Arbeits- und Produktionsprozesse (beide sind nur zwei Seiten desselben Prozesses) erklärt, warum Besitz und Eigentum nicht »mechanisch getrennt« werden können. In einer konkreten Situation kann ihr jeweiliger Platz nur durch eine *differentielle Analyse* bestimmt werden (*analyse différentielle*); außerdem sind in der wirklichen Bewegung einer Gesellschaftsformation Besitz und Eigentum *Verlagerungen* (*déplacements*) unterworfen. Diese hängen mit den Veränderungen zusammen, die sich auf den *verschiedenen Ebenen* der Ge-

sellschaftsformation ergeben, somit also mit den Auswirkungen des ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes. So kann die Pluralität der Machtbefugnisse, die dem Eigentum entspricht, Anlaß zu *Dissoziationen* geben, indem bestimmte Kategorien von Agenten einen bestimmten Typus von Machtbefugnissen und eine andere Kategorie einen anderen Typus von Machtbefugnissen innehaben. Ebenso kann es — ohne daß unmittelbar »sichtbare« »ökonomische« Veränderungen dazwischentreten — zu einer »Expropriation« einer Kategorie von Agenten kommen, die Eigentümer von Produktionsmitteln waren, wobei sie eines Teils oder der Gesamtheit ihres Eigentums dadurch verlustig gehen, daß dieses unter die politische und ideologische Herrschaft einer anderen Klasse von Agenten fällt. Selbstverständlich wird diese »Expropriation« auch ihre Auswirkungen auf die »ökonomische Ebene« haben, jedoch können diese nur in einer »Verschiebung« in Erscheinung treten; die Transformationen, die sich auf einer bestimmten Ebene ergeben, vollziehen sich in der für diese Ebene »charakteristischen Zeit«.

Anmerkung:

Das Problem der Dissoziation der Pluralität der Machtbefugnisse, die dem Eigentum entsprechen, kann hier nicht angegangen werden. Es muß jedoch betont werden, daß es sich hierbei um ein sehr wichtiges Problem handelt, sowohl unter dem Gesichtspunkt der Auflösung einer Produktionsweise, als auch unter dem des Übergangs der Vorherrschaft einer Produktionsweise zu der einer anderen. In kapitalistischen Gesellschaftsformationen rufen die Aktiengesellschaften eine Reihe von Auflösungen des Eigentums an Unternehmen hervor, da verschiedene Kategorien von Agenten Träger verschiedener Machtbefugnisse sind: in dem Maße, wie die Verteilung dieser Machtbefugnisse instabil ist, stellen diese verschiedenen Kategorien von Agenten keine unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen dar, sondern eine einzige Klasse. Ebenso können in den Gesellschaftsformationen im Übergang, wenn die Agenten, die Träger des Staatseigentums sind, eine derartige Autonomie gegenüber den unmittelbaren Produzenten erlangt haben, daß sie eine Staatsbourgeoisie darstellen, die verschiedenen Machtbefugnisse, die diesem Staatseigentum entsprechen, sich auffächern in verschiedene Kategorien von Agenten: Unternehmensdirektoren, Trustdirektoren, Leiter von wirtschaftlichen Verwaltungsbehörden, Leiter von Ministerien und Planungsorganen etc. Solange die Verteilung der Machtbefugnisse unter diesen Agenten instabil ist, stellen diese verschiedene Kategorien innerhalb derselben gesellschaftlichen Klasse dar.

Aus dem zuvor Gesagten geht hervor, daß das Eigentum des

Arbeiterstaats (insoweit es Produktionsverhältnis ist) die Vollzieherrolle bezeichnet, die staatliche Institutionen, die der Kontrolle und Leitung der unmittelbaren Produzenten unterworfen sind, im Hinblick auf die Produktionsprozesse erfüllen. Die *Modalitäten* und die *Wirksamkeit* dieser Kontrolle können verschieden sein. Eines der wesentlichen Probleme des Übergangs zum Sozialismus ist, eine solche Transformation der Formen dieser Kontrolle und Leitung zu sichern, daß diese sich mehr und mehr *konsolidieren*. Diese Konsolidierung kann nicht Resultat eines spontanen Prozesses sein. Sie verlangt im Gegenteil einen *permanenten Kampf gegen die Tendenzen zur Trennung* von Kontrolle, Leitung und Ausführung. Diese Tendenz ist selbst in die ideologischen Verhältnisse eingefügt, die von den Institutionen (ökonomischen, ideologischen und selbst politischen) reproduziert werden, die das Erbe der von Nicht-Arbeitern beherrschten Gesellschaften sind, denn diese Institutionen werden nicht sofort von den Arbeitern »revolutioniert« und geleitet; im allgemeinen sind sie dazu auch nicht in der Lage.

Der *Übergang zum Sozialismus* kann also nur dann stattfinden, wenn ein *Komplex von* ökonomischen, ideologischen und politischen *Umformungen* eine *wachsende Kontrolle der Arbeiter* über die Produktionsmittel und Produkte gewährleistet. Ein solcher Komplex von Umformungen führt zur Entwicklung eines Prozesses der *gesellschaftlichen Aneignung*, die sich unter der Leitung unmittelbarer Produzenten vollzieht, und damit zur Entfaltung des *Gesetzes der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie*. Dieses stellt ein fundamentales Gesetz der entwickelten sozialistischen Wirtschaft dar. Seine Intervention impliziert die verallgemeinerte Anwendung eines »direkten ökonomischen und gesellschaftlichen Kalküls«, eines ökonomischen Kalküls, der nicht den »Umweg« über das Wertgesetz nimmt, d. h. ein ökonomischer Kalkül, wie ihn Engels in dem eingangs zitierten Text beschrieben hat.

Die hier gemachten Anmerkungen führen uns dazu, eine Reihe von Thesen zu formulieren, die das Problem der ökonomischen Gesetze in der Übergangsperiode betreffen.

5. Zu den ökonomischen Gesetzen der Übergangsperiode

Unser Ziel ist es nicht, hier eine umfassende Diskussion des Problems der ökonomischen Gesetze der Übergangsperiode zu führen. Das würde uns weit von unserem Hauptgegenstand abbringen. In der Tat würde diese Diskussion von uns ein

genaueres Studium der verschiedenen, weiter oben angegebenen Formulierungen bezüglich der ökonomischen Gesetze des Sozialismus verlangen; wir beschränken uns daher auf einige Bemerkungen zu diesen Formulierungen.

Aus ihnen geht hervor, daß das, was von uns »das Gesetz der gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie« genannt wurde, eine besondere, vorübergehende und instabile Form der Verbindung des Wertgesetzes mit dem Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie darstellt. Nur die *konkrete Analyse der objektiven Bedingungen dieser Verbindung* erlaubt es, den Platz zu bestimmen, der dem Wertgesetz zukommen kann und muß, und die Art und Weise, in der die Wertform gesellschaftlich in Anwendung gebracht werden kann.

Wir haben gesehen, daß eine der Modalitäten der gesellschaftlichen Anwendung des Wertgesetzes in der Bildung von *Planpreisen* besteht. Diese Preise müssen, um die erwartete Rolle (d. h. eine aktive Rolle bei der gesellschaftlich gesteuerten Transformation des Feldes Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse) spielen zu können, in erster Linie *nicht die Erfordernisse des Wertgesetzes zum Ausdruck bringen, sondern die der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie*, d. h. konkret, des Wirtschaftsplanes, oder allgemeiner, der *Wirtschaftspolitik*.⁴⁴

Diese letzte These bedeutet, daß die Politik beim Übergang zum Sozialismus über die Ökonomik herrschen muß (*doit commander à l'économie*); daß also die *Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit* nicht von den Erfordernissen der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse beherrscht wird (die noch in den Warenbeziehungen, im Lohnverhältnis und in der Form des Unternehmens vorhanden sind, obwohl sie nur eine zweitrangige und untergeordnete Rolle spielen), sondern von den Erfordernissen des Aufbaus des Sozialismus. Dieser Aufbau impliziert die zunehmende Kontrolle der unmittelbaren Produzenten über die Produktion und somit auch die Entwicklung der Produktion im Dienst der gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Produzenten. Unter »Bedürfnissen der Produzenten« ist natürlich nicht nur zu verstehen, was zur »individuellen« Konsumtion sowie zur produktiven Konsumtion, sondern auch, was zur Produktionssteigerung notwendig ist, sowie alles, was zur Festigung des Arbeiterstaates — auch auf internationaler Ebene — erforderlich ist, wobei die Gesamtheit dieser Erfordernisse und Bedürfnisse *politisch eingeschätzt* wird.

Wenn dies der Fall ist, dann erfüllt das Wertgesetz lediglich eine sekundäre Funktion: es ist vor allem dann nicht das Wertgesetz, das Form und Ausrichtung der Akkumulation bestimmt, was unter anderem bedeutet, daß die Investitionsplanung nicht mehr einem (finanziellen oder monetären) »Rentabilitätskrite-

rium« unterworfen ist; an die Stelle dieses Kriteriums tritt ein Kriterium ganz anderer Natur: das der *gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit*.

Anmerkung:

Über eine andere Art der Analyse finden wir so einige der Schlußfolgerungen wieder, zu denen auch J. Stalin in den oben zitierten Werken Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR kam. Es sind insbesondere die folgenden:

»Das alles zusammengekommen führt dazu, daß der Wirkungsbereich des Wertgesetzes streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann.« (op. cit. S. 23)

»Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft das Wertgesetz angeblich die »Proportionen« der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionsweisen reguliere.« (op. cit. S. 25) Man darf die »Rentabilität« nicht »vom Standpunkt einzelner Betriebe und Produktionszweige« betrachten »und nicht den Maßstab eines Jahres« anlegen, sondern muß sie »vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft« betrachten »und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegen.« (op. cit. S. 25)

Diese »Rentabilität«, die keine monetäre oder finanzielle Rentabilität ist, habe ich hier mit dem Ausdruck »gesellschaftliche und politische Wirksamkeit« bezeichnet.

Bevor wir untersuchen, was sich aus dem Vorausgegangenen für den monetären und ökonomischen Kalkül ergibt, möchte ich hinzufügen, daß ich deshalb die Begriffe des Gesetzes der »gesellschaftlichen Leitung« und des Gesetzes der »gesellschaftlichen Regulierung« vorgeschlagen habe, weil sie mir eher der wirklichen Bewegung Rechnung zu tragen scheinen als die Bezeichnung des »Gesetzes der harmonischen Entwicklung der Volkswirtschaft«, wie sie in dem oben zitierten Werk vorgeschlagen wird. Denn eine harmonische Entwicklung ist in der Tat nur die Folge einer richtigen gesellschaftlichen Regulierung, nicht das unmittelbare und notwendige Ergebnis einer Struktur, sondern das Produkt einer *politischen Aktion*, die durch eine bestimmte Struktur ermöglicht, aber eben nur ermöglicht wurde.

6. Wertgesetz, ökonomischer Kalkül und monetärer Kalkül

Wenn das Wertgesetz (im genau definierten Sinn eines »Gesetzes, das die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend den Erfordernissen der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse regelt«, insbesondere über ein Preissystem, das den Erfordernissen dieser Reproduktion entspricht) eine sekundäre Funktion erfüllt, bedeutet das einerseits, daß *diese Funktion existiert*, daß also die *Wertform und die Preisform eine tatsächliche Rolle spielen*, aber das bedeutet auch andererseits, daß *diese Funktion modifiziert ist*; und zwar derart, daß, wenn sich der Übergang in Richtung auf den Sozialismus bewegt, die Preise nicht mehr ausschließlich und nicht einmal hauptsächlich durch den *Markt* bestimmt werden können, sondern durch den *Plan*.

Die Preise und das Geld »unterdrücken« (»supprimer«) zu wollen, hieße, die spezifische Struktur der Ökonomie in der Übergangsperiode zu verkennen, das hieße, die relative Unabhängigkeit der Produktionsprozesse und damit die Funktionen zu verkennen, die die ökonomischen Einheiten, insoweit sie Besitzer von Produktionsmitteln sind, noch notwendig erfüllen müssen.

Weigerte man sich, die Preise den Erfordernissen des Plans zu unterwerfen, würde man gleichermaßen die Struktur der Ökonomie der Übergangsperiode verkennen. Das hieße, sich zu weigern, das Eigentum des Arbeiterstaates aktiv einzusetzen, das hieße also, zuzulassen, daß sich der Besitz der Produktionsmittel in ein unter die Unternehmen aufgeteiltes Eigentum verwandelt und damit in ein Eigentum, das nicht das der unmittelbaren Produzenten sein kann, denn diese werden unter diesen Bedingungen den Erfordernissen der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse unterworfen (die z. B. diese oder jene Änderung des Umfangs der *Beschäftigung und der Produktion aufzwingen* würden).

Zwei wesentliche Punkte müssen hier hervorgehoben werden:

1. Die Ersetzung des »Rentabilitäts«kriteriums durch das Kriterium der *gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit* bedeutet nichts anderes als die Ersetzung des *monetären Kalküls* durch einen *gesellschaftlichen und ökonomischen Kalkül*. Eines der Ziele des gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls ist es folglich, eine *Einschätzung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit* dieses oder jenes Komplexes von Maßnahmen, die zu treffen sind oder schon getroffen wurden, möglich zu machen. Eine solche Einschätzung muß, um überhaupt einen Sinn zu haben, vom *jeweils existierenden Preissystem unabhängig* sein, denn sie muß eventuell dazu dienen,

die bestehenden Preise zu ändern und neue Planpreise aufzustellen.

2. Wenn der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül sich auch im Prinzip unabhängig vom bestehenden Preissystem vollzieht und gestattet, einen Komplex von Zielsetzungen für die Produktion und Konsumtion zu erstellen, die in sich kohärent sind und mit den politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen übereinstimmen, so ist — ausgehend von diesem Kalkül — nichtsdestoweniger die Aufstellung eines Preissystems notwendig (das es ermöglicht, monetäre Kalküle durchzuführen), denn der eigentliche gesellschaftlich-ökonomische Kalkül läßt sich nicht anders als auf »gesellschaftlicher Stufenleiter« bewerkstelligen. Nun bedeutet aber die Existenz von »Unternehmen« der Produktion (und ökonomischen Einheiten der Konsumtion) in der Übergangsperiode einerseits, daß die Produktions- und Konsumtionsprozesse in voneinander relativ unabhängiger Weise ablaufen, und daß andererseits die Bedingungen, unter denen sie ablaufen, relativ variabel sind und »individuell« schwierig vorzubestimmen sind, obwohl sie Gegenstand globaler statistischer Vorausberechnungen sein können. Ein Preissystem ist unbedingt notwendig, damit den Unternehmen und Konsumtionseinheiten ermöglicht wird, ihre Aktivitäten so *auszurichten*, daß sie sich (trotz ihrer relativen Unabhängigkeit) plankonform verhalten. Ein solches System muß den Agenten, die diese relativ unabhängigen Prozesse beherrschen, *das Wissen vermitteln, unter welchen Bedingungen diese Arbeitsprozesse in der den Erfordernissen des Plans am besten entsprechenden Weise ablaufen können*. Das läßt sich — zumindest annähernd — durch ein Preissystem erreichen, das so beschaffen ist, daß die Agenten, die bestimmte Produktionsprozesse beherrschen, bei einer Minimierung ihrer Kostpreise sicher sein können, diejenigen Techniken und Mittel zu verwenden, *die politisch und gesellschaftlich am wirksamsten sind*; und das, ohne jedesmal andere Produktionseinheiten oder Institutionen »konsultieren« zu müssen, was praktisch unmöglich ist.

Anmerkung:

Wenn gesagt wurde, daß der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül (im Gegensatz zum monetären Kalkül) nur auf gesellschaftlicher Stufenleiter durchführbar ist, heißt das nicht, daß dieser Kalkül direkt auf der Ebene einer Gesellschaftsformation (eines Landes beispielsweise) intervenieren muß. Es scheint im Gegenteil in der Praxis notwendig zu sein, daß eine Verbindung (in Form einer Überlagerung) von Kalkülen existiert, die in »gesellschaftlichen Einheiten des Kalküls« mit relativ beschränktem Umfang durchgeführt werden, und anderen Kalkü-

len, die auf einer, mehrere dieser Einheiten umfassenden Ebene durchgeführt werden, bis zu einer Ebene, die die Totalität der gesellschaftlichen Einheiten des Kalküls umfaßt. Der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül erfordert in der Tat, daß ein direkter Vergleich zwischen den verschiedenen möglichen Aktivitäten, die effektiv ersetzbar sind, erreicht wird, sowie ein Vergleich der möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen (dazu gehören selbstverständlich auch die Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzenten) dieser Aktivitäten und ihrer Verbindungen. Nun ist aber ein Teil dieser Vergleiche nur bedeutsam für gesellschaftliche Einheiten relativ geringen »Umfangs«, während andere Vergleiche auf einer höheren Stufe geführt werden müssen; dazu gehört auch der Vergleich auf der Stufe der Gesellschaftsformation in ihrer Gesamtheit. Berechnungen, die auf dieser Ebene durchgeführt werden, haben nur dann einen Sinn, wenn sie sich auf die gesellschaftlich-ökonomischen Kalküle stützen, die auf der Ebene der verschiedenen gesellschaftlichen Einheiten des Kalküls durchgeführt worden sind. Die durch diese verschiedenen Kalküle aufgeworfenen Probleme müssen in einem späteren Text näher untersucht werden.

Das Vorangegangene bedeutet einerseits, daß die Wertform benutzt wird, um auf die Produktion einzuwirken, d. h. auf solche Aspekte der Produktion, die nicht Gegenstand einer unmittelbaren gesellschaftlichen Leitung sein können. Es heißt andererseits, daß das Wertgesetz (im strengen Sinn) die Produktion nicht »reguliert«, wie es vermittle der »Marktpreise« geschieht.⁴⁵

Daraus geht hervor, daß die Existenz eines Systems von Planpreisen und der wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Verhältnisse, die bewirken, daß dieses System eingehalten wird und eine tatsächliche Rolle spielt, eine sekundäre Form des monetären Kalküls hervorbringt. Es handelt sich dabei um einen »Kalkül in Preisen«, der sich offenbar auf gleiche Weise abwickelt wie ein »Kalkül in durch den Markt gegebenen Preisen«. Da jedoch die Preise nicht »durch den Markt gegeben sind«, sondern durch den Plan festgesetzt sind, weist der »Kalkül in Preisen«, obwohl er in monetären Ausdrücken durchgeführt wird, auf andere als bloße Warenverhältnisse hin, nämlich auf Planverhältnisse. Wenn die letztgenannten und die ihnen entsprechenden Planpreise das Resultat eines ökonomischen Kalküls sind, dann sind die ausgehend von Planpreisen und den Planzielen durchgeführten monetären Kalküle in Wirklichkeit indirekte ökonomische Kalküle, d. h. solche, die, obwohl in Geld durchgeführt, doch ökonomische Kalküle sind. In meinem Buch über den Übergang zur sozialistischen Wirt-

schaft *La transition vers l'économie socialiste* habe ich einige der Bedingungen angegeben, unter denen sich ein System von Planpreisen, die dem Kriterium der politischen und gesellschaftlichen Wirksamkeit genügen, errichten läßt. Was ich damals ausführte, bedarf sicher bestimmter Berichtigungen und einer Reihe ergänzender Ausführungen, die in einem späteren Text Platz finden müssen. Mein Ziel in der vorliegenden Arbeit ist es, besser als ich es in dem oben zitierten Buch leisten konnte, die Natur der verschiedenen Typen von Kalkülen und ihre Beziehungen zu den Strukturen der Gesellschaftsformation in der Übergangsperiode sichtbar zu machen. Ich komme jetzt auf diese Frage zurück.

IV. Die Strukturen der Produktionsprozesse, das Geld und der Plan

Die Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist nicht gekennzeichnet durch eine relativ strenge Artikulation der Produktionsprozesse, sondern durch die relative Unabhängigkeit einer großen Zahl dieser Prozesse. Aus eben diesem Grund kann ein Teil der Produktionsmittel nicht *a priori* auf gesellschaftlich wirksame Weise unter die ökonomischen Einheiten der Produktion und Konsumtion verteilt werden, deshalb auch interveniert das Geld in diesen Distributionsprozeß, der selbst integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist. Wenn das Geld in die Beziehungen zwischen den ökonomischen Einheiten eingreift, können diese je nach dem Bedarf der Produktionsprozesse, die sich in ihnen vollziehen, bestimmte Produkte »erwerben«, also auch dann, wenn diese Produkte für sie notwendig sind.

Die Struktur der Produktionsprozesse in der Übergangsperiode und die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Artikulation sind eine Erklärung dafür, daß selbst, wenn die Produktionsmittel *a priori* verteilt werden, diese einen Preis haben können, der keinesfalls »fiktiv« ist, denn die ökonomischen Einheiten müssen ihn (selbst wenn ihnen die Produkte auf dem Weg der Verteilung zugewiesen sind) entweder tatsächlich bezahlen oder aber in ihren Kostpreis-, Amortisationsberechnungen etc. berücksichtigen. Wenn ein System signifikanter Preise fehlt (d. h. ein System, das mit den Produktionsbedingungen und Erfordernissen der Planung übereinstimmt), wäre überhaupt keine gesellschaftliche Kontrolle über die Verwendung der Arbeitsprodukte durch die Unternehmen möglich, was die

Planung selbst unmöglich machen würde. Wenn das Preissystem *allgemein* ist und wenn die Preise *tatsächlich* gezahlt werden, existiert *Geld*, das die *Funktion eines allgemeinen Äquivalents* hat. Diese Funktion als allgemeines Äquivalent kann übrigens nur potentiell sein. Das ist z. B. immer dann so, wenn ökonomische Organismen einen Komplex von *Regeln* auferlegen, die begrenzen oder spezifizieren, wozu und in welchem Umfang die ökonomischen Einheiten die ihnen zur Verfügung stehenden Gelder benutzen.

Allgemein läßt sich sagen, daß diese Regeln darauf abzielen zu gewährleisten, daß die Rolle der *Bestätigung* des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit, die der *Verkauf* eines Produktes spielt, soweit wie möglich übereinstimmt mit der Rolle der *Antizipation* dieses gesellschaftlichen Charakters, die der ökonomische Plan spielt. In dem Maße, wie der Plan seine antizipierende Funktion wahrnimmt, ist die Arbeit nicht mehr nur gesellschaftliche Arbeit, sondern nach dem Ausdruck von Marx *vergesellschaftete Arbeit*. Mit diesem Ausdruck wird die Tatsache bezeichnet, daß die Arbeit unter der Kontrolle der assoziierten Produzenten verausgabt wird.

Der Funktion des Geldes als *allgemeinem Äquivalent* (zumindest potentiell), die es zwischen den ökonomischen Einheiten erfüllt, steht die Funktion als *Rechenkategorie* gegenüber, die es in den Beziehungen zwischen den »technischen Einheiten« (z. B. zwischen den verschiedenen »Werkstätten« oder Abteilungen einer Fabrik) wahrnimmt. Der Ausdruck »technische Einheiten« (vgl. oben S. 100) wurde gewählt, weil die *Unterteilung* einer ökonomischen Einheit in »technische Einheiten« in der Hauptsache technisch determiniert ist. Jedoch enthält eine solche Unterteilung *auch gesellschaftliche Bestimmungen*: sie kann tatsächlich je nach den ideologischen und politischen Verhältnissen verschieden sein. So kann sie etwa entweder ein Mittel der Konsolidierung der Herrschaft der Produzenten oder der Nichtproduzenten über die Teilung der Arbeit innerhalb einer gegebenen ökonomischen Einheit sein. Die »technischen Einheiten« erfüllen also hauptsächlich technische Funktionen (der materiellen Produktion), aber auch politische (der Leitung) sowie ideologische. Folglich sind die Bedingungen, unter denen sie unterteilt sind, weit davon entfernt, »rein« technischer Natur zu sein.

In den Beziehungen zwischen den technischen Einheiten einer ökonomischen Einheit erfüllt das Geld hauptsächlich die Funktion der Rechnungsführung. Diese Rechnungsführung führt nicht zur Einschaltung »effektiver« Preise, d. h. sie führt nicht zu Zahlungen. Das Geld ist hier gewissermaßen *imaginär*. Es dient nicht der Ausführung von Vorschriften; es ist kein »Instrument«, das den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit« bestätigt.

Unter diesen Bedingungen sind die Preise in den Beziehungen der Werkstätten untereinander im wesentlichen Ausdruck der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit; Verausgabungen, deren Einschätzungsbedingungen gesellschaftlich festgesetzt wurden.

Anmerkung:

Wenn wir sagen, daß die Preise der zwischen den technischen Einheiten einer ökonomischen Einheit zirkulierenden Produkte Ausdruck der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit sind, so heißt das, daß es sich hier nicht um eine einfache »Übersetzung in monetäre Ausdrücke« der effektiven, für die verschiedenen Produkte erforderlichen Arbeitsverausgabung handelt, sondern um etwas viel Komplexeres (wie es der Wert der Produkte selbst ist), das nicht beurteilt werden kann, ohne den Verbindungen der Produktionen untereinander (l'interconnexion des productions) sowie ihrer konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen Rechnung zu tragen.⁴⁶ In dem Maße, wie diese Preise nicht durch den Markt »gegeben« sind, sondern sich aus gesellschaftlichen Einschätzungen ergeben, die den Erfordernissen einer durch die Planung konkretisierten ökonomischen Politik entsprechen, sind die Preise nicht mehr ganz und gar »Preise«. Sie sind es z. T. jedoch noch deshalb, weil sie in Geld »ausgedrückt« werden.

Auf der Ebene der technischen Einheiten sind also die Preise wesentlich Instrumente der Buchführung, denn die Produktion dieser verschiedenen Einheiten wird nicht auf ihrer Ebene determiniert. Diese Determination bildet eine der *Leitungsfunktionen* der ökonomischen Einheit.

Anmerkung:

Die Notwendigkeit einer »Leitung« ergibt sich objektiv aus der Kooperation der Arbeiter, die an der Gesamtheit der in einer gegebenen ökonomischen Einheit stattfindenden Prozesse beteiligt sind. Je nach den vorherrschenden politischen und ideologischen Verhältnissen kann diese Leitungsfunktion von verschiedenen gesellschaftlichen Organen wahrgenommen werden (dem Direktor, dem Direktionskomitee, dem revolutionären Komitee etc.). Ein solches Organ hat die Aufgabe, die Arbeitsprozesse innerhalb der ökonomischen Einheit zu koordinieren und diese gegenüber den anderen ökonomischen Einheiten und sonstigen Institutionen zu »vertreten«. Dadurch spielt dieses Organ eine aktive Rolle in der Artikulation der Produktionsprozesse der von ihm geleiteten ökonomischen Einheit sowie der »außerhalb« dieser ökonomischen Einheit liegenden Produktionsprozesse.

Diese Doppelfunktion der Leitung im Innern und der Artikulation nach außen stellt sich in Form der »Verwaltung« dar.

Diese ist immer den externen gesellschaftlichen Erfordernissen entweder des »Marktes« oder des »Plans« untergeordnet. Im Rahmen der Planung hat diese Unterordnung direkt politischen Charakter, da der Plan konkreter Ausdruck einer ökonomischen Politik ist.

Die Funktion der Leitung eines Unternehmens »setzt sich« nicht von selbst »durch«. Sie ist nur unter bestimmten Bedingungen gewährleistet: als erste Bedingung eine bestimmte *Struktur der Arbeitsprozesse*, die aus dem »Unternehmen« eine *tatsächliche* (einfache oder komplexe) *ökonomische Einheit* macht, weiterhin bestimmte ideologische und politische Verhältnisse, durch die die *Autorität* der Leitung sich durchsetzt, d. h. ihre *Macht*.

Ist die Macht der Leitung eines Unternehmens im Verlauf der Übergangsperiode nicht tatsächlich wirksam, kann das Funktionieren des Geldes in den Beziehungen der ökonomischen Einheiten untereinander selbst die Beziehungen zwischen den technischen Einheiten beeinträchtigen (z. B. infolge fehlgeleiteter Produkte, die nach außen verkauft wurden).

Daß solche Erscheinungen möglich sind, bestätigt die Funktion des Geldes als *potentielles allgemeines Äquivalent*. Selbst innerhalb des Unternehmens kann diese potentielle Funktion zur Wirklichkeit werden, wenn die Macht der Leitung der Unternehmen nicht mehr gesichert ist.

In den Beziehungen der ökonomischen Einheiten untereinander können Fälle von *Übertretung der Grenzen, die der Funktion des Geldes als allgemeinem Äquivalent gesellschaftlich gesteckt wurden*, objektiv mit größerer Häufigkeit auftreten, und zwar deshalb, weil auf dieser Ebene das Geld fortwährend als *Zahlungsmittel* eingesetzt wird, was seinen Grund hat in der Natur der Beziehungen, die sich zwischen den ökonomischen Einheiten herstellen.

Eines der Probleme, die sich in den Gesellschaftsformationen in der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus ergeben, ist daher, zu gewährleisten, *daß das Geld in den Grenzen der Funktionen beschränkt bleibt, die ihm zukommen müssen*. Die Mißachtung dieser Grenzen kann zur vollständigen *Autonomie* der ökonomischen Einheiten führen, d. h. zu ihrer Nichtunterordnung unter den Plan.

Der *Widerspruch zwischen »Geld« und »Plan«* stellt, so lange wie die Intervention des Geldes zum Funktionieren der Wirtschaft noch notwendig ist, nur eine der Formen dar, in denen sich der Widerspruch zwischen *Warenverhältnissen* und *Planverhältnissen* und damit auch der Widerspruch zwischen dem Wertgesetz und dem Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie manifestiert.

Wie wir schon feststellten, handelt es sich hierbei um einen objektiven Widerspruch, den zu »leugnen« zu nichts führt, und den »abschaffen« zu wollen, z. B. durch die Unterdrückung der monetären Operationen zwischen staatlichen Unternehmen, dermonetär wäre. Eine solche Unterdrückung würde die »Unübersichtlichkeit« der Wirtschaft nur verstärken, da die Funktionen des Geldes weiter unter anderen Formen erfüllt würden, sie wären jedoch nicht mehr erkennbar oder beherrschbar. Würde man sich weigern sie zu sehen, würde man sie in eine »ökonomische Parallelwelt« verdrängen.

Das wirkliche Problem ist also, zu jedem Zeitpunkt unter Berücksichtigung des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte und der *Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse*, objektiv *die Bedingungen zu bestimmen, unter denen es möglich ist, das Geld auf diejenigen Funktionen zu beschränken, die es erfüllen kann, wobei es gleichzeitig zur Realisierung des Plans beiträgt*. Die nähere Untersuchung dieses Problems würde uns aus dem Bereich unserer gegenwärtigen Untersuchung herausführen. Dennoch muß hier betont werden, daß aufgrund der Struktur der Gesellschaftsformationen in der Übergangsperiode diese Bedingungen *zugleich* abhängig sind von der politischen Ebene (z. B. von den Modalitäten und der Qualität der Kontrolle, die über die Institutionen ausgeübt wird, denen monetäre Funktionen übertragen werden), und von den *Formen*, in denen diese Ebene in die ökonomische Ebene eingreift (z. B. von einer richtigen Planung der Preise und der Versorgung) sowie schließlich von der ideologischen Ebene (Disziplin, Ehrlichkeit, Sinn für das öffentliche Interesse etc.).

Die effektive Intervention des Geldes in die Beziehungen zwischen ökonomischen Subjekten bedeutet, daß man sich nicht wie Stalin in einem oben zitierten Text damit begnügen kann zu sagen, daß der Staat die »Produktionsmittel« unter die produktiven ökonomischen Einheiten »verteilt«. Faktisch, wie wir wissen, *verteilt er im allgemeinen auch Geld*, meistens durch die Kanäle des Staatshaushaltes und des Banksystems. Mit diesem Geld können die ökonomischen Einheiten die Produktionsmittel – hauptsächlich die Arbeitsgegenstände, *deren sie bedürfen* – kaufen, wobei sie im Prinzip die *Qualität* dieser Mittel und den *Zeitpunkt*, zu dem sie diese kaufen, ihrem Bedarf anpassen.

Die Intervention des Geldes und der Warenkategorien ist also keineswegs nur »imaginär« oder bloß »rechnerisch«, sie ist *effektiv*, und zwar deshalb, *weil diese Intervention von der Struktur der Produktionsprozesse aufgezwungen ist*. Die Struktur ist derart beschaffen, daß eine *direkte Verteilung* der Arbeitsmittel und -gegenstände in *Naturalform* allgemein unvereinbar wäre mit einem *gesellschaftlich wirksamen* Einsatz dieser Produktionsmittel.

Wenn hier gesagt wird, daß die produktiven ökonomischen Einheiten »im Prinzip« die *Qualität* der Produkte, die sie kaufen, und den *Zeitpunkt*, zu dem sie diese kaufen, ihrem Produktionsbedarf anpassen können, dann deshalb, weil man in der Praxis vieler Übergangsgesellschaften glaubte, die Entscheidungen der ökonomischen Einheiten durch Entscheidungen von Organismen außerhalb dieser Einheiten ersetzen zu können. Das hat oft zur Folge, daß *die an die ökonomischen Einheiten durchgeführten Lieferungen nicht ihrem Bedarf angepaßt werden*, ohne daß eine politische Notwendigkeit dazu besteht.

In der Tat ist es eine Sache, ob Planungsorgane *a priori* eine Verteilung der Arbeitsgegenstände durchführen (diese Organe erfüllen dann Funktionen der *Verwaltung*), und es ist eine *andere* Sache, wenn diese Organe zu der Warenzirkulation bestimmte *Verteilungsregeln* hinzufügen (Kontingentierung des Gebrauchs bestimmter Güter, vorrangige Zuteilung bestimmter Produktionsmittel an bestimmte Fabriken etc.), was von der Planung abhängig ist.

Es ist offensichtlich falsch, die Durchsetzung bestimmter Regeln der Verteilung mit einer objektiven Transformation der Artikulation der Produktionsprozesse zu verwechseln — einer Transformation, die das Verschwinden der Wertform ermöglichen würde. Faktisch bringt die Anwendung von Verteilungsregeln oft, wenn sie ein *gestörtes Gleichgewicht* zwischen den verfügbaren Mengen und dem Bedarf zur Ursache hat, d. h. »Knappheiten« oder »mangelnde Abstimmung« (*désajustements*), objektiv die *Folgen einer mangelnden Koordination* der Produktionsprozesse zum Ausdruck. Die *Reglementierung* zielt *in dem Fall darauf ab, die Auswirkungen einer mangelnden Koordination zu begrenzen*, die jene *Grenzen* überschreiten, innerhalb derer das *Geld* seine Funktion in *Übereinstimmung* mit den Imperativen des *Plans* erfüllen kann.

Es muß im übrigen hervorgehoben werden, daß die staatliche Reglementierung nur eine der möglichen Arten einer gesellschaftlich befriedigenden Verteilung der in relativ unzureichenden Mengen verfügbaren Produkte darstellt. Sie stellt eine Form der Intervention dar, die sich von »außen« den ökonomischen Einheiten aufzwingt und die einen eventuellen Rückgriff auf *rechtliche Sanktionen* impliziert.

Eine andere Art der Verteilung setzt die *Entwicklung sozialistischer ideologischer Verhältnisse* voraus; sie wird gebildet durch die *Kooperation der Produktionseinheiten* im Hinblick auf die optimale gesellschaftliche Realisierung eines Komplexes wirtschaftlicher und politischer Ziele. Eine derartige Kooperation gewährleistet eine »sozialistische Interdependenz« der Produktionseinheiten (die folglich weder eng »technisch« noch

»ökonomisch« ist). Die Verallgemeinerung einer solchen Kooperation entspricht, so scheint es, einem neuen Entwicklungs- »stadium« der Gesellschaftsformationen im Übergang zum Sozialismus, das durch die zunehmende Einschränkung des Wirkungsbereichs sowohl des Geldes als auch der Staatsintervention gekennzeichnet ist, wie durch eine *Ausdehnung des Wirkungsbereichs der unmittelbaren Produzenten*, ihrer Herrschaft über die Bedingungen der Produktion und Reproduktion.

Ganz allgemein zeugt die Existenz von Reglementierungsmaßnahmen, die sich zugleich dem Plan und dem Geld überlagern, in der ersten Phase des Übergangs von einer Schwäche der *gesellschaftlichen Herrschaft* über die Gesamtheit der Produktionsprozesse. Diese Schwäche bringt für den sozialistischen Staat die Notwendigkeit mit sich, der Auswirkung des Wirkungsbereichs der Warenkategorien *reglementierende Maßnahmen* entgegenzustellen. Blieben diese aus, dann würden die Warenbeziehungen zwischen den Produktionseinheiten eine zunehmend größere Rolle spielen, so daß die Aktivitäten der ökonomischen Einheiten immer weniger den Erfordernissen des Plans entsprächen und immer mehr denen des Wertgesetzes.

Es ist indes klar, daß *über einen bestimmten Grad mangelnder Abstimmung der verschiedenen Produktionsprozesse hinaus reglementierende Maßnahmen nicht mehr wirksam sein können: es sind die objektiven ökonomischen Mißverhältnisse selbst, die verringert werden müssen*. Die Weigerung, diese Notwendigkeit anzuerkennen, kann zu einer mehr oder weniger starken Desorganisation der Wirtschaft führen und unter Umständen zu vergeblichen Versuchen, »das Geld abzuschaffen«, wobei das Geld gewissermaßen »verantwortlich« gemacht wird für das gestörte Gleichgewicht, das es lediglich zum Ausdruck bringt.

Das bestätigt, was weiter oben gesagt wurde. Das rechtliche Eigentum des Staates an den Produktionsmitteln genügt nicht, um die gesellschaftliche Einheit oder gesellschaftliche Koordination der Produktionsprozesse zu garantieren. Aus diesem Grund hängt das Verschwinden der Warenverhältnisse von Umformungen ab, die viel komplexer sind.

Wie weiter oben betont wurde, bedeutet das Verschwinden der Warenverhältnisse nicht, daß auch der ökonomische Kalkül verschwindet. Im Gegenteil, das Verschwinden der Warenbeziehungen muß die Entwicklung eines wirklichen gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls gestatten. Dieser ist zugleich Bedingung und Folge einer vollkommenen Meisterung der Produktionsmittel und der Resultate ihrer Arbeit durch die Arbeiter. Mit dieser Perspektive, so scheint mir, kann und muß die Analyse der verschiedenen Modalitäten des ökonomischen und monetären Kalküls unternommen werden.

Charles Bettelheim, Zweiter Brief:
Zum Widerspruch zwischen Plan und Markt

Der vorliegende Brief ist die Fortsetzung einer Debatte zwischen Paul M. Sweezy und Charles Bettelheim über Fragen der Gesellschaftsformation im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus. In dieser Debatte geht es im wesentlichen darum, daß ein Teil der Übergangsgesellschaften den »kapitalistischen Weg beschritten hat«.

Die vorliegende Arbeit Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen liefert die grundlegenden Begriffe zur Theorie der Gesellschaftsformation in der Übergangsperiode. Sie ist zugleich die unerläßliche Vorarbeit für die noch ausstehende konkrete Analyse insbesondere der Sowjetunion. Die Bemerkungen zum nur scheinbar grundlegenden Widerspruch zwischen Plan und Markt setzen die in Monthly Review (Oktober 1968 und März 1969) geführte und in Zur Kritik der Sowjetökonomie (Politik 11, Berlin 1969) veröffentlichte Debatte fort und sind ein weiterer Schritt zur bereits angekündigten konkreten Analyse der Sowjetunion. Vgl. auch F. Unger, Zum Problem des Revisionismus in der Übergangsgesellschaft in: Sozialistische Politik 4, Berlin, Dezember 1969.

Lieber Paul,

Ihre Antwort auf meinen letzten Brief wirft einige Probleme von entscheidender Bedeutung auf. Ich bin davon überzeugt, daß sie zur Klärung unserer Positionen und damit auch zu einer Vertiefung einer Reihe von Fragen beitragen wird.

Es kann meine Absicht hier nicht sein, alle in Ihrem Text aufgeworfenen Fragen aufzunehmen (ich rechne jedoch damit, zahlreiche dieser Probleme in einem Buch in Angriff zu nehmen). Deshalb möchte ich mich auf einige Überlegungen beschränken, die nur einen bestimmten Teil dieser Fragen betreffen.

Plan und Markt

Besonders nach der Lektüre Ihrer vierten Anmerkung¹ habe ich den Eindruck, daß wir, was das Problem von »Plan und Markt« angeht, eine teilweise Übereinstimmung erzielt haben; wie mir scheint, erkennen Sie an, daß der Rück- oder Fortschritt der Warenverhältnisse während einer gegebenen Periode nicht ausreicht, um einen Fortschritt in Richtung auf den Sozialismus so wenig wie den Rückschritt zu kennzeichnen. Weiterhin

scheinen Sie anzuerkennen, daß das *politisch* — d. h. vom Klassenstandpunkt aus — Entscheidende darin liegt, wie eine eventuelle Erweiterung der Warenverhältnisse behandelt wird. Der zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene Ausdehnungsgrad der Warenverhältnisse ist also kein ausreichendes Indiz für das Ausmaß des Fortschritts in Richtung auf den Sozialismus (wenn dem so wäre, dann wäre die Sowjetunion dem Sozialismus nie so nahe gewesen wie während der Periode des Kriegskommunismus).

Der Fortschritt in Richtung auf den Sozialismus ist grundsätzlich nichts anderes als die zunehmende Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über ihre Existenzbedingungen, primär also über ihre Produktionsmittel und Produkte. Diese Herrschaft kann nur eine kollektive sein, und das, was man den »Wirtschaftsplan« nennt, ist eines der Mittel dieser Herrschaft, aber nur unter bestimmten politischen Bedingungen. Fehlen diese, dann ist der Plan nichts anderes als eines der Mittel einer herrschenden Klasse, die sich von den unmittelbaren Produzenten unterscheidet und die von den Produkten der Arbeit der unmittelbaren Produzenten lebt, um ihre eigene Herrschaft über die Produktionsmittel und die laufend gewonnenen Produkte zu sichern.

Dennoch schreiben Sie dem »Widerspruch zwischen Plan und Markt« in den dieser Anmerkung folgenden Formulierungen eine Bedeutung zu, die er meiner Auffassung nach keinesfalls haben kann. Ich möchte kurz darstellen warum.

Es läßt sich wohl kaum bestreiten, daß die Ausdrücke »Markt« und »Plan« empirischen und deskriptiven Bezeichnungen entsprechen und nicht theoretisch entwickelten wissenschaftlichen Begriffen. Sie verweisen auf Formen der Darstellung*, die sie in noch ideologischen Ausdrücken wiedergeben, und nicht auf wirkliche Verhältnisse. Derartige Verhältnisse können in der Tat nur durch das aufgedeckt werden, was Marx eine »Analyse der Formen« nennt. Insofern bleibt der Widerspruch »Plan/Markt« meiner Auffassung nach ein »Oberflächeneffekt«, dessen Bedeutung nicht auf der Ebene dieses Widerspruchs selbst erfaßt werden kann, sondern nur dadurch, daß die tieferliegenden Widersprüche (die die *Produktions-* und *Klassenverhältnisse* betreffen) aufgedeckt werden, von denen der Widerspruch »Plan/Markt« nur die Darstellung ist.

Daher ist der Widerspruch »Plan/Markt« kein Grundwiderspruch (contradiction fondamentale) und kann es auch nicht sein. Er bezeichnet weder einen Klassenwiderspruch (einen politischen Widerspruch), noch einen ökonomischen Widerspruch (einen Widerspruch in den tatsächlichen Gesellschaftsverhältnissen auf der ökonomischen Ebene), sondern er bezeichnet

* Darstellung: im Original in deutsch

bestimmte veränderliche Auswirkungen dieser Widersprüche und die »Orte«, wo sich diese Widersprüche darstellen.

Um mich noch präziser zu fassen, würde ich sagen: der Widerspruch »Plan/Markt« bezeichnet auf metaphorische Weise einen Widerspruch zwischen zwei Darstellungsräumen, zwischen zwei »Szenen«.²

Auf diesen beiden »Szenen« treten auf der Ebene der Beschreibung »Akteure« auf: Käufer, Verkäufer, Planer, Unternehmensdirektoren, Verwalter etc. Die Akteure erscheinen hier jedoch nicht als Träger gesellschaftlicher Verhältnisse und als Agenten, die Funktionen erfüllen (die durch die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und grundlegend durch die dominierenden Produktionsverhältnisse bestimmt sind), sondern als mit Autonomie, mit einer gewissen Psychologie etc. ausgestattete »Subjekte«. Die »Präsenz« dieser »Akteure«, der »Rahmen«, in dem sie wirken (das Planbüro, die Unternehmensleitung etc.), die Form der Beziehungen, die sich »untereinander zu verknüpfen« scheinen, verdunkeln so, was das Wesentliche ist: die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Träger sie sind und die sich »anderswo« reproduzieren. »Anderswo« heißt: in der ökonomischen Instanz (den Produktionsstätten), in der politischen Instanz (den Organen der Macht), in der ideologischen Instanz (im wesentlichen den ideologischen Apparaten: Schulen, Universitäten, Presse, Rundfunk etc.).

Wenn man diesen beiden »Szenen« — »Plan« und »Markt« — eine derart privilegierte Stellung einräumt, daß man in ihnen den »Ort« eines Grundwiderspruchs sieht, dann setzt man an die Stelle der konkreten Analyse der wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse die (im allgemeinen in »ideologischen Formen« systematisierte) Beschreibung der »Akte« derer, die den Vordergrund beider Szenen einnehmen, und die Beschreibung der Formen, in denen die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse sich auf diesen beiden »Szenen« darstellen.*

Ein großer Teil der Debatten über die Probleme des Übergangs — ein großer Teil der politischen Praxis (des politiques), die diese Debatten beschreiben« — wurde dadurch verfälscht, daß man »Plan« und »Markt« als etwas anderes betrachtete, als sie sind, nämlich die bildliche Bezeichnung der zugleich imaginären und wirklichen Orte, an denen Verhältnisse »sich darstellen«, die man folglich nicht erkennen konnte. Die Beschreibung der Probleme des Übergangs in Ausdrücken wie »Plan« und »Markt« gestattet gewiß, einen ersten Überblick darüber zu gewinnen, was auf beiden »Szenen« passiert«. Sie zwingt jedoch dazu, auf eine Reihe von Bezeichnungen zurückzugreifen, die genau diejenigen sind, in denen die auf diesen Sze-

* darstellen: im Original in deutsch

nen wirkenden Akteure ihre eigenen Aktionen »denken« (und durch die sie die wirklichen Verhältnisse, deren Träger sie sind, nicht erkennen). Diese Bezeichnungen verweisen auf die vielfältigen Formen, in denen die wirklichen Verhältnisse sich darstellen und verschleiern (auf die gleiche Weise wie die Wertform, die ein gesellschaftliches Verhältnis darstellt, indem sie es verschleiert). Diese Verschleierung verdoppelt sich um eine Reihe von Verschiebungen, die dadurch unvermeidlich werden, daß die sich wirklich entwickelnden Verhältnisse und Widersprüche (von denen man nur die indirekten und deformierten Auswirkungen wahrnimmt, solange man sie nicht als solche analysiert) auf der Ebene der drei grundlegenden Instanzen der Gesellschaftsformation verwurzelt sind. Diese Verwurzelung vervielfältigt derart »dargestellte« wirkliche Verhältnisse; sie wird angezeigt durch die »Natur« der ideologischen Formen und Begriffe, so wie sie in den Debatten über »Plan« und »Markt« gebraucht werden: Wertform, Preise, Verträge, administrative Weisungen, Staatseigentum, materielle und moralische »Anreize« etc.

Sobald man versucht, den Widerspruch »Plan/Markt« in »Gang zu bringen«, sieht man sich auf die Vielfältigkeit und Heterogenität dieser Bezeichnungen zurückgeworfen, die ihrerseits erkennen lassen, daß dieser Widerspruch, weit davon entfernt, ein Grundwiderspruch zu sein, nur die ideologische Formalisierung der »Szenen« darstellt, auf denen Formen aufeinandertreffen, die wirkliche gesellschaftliche Verhältnisse »zum Ausdruck bringen« und verschleiern. Gerade die Verbindung dieser Verhältnisse bildet die grundlegende Struktur, innerhalb derer die wirklichen Widersprüche sich entwickeln, die es aufzudecken gilt. Das kann nicht anders geschehen als durch die Analyse der grundlegenden Struktur der Gesellschaftsformationen im Übergang.

Solange man Gefangener der Formen der unmittelbaren Darstellung und der von diesen gebildeten ideologischen Begriffe bleibt — und wir alle sind es viele Jahre hindurch gewesen —, solange bleibt man in einer teils realen, teils imaginären Welt befangen.

»Teils real«, denn die Ausdrücke »Markt« und »Plan«, »administrative Weisungen« etc. entsprechen selbstverständlich bestimmten Realitäten. »Teils imaginär«, denn die Bezeichnungen, die es gestatten, diese Realitäten zu bezeichnen, spielen auch auf andere Realitäten an als die, die sie unmittelbar erkennen lassen. Aber diese anderen Realitäten bleiben solange verborgen, wie diese andeutungsweisen Bezüge nicht dechiffriert werden. Zum Beispiel ist der »Plan« ein durchaus realer, administrativer und politischer »Akt«, aber die wirklichen Arbeits-, Produktions-, Distributions- und Konsumtionsprozes-

se, die sich an den Stätten der Arbeit, in den Produktionseinheiten, in den Konsumtionseinheiten vollziehen, und die zu determinieren Aufgabe des Plans sein soll, stimmen unter Umständen nur ganz entfernt mit dem überein, was der Plan vorsieht, was dann den »Plan« in eine »mythische Realität« verwandeln kann. Ein solcher Prozeß der Mythenbildung (procès de mythification) kann seinerseits wiederum nur in Begriffen der Klassenverhältnisse und der ideologischen Verhältnisse analysiert werden.

Solange man in den Darstellungsräumen von »Plan« und »Markt« befangen bleibt, ist es aus diesen verschiedenen Gründen nicht möglich, irgendeine wissenschaftliche Konzeption zu erarbeiten. Und solange wird man nur empirische Näherungen aufstellen können.

Derartige empirische Näherungen gestatten es, innerhalb bestimmter Grenzen »nützlich zu handeln« (d. h. sie gestatten, das anvisierte Ziel zu erreichen). Ebenso gut jedoch können sie zu ganz anderen als den erwarteten Ergebnissen führen, und das auf diese Weise, die solange unverstündlich bleibt, wie man nicht die Widersprüche und Verhältnisse analysiert, die die wirkliche Bewegung einer bestimmten Gesellschaftsformation determinieren.

Die Mißerfolge der sozialistischen Länder waren z. T. das Ergebnis von Konzeptionen, die lediglich das in ideologischen Begriffen ausdrückten, was die unmittelbaren Erscheinungen suggerierten.

Wohlgemerkt: diese Mißerfolge sind so nur *zum Teil* erklärbar. In der Tat ist das Überwiegen dieser Konzeptionen nur im Zusammenhang mit dem Klassenkampf und mit dem Kräfteverhältnis der Klassen zu erklären.

Die Reflexion über die ökonomische und politische Geschichte der im Übergang befindlichen Länder, über ihren Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus oder ihre Rückkehr auf den kapitalistischen Weg, sowie über die Art, in der diese Geschichte geschrieben und gedacht worden ist (einschließlich von mir selbst), hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß es absolut notwendig ist, *das Terrain zu wechseln*, d. h. den »Boden« (territoire), auf dem sich die ideologischen Auseinandersetzungen der letzten vierzig Jahre abspielten. Und dieser »Boden« ist genau der der Szenen von »Markt« und »Plan«.

Wir müssen uns daher *anderswohin* begeben (was nicht einfach ist). Wir müssen über die unmittelbar gegenwärtigen Formen hinausgehen, die auf wirkliche Verhältnisse hinweisen, wobei sie sie verschleiern. Unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, diese wirklichen Verhältnisse zu erfassen, denn nur zwischen ihnen können sich *wirkliche Widersprüche* entwickeln (dazu gehört der *Hauptwiderspruch*, der jede Phase

der *wirklichen* Geschichte der Gesellschaftsformationen im Übergang kennzeichnet).

Wenn wir zu einer *Kenntnis* dieser Verhältnisse und Widersprüche gelangen wollen, wenn wir nicht dazu verurteilt sein wollen, diese Verhältnisse und Widersprüche (im Glauben, sie wirklich zu bezeichnen) metaphorisch zu bezeichnen, wenn wir sie *meistern* wollen, dann müssen wir zu einer *Analyse der Formen* gelangen. Das heißt, wir müssen für die spezifischen Formen der Gesellschaftsformationen im Übergang eine Arbeit leisten, analog der, die Marx für die kapitalistische Produktionsweise geleistet hat, nämlich die Aufdeckung der *wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse*, die die *Formen* der Darstellung sowie die aus ihnen entwickelten *ideologischen Begriffe* zugleich anzeigen und verbergen.

Ohne eine solche Analyse, die man *heute* in Angriff nehmen kann (*»heute«*, weil die wirkliche Geschichte uns »gezeigt« hat, welche Illusionen, ausgehend von diesen Formen, errichtet werden konnten), wird man fortfahren, auf approximative Weise zu handeln und, was noch schwerwiegender ist, man wird auf dem *Terrain* bleiben, das den Klassenfeind begünstigt, auf dem Boden der ideologischen Illusionen, auf dem sich alle Formen der Ausbeutung, der Herrschaft und Unterjochung entwickeln.

Um auf meinen Ausgangspunkt zurückzukommen, würde ich sagen: zu glauben, der »Widerspruch Plan/Markt« sei der Grundwiderspruch der Übergangsperiode (was ich selber einmal annahm), bedeutet:

1. daß man auf dem Terrain der *Formen* bleibt und ständig dazu veranlaßt wird, eine *Reihe von Auswirkungen der wirklichen Widersprüche* nicht auf diese selbst zurückzuführen, sondern auf die Auseinandersetzung zwischen »Plan« und »Markt«;

2. daß man in dem befangen ist, was Lenin den »Ökonomismus« nannte, da man einen »Widerspruch« privilegiert, der formal als *ökonomischer* Widerspruch erscheint, und so das Wesentliche vergißt — *den Klassenkampf*;

3. daß man sich selbst daran hindert, *den Hauptwiderspruch jeder Phase zu untersuchen* und seine Entwicklung und den Platzwechsel seiner hauptsächlichen Seite zu analysieren.

So gelangt man schließlich dazu, dem »Markt« oder dem »Plan« gewisse »Tugenden« oder ihm immanente »Eigenschaften« zuzuschreiben. Das führt zur *Trennung* der möglichen Auswirkungen der Entwicklung der *Warenverhältnisse* oder *Planverhältnisse* (als einem Teil der zu analysierenden gesellschaftlichen Verhältnisse) von den *politischen* Bedingungen, unter denen diese Verhältnisse sich entwickeln. Es sind aber *allein* diese politischen Bedingungen, also die *Klassenverhältnisse*, die der

Entwicklung dieser oder jener ökonomischen Form in einem gegebenen Augenblick eine konkrete und reale Bedeutung verleihen. Dabei ist vorausgesetzt, daß man *weiß*, daß der Fortschritt des Sozialismus erfordert, *daß die Warenverhältnisse verschwinden und sozialistischen Verhältnissen Platz machen* (wovon die Planverhältnisse nur eine Form darstellen, die einer ganz anderen Sache entsprechen kann als sozialistischen Verhältnissen; ich werde auf diesen Punkt zurückkommen).

Wir müssen also die Dinge in anderen Ausdrücken als den von »Plan« und »Markt« formulieren. Genauer gesagt, müssen wir erkennen: wenn der »Plan« generell nicht der »Pol« eines Hauptwiderspruchs (contradiction principale) ist, dessen anderer »Pol« der »Markt« wäre, dann deshalb, weil der *wirkliche Widerspruch* der Widerspruch zwischen der Herrschaft oder der Nicht-Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Tätigkeit ist (wobei der Ausdruck »Widerspruch zwischen Plan und Markt« den wirklichen Widerspruch in ideologischer Weise bezeichnet, dessen Existenz er signalisiert, indem er sie verbirgt).

Es ist grundsätzlich wahr, daß die Existenz von Warenverhältnissen der Herrschaft der Produzenten über ihre Produkte ein Hindernis entgegenstellen, und daß die volle Entwicklung dieser Verhältnisse zur Herrschaft der Bourgeoisie über die unmittelbaren Produzenten führt und folglich zur Nicht-Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen. Grundsätzlich ist also wahr, daß die Eliminierung der Warenverhältnisse zu den *historischen Aufgaben* gehört, die das Proletariat beim Aufbau des Sozialismus zu erfüllen hat. Ebenso wahr ist aber, daß diese Eliminierung keine »Abschaffung«, sondern nur das Ergebnis eines an der politischen, ideologischen und ökonomischen Front zu führenden Kampfes sein kann. Denn die Eliminierung der Warenkategorien stößt auf ideologische und zugleich auf politische Grenzen, genauso wie die bürgerlichen Rechtsverhältnisse (auf die Marx — woran Sie mit Recht erinnern — in der *Kritik des Gothaer Programms* hingewiesen hat) sowie auf ökonomische Grenzen, die wiederum abhängen vom Zustand der Struktur Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse. (Das erklärt, warum z. B. bis zum heutigen Tag die Warenverhältnisse, das Geld und die Preise in China nicht eliminiert worden sind.) Die bestehende Aufgabe der Eliminierung der Warenverhältnisse ist daher eine *historische Aufgabe*. Indessen (und dieser Punkt scheint mir sehr wesentlich) dürfen uns die Existenz dieser Aufgabe und ihre historische Bedeutung nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch ein »Plan« und die Planverhältnisse die Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Tätigkeit verbieten können.

Diese letzte These impliziert etwas, was allzu lange aus den Augen verloren war: es kann ebenso eine bürgerliche »Planung« und einen bürgerlichen »Plan« geben, wie es *einen sozialistischen und proletarischen »Plan« und eine sozialistische und proletarische »Planung« geben kann*.

Die bürgerliche »Planung« hat einen *teilweise* mythischen Charakter. Nichtsdestoweniger ist sie ein *Instrument* der bürgerlichen Politik.

Identifiziert man »Plan« und Sozialismus, »Markt« und Kapitalismus (was tendentiell richtig ist), so unterstützt man die Bourgeoisie, insbesondere die sowjetische Bourgeoisie bei der Ausübung ihrer Herrschaft unter dem Deckmantel des »Plans«. Im Namen des »Plans« nimmt sie den ausgebeuteten Klassen jedes Recht, sich zu äußern, mit seiner Hilfe kann die Ausbeutung der Massen noch verschärft werden.

Deshalb, und das scheint mir ein Punkt von grundlegender Bedeutung, müssen wir klar erkennen, *daß nur unter bestimmten gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Bedingungen der Plan ein Instrument der Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Tätigkeit ist*. Damit er eine solche Rolle spielen kann, ist es notwendig, daß der Plan auf der Basis der *Initiative der Massen* aufgestellt und durchgeführt wird, daß er die Erfahrungen und die Vorhaben der Massen *konzentriert und koordiniert*. Wenn diese Koordination real sein soll, muß sie natürlich gewährleisten, daß die allgemeinen technischen und ökonomischen Erfordernisse sowie die Gesamtheit der objektiven Möglichkeiten in Rechnung gestellt werden. Aber dieses In-Rechnung-Stellen als eine der Funktionen des »Zentralismus« wird um so wirksamer, je mehr der Plan auf der Initiative der Massen beruht, je mehr seine Aufstellung und Durchführung von den Massen kontrolliert wird. Auf diese Weise wird der Plan zu einem »Konzentrat« des Willens und der Erwartungen der Massen und ihrer richtigen Ideen.

Ist der Plan kein solches »Konzentrat«, dann ist er ein bürgerlicher »Plan« und kein sozialistischer, dann ist er nicht das »Gegenteil« des Marktes, sondern seine *Ergänzung* oder sein provisorischer »Ersatz«.

Das ist in der Praxis sehr lange Zeit (auch von mir) ignoriert worden.³ Verkennt man das jedoch, so verliert man aus den Augen, daß es sozialistische Produktionsverhältnisse *nur in dem Maße geben kann, wie die Produzenten über die Bedingungen und Produkte ihrer Arbeit herrschen*.

Eine Schwierigkeit, auf die wir noch zurückkommen müssen, rührt daher, daß unter den Bedingungen einer in hohem Grade vergesellschafteten Produktion die Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen die Entwicklung *völlig neuer ge-*

gesellschaftlicher Verhältnisse erfordert, und daß, solange diese neuen Verhältnisse nicht entwickelt sind, die alten Verhältnisse, die die Ausbeutung und die Klassenherrschaft ermöglichen, fortfahren sich zu reproduzieren. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats ermöglicht der Arbeiterklasse, über ihre Vorhut bestimmte proletarische Verhältnisse durchzusetzen. Das ist eine der Auswirkungen der Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel. Sie sprengt den juristischen Rahmen, in dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft ausübte.

Indessen bedeutet die Reproduktion der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, der bürgerlichen Verhältnisse auf der Ebene der Unternehmen, der verschiedenen politischen und ideologischen Apparate, daß die Agenten der Reproduktion dieser Verhältnisse, die die bürgerlichen Kräfte der Gesellschaft darstellen, unter der Diktatur des Proletariats und trotz der Verstaatlichung der Produktionsmittel immer noch vorhanden sind.

Genau dieser Umstand macht die Diktatur des Proletariats notwendig, denn der Klassenkampf geht weiter. Eines der möglichen Ergebnisse dieses Kampfes ist die Rückkehr der bürgerlichen gesellschaftlichen Kräfte an die Macht, unter Formen, die nicht unmittelbar als bürgerliche erkennbar sind. Das geschieht dann, wenn die Repräsentanten dieser Kräfte die Leitung des Staates und der führenden Partei übernehmen. Von diesem Moment an ist der Klassencharakter des Staates, des Staatseigentums und der Planung nicht mehr proletarisch, sondern bürgerlich. In diesem Fall ist die Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen vollständig beendet und wird ersetzt durch die Herrschaft einer Ausbeuterklasse. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch das Proletariat wird diese Herrschaft der Produzenten zuerst gewährleistet durch den Staatsapparat, wobei sie darauf wartet, unter anderen Formen gewährleistet zu sein, die nicht unmittelbar zu verwirklichen sind, da sie eine tiefgreifende Umformung der ökonomischen, ideologischen und politischen Verhältnisse erfordert. Auf der Basis der bestehenden ökonomischen, ideologischen und politischen Verhältnisse kann diese Ausbeuterklasse nur eine *Bourgeoisie* sein, die als *Staatsbourgeoisie* auftritt. Die Herrschaft dieser *Staatsbourgeoisie* bringt im übrigen die Entwicklung von *spezifischen Widersprüchen* mit sich, die es zu analysieren gilt.

Wenn man anerkennt, daß die Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen, also über die Produktionsmittel und die Produkte ihrer Arbeit, das Wesentliche der sozialistischen Produktionsverhältnisse ausmacht, muß man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß der Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus eine Transformation der Formen dieser Herrschaft notwendig macht, damit diese immer vollständiger wird. Das scheint mir die Bedeutung des proletarischen Klassenkamp-

fes unter der Diktatur des Proletariats zu sein. Ein wesentliches Moment in diesem Kampf ist die Revolutionierung der verschiedenen ökonomischen, ideologischen und politischen Apparate, denn gerade durch die Revolutionierung dieser Apparate lassen sich die *kapitalistischen* Gesellschaftsverhältnisse, die sie zu reproduzieren fortfahren, eliminieren und durch sozialistische Gesellschaftsverhältnisse ersetzen.

Daraus folgt, daß vom Gesichtspunkt des Sozialismus aus das Entscheidende nicht die Art der »Regulierung« der Ökonomie ist, sondern gerade die Natur der *Klasse, die an der Macht ist*. Mit anderen Worten: die grundlegende Frage ist nicht die, ob der »Markt« oder der »Plan« — also auch der »Staat« — die Ökonomie beherrscht, sondern die nach der *Natur der Klasse, die die Macht in Händen hat*. Stellt man die Führungsrolle des Staates über die Ökonomie in den Vordergrund, dann verweist man die Rolle der Natur der Klasse an der Macht auf den zweiten Rang, d. h. man läßt das *Wesentliche* beiseite.⁴

Der Charakter eines ideologischen Paares, der dem Widerspruch »Plan/Markt« oder »Staat/Markt« anhaftet, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Seiten eines solchen Paares auf wirkliche Widersprüche lediglich anspielen, wobei sie *Verhältnisse* bezeichnen, *die sich ergänzen*. Tatsächlich ist auf der ökonomischen Ebene die Existenz des Marktes (faktisch der Warenverhältnisse) eine *Bedingung der Möglichkeit* bourgeoiser Herrschaft, während auf der politischen Ebene der Staat als Existenzform der politischen Macht ebenfalls eine *Bedingung der Möglichkeit* bourgeoiser Herrschaft ist. In dieser Hinsicht stehen sich »Markt« und »Staat« nicht grundlegend und konträr gegenüber, sondern *sie ergänzen sich*: entsprechend der Natur der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Widersprüche eines jeden Zeitabschnitts, kommt die hauptsächliche Rolle bald dem einen, bald dem anderen zu.

Lenin hat betont, daß die staatliche Form der politischen Herrschaftsverhältnisse immer bürgerliche Verhältnisse impliziert. Daher die Wichtigkeit der Sowjetform der Macht und der Erfahrung der Pariser Kommune, denn diese Formen der politischen Macht produzierten einen »neuen Staatstypus«, in dem die bürgerlichen Verhältnisse auf den zweiten Rang verwiesen sind, so daß sie nicht mehr ganz und gar »Staaten« sind. Der bürgerliche Staat (der Staat par excellence also) ist in der Tat die organisierte Ausübung der Gewalt einer Minderheit über eine Mehrheit, während die Existenz eines Arbeiterstaates die Ausübung der Gewalt einer Mehrheit über eine Minderheit impliziert. Das hat eine radikale Transformation der Struktur und der Rolle des Staatsapparates wie auch seines Verhält-

nisses zu den Massen zur Folge. Genau diese radikale Transformation bewirkt, daß ein sozialistischer Staat nicht mehr ganz ein Staat ist, obwohl er noch Verhältnisse umfaßt, die es der Bourgeoisie erlauben, die Macht zurückzuerobern.⁵

Der wesentliche Aspekt des bürgerlichen Staates ist die *Trennung* des Staatsapparates von den Massen: der Staatsapparat steht »über« den Massen, er beherrscht und unterdrückt sie, während der Staat der Arbeiterklasse schon nicht mehr ganz ein Staat ist, da er das Instrument der Machtausübung der arbeitenden Massen selbst ist. (Darin liegt das Wesentliche der Sowjetmacht, der Pariser Kommune, der revolutionären Komitees etc.).

Die Macht der Arbeiterklasse kann natürlich entsprechend den konkreten historischen Bedingungen, d. h. hauptsächlich entsprechend dem Kräfteverhältnis der Klassen, verschiedene Formen annehmen. Diese Macht kann insbesondere vermittels eines »Vortrupps« (*détachement d'avantgarde*) des Proletariats ausgeübt werden, d. h. durch eine marxistisch-leninistische kommunistische Partei. Eine solche Partei übt insoweit eine proletarische Macht aus, wie sie tatsächlich eine Avantgarde ein Teil der Arbeiterklasse ist, der die gesamte Klasse vertritt und in Verbindung mit ihr handelt, ohne sich an ihre Stelle setzen zu wollen. Sie hört auf, eine Avantgarde zu sein in dem Maße, wie sie im Gegensatz dazu sich an die Stelle der Klasse setzt, wie sie aufhört, diese anzuführen, um ihr einfach ihre eigenen Konzeptionen aufzuzwingen.

Die Vielfältigkeit der konkreten Formen, die die Macht der Arbeiterklasse annehmen kann, ändert so lange nichts an ihrem Klassencharakter, wie das *Verhältnis der Machtorgane zu den Massen* kein Verhältnis der Herrschaft und Unterdrückung ist, sondern das Verhältnis einer Avantgarde zu den Massen, das den Massen ermöglicht, ihre Anschauungen zu äußern, und das der Führung ermöglicht, die richtigen, aus den Massen kommenden Ideen zu konzentrieren. *Trennen* sich dagegen die Machtorgane von den Massen, beherrschen und unterdrücken sie die Massen, dann hören diese Organe auf, Organe eines Staates der Arbeiterklasse zu sein, und werden zu Organen eines bürgerlichen Staates. Dafür kann es keinen Zwischenausdruck (*moyen terme*) und keinen »dritten Weg« geben. Und ganz besonders kann es keine »Staatsmacht der Bürokratie« geben, denn eine Bürokratie dient immer einer herrschenden Klasse. Das ist auch dann der Fall, wenn sie ihre administrativen Privilegien mißbraucht.

Die vorangegangenen Bemerkungen führen zur Untersuchung einiger anderer Probleme, die Sie, zu Recht, in ihrem Text aufgeworfen haben, insbesondere die Gründe, warum ich die Klasse, die heute in der UdSSR an der Macht ist, als eine

»Bourgeoisie« bezeichne. Diese Frage mußte gestellt werden. Ich habe sie in meinem ersten Brief nicht aufgenommen, und gebe in diesem Brief nur eine Teilantwort. Diese Frage erfordert in der Tat eine ausführliche Analyse, die auf zwei Ebenen durchzuführen ist: einer theoretischen Ebene, die die Begriffe, mit denen gearbeitet wird, zu produzieren, zu entwickeln und zu begründen gestattet, und einer Ebene der konkreten Analyse, die erkennen läßt, warum und wie solche theoretischen Begriffe dazu beitragen können (oder nicht dazu beitragen können), wirkliche historische Verhältnisse zu begreifen, und gegebenenfalls zeigen oder nicht zeigen können, wie durch eine politisch determinierte Aktion auf die Verhältnisse eingewirkt werden kann — was letztlich das Ziel der theoretischen Analyse im Bereich des historischen Materialismus ist.⁶

18. Februar 1970

Zum Vorwort

- 1 Seit der Redaktion dieses Textes ist offenkundig geworden, daß er einer Reihe von »Berichtigungen« bedarf; da dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, schien es uns gerechtfertigt, den Text in seinem »jetzigen Zustand« zu veröffentlichen, und zwar gerade, um ihn der Diskussion auszusetzen, statt zu versuchen, die »Berichtigungen« nachträglich einzufügen.
- 2 *La transition vers l'économie socialiste*. Maspero, Paris 1968.
- 3 MEW Bd. 4, S. 131.
- 4 Louis Althusser, J. Rancière, E. Balibar u. a., *Lire le Capital*. Maspero, Paris 1965, Bd. I, S. 87 (alte Auflage vergriffen); neue, gekürzte und teilweise umgearbeitete Auflage: L. Althusser, E. Balibar, *Lire le Capital*. Petite Collection Maspero, Paris 1968; Zitat aus Bd. I, S. 83.
- 5 Einige der hier aufgeworfenen Probleme werden in meinem Buch *La transition vers l'économie socialiste* behandelt. S. 16-19.

Zum ersten Teil

- 1 *Anti-Dühring*, MEW Bd. 20, S. 288.
- 2 ebenda, S. 288; Hervorhebung durch den Verfasser.
- 3 In dieser Hinsicht nicht sehr weit führt der Versuch von Gregory Grossmann, *Gold and the Sword: Money in the Soviet Command Economy in: Industrialization in Two Systems. Essays in Honour of Alexander Gershenkron, M. Rosovsky*. New York 1966. Grossmann unterscheidet zwischen »passivem« und »aktivem« Geld, wobei das erstgenannte die sowjetische Wirtschaft charakterisiert, das letztgenannte die westlichen kapitalistischen Wirtschaften. Sobald nämlich die »Übertragung« (transcription) verschiedener »physischer Mengen« von Produkten in Geldeinheiten nicht mehr eine bloße »intellektuelle Übung« ist, sondern zum Handeln (d. h. zu »Entscheidungen«) anleitet, kann das Geld nicht mehr als passiv bezeichnet werden; gemäß dem für diese »Übertragung« verwandten »Code« (dem »Preissystem«) erscheint dieser oder jener Eingriff als »ökonomisch vernünftig« oder »gerechtfertigt«. Daß es nicht um die Frage der »Passivität« des »Geldes« gehen kann, wird vollends deutlich, wenn Bezeichnungen auftauchen wie »monetäre Kosten«, »Wiedererlangungsperiode« (der investierten Geldsummen) oder »monetäre Rentabilität«.
- 4 Mit anderen Worten, das Problem der Messung kann nur im Rahmen des geregelten Prozesses der Produktion eines theoretischen Wissens gestellt werden. Es ist also immer von der Praxis eines Kalküls unterschieden.
- 5 Wie man weiß, hat Marx sich mit dem seltsamen Phänomen einer »sich unmittelbar ergebenden« Größe (der Ware, die einen Preis hat) bei gleichzeitigem Fehlen jedes wissenschaftlichen Begriffs von dem, was diese Größe ist, zu Beginn des Kapital ausführlich befaßt und darauf eine Antwort gegeben.
- 6 Ebenso abstrahiert man, wenn man die Temperatur verschiedener Gegenstände messen will, von ihrer Form, Farbe, Dichte etc., die hinsichtlich des Gegenstandes der Messung nur »Qualitäten«

sind, im Gegensatz dazu muß man den Begriff der Temperatur setzen und den geregelten Prozeß ihrer Messung definieren.

Ebenso löst, woran Marx auch auf den ersten Seiten des *Kapital* erinnert, die Elementargeometrie das Problem der Messung der Flächeninhalte aller geradlinigen Figuren, indem sie von der Verschiedenheit ihrer Formen abstrahiert: »Um den Flächeninhalt aller geradlinigen Figuren zu bestimmen und zu vergleichen, löst man sie in Dreiecke auf. Das Dreieck selbst reduziert man auf einen von seiner sichtbaren Figur ganz verschiedenen Ausdruck — das halbe Produkt seiner Grundlinie mit seiner Höhe.« (*Das Kapital*, Bd. I, S. 51, MEW 23, Dietz-Verlag Berlin). Dank dieser doppelten Operation von Reduktion und Deduktion führt man die verschiedensten Figuren auf »ein Gemeinsames« zurück und mißt sie im Verhältnis zu diesem »Gemeinsamen«, das dem »Begriff« des Flächeninhalts entspricht.

- 7 Die Naturwissenschaften kennen in ihrer Entwicklung ebenfalls ein Stadium, in dem sie sich auf eine »Markierung« beschränken müssen. So sind auch die Temperaturen »markiert« (nach höheren oder niedrigeren Werten eingestuft) worden, bevor die klassische, später die statistische Thermodynamik es ermöglichte, die Temperatur zu messen (d. h. angeben zu können, daß eine Temperatur zweimal, dreimal oder n-mal so groß ist wie eine andere). Jedoch setzt selbst die einfache »Markierung« den Begriff der Temperatur und ihrer Artikulation mit anderen Begriffen, z. B. dem der Ausdehnung, voraus. (Die Anwendung einer experimentellen Anordnung, wie ein Thermometer — ein Markierungs- und kein Meßinstrument — sie darstellt, setzt in der Tat voraus, daß eine begriffliche Beziehung zwischen Temperatur und Ausdehnung vorhanden ist.)
- 8 Daher auch die Tatsache, daß der Begriff der »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« im ersten Band des *Kapital* von Marx nur gesetzt und erst im dritten Band voll entwickelt wird. Erst dort sieht man tatsächlich, daß eine gleiche Beteiligung der in den verschiedenen Zweigen investierten Kapitalien (d. h. die Ausgleichung der Profitraten) die Bedingung darstellt, unter der die in den verschiedenen Zweigen verausgabten Arbeitsmengen die gesellschaftlich notwendigen Arbeitsverausgabungen sind (wenigstens so lange, wie die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mittels der Konkurrenz der Kapitalien zwischen den verschiedenen Investitionssphären stattfindet).
- 9 Zu sagen, daß die Verteilung der Arbeiten sich nach dem gesellschaftlichen Nutzen dieser Arbeiten und ihrer Produkte »regeln« muß, heißt nicht, daß der gesellschaftliche Nutzen allein diese Verteilung regeln soll.
- 10 Vgl. V. V. Nowoschilow, *Mesures des dépenses (de production) et de leurs résultats en économie socialiste in: Rationalité et calcul économique en U.R.S.S., I.S.E.A.*, Februar 1964, S. 43-292. Man findet in diesem Band auch Hinweise auf Arbeiten von V. S. Nemtschinow und L. W. Katorowitsch; das Werk des letztgenannten *Calcul économique et utilisation des ressources*, ist ins Französische übersetzt worden. Dunod, 1963.
- 11 Eben dieses Problem der »Überdeckung« (recouvrement) der Auswirkungen objektiver Gesetze durch »Entscheidungen« wirft E. Preobaschenski in seinem Buch *La nouvelle économie*. E.D.I., Paris 1966, besonders auf S. 56 auf.
- 12 Der Begriff der »Vergesellschaftung der Produktivkräfte« muß offenbar weiter entwickelt werden, denn es bestehen zweifellos mehrere »Typen der Vergesellschaftung«, insbesondere eine

kapitalistische und eine sozialistische Vergesellschaftung der Produktivkräfte. Jedoch neigt sogar die kapitalistische Vergesellschaftung der Produktivkräfte dazu, die Rolle der unmittelbaren Arbeit in der Produktion von Gebrauchswerten zu reduzieren und die Rolle der »allgemeinen Arbeit« zu vergrößern, die weder unter den gleichen Bedingungen »gemessen« werden kann wie die unmittelbare Arbeit, noch demselben Typus von Warenverhältnissen unterworfen werden kann wie die letztgenannte. Eben dies deutet Marx in folgendem Text an: »In demselben Maße wie die Arbeitszeit — das bloße Quantum Arbeit — durch das Kapital als einzig bestimmendes Element gesetzt wird, in demselben Maße verschwindet die unmittelbare Arbeit und ihre Quantität als das bestimmende Prinzip der Produktion — der Schöpfung von Gebrauchswerten — und wird sowohl quantitativ zu einer geringen Proportion herabgesetzt, die qualitativ als ein zwar unentbehrliches, aber subalternes Moment gegen die allgemeine wissenschaftliche Arbeit, technologische Anwendung der Naturwissenschaften nach der einen Seite, wie [gegen die] aus der gesellschaftlichen Gliederung in der Gesamtproduktion hervorgehende allgemeine Produktivkraft . . . Das Kapital arbeitet so an seiner eigenen Auflösung als die Produktion beherrschende Form.« *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, a.a.O., S. 587 f.

- 13 Die Interdependenz verschiedener Wirtschaftssektoren macht es z. B. unmöglich, die Kosten, mit denen ein Sektor arbeitet, als unabhängig von den Kosten der anderen Sektoren anzusehen und damit auch unabhängig von den Rückwirkungen der Aktivität dieses Sektors auf die anderen.
- 14 Zu diesem Punkt siehe das Marx-Zitat in der Anmerkung 12.
- 15 Was übrigens selbst schwierig zu berechnen ist, sobald es sich um komplexe und verflochtene Produktionen handelt.
- 16 Daß selbstverständlich diese »Fehler« gemacht werden, kann ganz bestimmten Klasseninteressen dienlich sein, und bleibt nicht ohne Folgen für die Reproduktion dieser Fehler.
- 17 Das, was hier einfach aufgezählt wird, wird z. T. später ausführlicher entwickelt werden. Die Analyse des Einflusses, der durch die Existenz eines kapitalistischen Weltmarktes ausgeübt wird (es handelt sich hier um eines der wichtigsten Hindernisse, die der vollen Entfaltung sozialistischer Produktionsverhältnisse im Wege stehen), kann hier jedoch nicht unternommen werden, denn das würde zu langwierige Ausführungen erfordern, die uns von den zentralen Problemen dieses Textes fortführen würden. Andeutungsweise können wir jedoch sagen: solange ein kapitalistischer Weltmarkt besteht, *durchdringen die kapitalistischen Verhältnisse auf Weltebene den Produktionsprozeß der Übergangsgesellschaften*, was eine Reihe von Auswirkungen mit sich bringt, auch auf der Ebene des ökonomischen Kalküls.
- 18 Ich nehme hier bestimmte, schon früher vorgelegte Analysen wieder auf (besonders in *La transition vers l'économie socialiste*), ziehe jedoch aus ihnen teilweise neue Schlüsse.
- 19 MEW Bd. 36, S. 210.
- 20 *Das Kapital*, Bd. I, S. 55 (Zitat aus der ersten Auflage).
- 21 *Das Kapital*, Bd. I, S. 95, Fußnote 32.
- 22 Über diesen Punkt siehe die Ausführungen von Louis Althusser, in: *Lire le Capital*, Bd. II, S. 131 ff.; neue Ausg. Bd. II, S. 26 ff.
- 23 ebenda, S. 132; neue Ausgabe Bd. II, S. 27.
- 24 Althusser bemerkt sehr richtig, daß »Hegel mit dem berühmten Ausdruck »Bedürfnissphäre« den philosophischen Begriff der Einheit dieser naiven Anthropologie dieser ökonomischen Phä-

nomene geliefert hat«. *Lire le Capital*, S. 133; neue Ausgabe Bd. II, S. 28.

- 25 Siehe Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert*, MEW Bd. 26, 2, S. 161.
- 26 Zu diesem Punkt siehe den Brief von Marx an Engels vom 8. 1. 1868; siehe auch J. Rancière, *Le concept de critique in: Lire le Capital*, Bd. I, S. 129.
- 27 *Das Kapital*, Bd. I, S. 128.
- 28 Zu diesem Punkt siehe die Analysen von J. Rancière in: *Lire le Capital*, Bd. I, S. 127-133 und S. 151-154.
- 29 Selbstverständlich ist diese Erscheinung Teil der Realität; es handelt sich um eine »Erscheinung«, weil sie unmittelbar erscheint und weil sie scheinbar die Wirklichkeit ausschöpft, obwohl sie nur das unmittelbar »Gegebene« ist.
- 30 *Das Kapital*, Bd. I, S. 86.
- 31 *Das Kapital*, Bd. I, S. 562; siehe zu diesem Punkt auch J. Rancière in: *Lire le Capital*, Bd. I, S. 154 f.
- 32 *Das Kapital*, Bd. I, S. 86.
- 33 Siehe besonders E. Barone *Le ministère de la production dans un état collectiviste* in: *L'économie dirigée dans un régime collectiviste*. Librairie Médicis, Paris 1939, S. 245 ff.
- 34 Besonders Debreu und Allais in Frankreich und Arrow und Koopmans in den U.S.A.
- 35 Es handelt sich faktisch um eine bestimmte »ökonomische« Interpretation der »Lagrange-Multiplikatoren«. Dieser Frage kann hier nicht nachgegangen werden; sie wird später wieder aufgenommen werden müssen mit dem Ziel, die Grenzen zu beleuchten, innerhalb derer die Lagrange-Multiplikatoren eventuell zur Lösung bestimmter Planungsprobleme beitragen können.
- 36 Wie Marx im ersten Satz des *Kapital* sagt.
- 37 Der Begriff der »sozialistischen Produktionsweise« verweist auf einen theoretischen Gegenstand, der durch die Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse über die Produktivkräfte charakterisiert ist. Sie darf also weder mit dem Begriff der »Übergangsform zum Sozialismus«, noch mit dem der »Gesellschaftsformation im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus« (dieser Ausdruck bezeichnet konkrete Gegenstände) verwechselt werden.
- 38 Was nicht besagen will, daß die Produkte nicht zwischen den verschiedenen Produktionseinheiten und zwischen diesen und den Konsumtionseinheiten zirkulieren müssen.
- 39 Der Ausdruck »gesellschaftliches Eigentum« ist offenbar in sich widersprüchlich, aber er bezeichnet eine widersprüchliche Wirklichkeit: das Eigentum des »Staates« (als Organ der politischen Macht, als von den Produzenten getrenntes Organ, auch wenn er von diesen »kontrolliert« wird), das der Staat nach einer Formulierung von Engels im »Namen der Gesellschaft« übernimmt. Dieser Widerspruch ist kennzeichnend für die Übergangsperiode; ihr Vollzug muß zum Verschwinden des Staates und des Eigentums führen, das dann der gesellschaftlichen Aneignung durch die Gemeinschaft der Produzenten Platz macht.
- 40 *Das Kapital*, Bd. I, S. 87.
- 41 Das Buch von E. Preobraschenski bleibt ein wichtiger Ausgangspunkt für jede Arbeit über die Probleme, die uns beschäftigen, und das trotz der Kritik, die man gegen einige der dort dargelegten Konzeptionen, besonders die der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« vorbringen kann. (Übersetzt von E. D. I., Paris 1966)
- 42 Eine franz. Übersetzung wurde 1966 von C.N.R.S. herausgegeben.

- 43 J. Stalin, *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Dietz-Verlag, Berlin, S. 17.
- 44 Über die Versuche einer Unterscheidung zwischen dem »richtigen« Geld — den Banknoten — und dem Buchgeldumlauf, siehe den Artikel von M. Lavigne, *Planification et politique monétaire dans l'économie soviétique* in: *Annuaire de l'U.R.S.S.*, Ausgabe C.N.R.S., Paris 1969, S. 349 ff.
- 45 J. Stalin, a.a.O., S. 53.
- 46 J. Stalin, a.a.O., S. 53.
- 47 E. Preobaschenski, *La nouvelle économie*, a.a.O., S. 229.
- 48 Zum Problem der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf Weltebene siehe A. Emmanuel, *L'échange inégal*, Maspero, Paris 1969 und die Diskussion, die ich in diesem Buch über die Thesen von A. Emmanuel eröffnet habe.
- 49 J. Stalin, a.a.O., S. 54.
- 50 *Das Kapital*, Bd. I, S. 87.
- 51 Ein großer Teil der folgenden Formulierungen wurde mir von Yves Duroux vorgeschlagen.
- 52 *Das Kapital*, Bd. III, S. 884—891.
- 53 Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, MEW Bd. 4, S. 131.

Zum zweiten Teil

- 1 Vgl. dazu W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 27, S. 325 f., insbesondere S. 330-331, Dietz-Verlag, Berlin. Siehe auch die Analyse des Begriffs der »Vergesellschaftung« und der »Verstaatlichung« (étatisation) in meinem Buch *La transition vers l'économie socialiste*, a.a.O., S. 44-49. In der vorliegenden Arbeit werden einige der in dem genannten Werk formulierten Thesen korrigiert.
- 2 Vgl. M. Lavigne, a.a.O., S. 349 ff.
- 3 Vgl. *Das Kommunistische Manifest* und die *Kritik des Gothaer Programms*.
- 4 Siehe besonders den 32. Band der *Werke* und die Kapitel 1 und 5 meines Buches *La transition vers l'économie socialiste*.
- 5 Über dieses System hat Preobaschenski als einer der ersten Rechenschaft abzulegen versucht, indem er die Bezeichnung des »sozialistischen Warensystems« verwandelt; vgl. *La nouvelle économie*, a.a.O., S. 58. Diese Bezeichnung ist nicht adäquat, denn sie verweist nur auf die Zirkulationssphäre.
- 6 Man weiß, daß Lenin oft den Ausdruck »Staatskapitalismus« verwandt hat, besonders in den Texten von 1917 und 1918 (wo er zugleich das System der Verhältnisse bezeichnet, das aus den Verstaatlichungen und aus den Maßnahmen der staatlichen Kontrolle resultiert), und in den Texten von 1921 und 1922 (wo er vor allem das System der »Konzession« des Staates an das Privatkapital beschreibt, die Entwicklung der Genossenschaften unter der Kontrolle des Staates, die Verwendung der »bürgerlichen Spezialisten« im Staatssektor und die Einführung von monetären und finanziellen Verhältnissen unter den Staatsunternehmen), aber die Verwendung dieses Ausdrucks ist nicht systematisch; er hat vor allem deskriptiven Charakter. Dieser Ausdruck findet sich bekanntlich in der Beschreibung der »Tendenzen zum Staatskapitalismus« oder »zum staatsmonopolistischen Kapitalismus« in den Texten, die Lenin zum selben Zeitpunkt der Analyse des damaligen Kapitalismus gewidmet hat, vor allem des deutschen. N. Bucharin hat ebenfalls die Bezeichnung des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« verwandt (in *Die Ökonomie der Transformationsperiode*), aber bei ihm verweist diese

- Bezeichnung letztlich auf die Konzeption eines »einzigen Staatstrustes«, d.h. auf etwas, das sehr verschieden ist vom System der Unternehmen, die durch Warenverhältnisse miteinander verbunden sind und die im Hinblick auf die Reproduktion und Vermehrung des Werts funktionieren.
- 7 Ich habe vor, die Bedeutung dieser »Reformen« in einer der nächsten Arbeiten zu analysieren.
- 8 Einige dieser Aspekte sind schon aufgezeigt worden, vgl. S. 28 in diesem Buch.
- 9 Die folgenden Erörterungen verdanken viel den Diskussionen, die ich mit Etienne Balibar und Yves Duroux über dieses Thema geführt habe.
- 10 Vgl. S. 46 in diesem Buch.
- 11 Vgl. Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW Bd. 17, S. 340 f.
- 12 Das, worauf Marx es hier abgesehen hat, ist: »Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit ...« (ebenda, S. 336). Von diesem Staat sagt Marx, daß er »die Kräfte des gesellschaftlichen Körpers« aufzehrt, daß er »von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt« (ebenda, S. 341) und daß er eine permanente Quelle der Korruption mit ihrer »unwiderstehlichen Anziehungskraft ihrer Amtsgewalt, ihren Einkünften und ihrer Stellenvergebung ...« sei (ebenda, S. 336).
- 13 Karl Marx, a.a.O., S. 336.
- 14 Wenn Marx von der Kommune spricht, sagt er, daß sie nun nicht mehr »Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht« ist (a.a.O., S. 341; Hervorhebung vom Autor).
- 15 W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, Werke, Bd. 25, S. 445.
- 16 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 24, S. 20 f.
- 17 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 24, S. 20.
- 18 Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, a.a.O., S. 342.
- 19 Im ersten Entwurf, den er der Pariser Kommune widmet, äußert sich Marx folgendermaßen: »Sie beginnt die Befreiung der Arbeit ...«, indem sie einerseits die unproduktive und schädliche Tätigkeit der Staatsparasiten abschafft, die Ursachen beseitigt, denen ein riesiger Anteil des Nationalprodukts für die Sättigung des Staatsungeheuers zum Opfer gebracht wird, und indem sie andererseits die tatsächliche örtliche und nationale Verwaltungsarbeit für Arbeiterlohn durchführt.« (ebenda, S. 546).
- 20 Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, a.a.O., S. 343.
- 21 Im Laufe des Bürgerkrieges hat sich diese andere Form von politischer Macht installiert. Der IX. Kongreß der KPR hat 1920 die Notwendigkeit dieser Form anerkannt: »Wenn wir nicht einen Standpunkt des reinsten Utopismus einnehmen und leere Phrasen dreschen wollen, müssen wir sagen: Wir müssen die Erfahrungen der früheren Jahre berücksichtigen ... für die Verwaltung, für den Aufbau des Staates aber brauchen wir Menschen, die die Verwaltungstechnik beherrschen, die in Staat und Wirtschaft erfahren sind. Solche Menschen aber können wir nirgendwo anders hernehmen als aus der früheren Klasse.« Bericht des ZK vom 29. 3. 1920; Lenin, *Werke*, Bd. 30, S. 450). Dieser Staatsapparat wird von Lenin, auch aufgrund seiner hierarchischen Struktur und des dort vorherrschenden Ernennungssystems etc., als »Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen« bezeichnet. Wenn er ein Arbeiterstaat bleibt, dann weil in dieser Epoche nur der Staatsapparat »bürokratisiert« war, während

die politische Macht — die diesen Apparat beherrscht — eine Arbeitermacht ist, die nicht »direkt« von der »gesamten Arbeiterklasse« ausgeübt wird, sondern von der Avantgarde der Arbeiterklasse, die die führende Arbeiterpartei bildet. Diese Partei ist dann eng mit den Massen verbunden, deren tatsächliche politische und ideologische Avantgarde sie somit darstellt. Die Verbindung der Tätigkeit dieser Avantgarde mit dem Apparat der Sowjets und den Gewerkschaften gewährleistet die Herrschaft der Arbeiterklasse über den Staatsapparat und bewirkt, daß diese über die politische Macht verfügt.

Als Lenin im Dezember 1920 die Art und Weise beschreibt, in der die Diktatur des Proletariats ausgeübt wird, erklärt er: »Es ergibt sich, daß die Partei sozusagen die Avantgarde des Proletariats in sich aufsaugt und diese Avantgarde die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Und ohne ein solches Fundament wie die Gewerkschaften zu besitzen, kann man die Diktatur nicht verwirklichen, kann man die staatlichen Funktionen nicht ausüben. Ausgeübt werden müssen sie indes mit Hilfe einer Reihe besonderer Institutionen wiederum neuer Art, nämlich: mit Hilfe des Sowjetapparats.« (Lenin, *Werke*, Bd. 32, S. 2 f.)

- 22 Lenin, *Werke*, Bd. 32, S. 7.
- 23 W. I. Lenin, *Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis*, *Werke*, Bd. 32, S. 1 f.
- 24 W. I. Lenin, ebenda, S. 6.
- 25 Man weiß, daß eine korrekte historische Analyse sich nicht allein auf die Gesellschaftsverhältnisse beschränken darf, sondern auch den Institutionen Rechnung tragen muß (zu diesem Punkt eine Bemerkung Lenins zu den »Aprilthesen«, *Werke*, Bd. 24).
- 26 Der Ausgangspunkt einer solchen Demonstration ist folgender: jeder monetäre Kalkül fügt sich in ein »Preissystem« ein, das Resultat von historisch gegebenen Einnahmen und Ausgaben ist, die den materiellen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen zu einem bestimmten Zeitpunkt »entsprechen«. Wenn der monetäre Kalkül einen vorausweisenden Charakter hat, zielt er darauf ab, die »optimalen Bedingungen« ausfindig zu machen, die es ermöglichen, ein bestimmtes »Ergebnis« zu erzielen. Diese »optimalen Bedingungen« wiederum werden in monetären Ausdrücken wiedergegeben (Ausgaben oder Verhältnisse von Ausgaben und Einnahmen); sie gehen also immer auf ein Preissystem zurück: sei es das zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Kalküls gegebene, oder ein aufgrund bestimmter Hypothesen »modifiziertes« System. Derartige Kalküle sagen nicht viel aus über die Bedeutung der angestrebten Ergebnisse und der Bedingungen ihrer Realisierung, d. h. über die Umformung der Produktionsverhältnisse, die Entwicklung der Produktivkräfte und deren charakteristische Eigenschaften. Die Bedeutung solcher Kalküle beschränkt sich streng auf die monetären Größen, die in dem Feld allein vorhanden sind, auf das diese Kalküle sich beziehen, aber das ist nicht der Grund, weshalb man den ökonomischen Raum auf das monetäre Feld reduzieren kann.
- 27 Vgl. die Bücher von Ota Sik, *Plan und Markt im Sozialismus*. Akademie-Verlag, Prag 1967; und *La vérité sur l'économie tchécoslovaque*, Paris 1969.
- 27a (Zusatz 2. Auflage) Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, a.a.O., S. 9.
- 28 *Das Kapital*, Bd. I, S. 192 f.
- 28a (Zusatz zur 2. Auflage) Im 7. Abschnitt des dritten Bandes des *Kapital* schreibt Marx insbesondere: »Dieser letztere (der gesellschaftliche Produktionsprozeß — C.B.) ist ... ein in spezifischen,

historisch-ökonomischen Produktionsverhältnissen vor sich gehender, diese Produktionsverhältnisse selbst und damit die Träger dieses Prozesses, ihre materiellen Existenzbedingungen und ihre gegenseitigen Verhältnisse, d. h. ihre bestimmte ökonomische Gesellschaftsform produzierender und reproduzierender Prozeß.« (*Das Kapital*, Bd. III, S. 826).

- 28b (Zusatz zur 2. Auflage) *Das Kapital*, Bd. III, S. 885.
- 29 Dieses Problem wurde von Isy Johsua untersucht, *Organisation et rapports de production dans une économie de transition (Cuba)* in: *Problèmes de planification*, Paris, November 1967, Nr. 10 (Centre d'Etudes de Planification Socialiste, Ecole Pratique des Hautes Etudes).
- 30 Zu diesem Punkt vgl. die Ausführungen des zweiten Kapitels in *La transition vers l'économie socialiste*, insbesondere die S. 77 ff.
- 31 Dieser Punkt wird auch von I. Johsua behandelt, a.a.O.
- 32 Vgl. *La transition vers l'économie socialiste*, S. 146 f.
- 33 Zu dieser Frage siehe *Les schémas de la reproduction du capital chez Marx* in: *Problèmes de planification*, Nr. 9, Februar 1967.
- 34 Vgl. hierzu P. Baran und P. Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt a. M. 1967.
- 35 Ich habe gewisse Aspekte dieses Problems im 6. Kapitel von *La transition vers l'économie socialiste* erörtert, S. 197 f.
- 36 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 32, S. 7.
- 37 Vgl. hierzu L. Althusser, *L'objet du capital* in: *Lire le Capital*, Bd. II, besonders S. 151-156; und E. Balibar, *Sur les concepts fondamentaux du matérialisme historique*, besonders S. 212 ff. (und S. 47-52 bzw. S. 101 f., neue Ausgabe Bd. II).
- 38 Es ist bekannt, daß Marx die Aufgabe der Wissenschaften als die der Reduktion der sichtbaren auf die innere wirkliche Bewegung genau bestimmte: »... es [ist] ein Werk der Wissenschaft, die sichtbare, bloß erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren ...« (*Das Kapital*, Bd. III, S. 324).
- 39 Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, Erster Entwurf, MEW 17, S. 546.
- 40 Es muß hier nochmals unterstrichen werden, daß der Ausdruck »Staatseigentum« die Verfügungsgewalt bezeichnet, die die politische Macht über die Produktionsmittel ausübt, und daß er nicht beinhaltet, daß diese politische Macht mit Hilfe zentralisierender Institutionen (institutions centralisatrices) ausgeübt wird. Die Pariser Kommune und die chinesischen Volkskommunen können als Beispiel für eine solche »nicht zentralisierte« Form des Staatseigentums dienen.
- 41 Es handelt sich hier um die Präzisierung einiger Thesen, die in *La transition vers l'économie socialiste* formuliert wurden.
- 42 Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, a.a.O., S. 546.
- 43 Karl Marx, ebenda, S. 343.
- 44 Über das Problem der Preise siehe das sechste Kapitel meines Buches *La transition vers l'économie socialiste*, S. 235-260.
- 45 Vgl. ebenda, S. 241.
- 46 Vgl. ebenda, S. 236-240.

Zum Anhang

- 1 Bettelheim bezieht sich auf folgende Sätze: »Das ist natürlich nur eine sehr abstrakte Feststellung, die nicht die Möglichkeit in Betracht zieht, daß es sich nur um zeitlich begrenzte und umkehrbare Bewegungen in der einen oder anderen Richtung handelt. Für Lenin war die NEP eine derartige Bewegung. Aber der zunehmende Rückgriff auf Marktmechanismen in der Sowjetunion und Osteuropa hat heute etwas ganz anderes zu bedeuten.

Man hält es nicht für einen zeitweiligen Rückzug, sondern vielmehr für einen sozialistischen Fortschritt, der ideologische Unterstützung und Legitimation erfährt.« Vgl. *Zur Kritik der Sowjetökonomie*, Berlin 1969, Politik 11, S. 121 f.

- 2 Natürlich ist es kein Zufall, daß der Revisionismus das »Terrain« des Widerspruchs »Plan/Markt« wählte, um seine »Argumente« zugunsten »ökonomischer Reformen« zu entwickeln. (Vgl. Ota Sik, *Plan und Markt im Sozialismus*, Wien 1967).
- 3 Zwei entgegengesetzte geschichtliche Erfahrungen waren notwendig, um diese für den Marxismus wesentliche Wahrheit wieder ans Licht zu bringen, die verdunkelt wurde durch die ständige Wiederholung der Thesen über die vermeintlich entscheidende Rolle des Staatseigentums und des Plans beim »Aufbau des Sozialismus«. Die eine Erfahrung ist die, daß die UdSSR begonnen hat, den kapitalistischen Weg zu beschreiten, die andere ist die proletarische Kulturrevolution in China.
Was meine eigenen Arbeiten zu diesen Fragen anbetrifft, haben sie zu Recht darauf hingewiesen, daß in den Texten, die in *La transition vers l'économie socialiste* veröffentlicht worden sind, beachtet werden muß, wann sie geschrieben wurden; und daß in meinen Arbeiten aus dem Jahre 1967 sich eine Positionsänderung abzeichnet. Das ist natürlich nicht zufällig: Das Jahr 1967, in dem wir die Entwicklung der proletarischen Kulturrevolution erleben, war für mich auch das Jahr, in dem ich in China war. Dort war es mir möglich, nach und nach die Komplexität, Breite und tiefgreifende Bedeutung der Kulturrevolution zu erfassen.
- 4 Man kann in diesem Zusammenhang auf das Manöver Breschnews hinweisen, der die offiziell proklamierte Preisgabe der Diktatur des Proletariats in der UdSSR durch den XXII. Parteitag hinwegleugnen will, indem er sagt, die Diktatur des Proletariats bedeute »Leitung des Staates beim Aufbau der Wirtschaft«, womit genau der Klassencharakter der Macht umgangen wird.
- 5 Das Gleiche gilt für die Armee als wesentlichem Teil des Staatsapparates. Als proletarische Armee ist sie schon nicht mehr ganz und gar eine Armee. Die inneren Verhältnisse, durch die sie gekennzeichnet ist, sind nicht mehr die einer bürgerlichen Armee, und die Beziehungen zu den Arbeitermassen sind ebenfalls grundlegend verschieden. Die Armee steht ganz konkret im Dienst des Volkes, sie nimmt an den Arbeiten teil und fristet keine parasitäre Existenz mehr. Die Tatsache, daß in der sowjetischen Armee sich proletarische Verhältnisse niemals bis zu solchem Grad entwickelt haben, wie in der chinesischen Volksbefreiungsarmee, ist sicher nicht ohne Bedeutung und Tragweite.
- 6 Wie ich Ihnen schon mitteilte, versuche ich, diese Aufgabe in meinem nächsten Buch in Angriff zu nehmen, in dem ich insbesondere auf den Begriff der »Staatsbourgeoisie« eingehen werde, um die spezifischen Widersprüche zu analysieren, die mit dieser Form der bürgerlichen Herrschaft verbunden sind.

Bibliographie

- L. Althusser, E. Balibar, J. Rancière u. a., *Lire le Capital*, 2 Bde., Maspero, Paris 1965 (vergriffen); neue, gekürzte und teilweise umgearbeitete Ausgabe: L. Althusser, E. Balibar, *Lire le Capital*, 2 Bde., Petite Collection Maspero, Paris 1968
Ch. Bettelheim, *Planification et croissance accélérée* (Sammlung von unveröffentlichten Studien und Texten), Maspero, Paris 1968
Włodzimierz Brus, *Problèmes généraux du fonctionnement de l'économie socialiste*, Maspero, Paris 1968

- Friedrich Engels *Anti-Dühring* (2. und 3. Abschnitt), MEW Bd. 20, Dietz-Verlag, Berlin 1962
A. Kossygin, *Rapport à l'Assemblée Plénière du C.C. du P.C.U.S. du 27. 9. 1965* in: *Notes et études documentaires*, 30. 11. 1965.
W. I. Lenin, *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, Werke, Bd. 27, S. 225-268
W. I. Lenin, *Entwurf des Programms der KPR (Bolschewiki)*, Werke, Bd. 29, S. 103-108
W. I. Lenin, *La contrôle ouvrier et la nationalisation de l'industrie*, Edition du Progrès, Moskau 1968
Mao Tse-tung, *Über die Industrie- und Handelspolitik* (27. 2. 1948), Ausgewählte Werke, Peking 1969, Bd. IV, S. 213
Mao Tse-tung, *Bericht auf der zweiten Plenartagung des vom siebten Parteitag gewählten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas* (5. 3. 1949), Ausgew. Werke, Peking 1969, Bd. IV, S. 383
Mao Tse-tung, *Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke* (27. 2. 1967), Peking
Karl Marx, Friedrich Engels, *Kritik des Gothaer Programms*, Dietz-Verlag, Berlin 1969
A. Nove, *Die sowjetische Wirtschaft*, Wiesbaden, o. J.
E. Preobaschenski, *La nouvelle économie*, E.D.I., Paris 1966
J. Stalin, *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Dietz-Verlag, Berlin

Ergänzende Bibliographie

- Ganczer, *Planification globale et planification sectoriale* in: *Economie appliquée*, Bd. XX, Januar/Juni 1967, S. 23-46
W. Hinton, *Fanshen*, Frankfurt/M. 1972
I. Laszlo, *La planification dans le nouveau système de gestion économique en Hongrie* in: *Economie appliquée*, Bd. XX, Januar/Juni 1967, S. 7-22
E. Liberman, *Plan bénéfice et prime* in: *Recherches internationales à la lumière du Marxisme*, Mai/Juni 1965, S. 27-35
H. Marchisio, *Les campagnes chinoises au lendemain de la réforme agraire* in: *Arch. Int. de Soc. de la Coop. et Dev.* Nr. 20, Juli/Dezember 1966 (Collège Coopératif, 7, av. Franco-Russe, Paris)
H. Marchisio, *Réforme agraire et organisations coopératives en Chine de 1927 à 1962*, a.a.O., Nr. 22
H. Marchisio, *La contradiction, moteur du développement dans une commune populaire chinoise. Enquête sur la Brigade de Dazhai*, a.a.O., Nr. 23
M. Meyer, *L'application de la réforme de l'entreprise* in: *Annuaire de l'URSS*, 1967, S. 231-266
Richman, *La formulation des plans opérationnels d'entreprise dans l'industrie soviétique* in: *Soviet Studies*, Juli 1963
Joan Robinson, *The Cultural Revolution in China*, Penguin Books, London 1969
G. E. Schroder, *Soviet Economic »Reforms«. A Study in Contradiction* in: *Soviet Studies*, Juli 1968, S. 1-20
J. Wilczek, *The Role of Profit in the Management of Enterprises* in: *Acta oeconomica*, Bd. II, Fasc. 1-2/1967, S. 63-76
E. Zaleski, *Les réformes de la planification en URSS* in: *Cahiers de l'I.S.E.A.*, Juni 1964, S. 3-96
E. Zaleski, *Les réformes d'octobre 1965 et la gestion de l'entreprise en URSS* in: *Cahiers de l'I.S.E.A.*, Mai 1966, S. 133-178
J. Zielinski, *On the Theory of Socialist Planning*, Oxford Univ. Press, 1968

Die notwendige Veränderung der Produktionsverhältnisse darf nicht den ökonomischen Mechanismen überlassen werden, eben weil sie eine Tendenz zum Kapitalismus haben. – Bettelheim legt nicht nur die Ursachen einer ›Staatsbourgeoisie‹ frei, sondern bestimmt auch die ökonomischen Notwendigkeiten für den Sozialismus neu.